

Amisierung Diktatur Unantastbare Finanzelite autochthon Maulwurfs-
huld knechtschaft Wokeismus Volksfeindlich Axtexperten kulturfrei-
aatenbrei Niedergang Gebietsanspruch Erfüllungspolitik Hygienedikta-
zuchtproblem Krake Globalisten Scheinasylanten Bevölkerungsaustausch
nvolkung Plandemie Genderwahn Notstandsregiment Gehirnwäsche
aatsfunk Flüchtlingsinvasion Wahrheitsministerium Verlängerungsmedien
illkommensputsch Spitzel Dollstreckerei Blockparteien Geburtenkontrolle
Kasfaschistisch Mob Altparteien Taugenichtse Besatzungsmacht Blockwörter
hirnwäsche Diktatur Asylbetrüger Vergewaltiger Verelendung Terroris-
talarismus Einverleibung Bolschewisten Sprechverbote SA-Truppen
benichtse Frühsexualisierung Einheitspartei Grenzflutung Eurosozialismus
tafenschlägerbanden Asylindustrie Replacement-Migration Resettlement
bnüffelpolitik Ermächtigungsgesetz Zwangsmaßnahmen Indoktrinatio-

AUS WORTEN WERDEN TATEN

**Aussagen der Abgeordneten der AfD-Fraktion
im Bayerischen Landtag (2018-2023)**

Notstandsplanung Entrechtung Eingebürgerte Goldene Heringsbonnarde
uppenvergewaltigung Bolschewoke Identität Blockwart DDR-Kanzler
sinnungsdictatur Planwirtschaft staatszersetzend Gefährdet multiethnische
arteienoligarchie Raubzug multiethnische Besiedlungszone Plemplem-Land
stgebiete Monsternoloch Neusprech Massenvergewaltiger Kulturmo-
ke Bonzen Mainstreammedien Zensurbrei Goldene kommunistische
thschild Einheitsfront mundtot Migrationsansturm wohlstandsverwahrlo-
bangsbeglückung Bevormundung Globalismus Goldstückchen Kampfmit-
asseninvasion Masken-Stasi Plünderung Weltelite Vernichtungsfeldz-
rosozialistisch Messerfachkräfte Pack Klimasozialismus Replace-
obalistische Agenda Millionenheer ausbluten Minarettverbot grün-gewo-
enzflutung Ostgebiete neo-sozialistisch Propagandaschlacht Trommelfeu-

Die AfD will die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen und einen autoritären Nationalstaat errichten, der an einer ethnischen „Volksgemeinschaft“ ausgerichtet ist. Eine Wesensverwandtschaft zum frühen Nationalsozialismus ist feststellbar.

Dieses verfassungsfeindliche politische Konzept zeigt sich hier in 250 Auszügen von Reden der AfD-Abgeordneten im Bayerischen Landtag.

**Die AfD sollte verboten werden,
bevor aus Worten Taten werden.**

Eine Publikation von

***GRÜNE FRAKTION
LANDTAG BAYERN***



ISBN 978-3-946910-03-9

AUS WORTEN WERDEN TATEN

Aussagen der Abgeordneten der
AfD-Fraktion
im Bayerischen Landtag

18. Legislaturperiode (2018-2023)

Toni Schuberl, MdL

IMPRESSUM

Alle Rechte vorbehalten

Herausgeber: Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Bayerischen Landtag

Text, Redaktion, Satz, Umschlag und Layout: Toni Schuberl
unter Mitwirkung seines Büroleiters Matthias Laage sowie mehrerer
weiterer Abgeordneter der Fraktion und deren Mitarbeitenden.

Verlag: Stiftung Lebensräume für Natur und Kultur in Niederbayern

Druck: morgenroth media GmbH, Winzer, 2025

ISBN 978-3-946910-03-9

Inhaltsverzeichnis

GRÜßWÖRTE	4
VORWÖRÖ	8
ZUSAMMENFASSUNG	10
ZITATE DER AfD IM BAYERISCHEN LANDTAG	14
I. VERLETZUNG DER MENSCHENWÜÖDE.....	15
1. <i>Ethnisch homogener Volksbegriff</i>	16
2. <i>Gleichsetzung von Flüchtlingen mit Kriminellen</i>	76
3. <i>Herabwürdigung von Migrant*innen</i>	100
4. <i>Herabwürdigung des Islam</i>	119
5. <i>Antisemitismus</i>	136
6. <i>Verunglimpfung queerer Menschen</i>	143
II. DEMOKRATEGEFÄÖRDENDE AUSSAGEN	149
1. <i>Lüge vom totalitären Staat</i>	149
2. <i>Angriffe auf Parteien und Parlamentarier</i>	218
3. <i>Angriffe auf die Zivilgesellschaft</i>	235
4. <i>Angriffe auf unabhängige Medien</i>	242
5. <i>Nationalismus und Geschichtsrevisionismus</i>	261
6. <i>Verletzung der Würde des Landtags</i>	270
SCHLUSSFÖLGERUNG	333
I. RELEVANZ DER ZITATE	333
II. KONTEXT, TRANSPARENZ UND NACHPRÜÖBARKEIT	336
III. VERFASSUNGSFEINDLICHKEIT DER AfD.....	337
1. <i>Menschenwürde</i>	338
2. <i>Demokratieprinzip</i>	346
3. <i>Planvolles Handeln</i>	349
PERSONEN-, ORTS- UND SACHVERZEICHNIS	351

Grußworte

*“Wir brauchen einen antifaschistischen Grundkonsens,
auch hier in diesem Haus.”*

Katharina Schulze

15.10.2019 im Bayerischen Landtag

Liebe*r Leser*in,

die vorliegende Sammlung von Zitaten dokumentiert in bedrückender Deutlichkeit, welche Ziele die Landtagsfraktion der AfD in Bayern verfolgt: Sie agiert mittlerweile offen als parlamentarischer Arm der rechtsextremen Szene. Die Redner*innen der AfD-Fraktion setzen gezielt auf Provokation, Angst, Hass und Hetze und schüren Ressentiments gegen gesellschaftliche Gruppen.

Das Parlament dient der AfD als Bühne, um mit demokratieverachtenden Aussagen Aufmerksamkeit zu erregen, bewusste Tabubrüche zu inszenieren und demokratische Institutionen zu diffamieren. Das alles schneiden sie dann als provokante Videoclips für ihre Propaganda über Social Media. Das politische Klima im Freistaat wird durch diese antidemokratische und populistische Rhetorik vergiftet.

Konstruktive Vorschläge zur Lösung politischer Herausforderungen sucht man in den Reden der AfD im Bayerischen Landtag vergebens – sie setzt vielmehr darauf, durch die laute Verbreitung von Angst, Lügen und Polarisierung das Vertrauen in den Rechtsstaat zu untergraben. Nur wer versteht, wie diese Partei agiert und welche Ziele sie verfolgt,

kann ihr politisch entgegentreten und unsere demokratische und weltoffene Gesellschaft verteidigen.

Für mich steht fest: Die AfD in Bayern ist eine ernste Gefahr für die Sicherheit in unserem Land. Ihre Ideologie steht im offenen Widerspruch zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die AfD-Fraktion in Bayern zeigt schon lange bar jeder Scham ihr wahres Gesicht. Das zeigen nicht nur gemeinsame Auftritte mit bekannten Rechtsextremisten, sondern auch interne Affären, Parteiausschlussverfahren und die Tatsache, dass bereits mehrere AfD-Abgeordnete vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

Wir Grüne werden nicht zulassen, dass diese Partei unsere Demokratie und unser Zusammenleben angreift. Es braucht dringend die Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens. Sie können sich sicher sein: Wir werden auch in Zukunft diese Partei mit aller Entschlossenheit stellen und für eine freie, solidarische und weltoffene Gesellschaft eintreten!

Ihre
Katharina Schulze, MdL

Vorsitzende
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiter*innen im Kampf gegen Rechtsextremismus,

seit Juni 2022 wird die bayerische AfD vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet. Die Partei und das rechts-extreme „Vorfeld“ aus „Identitärer Bewegung“, Burschenschaften, Alternativmedien und Denkfabriken sind eng verzahnt. Führende Funktionär*innen bekennen sich offen zur völkischen Ideologie, diffamieren Minderheiten und delegitimieren demokratische Institutionen. Der Schulterschluss mit rechtsextremen Agitatoren wie Götz Kubitschek und das offene Bekenntnis zu Konzepten wie der sogenannten „Remigration“ zeigen, wie weit sich diese Partei bereits von den Grundlagen unserer Verfassung entfernt hat.

Während die AfD früher noch versuchte, ihre ideologischen Verbindungen zu verschleiern, tritt sie heute ganz offen als parlamentarischer Arm des Rechtsextremismus auf. Kontakte zu rechtsextremistischen Gruppen werden nicht mehr kaschiert, sondern offensiv gepflegt. Das wahre Gesicht dieser Partei ist unübersehbar.

In dieser politischen Gesamtlage ist die Sammlung von Belegen ein notwendiger Beitrag zur demokratischen Selbstverteidigung. Wer verstehen will, wofür die AfD steht, muss ihre eigenen Worte hören. Diese Arbeit sammelt authentische Aussagen, die für sich sprechen. Sie zeigen, dass es der AfD nicht um Lösungen für reale Probleme geht. Sie betreibt in Bayern keine konstruktive Sachpolitik für die Bürger*innen, sondern nutzt das Parlament als Bühne für Polemik, Hetze und autoritäre Narrative. Ihr eigentliches Ziel ist

es, unsere nach dem Schrecken des Nationalsozialismus etablierte rechtsstaatliche Demokratie Schritt für Schritt zu untergraben und letztlich abzuschaffen.

Die Zitate belegen, in welche Richtung es gehen soll: Weg von Demokratie und Vielfalt, hin zu Ausgrenzung, autoritärer Kontrolle und einem rückwärtsgewandten Geschichtsbild. Die AfD richtet sich gegen Geflüchtete, Muslim*innen, Jüdinnen und Juden, queere Menschen, politische Gegner*innen und nicht zuletzt gegen den demokratischen Rechtsstaat selbst. Sie wendet sich gegen Fortschritt, eine offene Gesellschaft und gegen die freiheitliche Moderne.

Stattdessen sucht sie die Nähe zu Autokraten und rechts-extremen Kräften. Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und die rassistischen Morde von Halle und Hanau haben uns schmerzhaft gezeigt, wie schnell aus Worten Taten werden können. Die AfD schürt diesen Hass und gießt täglich Öl ins Feuer. Sie ist längst zu einem parlamentarischen Brandstifter geworden. Diese Sammlung schafft eine dokumentierte Grundlage und ruft zur Wachsamkeit auf. Ich danke allen, die an diesem Projekt mitgewirkt haben.

Cemal Bozoğlu, MdL

Sprecher für Strategien gegen Rechtsextremismus
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Vorwort

Während das Bundesverfassungsgericht parlamentarische Äußerungen von Abgeordneten einer Partei für ein Verbotungsverfahren relevant hält, weil „diese regelmäßig in besonderer Weise geeignet sind, die von einer Partei verfolgten Ziele und Konzepte nachzuvollziehen“,¹ lehnt der bayerische Verfassungsschutz jegliche Sammlung von „Äußerungen und Abstimmungen im Parlament, in einem Parlamentsausschuss oder einer Fraktionssitzung“ ab. Gegenläufiges gelte nur, sofern der Verdacht bestehe, dass die gesamte Partei verfassungswidrig sei.² Dies scheint der Verfassungsschutz in der 18. (2018-2023) und zu Beginn der 19. Legislaturperiode (2023-2028) noch nicht anzunehmen. Gleich zum Jahreswechsel 2018/19 stellte der bayerische Verfassungsschutz die Beobachtung der in den Landtag gewählten AfD-Mitglieder ein.³

Im Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz mit der Feststellung, dass die AfD als gesamte Partei als gesichert rechtsextremistisch eingestuft werde, manifestiert sich dieses bewusste Wegschauen des Bayerischen Verfassungsschutzes. Es enthält nur sehr wenige Zitate von

¹ BVerfG, Urteil vom 17.01.2017, 2 BvB 1/13, Rn. 569.

² Antwort Nr. 8.1 in der Landtags-Drucksache 19/4095.

³ Verfassungsschutzbericht 2018, S. 21. Dies betraf Uli Henkel, Ralf Stadler und Andreas Winhart. Stadler sei dem völkischen Flügel der AfD zugeordnet worden. (Bayerische AfD-Abgeordnete nicht mehr unter Beobachtung, www.sueddeutsche.de, 9.1.2019).

bayerischen Landtagsabgeordneten der 18. Legislaturperiode. Dies sind auch ausschließlich Aussagen, die außerhalb des Landtags getroffen worden sind und im Vergleich zu den Plenarreden fast schon harmlos erscheinen. Der Vollständigkeit halber sind diese hier mit aufgenommen worden.

Diese Lücke bei der Sammlung relevanter Äußerungen zur Feststellung der Ziele der Partei AfD schließen wir, indem wir selbst diese Zitatesammlung veröffentlichen. Dort wo der bayerische Verfassungsschutz nicht hinsieht, übernehmen regelmäßig zivilgesellschaftliche Akteur*innen oder auch Parlamentarier*innen die Aufgabe als Verfassungsschützer*innen. So auch hier.

In Zusammenarbeit mit meinen Kolleg*innen und ihren Mitarbeitenden haben wir die Protokolle von 152 Plenarsitzungen mit insgesamt 21.880 Seiten durchforstet. Die Zitate wurden kompakt und übersichtlich dargestellt, gegliedert und kommentiert. Sie wurden dabei immer im größeren Zusammenhang und in der Originalversion dargestellt. Damit sind die Zitate im Kontext eingeordnet und die Interpretationen können direkt am Wortlaut nachgeprüft werden. Alle Fundstellen zu Plenarreden können einfach und direkt im Internet auf der Webseite des Landtags im entsprechenden öffentlichen Protokoll oder in den Videos gefunden werden.

Toni Schuberl, MdL
Rechtspolitischer Sprecher
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Zusammenfassung

Die hier gesammelten Aussagen der AfD-Abgeordneten aus dem Bayerischen Landtag dienen als Beweise für ein Verbotsverfahren.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zum Verbotsverfahren der NPD klargestellt, dass es für ein Parteiverbot ausreicht, wenn die Gefahr der Beeinträchtigung für einen der Wesenskerne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie der Menschenwürde oder dem Demokratieprinzip, durch eine Partei besteht. Diese Sammlung zeigt sehr umfangreich, dass dies bei der AfD-Fraktion im Landtag aufgrund ihres ideologischen Kerns unzweifelhaft gegeben ist.

Anhand der Aussagen der bayerischen AfD-Abgeordneten lässt sich eine in der gesamten Fraktion vorherrschende und die Politik der AfD bestimmende rassistische und antisemitische Ideologie nachweisen. Die Reden der Abgeordneten sind durchdrungen vom Wahn, es finde ein bewusst gesteuerter Bevölkerungsaustausch durch eine geheime Elite statt, um das ursprüngliche deutsche Volk zu schwächen und beherrschbar zu machen. Diese Verschwörungslüge hatte bereits Hitler in „Mein Kampf“ formuliert. Die Forderungen der AfD würden zu einer Entrechtung der Zugewanderten führen, die selbst als deutsche Staatsbürger*innen von der AfD nicht als deutsch angesehen werden. Ein Abgeordneter verstieg sich sogar in eine Einteilung der deutschen Staatsbürger nach Anteilen der nicht-deutschen

Abstammung, die zumindest grob an die Nürnberger Rassegesetze erinnert.

Das Ziel der AfD-Landtagsfraktion ist eine Abschottung Deutschlands vor Ausländern und eine umfassende Vertreibung angeblich nicht-deutscher Bevölkerungsteile. Dies entspricht dem ideologischen Kern des Parteiprogramms der NSDAP von 1920 in den Nummern 4, 5 und 8.

Die umfassende und regelmäßige Verächtlichmachung demokratischer Institutionen, der Parlamente, der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union erinnern in Sprache und Duktus an die Verächtlichmachung der Demokratie durch die Nationalsozialisten während der Weimarer Republik. Dies gipfelt in der angedeuteten Drohung der AfD gegenüber demokratischen Abgeordneten, diese nach einer Regierungsübernahme als Volksverräter zur Reichenschaft zu ziehen.

Eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus ist ein Indiz für die Verfassungsfeindlichkeit einer Partei. Aufgrund der aufgeführten ideologischen Parallelen kann diese Wesensverwandtschaft zumindest für die NSDAP vor oder kurz nach der Machtübernahme in den 30er Jahren, als die Vernichtung noch keinen industriellen Maßstab erreicht hatte, angenommen werden. Für ein Verbot einer Partei ist laut Bundesverfassungsgericht eine Wesensverwandtschaft jedoch explizit gar nicht erforderlich.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts genügt für das Verbot einer Partei, wenn auch nur ein Landesverband verfassungsfeindlich ist, solange sich die Bundespartei nicht deutlich von ihm distanziert. Dies ist hier stets unterblieben. Es gab weder formelle Distanzierungen noch Ausschlussverfahren aus der Partei noch Beschlüsse der Bundesebene, um sich von Aussagen oder Zielen der bayerischen AfD abzugrenzen. Die Verfassungsfeindlichkeit des bayerischen Landesverbands, der sich anhand der Aussagen der AfD-Abgeordneten nachweisen lässt, kann somit dem Bundesverband zugerechnet werden.

Zusätzlich zur Verfassungsfeindlichkeit fordert das Grundgesetz für ein Verbot auch ein „Ausgehen“ auf Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, also nicht nur eine Gesinnung, sondern ein aktives Tun. Da die Äußerungen im Rahmen politischer Debatten durch Abgeordnete vor Abstimmungen über Anträge und Gesetzentwürfe gefallen sind, hat die AfD die Schwelle zur Bekämpfung der Grundordnung bereits überschritten. Hätte sie eine ausreichende Größe oder wäre sie an einer Koalition beteiligt, würden ihre Anträge und Gesetze beschlossen und die Grundordnung wäre beeinträchtigt oder beseitigt.

Die AfD strebt nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. Sie zielt auf eine Ersetzung der bestehenden Verfassungsordnung durch einen an der ethnischen „Volksgemeinschaft“ ausgerichteten autoritären „Nationalstaat“. Dieses politische Konzept missachtet die

Menschenwürde aller, die der ethnischen Volksgemeinschaft nicht angehören, und ist mit dem grundgesetzlichen Demokratieprinzip unvereinbar.

Die AfD arbeitet planvoll und qualifiziert auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin. Die AfD hat als Oppositionsführerin im Bundestag, Bayerischen Landtag und auch in anderen Landtagen eine ausreichende Größe, so dass die reale Gefahr besteht, dass ihr Handeln zum Erfolg führen könnte. Ihre verfassungsfeindlichen Ziele sind durch Parteitagsbeschlüsse sowie durch Äußerungen ihrer Abgeordneten, welche durch Parteigremien in ihren Ämtern bestätigt worden sind, fest in der Partei verankert.

In einem Verbotsverfahren würden nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bereits allein diese Aussagen der bayerischen AfD-Landtagsabgeordneten für ein Verbot der Partei ausreichen. Die Fraktion ist in der 19. Legislaturperiode in Hinblick auf ihre Mitglieder und deren Aussagen noch einmal deutlich extremer geworden.

Diese Sammlung soll ein Anstoß sein, damit die Forderung mehrerer Bundestagsfraktionen und Bundesländer aufgenommen wird, um zuerst in einer Bund-Länder-Kommission die Beweise zu sammeln und dann den Antrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen. Es ist höchste Zeit hierfür, damit aus Worten keine Taten werden.

Zitate der AfD im Bayerischen Landtag

In den folgenden Kapiteln stellen wir die gesammelten relevanten Zitate von AfD-Abgeordneten im Plenum des Bayerischen Landtags aus der 18. Legislaturperiode (2018-2023) in ihrer im Protokoll niedergeschriebenen Form dar. Ebenso sind relevante Äußerungen aus dem Verfassungsausschuss wiedergegeben, für die allerdings oft nicht der Wortlaut dokumentiert worden ist. Auch wurden Äußerungen von AfD-Abgeordneten in Social Media im Plenum von anderen Abgeordneten thematisiert. Auch dies ist im Folgenden dokumentiert. Ebenso enthalten sind Verweise auf extremistische Äußerungen bayerischer AfD-Politiker*innen, die im Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz zur Begründung der Einstufung der Partei als „gesichert rechtsextrem“ herangezogen worden sind. Andere außerhalb des Landtags getätigte Aussagen wurden nicht mit aufgenommen.

Die Auswahl der Zitate erfolgte anhand der Frage, inwiefern eine Aussage als (rechts-)extremistisch zu betrachten ist. Maßgeblich sind die Parteiverbotsvoraussetzungen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Die Äußerungen können auch dann rechtsextremistisch sein und als Beweise für ein Verbotsverfahren dienen, wenn sie für sich genommen von der Meinungsfreiheit umfasst sind und strafrechtlich nicht relevant sind.

Die Zitate werden stets in ihrem Kontext wiedergegeben. Die Reihenfolge unter den jeweiligen Unterkapiteln richtet sich alphabetisch nach den Namen der Abgeordneten und

dann chronologisch nach den Sitzungsdaten. Sofern eine inhaltliche Einordnung sinnvoll ist, wurde diese ergänzt. In vielen Fällen werden die Zitate aber bewusst ohne Einordnung dargestellt.

I. Verletzung der Menschenwürde

Die Menschenwürde gehört zusammen mit dem Demokratie- und dem Rechtsstaatsprinzip zum unveränderlichen Wesenskern unserer Bundesrepublik. Die Würde keines Menschen darf angetastet oder eingeschränkt werden. Ein politisches Programm, das dennoch darauf abzielt, ist mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar. Von der Menschenwürde leiten sich die Grundrechte ab, über deren konkrete Ausgestaltung innerhalb bestimmter Schranken darf und wird regelmäßig politisch debattiert.

Doch gerade der Minderheitenschutz von Menschengruppen, die über angeborene Merkmale, wie bspw. die ethnische Herkunft, physische oder psychische Einschränkungen oder sexuelle Präferenzen, definiert werden, genießt in Deutschland als Lehre aus unserer Geschichte ein besonders hohes Maß an Schutz.

Die bayerischen AfD-Abgeordneten machen in ihren Reden regelmäßig deutlich, dass sie die universelle Menschenwürde ablehnen und diversen Menschen ihre Würde absprechen.

1. Ethnisch homogener Volksbegriff

Für die Feststellung der NPD als verfassungsfeindlich war für das Bundesverfassungsgericht der von ihr vertretene Volksbegriff entscheidend. Diese Partei wollte allen, die nicht ihrer ausgedachten ethnischen „Volksgemeinschaft“ angehören, die elementare Rechtsgleichheit verweigern. „Ihr Politikkonzept ist auf die Ausgrenzung, Verächtlichmachung und weitgehende Rechtlosstellung von Ausländern, Migranten, Muslimen, Juden und weiteren gesellschaftlichen Gruppen gerichtet,“ urteilte das Gericht. Dabei komme es nicht darauf an, dass die einzelnen Äußerungen für sich genommen bereits die Grenze der Missachtung der Menschenwürde überschritten haben, vielmehr dokumentiere „die Vielzahl der diffamierenden und die menschliche Würde missachtenden Positionierungen“ in der Gesamtschau, „dass es sich nicht um einzelne Entgleisungen, sondern um eine charakteristische Grundtendenz handelt.“⁴

Bei der AfD wird unterschieden zwischen Deutschen und „Ausländern mit deutschem Pass“, es wird also ein ethnischer Volksbegriff zugrunde gelegt. Zudem werden Muslim*innen und Geflüchtete pauschal diffamiert und abgewertet und der Islam als Religion herabgewürdigt. Auch andere Minderheiten, wie queere Menschen, werden von der AfD diskriminiert.

Der ethnisch homogene Volksbegriff kulminiert in der Verschwörungserzählung des „Bevölkerungsaustausches“.

⁴ BVerfG, Urteil vom 17.01.2017, 2 BvB 1/13, Rn. 635.

Diese beruht auf der Grundprämisse zahlreicher anderer Verschwörungserzählungen: Eine heimlich kooperierende Welt- oder Staatselite habe sich gegen die Mehrheitsbevölkerung eines Landes verschworen, um ihr zu schaden und sich selbst zu bereichern oder diese zu beherrschen. In dieser Erzählung ist der Plan der politischen Elite, die vermeintlich angestammte, einheimische Bevölkerung zu verdrängen und durch eine andere Kultur bzw. ein anderes Volk zu ersetzen. Dies äußere sich dadurch, dass aktiv und massenweise Ausländer*innen nach Deutschland gebracht werden würden, deutsche Bräuche und Kulturgüter verächtlich gemacht oder sie sogar unterdrückt und dass migrantische Familien stärker gefördert werden würden als einheimische Familien.

Diese Verschwörungserzählung steht der nationalsozialistischen Ideologie sehr nahe. Insbesondere die Annahme, dass es ein homogenes Volk gebe, das auf einem angestammten Boden lebe, gleicht sich in beiden Ideologien. Ein Mischen der Völker wird als schlecht und bedrohlich empfunden, egal ob es genetisch oder kulturell ist. Zudem wird allen Völkern unterstellt, in einem Konkurrenzkampf zueinander zu stehen, weshalb eine Abwehrhaltung für den Erhalt des eigenen Volks unabdingbar sei.

Andere Begriffe sind Umvolkung, Volkstod, Überfremdung, Great Replacement oder Great Reset.

Adolf Hitler schreibt 1925 in „Mein Kampf“, Bd. 1, S. 345:

„Mit allen Mitteln versucht er [der Jude] die rassistischen Grundlagen des zu unterjochenden Volkes zu verderben. So wie er selber planmäßig Frauen und Mädchen verdirbt, so schreckt er aber auch nicht davor zurück, selbst im größten Umfange die Blutschranken für andere einzureißen. Juden waren es und sind es, die den Neger an den Rhein bringen, immer mit dem gleichen Hintergedanken und klaren Ziele, durch die dadurch zwangsläufig eintretende Bastardierung die ihnen verhaßte weiße Rasse zu zerstören, von ihrer kulturellen und politischen Höhe herunterzuschmettern und selber zu ihren Herren aufzusteigen.

Denn ein rassereines Volk, das sich seines Blutes bewußt ist, wird vom Juden niemals unterjocht werden können. Er wird auf dieser Welt ewig nur der Herr von Bastarden sein.

So versucht er planmäßig, das Rasseniveau durch eine dauernde Vergiftung der einzelnen herunterzusenken.“

Die einheimische Bevölkerung werde laut der Verschwörungserzählung heute durch die dauernde Erinnerung an die Schuld aus der Zeit des NS-Regimes („Schuldkult“) daran gehindert, sich gegen den Bevölkerungsaustausch zu wehren. Eine arbeitende, selbstbestimmte Frau wird als

Hindernis zur Familienförderung wahrgenommen, was wiederum zu niedrigeren Geburtenraten bei emanzipierten (deutschen) Paaren führen würde.

Oskar Atzinger, 137. Sitzung, 2.3.2023, S. 19100

„Bis vor nicht allzu langer Zeit bekamen auch die deutschen Familien genügend Kinder, um den Fortbestand des Volkes zu gewährleisten. Seit einigen Jahrzehnten aber ist dies nicht mehr der Fall.

(Unruhe)

Stattdessen importiert man hierzulande inzwischen Menschen und überlässt das Kinderkriegen lieber den Migranten.“

Schon gleich zu Beginn des Zitats betont Atzinger, dass es ein Volk gäbe, das nur durch die Kinder deutscher Familien Bestand haben könne. Atzinger konkretisiert, dass man das „Kinderkriegen lieber den Migranten“ überlassen würde. Dadurch wird zum einen suggeriert, dass Migrant*innen und Deutsche zwei getrennten Gruppen seien, obwohl auch Migranten die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben können. Es wird also ein ethnisch homogener Volksbegriff zugrunde gelegt. Und zum anderen wird suggeriert, dass hinter der von ihm kritisierten Entwicklung eine lenkende Hand stehen würde. Wenn man lieber jemand anderem etwas überlässt, so tut man dies bewusst.

Oskar Atzinger, 139. Sitzung, 22.3.2023, S. 19375, sowie wortgleich in der 141. Sitzung, 29.3.2023, S. 19728

„Kinder ohne oder mit nur geringen Deutschkenntnissen behindern den Lernerfolg der einheimischen Schüler. Wie bei so vielen anderen Problemen in unserem Lande ist auch im Bildungswesen der Schlüssel zum Erfolg die Remigration der Menschen, die Frau Merkel und die Ampel-Regierung nach Deutschland eingeladen haben.“

Auch dieses Zitat von Oskar Atzinger offenbart die völkische Einstellung des Abgeordneten. Dass Kinder, die mit geringen Deutschkenntnissen eingeschult werden, für die Schule eine Herausforderung darstellen, ist unbestritten. Die Wortwahl suggeriert, dass diese Kinder hier nicht hergehören würden und dass es den Kindern, die hierhergehören, ohne sie besser gehen würde.

Dass Atzinger genau diese Aussage treffen möchte, wird durch den zweiten Satz im Zitat klar, mit dem er die „Remigration“, also die Ausweisung dieser Familien und Kinder fordert, statt bessere Deutschkurse zu fordern. Und er betont, dass diese von der damaligen Bundeskanzlerin und der Ampel-Koalition „eingeladen“ worden wären, was wiederum den Vorwurf einer gelenkten Zuwanderung andeutet.

Oskar Atzinger, 143. Sitzung, 18.4.2023, S. 20186

„Ich halte die Möglichkeit zur Ganztagsbetreuung für ein geeignetes Mittel, damit wieder mehr deutsche Kinder in Deutschland geboren werden,

(Beifall bei der AfD – Margit Wild (SPD): Aufhören! Es reicht! – Zurufe von der SPD: Oh!)

und somit dienlich, der Umvolkung entgegenzuwirken.

(Beifall bei der AfD – Margit Wild (SPD): Entsetzlich!)“

Unter Beifall seiner Fraktionskolleg*innen nennt Oskar Atzinger die Ganztagsbetreuung als geeignetes Mittel, um einer vermeintlichen „Umvolkung“ entgegenzuwirken. Hier wird der Eindruck erweckt, als ob es eine durch eine ominöse Macht gesteuerte Verdrängung der deutschen Bevölkerung gäbe. Zudem vertritt Atzinger einen völkischen Nationalbegriff, so dass mit „deutschen Kindern“ keine Kinder von deutschen Familien mit Migrationshintergrund gemeint sind.

Oskar Atzinger, 147. Sitzung, 14.6.2023, S. 20924 f.

„Ich bin Sozialpatriot und sehe mich als "fidei defensor", Verteidiger des Glaubens, des christlichen Glaubens gegen die Islamisierung des Abendlandes. Weiterer Zuzug muss gestoppt werden, und wer sich hier illegal aufhält, muss abgeschoben werden.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wer nicht sieht, dass der Bevölkerungsaustausch in vollem Gange ist, der ist entweder blind oder blöd oder Erfüllungspolitiker der Besatzungsmacht.

(Unruhe – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) – Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Bildung darf kein Privileg der Reichen sein. Wir brauchen gut ausgebildete Fachkräfte, um unseren Wirtschaftsstandort zu sichern.

(Anhaltende Unruhe)

– Darf ich mal um Ruhe bitten?

(Glocke des Präsidenten)

Doch Kinder, die nicht oder nur schlecht Deutsch sprechen, behindern den Lernerfolg der einheimischen Schüler.

(Anhaltende Unruhe – Thomas Huber (CSU): Ende der Debatte!)

Ja, die Demokratie – [...] ist in Gefahr, aber nicht

(Lebhafter Widerspruch – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Oh ja! Durch Redner wie Sie!)

durch die AfD, (Zurufe: Doch!)

sondern durch die nicht immer auf das Wohl des deutschen Volkes ausgerichtete Politik der Ampel-Parteien.“

Konkret spricht Oskar Atzinger in diesem Zitat nicht nur von einem Bevölkerungsaustausch, sondern er bringt auch eine nicht konkretisierte Besatzungsmacht ins Spiel. Der Glaube, dass Deutschland noch von den Siegermächten, die Nazideutschland 1945 besetzt hatten, kontrolliert werde, ist im Milieu der Rechtsextremen, Reichsbürger*innen und Verschwörungstheoretiker*innen weit verbreitet und wird auch von AfD-Abgeordneten im Bayerischen Landtag aufgegriffen. Auf dieses Zitat angesprochen erklärte er einem Journalisten gegenüber, dass er kein Reichsbürger sei, aber dass er überzeugt sei, dass Deutschland kein souveräner Staat sei.⁵ Zudem sagte er, dass „weiterhin amerikanische Besatzungssoldaten auf deutschem Boden“ stationiert seien.⁶

Die Siegermächte haben jedoch mit dem 2+4-Vertrag, der die deutsche Wiedervereinigung ermöglicht hat, ihre schon damals eingeschränkten Einflussmöglichkeiten auf innere Angelegenheiten der Bundesrepublik aufgegeben. Dass

⁵ "Allein gegen die AfD im Bayerischen Wald", in: Deutschlandfunk vom 27.9.2023.

⁶ „Atzinger reagiert auf Grüne: Falsch zitiert“, in: Passauer Neue Presse vom 31.10.2024.

das Gegenteil behauptet wird, ist aber wichtig für die Verschwörungserzählung der „Umvolkung“, weil damit ein Schuldiger ausgemacht wird.

Die anderen Parteien werden von der AfD – wie hier von Atzinger – als Erfüllungspolitiker bezeichnet, die in diesem Sinne mit der vermeintlichen Besatzungsmacht kollaborieren. Durch diese Behauptung wird auch unterstrichen, dass aus Sicht der AfD die anderen Parteien absichtlich ihrem eigenen Volk schaden würden. Dies bringt Atzinger im vorliegenden Zitat auch ausdrücklich zur Sprache.

Der Begriff der “Erfüllungspolitiker” ist von Rechtsextremen, insbesondere den Nationalsozialisten in der Weimarer Republik, verwendet worden, um die Politiker anzugreifen, die den Versailler Vertrag erfüllen wollten.

Katrin Ebner-Steiner, 5. Sitzung, 11.12.2018, S. 152 ff.

„Und jetzt kommt für uns das Beste und für Sie das Koma: "Die Schüler sind im Geiste der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen." Nun ja, um Völker miteinander versöhnen zu können, muss es Völker geben und müssen Völker weiter bestehen bleiben. [...]

Dank freier Medien und eines freien Internets haben die Bürger auch von dem Migrationspakt der Vereinten Nationen erfahren,

(Zuruf [...] ⁷ Ganserer (GRÜNE))

den auch Sie, Herr Söder, unterstützen, und Ihr neuer Messias Manfred Weber ebenso. Dieses unsägliche Machwerk ist ein gigantisches Resettlement mit Entrechtung der Stammbevölkerung, in dem man das Migrations- zum Menschenrecht erhebt,

(Zuruf: Aufhören!)

eine Enteignung der Sozialversicherten durch globale Inklusion in unseren Sozialkassen,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Themaverfehlung!)

eine Sicherheitsgefährdung der Bevölkerung durch Import kulturellen Konfliktpotenzials. Diese Regierung ist Teil einer suggestiven Irreführung, die rechtswidrig Migration legalisieren und Kritik an der Zerstörung der europäischen Völker durch Masseneinwanderung kriminalisieren soll.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der CSU) [...]

Die Zuwanderung wird so weiterhin auf hohem Niveau gehalten werden, und der Preis dafür ist unser schönes Bayernland, das Tag für Tag mehr sein Gesicht verliert und in eine multiethnische Besiedlungszone umgewandelt werden soll.

⁷ Die Abgeordnete heißt mittlerweile Tessa Ganserer.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CSU und der SPD: Oh!)“

Katrin Ebner-Steiner, 130. Sitzung, 13.12.2022, S. 18081 f.

„Deutschland hat jetzt 84 Millionen Einwohner, aber der Kanzler will offenbar 90 Millionen, und das, obwohl unsere Familien, unsere Rentner und sogar der Mittelstand zusehen müssen, wie sie gerade einmal so über die Runden kommen. In dieser Situation stellt sich der deutsche Kanzler hin und will die behauptete Fachkräftezuwanderung erleichtern und so gut wie jedem Illegalen die deutsche Staatsbürgerschaft hinterherwerfen, meine Damen und Herren! Was soll es sonst sein als ein Bevölkerungsaustausch⁸

(Beifall bei der AfD)

oder – in Neusprech, wie es die EU nennt – Replacement Migration? – Der Kanzler der Arbeiterklasse holt unter Beifall der Kartellparteien millionenfach Billiglöhner ins Land, die in direkte Lohnkonkurrenz mit einheimischen Arbeitnehmern treten und die aufgrund von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz künftig sowieso Probleme haben werden, eine Arbeit zu finden.“

⁸ Weitere Äußerungen Ebner-Steiners über eine angebliche „Bevölkerungsumstrukturierung“ und eine „Replacement-Ideologie“ finden sich in: Die extreme Rechte in Ostbayern. Ideologien, Strukturen, Aktivitäten, Straubing 2020, S. 43.

Hier lässt sich die Vorstellung eines ethnisch homogenen Volksbegriffes erkennen. Obwohl es faktisch keinen Zweifel daran gibt, dass es ein deutsches Volk, bestehend aus der Summe seiner Staatsbürger*innen, gibt, sieht Ebner-Steiner das Bestehen des deutschen Volkes in Gefahr. Im Zusammenhang mit der Debatte über Zuwanderung lässt dies den Schluss zu, dass das deutsche Volk nach ihrer Ansicht nicht allein durch die Staatsbürgerschaft definiert wird, sondern durch die Zunahme deutscher Staatsbürger mit anderer Herkunft zerstört werden könnte.

Ebner-Steiner vermutet hinter dem Migrationspakt der Vereinten Nationen „ein gigantisches Resettlement mit Entrechtung der Stammbevölkerung“. Die Regierung sei „Teil einer suggestiven Irreführung“, um „europäische Völker durch Masseneinwanderung“ zu zerstören. Bayern werde in eine „multiethnische Besiedlungszone umgewandelt“. Die Fachkräftezuwanderung ist für sie ein „Bevölkerungsaustausch“ oder „Replacement Migration“. Zwischen beiden Zitaten liegen vier Jahre, in denen sich Ebner-Steiner weder in ihrer Haltung noch in ihrer Wortwahl gemäßigt hat.

Richard Graupner, 53. Sitzung, 9.7.2020, S. 6647

„Warum sorgen wir nicht dafür, dass die Menschen in ihrer Heimat glücklich werden, ohne in einem fremden Land am Tropf des Sozialstaats zu hängen? Das wäre ganz im christlich-humanitären Sinne und ein Gewinn für die innere Sicherheit sowie eine Entlastung unserer

Sozialsysteme. Aber darum geht es Ihnen gar nicht. Sie wollen Ihren Schuldkomplex als Angehörige einer strukturell rassistischen – nach Ihrem Gusto viel zu weißen – Gesellschaft mit hemmungsloser Zuwanderung bekämpfen. Die Folgen Ihrer multikulturellen Träumereien haben dann die anderen auszubaden; denn in den hippen und gentrifizierten Latte-Macchiato-Hochburgen, in denen sich Ihre Wählerschaft mit Vorliebe verschanzt, finden sich auffällig wenig Erstaufnahmeeinrichtungen.“

Richard Graupner, 100. Sitzung, 8.12.2021, S. 13696

„Die Annahme des GRÜNEN-Gesetzentwurfs wäre ein weiterer Schritt auf dem Weg zum Umbau unseres Gemeinwesens in eine Gesellschaft mit staatlich verordnetem Multikulturalismus. Er geht bereits grundsätzlich von falschen, weil ideologieverzerrten Prämissen aus, nämlich erstens von der Annahme, dass Zuwanderung prinzipiell etwas Gutes für die Aufnahmegesellschaft sei, und zweitens, dass Integration deshalb ein Prozess sei, der vor allem von der Aufnahmegesellschaft besondere Anforderungen verlange.

Zur Widerlegung der ersten These genügt eigentlich bereits ein Blick in das Geschichtsbuch, Kapitel "Aufstieg und Fall des Römischen Reiches", oder das Studium der aktuellen Kriminalitäts- oder der Arbeitslosengeld-II-Statistik.

Aber es gibt genügend Gegenbeispiele, werden Sie einwenden. – Ja, natürlich, die gibt es: Denken wir an die Hugenotten zur Zeit des Großen Kurfürsten oder, in jüngster bundesrepublikanischer Zeit, an die Zuwanderer aus europäischen Ländern wie Italien, Griechenland und Polen. Diesen Einwanderergruppen ist gemeinsam, dass sie zum überwiegenden Teil ohne überbordende Unterstützung seitens des Aufnahmelandes in der Lage waren, sich zu integrieren. Woran lag das? – Erstens an ihrer begrenzten Zahl und sodann an ihrer Integrationsfähigkeit und -willigkeit; beides bedingt nämlich einander. Entscheidend ist, dass die Zuwanderer jedenfalls kulturell kompatibel mit ihrem Aufnahmeland sind.

(Beifall bei der AfD)

Qualifizierte Zuwanderer bringen in der Regel eine intensive Integrations- und Leistungsbereitschaft mit. Es gibt jedenfalls kein Menschenrecht auf Einwanderung in das Sozialparadies Deutschland für alle und für jeden. Das Gelingen von Integration ist in allererster Linie eine Bringschuld der Zuwanderer. Deswegen darf es nicht sein, dass unsere Landsleute hier per Gesetz verpflichtet werden sollen, sich für die Integration von Millionen und Abermillionen Fremder einzusetzen.

Erst der Impfzwang, dann der Integrationszwang – das könnte Ihnen so passen. Nein! Wir Deutschen sollen, wenn es nach den grünen Volksverächtern geht, un-

sere Kultur und unsere Traditionen zugunsten von Neuankömmlingen, die wir nicht gerufen haben, zurückstellen. Mit der AfD ist das nicht zu machen.

Ebenso lehnen wir die Forderung nach undifferenzierter Ausweitung von Integrationsmaßnahmen auf sämtliche Migranten, egal welchen Status sie haben, kategorisch ab. Ausländer mit begrenztem Aufenthaltsstatus, mit zeitlich begrenzter Duldung dürfen eben keinen Anspruch auf Integrationsleistungen haben. Die AfD will, dass deren Status konsequent und zeitnah überprüft wird. Und diese Leute sollen dann ebenso konsequent und zeitnah zurückgeführt werden, sobald die rechtlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen. Remigration statt Integration heißt in diesen Fällen die Devise. [...]

Ihr Gesetzentwurf ist also, wie wir sehen, ebenso unnötig wie einfallsslos. So, wie er einerseits ein Mosaikstein zum Umbau unserer schönen bayerischen Heimat in Richtung Multikultistan wäre, wäre er andererseits ein weiterer Sargnagel für das Bayern und das Deutschland, das wir alle schätzen und lieben. Hier treffen Sie auf unseren entschiedenen Widerstand. Wir lehnen Ihren Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der AfD)“

Graupner vermutet als Motiv hinter den „multikulturellen Träumereien“ einer „Gesellschaft mit hemmungsloser Zuwanderung“ die Reaktion auf einen „Schuldkomplex“ als vermeintliche „Angehörige einer strukturell rassistischen“ und „viel zu weißen Gesellschaft“. Auch hier wird zwar eine bewusste, gesteuerte Maßnahme unterstellt, um die Bevölkerung massiv zu verändern, jedoch sieht er eine andere Motivlage wie üblicherweise bei der Lüge vom Bevölkerungsaustausch.

Er unterscheidet Einwanderungsgruppen anhand ihrer „Integrationsfähigkeit und -willigkeit“ aufgrund ihrer kulturellen Kompatibilität. Grünen seien „Volksverächter“, weil sie angeblich verlangen, die deutsche Kultur und Traditionen zugunsten von Neuankömmlingen zurückzustellen.

In der sogenannten „Neurechten“, für die beispielsweise die Identitäre Bewegung steht, wird bewusst nicht mehr von „Rasse“ oder „Ethnie“ gesprochen, sondern von „Kultur“ und „Identität“. Demnach sei jedem Volk eine konkrete Kultur zu eigen und es ginge jedem Volk am besten, wenn es seine Kultur in möglichst reiner Form ausleben würde. Zudem präge die Kultur die individuelle Identität der Menschen.

Im Ergebnis führt diese identitäre Ideologie zum gleichen Ergebnis wie ein rassistischer oder ethnisch homogener Volksbegriff. Manchen Bevölkerungsgruppen wird pauschal die Integrationsfähigkeit abgesprochen. Damit steht

diese rechtsextreme Ideologie auch im Widerspruch zum liberalen Individualismus, der davon ausgeht, dass jeder Mensch selbst über seine Geschicke entscheiden kann.

Graupner wiederholt die Forderung „Remigration statt Integration“, damit Bayern nicht in Richtung „Multikultistan“ umgebaut werde. Integration wird von der AfD als unmöglich oder gar schädlich abgelehnt. Menschen werden nicht als Individuen, sondern als Angehörige von Volksgruppen angesehen, und eine Vermischung dieser Volksgruppen solle verhindert bzw. rückgängig gemacht werden.

Uli Henkel, 87. Sitzung, 6.7.2021, S. 11732 ff.

„Gefühlt 50 % plus all unserer Fälle kommen aus dem Asyl- und Aufenthaltsrecht. Diese Fälle machen definitiv einen signifikanten Anteil unserer Arbeit aus und beanspruchen, jedenfalls gefühlt, 65 % all unserer Ressourcen. Für die Anliegen der eigenen autochthonen Bevölkerung bleibt da leider oft nur recht wenig Zeit. Auch das gehört heute zur ganzen Wahrheit. [...]“

Sei es drum – ich weiß, dass leider viele von Ihnen auch hier im Hohen Hause mit Enthusiasmus daran arbeiten, eine diverse Einwanderungsgesellschaft zu schaffen. Das ist ein Sozialexperiment, dem ich kein gutes Ende prophezeie. Im wohl-verstandenen Interesse unseres Landes liegt es jedenfalls aus meiner Sicht nicht, weshalb wir uns stattdessen doch lieber deutlich mehr

um die Anliegen unserer eigenen Bürger kümmern sollten.“

Henkel bezieht sich auf die Petitionen im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden. Das Petitionsrecht steht in Bayern bewusst jedem Menschen zu. Dies sieht die AfD-Fraktion nicht nur als Problem an, sondern sie vermutet dahinter einen gezielt gesteuerten Umbau der Gesellschaft. In der 19. Legislaturperiode legte die AfD-Fraktion einen Gesetzesentwurf vor (Landtags-Drucksache 19/7032), mit dem sie das Petitionsrecht diesbezüglich einschränken wollte.

Uli Henkel, 128. Sitzung, 1.12.2022, S. 17912 f.

„Auch Hardcore-Kriminelle können nach einer Einbürgerung künftig in keinem Fall mehr abgeschoben werden. Die Zahl angeblich deutscher Täter wird in der Kriminalstatistik und in den Gefängnissen drastisch nach oben schnellen. Antisemitische Taten von Menschen aus israel-feindlichen Ländern können dann künftig endlich allen Deutschen in der Bevölkerung angelastet werden. Last, but not least: So wird doch nur das Wählerpotenzial für Grün-Rot massiv erhöht und damit der ganze Wahnsinn perpetuiert. Erklären Sie bitte den Bürgern draußen, die heute dieser Debatte lauschen,

welchen Vorteil diese hochgefährliche Einbürgerungserleichterung für die Aufnahmegesellschaft in Deutschland mit sich bringt.“

Henkel unterscheidet zwischen Ausländern und der „eigenen autochthonen Bevölkerung“ und behauptet, es würde von vielen mit Enthusiasmus daran gearbeitet, eine diverse Einwanderungsgesellschaft zu schaffen. Damit deutet er die Verschwörungserzählung des Bevölkerungsaustausches an. Später spricht er bei Eingebürgerten von „angeblich deutschen Tätern“.

Der von ihm verwendete Begriff „autochthon“ kann „heimisch“, „alteingesessen“ oder „ursprünglich“ meinen. In biologischen Zusammenhängen bezeichnet der Begriff autochthon das besondere Erbgut einer isolierten Gruppe innerhalb einer gemeinsamen Art. In Bezug auf menschliche Völker oder Ethnien werden autochthone oder indigene Völker als ursprüngliche und genetisch und kulturell einheitliche Völker abgegrenzt von den durch Einwanderung und Kolonisation entstandenen, genetisch und kulturell vielfältigen Völkern.

Das deutsche Volk als ein autochthones definieren zu wollen, konstruiert also eine Art „Reinrassigkeit“, die sich gegen die Zugehörigkeit von Menschen einer anderen Abstammung wendet, unabhängig von der Staatsbürgerschaft.

„Wie wir beantragt haben, soll auch die freiwillige Ausreise attraktiver gemacht werden. Dadurch würde unter dem Strich das Gleiche erreicht. Aber auch hier stellen Sie sich gegen eine Ausweitung des Programms.

Damit sagen Sie ganz eindeutig, dass Ihnen die Herrschaft des Unrechts egal ist und Sie den Asylmissbrauch stillschweigend akzeptieren.

Würden die Abschiebungen ausgeweitet und das Programm der freiwilligen Rückkehr intensiviert, würden beide Programme Hand in Hand gehen und sich gegenseitig verstärken. Damit würde ein deutliches Zeichen an die anderen Bundesländer, an den Bund und in die Welt gesendet, dass hier kein Platz für Wirtschaftsmigranten ist.

(Beifall bei der AfD)

Aus diesem Grunde wollen wir auch einen Remigrationsbeauftragten und nicht nur einen Integrationsbeauftragten; denn die Integration ist bei der geringen Anzahl an anerkannten Asylbewerbern eine kleine Aufgabe im Gegensatz zur Aufgabe der Remigration an Massen abgelehnter Asylbewerber.

Aber auch mit Versagen des Titels zeigen Sie unserer Bevölkerung, dass Sie die illegale Zuwanderung unterstützen und nicht bekämpfen, wie Sie es im Wahlkampf

immer gern versprechen. Es wird Zeit, dass Sie endlich Ihr Wahlkampfversprechen einhalten und die Maßnahmen umsetzen. Sorgen Sie für die Rückkehr zum Rechtsstaat; es liegt in Ihrer Hand.“

Löw fordert einen „Remigrationsbeauftragten“, um sowohl die Abschiebungen als auch die Programme zur freiwilligen Rückkehr auszuweiten. Durch die Ablehnung der AfD-Forderung zeigten die Parteien des Landtags seiner Meinung nach, „dass sie die illegale Zuwanderung unterstützen und nicht bekämpfen.“ Hier wird also eine bewusste Unterstützung unterstellt, jedoch nicht direkt eine ideologische Motivlage behauptet.

Stefan Löw, 34. Sitzung, 5.12.2019, S. 4323

„Erinnern wir uns an die gemeinschaftlich begangene Vergewaltigung an einer Achtzehnjährigen auf Mallorca im vergangenen Juli. "Vier Deutsche", so hieß es schnell und unisono in der Presse, bis sich herausstellte, dass es Türken mit deutschem Pass waren. Bevor die GRÜNEN wieder schreien,

(Katharina Schulze (GRÜNE): Dann sind es Deutsche!)

ich würde mit diesem Befund völkisches Denken bedienen, weise ich darauf hin:

(Toni Schubert (GRÜNE): Auftritt zum Ariernachweis, oder was?)

Es war die Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern, welche im Jahr 2007

(Toni Schuberl (GRÜNE): Rassistisch! – Zurufe von der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Das ist rassistisch!)

plante, dass die Polizei neben der Staatsangehörigkeit auch die Herkunft von Straftätern in die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik aufnimmt. Dies sei notwendig, so argumentierte man damals, um das Phänomen der Kriminalität von Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund aufzuhellen.“

Löw unterteilt hier also deutsche Staatsbürger*innen in zwei Gruppen: die für ihn wirklichen Deutschen und Türken mit deutschem Pass. Wer die deutsche Staatsbürgerschaft erlangt hat, ist für ihn somit dann kein Deutscher, wenn er zuvor Türke war.

Christoph Maier, 7. Sitzung, 31.1.2019, S. 395 ff.

„Die CSU will ein Europa, in dem Deutschland deutsch und Bayern bayerisch bleibt. – Um diesen Forderungen aus den 1990er-Jahren hinreichend Ausdruck zu verleihen, ist heute mehr denn je erforderlich: Remigration vor Integration. Dies ist deshalb auch eine der zentralen Forderungen der AfD. Sie ist getragen von der Über-

zeugung, dass alle Menschen, sowohl die zu uns Kommenden als auch die indigenen Deutschen, ein Recht auf Heimat und Identität haben. [...]

Soziokulturelle Integration ist ein wechselseitiger Prozess. Er setzt objektiv eine hinreichende soziale und kulturelle Kompatibilität voraus sowie den Willen und das Vermögen, sich in eine Kultur zu integrieren. Je größer die kulturelle Distanz zwischen der Aufnahmegeellschaft und den zu integrierenden Neuankömmlingen ist, desto geringer ist die Chance auf Integration. Die Bereitschaft, sich zu integrieren, muss auch gerade bei Zuwanderern aus muslimisch geprägten Kulturkreisen kritisch betrachtet werden. Oft sehen diese Integrationsbemühungen als Verrat an ihren eigenen kulturellen und religiösen Wurzeln. Hinzu kommen unsererseits fehlende Identifizierungsangebote. Gleichzeitig erleben wir neben einem übersteigerten Individualismus auch eine Verleugnung und eine Geringschätzung der eigenen deutschen Traditionen, was Integrationsbemühungen insgesamt abschwächt.

Zu diesen eher qualitativen Momenten tritt ein quantitatives hinzu. Integration kann nur gelingen, wenn der Anteil der zu Integrierenden begrenzt ist und die Integrationskapazität des Aufnahmesystems nicht überdehnt wird. Beachtet man all dies nicht, sind Desintegration, Segregation und die Bildung von Parallelgesellschaften fast notwendige Folgen.

Genau diese Entwicklungen aber beobachten wir in Deutschland in drastisch erhöhtem Maße seit dem rechtswidrigen Öffnen der Grenzscheulen für Wandlungswillige aus der ganzen Welt im Jahre 2015. Rund 1,5 bis 2 Millionen zumeist illegaler Einwanderer haben seitdem die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland überschritten. Nur ein Bruchteil der hier Ankommen-den kann einen Flüchtlingsstatus im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention beanspruchen. Zu diesem Schluss kommen auch renommierte Gutachter wie Udo Di Fabio. Nur ein geringer Teil der Geflüchteten hat Anspruch auf Asyl. Sogenannte Kriegsflüchtlinge wie etwa Syrer genießen hingegen nur subsidiären Schutz. Das heißt, sie müssen nach Wegfall des Fluchtgrundes in ihre Heimat zurückkehren. Dies betrifft immerhin 37 % der Immigranten. Einhergehend mit dieser Entwicklung erleben wir explodierende Kriminalität und Gewalt gegen Einheimische, aber auch unter verschiedenen Flüchtlingsgruppen. Die einheimische Bevölkerung ist zusehends verunsichert. Nach dem Prinzip "mehr von demselben" versucht die etablierte Politik, ihre fehlgeleitete Integrationspolitik mit noch mehr Geld der Steuerzahler solange als möglich fortzusetzen und das Eingeständnis ihres Scheiterns hinauszuzögern.

(Beifall bei der AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist allerdings sinnlos, Menschen, welche erkennbar zur Rückkehr in ihre

Heimat verpflichtet sind, mit teuren und aus oben genannten Gründen oft erfolglosen Integrationsmaßnahmen zu bedenken. [...]

Gerade diejenigen Migranten, welche den oft kraftvollen und kräftezehrenden Weg aus ihren Heimatländern bis nach Deutschland schaffen, sind meist nicht die besonders Schutzbedürftigen. Im Gegenteil, es sind nicht selten die stärksten und finanzkräftigsten, vielfach junge Männer im wehrfähigen Alter. Es ist also geradewegs eine humanitäre Pflicht, diese Menschen so gut wie möglich dabei zu unterstützen, sich schnellstens mit all ihrer Kraft beim Wiederaufbau ihrer Heimatländer einzubringen.

(Beifall bei der AfD)

Genauso muss es unsere patriotische Pflicht sein, unser Land vor den unkalkulierbaren Risiken und Kosten eines ungesteuert und unbegrenzt stattfindenden Bevölkerungsaustauschs zu bewahren. [...]

(Beifall bei der AfD)“

Christoph Maier, 7. Sitzung, 30.1.2019, S. 405

„Ich muss hier aufs Schärfste zurückweisen, wir seien gegen jede Integration. Wir erleben im Alltag ganz genau, dass diejenigen Menschen, die arbeiten und fleißig sind, keine Integrationsleistungen brauchen. Diese

Menschen zahlen Steuern und nehmen keine Steuerleistungen in Anspruch. So viel vorab.

Ich will dann noch klarstellen, dass wir gerade in Kindergärten und Schulen eine starke Zunahme von Menschen haben, die nicht in Deutschland geboren sind. Ich sehe unabhängig davon, woher sie kommen, die Gefahr, dass wir in Deutschland zur Minderheit im eigenen Land werden.

(Unruhe – Zurufe von der CSU, den FREIEN WÄHLERN den GRÜNEN, der SPD und der FDP: Oje!)

Herr Hold, wie sehen Sie die Auswirkungen einer fortgesetzten –

(Anhaltende Unruhe)

– Entschuldigung, ich darf meine Zwischenbemerkung hier ausführen.

(Glocke des Präsidenten)

Sehen Sie angesichts der vor uns liegenden migrationspolitischen Herausforderungen und den Entwicklungen der nächsten Jahre die Gefahr, dass wir, wie gesagt, nicht mehr Mehrheit im eigenen Land sein werden

(Unruhe bei den GRÜNEN)

und keine deutsche Leitkultur mehr definieren können?

(Beifall bei der AfD)“

Christoph Maier, 17. Sitzung, 14.5.2019, S. 1513

„[...] wie letztendlich durch eine verantwortungslose Migrationspolitik die Bevölkerung in Deutschland und in Bayern, unser Staatsvolk

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

durch Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten sukzessive ersetzt wird.“

Christoph Maier, 29. Sitzung, 15.10.2019, S. 3468

Staatsminister Joachim Herrmann: *„Meine Damen und Herren, wir wollen aber kein anderes Deutschland, sondern wir sind stolz auf diese Demokratie.*

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Christoph Maier (AfD): Sie wollen ein Deutschland mit anderen Deutschen!))“

Maier behauptet also, dass der bayerische Innenminister, die Staatsregierung oder die CSU ein Deutschland mit anderen Deutschen wolle. Auch damit macht er deutlich, ein Anhänger dieser Verschwörungslüge des Bevölkerungsaustausches zu sein.

„Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als am 5. September 2015, auf dem Höhepunkt der Migrationskrise, die ersten sogenannten Flüchtlinge in Thüringen am Bahnhof Saalfeld ankamen, wurden diese vom linksextremen Ex-Ministerpräsidenten Bodo Ramelow mit den Worten begrüßt: "Inshallah", also auf Deutsch: "So Allah will". Der Postkommunist sagte weiter, dass dies der schönste Tag seines Lebens sei.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das Bild von "Inshallah"-Bodo ist nur eines von vielen, die das irre Ausmaß der sogenannten Willkommenskultur zeigen. Als einzige Partei im Thüringer Landtag kritisierte damals die AfD-Fraktion Ramelow und die illegale Grenzöffnung.

(Zuruf der Abgeordneten Alexandra Hiersemann (SPD))

In unzähligen Kleinen und Großen Anfragen und weiteren parlamentarischen Initiativen machen die Kollegen in Thüringen seitdem die Konsequenzen der Herrschaft des Unrechts sichtbar und damit transparent.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Informationsfreiheitsgesetz!)

Auch im Bayerischen Landtag setzt sich die AfD dafür ein, das transparent zu machen, was Sie gerne unter den Teppich kehren würden. Mit bisher über 700

Schriftlichen Anfragen haben wir mehr als jede andere Fraktion der Staatsregierung auf den Zahn gefühlt.

(Zuruf von der SPD: Nur!)

Gestern landete wieder ein Flugzeug mit 17 Angehörigen einer ethnischen Minderheit aus der Ukraine auf dem Flugplatz Memmingerberg. Diese beantragten postwendend Asyl, nachdem für sie die Schengen-Einreisevoraussetzungen nicht vorlagen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Asyl ist Menschenrecht! Aber da haben Sie keine Ahnung!)

Auch hier werden wir unbequeme Fragen stellen und die Öffentlichkeit informieren. Wir als Alternative für Deutschland sind die Transparenzpartei. Wir schauen dorthin, wo andere wegschauen wollen. Wir sprechen mutig aus, was die Altparteien verschweigen.

(Zuruf von den GRÜNEN)“

Christoph Maier, 56. Sitzung, 13.10.2020, S. 7102

„Meine Frage konkret an Sie: Wollen Sie, dass unser Bayernland, wollen Sie, dass Deutschland das bleibt, was wir alle vorgefunden haben, ein Land, das von deutscher Kultur und bayerischer Kultur geprägt ist, oder müssen sich Bayern und Deutschland darauf einstellen, ein Multikulti-Staat zu werden, wo unsere Kultur mehr und mehr verschwindet und wir die Mehrheit

in diesem Land verlieren, wo früher oder später die demografischen Prozesse dazu führen werden, dass wir eine Minderheit im eigenen Land werden und uns möglicherweise von anderen Leuten und Kulturen mitsamt ihrer schädlichen Rechtsordnung regieren lassen müssen?

(Zurufe – Unruhe)

Herr Staatsminister, ist das wirklich das, was wir wollen? Wollen wir diesen multikulturellen Einheitsstaat oder wollen wir, dass Bayern bayrisch bleibt und Deutschland deutsch bleibt?“

Christoph Maier, 58. Sitzung, 28.10.2020, S. 7567 f.

„400 Milliarden Euro werden sogenannte Flüchtlinge den deutschen Steuerzahler kosten. Das prognostizierte im Jahr 2016, also ein Jahr nach Merkels Grenzöffnung, nicht die AfD, sondern die Heinrich-Böll-Stiftung, die hauseigene Stiftung der GRÜNEN.

Wie viel Geld der deutsche Steuerzahler seit dieser verhängnisvollen Doktrin "Wir schaffen das" bezahlen musste und weiterhin bezahlen muss, ist schwer zu beziffern. Es sind Milliarden und Abermilliarden. Es ist ein Fass ohne Boden.

(Beifall bei der AfD)

Dabei geht es Ihnen, meine Damen und Herren von den Altparteien, nicht darum, Menschen in Not zu helfen; denn sonst würden Sie das Geld für Hilfe vor Ort einsetzen, statt junge arabische Männer in Deutschland zu beschenken. Ihnen geht es tatsächlich um die Ideologie des Great Replacement.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

Deutschland soll sich nach Ihrem Willen abschaffen und in einem globalen, grenzenlosen Multikultistaat aufgehen. Das ist aber nicht mit uns, mit der Alternative für Deutschland, zu machen.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Wir stehen zum existenziellen Selbstbehauptungswillen unseres Volkes und kämpfen für die Zukunft des Abendlandes.

(Zuruf: Oh nein!)

Ihr heutiger Antrag von der SPD geht nun genau in eine ideologisch bössartige Richtung. Sie wollen konkret, dass die sogenannte Integrationsförderrichtlinie auf unbestimmte Zeit verlängert wird.

(Zuruf: Nein, das wollen wir nicht!)

Beraten und gefördert werden laut dieser Richtlinie aber nicht nur Ausländer, die eine dauerhafte Bleibeperspektive in Deutschland haben, sondern beraten

und gefördert werden sollen hiernach alle Asylbewerber, und zwar unabhängig davon, ob sie nur geduldet oder gar ausreisepflichtig sind.

Meine Damen und Herren, Asyl ist ein Aufenthaltsrecht auf Zeit, und es muss niemand gefördert und integriert werden, der dieses Land in einer absehbaren Zeit wieder zu verlassen hat.

(Beifall bei der AfD)

Wer Asylbewerber integrieren will, wie Sie in Ihrer Richtlinie, verschleiert seine wahre Absicht. Asyl soll aus Ihrer Sicht als Anker für einen zeitlich unbestimmten dauerhaften Aufenthalt im afro-orientalischen Siedlungsgebiet Europa dienen.

(Beifall bei der AfD)

Dass Sie von Ihrer Richtlinie selbst Geduldete und Ausreisepflichtige nicht ausnehmen, sollte auch dem Letzten zeigen, welche Absicht hinter Ihrem Antrag steckt. Auch zu den Kosten, die Ihr Wohlfühlprogramm für Scheinasylanten und Asylbetrüger verursachen wird, lesen wir nichts.

Multikulti und Diversity – koste es, was es wolle. Die 400 Milliarden Euro, die die GRÜNEN vorausgesagt haben, sind längst erreicht. Im Jahr 2017 konnten Sie, sehr geehrte Damen und Herren von den Altparteien, die erste Auflage Ihrer Richtlinie im Bayerischen Landtag noch widerspruchslos durchwinken. Heute ist das

anders. Die AfD-Fraktion lehnt Ihren Antrag selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD)“

Christoph Maier, 60. Sitzung, 12.11.2020, S. 7721 f.

„Am 26. Februar 2019 erklärte das Verwaltungsgericht Köln es für rechtswidrig, die Hauptoppositionspartei im Deutschen Bundestag, nämlich die Alternative für Deutschland, zum sogenannten Prüffall des Verfassungsschutzes zu erklären. Dieses Urteil zeigt die erhebliche Gefährdung auf, die vom politischen Missbrauch des Verfassungsschutzes für die Chancengleichheit der Parteien, für die Demokratie und damit für die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgeht. Der Verfassungsschutz wird in der Bundesrepublik Deutschland instrumentalisiert, um alle Bürger und Organisationen mundtot zu machen, die Nein zu illegaler Massenmigration, Nein zu afro-orientalischer Besiedlung, Nein zu Multikulti, Nein zur Islamisierung und damit schlussendlich Nein zum Untergang des europäischen Abendlandes sagen.

(Beifall bei der AfD)

Das rechtswidrige Gebaren der Verfassungsschutzbehörden und zahllose weitere Verfassungsbrüche – ich erinnere an dieser Stelle an die illegale Flutung Deutschlands mit Scheinasylanten seit 2015 – der Söder- und Merkel-Herrschaft zeigen eines deutlich

auf: Die Verfassung muss in erster Linie vor denjenigen geschützt werden, die ihre politische Handlungsgewalt zur Unterdrückung der Opposition und damit schlussendlich zum Schaden Deutschlands gebrauchen.

(Beifall bei der AfD)

Zuletzt wurden mit der Information des Verfassungsschutzes Bayern für das erste Halbjahr 2019 des Staatsministeriums des Innern und mit dem Verfassungsschutzbericht 2019 Teile der Oppositionspartei "Alternative für Deutschland" amtlich geächtet. Jetzt soll sie sogar mit geheimdienstlichen Mitteln ausgespäht und infiltriert werden. Beobachter sprechen bereits davon, dass der Verfassungsschutz aktive Anwerbeversuche bei einfachen Mitgliedern unternimmt.

Dabei werden absurde Thesen und Interpretationen von Texten von AfD-Politikern herangezogen, die für eine angebliche Verfassungsfeindlichkeit herhalten müssen. Beispielsweise wird eine Rede von Björn Höcke zitiert, in der er von einer "Schleusenzeit" spricht und eine "Selbstbefreundung" fordert.

(Zuruf)

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz geht dabei davon aus, dass die Begriffe "Selbstbefreundung" und "Schleusenzeit" im neurechten Kontext als Euphemismen bzw. Chiffren für extremistische Ziele und strategische Konzepte fungieren. – Meine Damen

und Herren, das, was wir hier lesen, ist kein Verfassungsschutzbericht, das ist peinlich, und das ist einer bayerischen Behörde unwürdig.

(Beifall bei der AfD)“

Christoph Maier, 65. Sitzung, 9.12.2020, S. 8488 ff.

„Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzesentwurf zur vollständigen Aufhebung des Bayerischen Integrationsgesetzes könnte symbolträchtiger nicht sein. Die SPD-Fraktion zeigt damit ganz offen ihre migrationspolitischen und gesellschaftlichen Vorstellungen. Sie wollen nämlich keine Integration von Zuwanderern in die Gesellschaft, sondern Sie wollen Parallelgesellschaften in Bayern und damit langfristig die Verdrängung der christlich-abendländischen Leitkultur.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Als das Bayerische Integrationsgesetz Ende 2016 infolge der illegalen Masseneinwanderung von Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlingen – das ist die richtige Begrifflichkeit⁹ – erlassen wurde, hat auch die CSU-Regierung erkannt, dass ein Großteil der eingewanderten Araber und Afrikaner sich nicht einfach so in eine europäische Kulturgemeinschaft eingliedern lässt. Nicht nur Sprache und Gebräuche, sondern auch

⁹ Maier sprach auch von der „Flüchtlingslüge“, 125. Sitzung, 27.10.2022, S. 17365.

Religion und Wertvorstellungen sind so unterschiedlich, dass eine Integration in die deutsche Mehrheitsgesellschaft von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

(Beifall bei der AfD)

Doch anstatt diese Bevölkerungsverschiebungen sofort durch entschlossenes Handeln mithilfe von Bundespolizei und Bundeswehr zu unterbinden, hat die CSU-Regierung die Entwicklung hingenommen, als wäre illegale Zuwanderung eine nicht beherrschbare Naturkatastrophe. Doch das ist Zuwanderung sicher nicht. Sie ist gesteuert und geplant. Effektiver Grenzschutz kann aber, meine Damen und Herren, durch die deutschen Sicherheitsorgane sehr wohl gewährleistet werden. Bei einer Überlastung der bayerischen Polizei und der Bundespolizei wäre es auch Aufgabe der Bundeswehr, der Streitkräfte, gewesen, diese Grenze, unsere Bundesgrenze, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln konsequent und effektiv zu verteidigen.

(Beifall bei der AfD)

Stattdessen hat die CSU-Regierung unter den Eindrücken dieser historischen Entwicklung ein sogenanntes Integrationsgesetz verabschiedet. Schon damals war Ihnen also klar, dass diese Millionen von Menschen unser Land nicht mehr verlassen, sondern hier in Deutschland bleiben werden, und das, obwohl sie keine Aufenthaltsgenehmigungen hatten. Sie haben sich damit politisch kastriert und unser Land kampfflos

den Globalisten und Multikulturalisten übergeben, die im Schatten der Asylindustrie den Umbau des deutschen Volkes betreiben.

(Beifall bei der AfD)

Biodeutsche werden ersetzt durch Neudeutsche, was auch immer das sein mag. Ein Volk soll einfach ausgetauscht werden, ein deutsches Volk, das über Jahrhunderte gewachsen ist, dessen Gebräuche, Kultur und Zusammenleben sich über Jahrhunderte entwickelt haben, soll im Handstreich durch millionenfache Zuwanderung von Arabern und Afrikanern aus fremden Kulturkreisen einfach überformt werden, und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ohne die Mitbestimmung des Volkes. Das ist ein Putsch gegen das eigene Volk, den Sie damals vollzogen haben. Es ist höchste Zeit, daraus die entscheidenden Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben zwar ein Integrationsgesetz erlassen, aber dieses Integrationsgesetz ist die falsche Schlussfolgerung. Sie beschwören zwar eine deutsche Leitkultur, aber dies ist beileibe nicht ausreichend. Eines dürfen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, nämlich nie vergessen: Die besten Repräsentanten dieser deutschen Leitkultur sind immer noch diejenigen, die schon immer und länger hier leben.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen daher einen Bewusstseinswandel in unserem Land dahin gehend, dass wir nicht weiter den Weg in eine multikulturelle Gesellschaft fortsetzen wollen, sondern schnellstmöglich eine vollständige Kehrtwende herbeiführen müssen. Sehr geehrte Damen und Herren, es ist noch nicht zu spät, doch es ist höchste Zeit, unser kulturelles Erbe, unser europäisches Erbe und unser deutsches Erbe zu bewahren. Als Alternative für Deutschland sind wir uns dieser historischen Verantwortung bewusst. Ich wünschte mir, es wären mehr Menschen in diesem Haus, die einen historischen Kontext erkennen könnten und wüssten, was politisch zu tun wäre.

(Beifall bei der AfD)“ [...]

Toni Schubert (GRÜNE): *Herr Maier, was Sie heute hier vorgetragen haben, das verbuche ich als rechtsextrem. Es steht eindeutig nicht mehr auf dem Boden unseres Grundgesetzes, wenn Sie hier davon reden, dass der Vorrang bei den Biodeutschen sein soll. Sie haben zwar nicht "Arier" gesagt, Sie haben "Biodeutsche" gesagt, aber Sie meinten dasselbe. Eine konkrete Nachfrage hätte ich schon: Wie stellen Sie sich das denn genau vor, dass die Bundeswehr die Grenzen schützt, wenn Flüchtlinge aus einem Kriegsgebiet hier Schutz suchen? [...]*

Christoph Maier (AfD): *Also, ich stelle mir das selbstverständlich so vor, dass die Bundeswehr von der Bundespolizei angefordert wird und sie entsprechende Un-*

terstützung leistet. Damit kann sie die Aufgaben erfüllen, die im Interesse der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaates Bayern wahrgenommen werden müssen. Auf Ihre erste Frage brauche ich gar nicht näher einzugehen.

Das ist eine böse und wüste Unterstellung, die Sie mir gegenüber gemacht haben. Es ist höchste Zeit, hier die wichtigen und gesellschaftlich relevanten Probleme auch für die Zukunft unseres Landes und unserer Gesellschaft anzusprechen.

(Unruhe)

Wenn das im Bayerischen Landtag getan wird, dann ist das nur ein gutes Zeichen für die demokratische Kultur, weil dann die Diskussion nicht mehr länger außerhalb des Parlaments stattfindet, sondern hier in diesem Hohen Haus, –

(Anhaltende Unruhe) [...]

wo unsere Volksvertreter den Meinungsbildungsprozess vorantreiben und den Pluralismus auch darstellen sollen.

(Beifall bei der AfD – Anhaltende Unruhe) [...]

Martin Hagen (FDP): *Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Maier, mein Vorredner, hat in seinen Ausführungen die völkische und rechtsradikale Gesinnung, die in seiner Partei verbreitet ist, wieder einmal par excellence dargelegt. Wir bräuchten Integrationskurse für Leute wie Sie, denn was Sie*

hier machen, das steht nicht auf dem Boden unseres Grundgesetzes. Was Sie hier machen, das ist nicht Teil der bayerischen Leitkultur. (...)“

Christoph Maier, 92. Sitzung, 29.9.2021, S. 12489 f.

„Nach 16 Jahren der Kanzlerschaft von Frau Merkel leben heute in Deutschland nach den USA im weltweiten Vergleich die meisten Migranten. Seit dem Jahr 2005 sind 6,4 Millionen Migranten dauerhaft nach Deutschland eingewandert. Als "Migranten" sind dabei all jene zu verstehen, die mindestens ein Elternteil haben, der nicht in Deutschland geboren ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, dadurch verändert sich die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung Deutschlands. Der Bevölkerungsanteil von Menschen ohne Migrationshintergrund verringerte sich seit dem Jahr 2005 von 67,2 Millionen auf nur noch 60,6 Millionen; währenddessen stieg der Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund von 15,3 Millionen auf 21,1 Millionen an.

Zum Vergleich: Zum Ende des Zweiten Weltkrieges lebten auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland sowie den später verloren gegangenen deutschen Ostgebieten circa 68 Millionen Deutsche. Heute leben also circa 7 bis 8 Millionen Deutsche weniger in Deutschland als zum damaligen Zeitpunkt. Das sollte uns sehr zu denken geben.

Es ist die politische Agenda der Altparteien, diesen demografischen Rückgang der einheimischen Bevölkerung durch den Zuzug von Migranten mit dem Ziel auszugleichen, die Einwohnerzahl in Deutschland stabil zu halten. Damit wird in Deutschland seit Jahrzehnten eine Bevölkerungspolitik gemacht, ohne dass über die langfristigen Folgen dieser Politik laut genug gesprochen wird.

Die Zuwanderung erfolgt dabei auf zwei Wegen. Es gibt zum einen die Binnenzuwanderung aus den Ländern der Europäischen Union, die unter dem Deckmantel der Personenfreizügigkeit erfolgt, und zum anderen die weitaus problematischere Asylzuwanderung, die über den Missbrauch des Asylrechts vonstattengeht. [...]

Der ständige und kontinuierliche Zuzug von Asylfordern führt zu einer ganzen Reihe von Folgeproblemen, denen hier jetzt mit einem Minigesetzentwurf begegnet werden soll.

Wir als AfD fordern schon seit Jahren, die Schlepperkriminalität zu unterbinden und Pull-Effekte zu verhindern. Diese Forderungen wurden als ausländerfeindlich gebrandmarkt. Wir weisen seit Jahren darauf hin, dass der Wohnungsmangel in Deutschland eine Folge falscher Migrationspolitik ist. Dieser Hinweis wurde als menschenverachtend bezeichnet. Wir haben immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass die terroristischen Gefahren erst verschwinden, wenn die Gren-

zen nach Deutschland für illegale Zuwanderer geschlossen werden. Manche sagen dazu Abschottungspolitik. Doch egal, wie Sie es nennen, wir sind davon überzeugt, dass der langfristige Fortbestand und die langfristige Entwicklung unseres Landes nur mit dieser Migrationspolitik in die positive Richtung gehen kann. Es braucht einen grundsätzlichen Neuanfang in der Migrationspolitik, um Deutschland und Bayern eine gute Zukunft zu geben.

(Beifall bei der AfD)“

Christoph Maier, 117. Sitzung, 22.6.2022, S. 16201

„Der Ausländeranteil, also der Anteil von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, in bayerischen Gefängnissen betrug im Jahr 2021 44 %. Inklusiv der Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit lag der Anteil bei über 46 %. Zwischen 2015 und 2021 ist der Anteil deutscher Insassen in bayerischen Gefängnissen von circa 70 % auf 56 % gesunken. Wie Sie sehen, sehr geehrte Damen und Herren, vollzieht sich der Bevölkerungsaustausch in den Haftanstalten noch schneller als in der Gesellschaft; auch dagegen werden wir als AfD-Fraktion vorgehen.

(Beifall bei der AfD)“

Christoph Maier, 63. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 28.10.2021, S. 13

Der Hochschule für Politik komme in der Bayerischen Hochschullandschaft eine besondere Rolle zu. Sie sei von den amerikanischen Besatzungsmächten nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet worden, um dem deutschen Volk die Demokratie zu lehren. Sie sei auch heute noch ein Think Tank zur Vorbereitung politischer Transformationen und politischer Prozesse in der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund handle es sich bei der Hochschule für Politik nicht um eine wissenschaftliche Einrichtung, sondern um einen Think Tank. Die Hochschule für Politik solle nicht nur anwendungsorientierte Politikberatung leisten, sondern Stellungnahmen und Handlungsempfehlungen zu politischen, ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen erarbeiten. Dabei handle es sich um eine Pseudowissenschaft, um politische Prozesse vorzubereiten.

In Ausschüssen werden im Gegensatz zum Plenum keine Wortprotokolle verfasst, sondern in indirekter Rede der Kern des Gesagten zusammengefasst. Hört man sich das Video dieser Sitzung an, wird der Eindruck noch stärker. Es gehe nach Ansicht Maiers nicht nur um die Vorbereitung politischer Transformation, sondern um die „gedankliche Vorbereitung“ politischer Transformation. Als Beispiele nennt

Maier den „Great Reset“ und „sonstige multikulturelle Prozesse, die den Menschen aufgedrückt werden von der Politik“.

Christoph Maier, 74. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 17.3.2022, S. 42

Die SPD verkenne, dass im Zuge des Zustroms von Ukrainern sehr viele Personen diese Gelegenheit nutzten, unter Vortäuschung einer ukrainischen Herkunft nach Deutschland einzureisen. Tatsächlich kämen Personen nach München, die behaupteten, sie kämen aus der Ukraine, würden dort studieren oder hätten dort eine Aufenthaltserlaubnis, hätten aber ihre Ausweispapiere verloren. Deshalb wäre es besser, wenn die SPD einen Antrag einreichen würde, mit dem die Unterbindung dieser Ersetzungsmigration gefordert werde. Wenn dieser Missbrauch nicht unterbunden werde, werde die Gesellschaft in eine Katastrophe rutschen. Die deutsche Bevölkerung sei derzeit für eine Aufnahme geflüchteter Personen offen, aber nur unter der Voraussetzung, dass es sich um Ukrainer handle. Sobald die SPD aber Tür und Tor für Geflüchtete aus der ganzen Welt öffne, werde die Zustimmung sehr schnell kippen.

Die Ukrainer hätten jetzt einen Grund nach Deutschland zu kommen. Sobald der Krieg vorbei sei, hätten sie

*aber auch einen Grund, wieder in ihr Land zurückzu-
kehren. Die SPD versuche dagegen unter fadenschei-
nigen Gründen möglichst viele Menschen nach
Deutschland zu holen. Dies dürfe aber nicht passieren.
[...]*

*Abg. Christoph Maier (AfD) wirft den Befürwortern des
Antrags vor, sie würden die Augen vor der Realität ver-
schließen. Wenn Ukrainer im Alter zwischen 18 und 60
Jahren ihr Land gar nicht verlassen dürften, sei die
Frage berechtigt, warum sie jetzt massenhaft in
Deutschland stünden. Die Aufnahmebereitschaft der
deutschen Bevölkerung gehe nur so weit, Menschen
aus der Ukraine, die tatsächlich vom Krieg betroffen
seien, Schutz und Hilfe zu gewähren. Sobald damit
aber Schindluder getrieben werde, hätten die Men-
schen sofort das Gespür dafür, dass die SPD und die
GRÜNEN die Situation dazu nutzen wollten, dem Land
eine Flüchtlingsaufnahme in unbegrenztem Ausmaß
aufzuzwingen.*

Im Video zu dieser Sitzung hört man den Wortlaut Maiers,
der im Ausschussprotokoll nur zusammenfassend wieder-
gegeben wird. Folgender Satz zeigt erst in seiner wortwört-
lichen Form seine ideologische Wurzel:

*„Viele freuen sich jetzt ja, dass sie jetzt ihr Ziel errei-
chen können, die Ersetzungsmigration im neuen Kon-
text fortzusetzen – mit großer Akzeptanz in der Bevölke-
rung.“*

Christoph Maier, 78. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 28.4.2022, S. 19

Bei der Westukraine handle es sich um das ehemalige Galizien, das zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gehört habe. Die Universität zu Lemberg sei deutschsprachig gewesen. Daher gebe es sehr wohl kulturelle Anknüpfungspunkte, die klar benannt werden müssten. Dies sei der entscheidende Unterschied [zu anderen Flüchtlingen]. Daher sei die Diskriminierung hier zulässig.

Christoph Maier, 93. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 9.2.2023, S. 24 f.

Deutschland befinde sich sowieso eingeeengt in der Mitte Europas. Die Westverschiebung Polens nach dem Zweiten Weltkrieg sei auf Kosten ehemaligen deutschen Territoriums erfolgt und habe dazu geführt, dass jetzt Ukrainer auf in der Zwischenkriegszeit zu Polen gehörigem Gebiet saßen. Damit hätten sich Polen und Ukrainer historisch betrachtet sozusagen deutsches Gebiet unter den Nagel gerissen. Nun kämen zusätzliche 1,2 Millionen Ukrainer, die auf deutschem Territorium leben wollten. Dies sei auf Dauer einfach zu

viel. Daher müssten Rückführungen konsequent verfolgt werden. Dabei dürften keine Kompromisse eingegangen werden.

Diese Aussage ist im Plenum thematisiert worden. Die AfD hat sich hiervon nicht distanziert.

Toni Schubert (GRÜNE), 136. Sitzung, 15.2.2023, S. 18913 f.: „Letzte Woche hatten wir im Verfassungsausschuss eine Debatte über Ukraine-Flüchtlinge. Die Wortmeldung des AfD-Abgeordneten Maier war sehr erhellend. Er macht gerne einen Rückgriff auf die Geschichte, besser gesagt: auf seine Interpretation der Geschichte. Zum Ende des Zweiten Weltkriegs haben sich laut Maier – ich zitiere – "die Polen und die Ukrainer [...] das deutsche Land sozusagen [...] unter den Nagel gerissen [...]. Und jetzt kommen noch mal 1,2 Millionen Ukrainer, die jetzt auch in Deutschland, auf unserem Territorium, leben wollen."

(Zuruf von der CSU: Unfassbar! Ekelhaft! – Zuruf von der AfD: Wo ist der Fehler?)

Das ist die Position der AfD. So diskutiert die AfD das Thema der Ukraine-Flüchtlinge. Darum geht es Ihnen. Das ist das Märchen vom Volk ohne Raum oder, wie Sie es heute nennen, das Märchen von der Umvolkung. Egal, wie Sie es nennen: Es ist reine Blut-und-Boden-Ideologie. Die bayerische Bevölkerung war, ist und wird solidarisch mit den Opfern dieses verbrecherischen Angriffskrieges sein, und sie lässt

*sich von Ihren angstschürenden Kampagnen nicht beirren.
Wir lehnen diesen Antrag ab.*

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)“

Bei Maier lässt sich beobachten, wie die frühere plumpe rassistische Forderung des „Ausländer raus!“ nun geschickt hinter oberflächlich harmloseren Formulierungen und schein-intellektuellen Begründungen versteckt wird. Maier verwendet am 31.1.2019 als Erster den Begriff „Remigration“¹⁰ als Euphemismus für ethnische Säuberung im Bayerischen Landtag und bezeichnete sie als „eine der zentralen Forderungen der AfD“.

Einmal suggerierte er zu Beginn seiner Rede die formelle Gleichbehandlung der beiden Gruppen, der „zu uns Kommenden“ und den „indigenen Deutschen“, indem er ihnen beiden ein gleiches „Recht auf Heimat und Identität“ zusprach. Auch anerkannte er, dass „soziokulturelle Integration“ ein „wechselseitiger Prozess“ sei. Den „Zuwanderern aus muslimisch geprägten Kulturkreisen“ sprach er jedoch die „hinreichende soziale und kulturelle Kompatibilität“

¹⁰ Im Gegensatz zur 19. LP spielt der Begriff „Remigration“ in der 18. LP kaum eine Rolle. Obwohl Maier den Posten des „remigrationspolitischen Sprechers“ seiner Fraktion erhalten hatte, wurde der Begriff nur vereinzelt in weiteren Plenarreden verwendet (17. Sitzung, 14.5.2019, S. 1541; 23. Sitzung, 4.7.2019, S. 2804; 100. Sitzung, 8.12.2021, S. 13697; 114. Sitzung, 11.5.2022, S. 15753; 136. Sitzung, 15.2.2023, S. 18922; 139. Sitzung, 22.3.2023, S. 19375; 141. Sitzung, 29.3.2023, S. 19728).

und den „Willen und das Vermögen, sich in eine Kultur zu integrieren“ per se und pauschal überwiegend ab. Und so begründete damit wieder die Herkunft, aber nicht aufgrund der Abstammung, sondern der kulturellen Prägung, den Grund für die Diskriminierung von Muslimen.

Ein andermal sprach er schon vom „Bevölkerungsaustausch“ und definierte ihn als angeblich „rechtswidriges Öffnen der Grenzscheusen für Wanderungswillige aus der ganzen Welt im Jahre 2015“. Die daraus folgende Ankunft von 1,5 bis 2 Millionen „zumeist illegalen Einwanderern“ habe zu „explodierender Kriminalität und Gewalt gegen Einheimische“ geführt. Während er hier aber noch von einem „ungesteuerten“ Bevölkerungsaustausch sprach und somit noch nicht das Vorliegen eines dahinter liegenden Plans behauptete, deutete er dies gegenüber dem Innenminister mit seinem Vorwurf, dieser wolle „ein Deutschland mit anderen Deutschen“ bereits an. Auch das sukzessive Ersetzen des deutschen Staatsvolks „durch Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten“, bis man „in Deutschland zur Minderheit im eigenen Land“ werde, deutet diese Planmäßigkeit nur an.

Sehr viel deutlicher formulierte er es dann im Oktober 2020, als er den „Altparteien“ vorwarf, dass es ihnen „tatsächlich um die Ideologie des Great Replacement“ gehe, Deutschland solle sich „nach Ihrem Willen abschaffen und in einem globalen, grenzenlosen Multikultistaat aufgehen.“ Die AfD hingegen stehe „zum existenziellen Selbstbehauptungswillen“ des Volkes und kämpfe „für die Zukunft des Abendlandes“.

Integration von Asylbewerbern diene laut Maier generell dem „dauerhaften Aufenthalt im afro-orientalischen Siedlungsgebiet Europa“. Das oft verschleierte antisemitische Fundament dieser Verschwörungslüge schimmerte ein wenig hervor, wenn er sagt, die CSU habe das Land „kampflos den Globalisten und Multikulturalisten übergeben, die im Schatten der Asylindustrie den Umbau des deutschen Volkes betreiben“.

Der Wahn steigert sich zur Behauptung, es handle sich um einen „Putsch gegen das eigene Volk“, wenn die „Biodeutschen“ durch „Neudeutsche“ ersetzt, das Volk ausgetauscht, überformt werden solle durch millionenfache Zuwanderung von Arabern und Afrikanern. Dieser „Putsch“ müsse seiner Meinung nach Konsequenzen nach sich ziehen. Sogar die Bundeswehr solle zur Grenzsicherung gegenüber Flüchtlingen mit allen ihr zustehenden Mitteln eingesetzt werden.

Er geht dann noch einen Schritt weiter und spricht auch den Deutschen mit Migrationshintergrund ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volk ab.

Dass es nach dem Zweiten Weltkrieg 68 Millionen Deutsche gegeben habe, jetzt aber nur noch 60,6 Millionen Deutsche ohne Migrationshintergrund und 21,1 Millionen mit Migrationshintergrund, sei für ihn ein Zeichen, dass das deutsche Volk um 7 bis 8 Millionen kleiner geworden sei. Maier definiert also explizit, welche deutschen Staatsbürger*innen für ihn als deutsch gelten und welche nicht und macht dies

abhängig davon, ob beide Elternteile in Deutschland geboren sind. Deutsche, die mindestens einen Elternteil haben, der nicht in Deutschland geboren ist, sind für Maier also keine Deutschen. Das erinnert sehr an die Nürnberger Rassegesetze, wo nach der Verordnung zum Reichsbürgergesetz eingeteilt worden war, wer je nach Abstammung Deutscher und wer Jude, Halbjude oder Vierteljude ist. Wenn man so formulieren möchte, gelten für Maier quasi „Halbdeutsche“ nicht als Deutsche.

Seit der Ankunft ukrainischer Flüchtlinge erweiterte Maier die Erzählung und suggerierte, dies sei eine Fortführung der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, als „sich Polen und Ukrainer historisch betrachtet sozusagen deutsches Gebiet unter den Nagel gerissen“ haben und nun „zusätzliche 1,2 Millionen Ukrainer (...) auf deutschem Territorium leben wollten“.

Maier, der einen großen Teil der 18. Legislaturperiode und auch wieder in der 19. Legislaturperiode Mitglied im Fraktionsvorstand ist, macht in seinen Reden deutlich, dass er nicht nur Anhänger eines ethnisch homogenen Volksbegriffes ist, sondern auch überzeugt ist von der Verschwörungslüge des Bevölkerungsaustausches. Er teilt auch deutsche Staatsbürger*innen anhand ihrer Abstammung unterschiedlich ein.

„Doch die ständigen Angriffe auf unsere kulturellen Werte und schönen Traditionen haben nicht nachgelassen. Im Gegenteil: Der Vernichtungsfeldzug gegen unsere Kultur und unsere Traditionen nimmt immer größere Dimensionen an.

In Kindergärten darf nicht mehr der Heilige Martin aufgeführt werden. Das Christkind darf nicht mehr auftreten. Weihnachtsmärkte dürfen nicht mehr so heißen. Es ist doch nur noch eine Frage der Zeit, bis die CSU auch das Kreuz nicht mehr verteidigt. Ich bin einmal gespannt, wann die CSU von selbst, aus woker Überzeugung, das "C" aus ihrem Namen tilgt. Das wäre zumindest konsequent.

(Beifall bei der AfD)

Wie soll jemand unsere Kultur schätzen und lieben lernen, wenn die herrschende Politik diese aus unserem Alltag aus falsch verstandener Toleranz immer weiter verbannt und nicht müde wird, sie mit Schmutz und noch mehr Schmutz zu bewerfen? Da können Sie den Integrationsfonds noch so hoch aufstocken: Am Ende kann nur Verachtung übrig bleiben.

Die katholische Kirche steht besonders im Trommelfeuer der Selbstgerechten, ohne Anerkennung, dass die katholische Kirche all die Vorwürfe prüft, grundsätzlich schon bei Verdacht rigoros durchgreift und harte Konsequenzen zieht.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!)

Wir von der AfD kennen dieses Trommelfeuer aus Hetze, Verhöhnung und Verleumdungen sehr gut. Wir kennen die Manipulationstechniken der Medien mittlerweile genau. Wer sich dem links-grünen Zeitgeist widersetzt, den bekämpfen die selbsternannten Demokraten gnadenlos mit undemokratischsten Mitteln.

(Beifall bei der AfD)“

Mang spricht nicht direkt vom Bevölkerungsaustausch, sondern von einem „Vernichtungsfeldzug gegen unsere Kultur und unsere Traditionen“. Auch ein Feldzug ist ein aktives, planmäßiges Tun, er bringt es hier aber nicht direkt in Verbindung mit Migration, sondern verweist nur nebenbei auf den „Integrationsfonds“. Die angeblich fehlende Treue zur eigenen Kultur ist ein zweiter Aspekt im Bereich der Lüge vom „Bevölkerungsaustausch“. Im Sinne der neurechten Identitären Bewegung sind die Begriffe „Kultur“ und „Volk“ austauschbar. Bei Mang befindet sich unsere Kultur in einem Abwehrkampf gegen andere Kulturen, so wie im klassischen Rechtsextremismus die Völker im ewigen Kampf miteinander stehen.

„Ein hochverdienter Mann, der vor Kurzem geschasst wurde, hat in einem denkwürdigen Interview gesagt, täglich überschritten immer noch 500 bis 700 Personen illegal die Grenze. Das sind nur die offiziell erfassten Zahlen. Diese Leute, die Sie und Ihre Regierungsvertreter, auch im Bund, durch ein ideologisches Konzept in unser Land locken und holen, verschärfen alle Probleme im Land.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Schieben Sie dieses Problem nicht auf die Kommunen. Diese Leute, die Sie ins Land holen, verschärfen zu Hunderttausenden die Problematik am Wohnungsmarkt. Das sind die wahren Probleme. Gerade bei der Wohnungssuche findet im mittleren und unteren Bereich ein Verdrängungswettbewerb statt. Die Leute, die Sie zu Hunderttausenden illegal und unter Verstoß gegen das Grundgesetz ins Land holen, verschärfen unsere Probleme in den sozialen Sicherungssystemen, zum Beispiel in der Krankenversicherung. Diese Leute sprengen unsere sozialen Systeme. Was tut die Staatsregierung, um diese Probleme zu beseitigen? Nötig wäre eine rigorose Grenzsicherung. Nehmen Sie dazu Stellung!“

Müller spielt auf die Verschwörungslüge des Bevölkerungsaustausches an, wenn er davon spricht, dass Abgeordnete und ihre Regierungsvertreter „durch ein ideologisches Konzept“ Menschen illegal zu Hunderttausenden „in unser Land locken und holen“.

Ulrich Singer, 114. Sitzung, 11.5.2022, S. 15753

„Bei diesen Menschen [Anmerkung: gemeint sind Ukrainer] handelt es sich um echte Kriegsflüchtlinge und nicht um illegale Massenmigranten, die Sie in den letzten Jahren zu Hunderttausenden ins Land geholt haben und nicht mehr loswerden wollen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Diese Menschen, diese Flüchtlinge wollen in ihr Land auch wieder ausreisen, wenn die Krisensituation vorbei ist. Darum geht es nämlich: dass wir Remigrationsperspektiven schaffen müssen und den ukrainischen Flüchtlingen nach der Krise eine Heimreise gewährleisten müssen.“

Ulrich Singer, 142. Sitzung, 30.3.2023, S. 19997

„Jeder Migrant ohne Aufenthaltsrecht, der das Land wieder verlässt oder es nach unserem Willen gar nicht erst erreicht, entlastet in Zukunft unsere Gesellschaft, sowohl kulturell als auch finanziell.

Die von Ihnen angepriesene Bereicherung durch illegale Massenmigration ist in Wahrheit schon immer eine Lüge gewesen. Migration nach Ihrem Vorbild bedeutet kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Niedergang. Sie bedeutet vor allem Schuldknechtschaft für die nachfolgenden Generationen, für unsere Kinder und Enkelkinder, und eine zerstörte kulturelle Identität.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das ist so übel! Das ist unglaublich!) [...]

Auch unsere Familien in Bayern bekommen für ihre Kinder teilweise schon keinen Kindergartenplatz mehr, weil sie deutsch sind, weil sie weiß sind und weil sie vielleicht sogar in diesem Land arbeiten wollen. Aus unserer Sicht hat ein Staat dann seine Aufgaben erfüllt, wenn er für die eigenen Bürger da ist und wenn möglichst wenige Menschen auf staatliche Hilfen angewiesen sind. So etwas geht nur in einer freien und gerechten Sozialordnung.

(Tim Pargent (GRÜNE): Das Problem mit der Würde des Menschen ist, dass sie für alle gilt!)

Das Staatsverständnis der Kollegen der Altparteien in diesem Hause, und zwar von links-grün bis zu schwarz-sozialistisch oder pseudoliberal, geht davon aus, dass der Mensch kleingehalten und vom Staat abhängig gemacht werden soll, aber trotzdem Ihren Klimaunfug finanzieren darf.

(Johannes Becher (GRÜNE): Da klatschen nicht mal Ihre eigenen Leute!)

Die Regierung unter Söder verschrieb sich eben auch einer links-grünen Ideologie. Sie ist dazu bereit, das Land zu deindustrialisieren und die Natur durch Windkraftanlagen zu verwüsten und zu verschandeln. Sie siedeln massenhaft nicht integrierbare Menschen aus aller Herren Länder an und verspielen damit die Identität, aber auch die Sicherheit unseres Landes.“

Zu Hunderttausenden seien laut Singer „illegale Massenmigranten“ „ins Land geholt“ worden. Auch dies ist die Erzählung eines bewussten, aktiven Prozesses eines Hereinholens. Migration bedeute „kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Niedergang“ und sei eine „Schuldknechtschaft für die nachfolgenden Generationen“. Der Mensch solle „kleingehalten und vom Staat abhängig gemacht werden“. Auch die Regierung Söders habe sich einer links-grünen Ideologie verschrieben und siedle „massenhaft nicht integrierbare Menschen“ an.

Singer sieht zudem gravierende Unterschiede zwischen den Menschen basierend auf ihrer Herkunft. Erneut wird ganzen Menschengruppen die Integrationsfähigkeit abgesprochen. Menschen, die aus dem Nahen Osten vor Krieg nach Deutschland geflohen sind, unterstellt Singer Betrug. Auf Basis ihrer Ethnie werden ihnen von ihm pauschal negative Eigenschaften zugeschrieben.

Ralf Stadler, 83. Sitzung, 20.5.2021, S. 11031 f.

„Bei jeder Gelegenheit reklamiert die CSU den Begriff „Heimat“ für sich. Viele fühlen sich hier aber nicht mehr heimisch angesichts zunehmender Überfremdung auch auf dem Land. Die Ursache dafür war und ist Ihre Politik.“

Ein anderer Begriff, der im Zusammenhang mit der Lüge vom Bevölkerungsaustausch genannt wird, ist „Überfremdung“, wie hier auch von Stadler verwendet. Bei diesem ist das aktive, planmäßige Element sprachlich schwächer. Gleichwohl beschreibt der Begriff ein vermeintliches Bedrohungsszenario, bei dem die Gefahr von „Fremden“ und der Regierungspolitik ausgehe.

Aussagen im Gutachten des Bundesverfassungsschutzes

Die AfD-Landtagsfraktion postete auf Facebook am 28.6.2023:

„Austausch der Bevölkerung schreitet rasant voran - Qualifizierte Deutsche wandern aus, während doppelt so viele Migranten unseren Sozialstaat stürmen [...] Wer genauer hinschaut erkennt jedoch, dass vor allem die Nettozuwanderung aus muslimischen Ländern wie Syrien, Afghanistan und der Türkei extrem angestiegen ist. Bei der Zuwanderung aus EU-Staaten sind Rumänien, Polen und Bulgarien die Spitzenreiter. Auffallend

ist dass eine große Anzahl qualifizierter Fachkräfte Deutschland den Rücken kehren, Gleichzeitig kamen mehr als doppelt so viele Menschen aus fremden Ländern zu uns, welche vor allem die Vorzüge des deutschen Sozialstaates genießen wollen. So kann es nicht weitergehen! Dieser Austausch der deutschen Bevölkerung durch immer mehr Sozialhilfebezieher muss endlich gestoppt werden. Nur die AfD-Fraktion setzt sich im Bayerischen Landtag gegen die Überfremdung unseres Landes und die Zerstörung des Sozialstaates ein. Die Lösung heißt Remigration und Abschiebung nicht berechtigter Migranten!”¹¹

Katrin Ebner-Steiner hielt am Politischen Aschermittwoch der AfD in Osterhofen am 22.2.2023 folgende Rede:

„Wir [Anm.: die AfD] arbeiten nicht für Lobbyisten, Globalisten und Finanzeliten. Denn diese Leute verfolgen mit dem Allparteienkartell den Great Reset. [...] Jetzt kommt mit mir auf eine Zeitreise. Ich nehme euch mit in eine Zukunft des Jahres 2040, nach dem Rot, Schwarz, Grün und Gelb noch weitere 17 Jahre regiert haben. Doch da müsst ihr jetzt durch. Die Bundesrepublik Deutschland wurde umbenannt in ‚Bunte Republik — nie wieder Deutschland‘ und der Bundestag

¹¹ Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz, S. 359 f.

in ‚Bunter Tag‘. Das ist sowieso egal, denn die Regierungsgeschäfte werden jetzt direkt aus Brüssel und Washington erledigt. “¹²

Christoph Maier veröffentlichte am 18.8.2022 einen Facebook-Eintrag, in dem er eine „Remigrationsoffensive“ forderte:

„Die AfD fordert eine Remigrationsoffensive. 77 Tatverdächtige eines Gewaltdelikts in Memmingen konnte die Polizei im Jahr 2021 ermitteln. Darunter befinden sich 35 nichtdeutsche Tatverdächtige. Damit sind Ausländer fast für die Hälfte aller Gewaltdelikte in der Stadt verantwortlich! Personen, die einen deutschen Pass besitzen, aber einen Migrationshintergrund haben, werden in den Statistiken der deutschen Bevölkerung zugerechnet.“¹³

Im Januar 2023 nahm Christoph Maier die Einbürgerung früherer Asylsuchender aus Syrien zum Anlass für die Forderung:

„Tauschen wir die Regierung aus, bevor sie das Wahlvolk austauscht!“¹⁴

¹² Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz, S. 514 f.

¹³ Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz, S. 415.

¹⁴ Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz, S. 189.

2. Gleichsetzung von Flüchtlingen mit Kriminellen

In verschiedenen Kontexten diffamieren die Abgeordneten der AfD-Fraktion pauschal ganze Personengruppen als gefährliche Verbrecher. Sehr oft betrifft es Asylsuchende oder andere Migrant*innen. Diese werden als „Messerstecher“, „Vergewaltiger“ oder „Messerfachkräfte“ bezeichnet. Auch queere Personengruppen werden mit Kriminellen gleichgesetzt und zum Beispiel in die Nähe von Vergewaltigern oder Pädophilen gerückt.

Diese Erzählung verfolgt einen doppelten Zweck. Zum einen wird der Eindruck vermittelt, dass diese gefährlichen Straftaten nahezu ausschließlich von den genannten Personengruppen ausgingen. „Normale Deutsche“ seien ungefährlich, die Kriminalität und Gewalt sei daher entweder importiert oder komme durch eine gefährliche Ideologie zustande.

Zum anderen wird konsequent an der Erzählung gearbeitet, dass die Situation in Deutschland allgemein und insbesondere die Sicherheit im Land so schlecht sei wie noch nie. Dies widerspricht empirischen Fakten, aber die Erzählung dient der AfD als Begründung für eine radikal andere Politik, die perspektivisch auch nicht um die Abkehr von Verfassungsprinzipien herumkomme.

In den Redebeiträgen der AfD-Abgeordneten werden häufig Flüchtlinge nicht als Personen genannt, sondern mit Begriffen bezeichnet, die für Naturkatastrophen oder kriegerische Angriffe verwendet werden. So spricht Franz Bergmül-

ler vom „Migrationsansturm“¹⁵ oder von „Flüchtlingsströmen“, ¹⁶ andere sprechen von „krimineller Masseninvasion“ oder „Asylflut“ und „Grenzflutung“.

Oskar Atzinger, 146. Sitzung, 23.5.2023, S. 20770

„Doch Schulwege sind nun mal gefährlich. Früher war es meist nur der Straßenverkehr, inzwischen sind es jedoch vermehrt auch Messerstecher und Vergewaltiger.“

Atzinger nutzt hier die Begriffe „Messerstecher und Vergewaltiger“ diffamierend als Chiffren für Migrant*innen und behauptet wahrheitswidrig eine Entwicklung bei den Gefahren für Kinder auf ihrem Weg zur Schule, bei der die Gefahren durch kriminelle Migrant*innen ein Niveau erreichen würden, das den Gefahren des Straßenverkehrs entspräche.

Anne Cyron, 35. Sitzung, 10.12.2019, S. 4362 f.

„Zusammenleben kann also nur gelingen, wenn Menschen unter dem Dach des Grundgesetzes und gemeinsamer Werte ihre Freiheit zu leben und zu kontrol-

¹⁵ 100. Sitzung, 8.12.2021, S. 13629.

¹⁶ 109. Sitzung, 30.3.2022, S. 14893.

lieren verstehen. Es funktioniert nicht, wenn Messerstecher aus dem islamischen Kulturkreis Ungläubige abschlachten, schweinefleischessenden Kindern auf dem Pausenhof Kopftritte verpassen, den Respekt vor dem Gastland vermissen lassen, den Frauen keine Freiheits- und Gleichheitsrechte zugestehen und wenn Massenvergewaltigungen unter dem Schutz einer allzu nachsichtigen Justiz Alltag werden.“

Auch bei Cyron zeigt sich die Verengung der Perspektive von Migration auf Straftaten. Zwar behauptet sie nicht direkt, dass alle Muslime Messerstecher seien, doch ihre Formulierung lässt genau dieses Bild beim Adressaten ihrer Rede entstehen. Sie suggeriert, als habe das „Abschlachten“ durch „Messerstecher“ mit dem „islamischen Kulturkreis“ zu tun. Darüber hinaus behauptet sie, die Justiz sei zu nachsichtig und schütze daher „Massenvergewaltiger“.

Katrin Ebner-Steiner, 5. Sitzung, 11.12.2018, S. 149 ff.

„Den Preis zahlen vor allem die Opfer krimineller Zuwanderer, die Schwerverletzten, die Vergewaltigten und Ermordeten. Jeder Fall, der sich hinter den trockenen Zahlen der bayerischen Kriminalstatistik verbirgt, ist ein zerstörtes Leben; denn hinter jedem Opfer stehen traurige und fassungslose Familienmitglieder. Doch davon ist bei Ihnen kein Wort zu lesen, weder ein

*Wort über Islamisierung noch eines über Islamismus.
(Beifall bei der AfD) [...]*

*Nichtdeutsche sind also fast dreimal so oft kriminell
wie Deutsche. Dabei sind Migranten mit deutschem
Pass, die sich hier weiterhin in erster Linie ihrem Her-
kunftsland verbunden fühlen, gar nicht mitgezählt.“*

Katrin Ebner-Steiner, 56. Sitzung, 13.10.2020, S. 7091 ff.

*„Mit viel Geschick verstecken Sie nicht nur die Schein-
asylanten im ganzen Land bis zur hintersten Milch-
kanne im Bayerischen Wald; Sie verstecken die Kosten
der Zuwanderung auch in diversen Haushaltstiteln.
Beides ist perfide, doch das Spiel ist jetzt aus. Während
Sie nämlich generös ein ums andere Mal wiederholen,
niemandem würde etwas weggenommen, ahnt jeder
halbwegs vernünftige Bayer: Genau das Gegenteil ist
der Fall. Ihre links-grün-bunte Willkommensparty kos-
tet uns unglaublich viel: für Sozialleistungen, für Integ-
rationskurse, für Verpflegung, für versuchte und oft ge-
scheiterte Abschiebungen, für die Einsätze unserer Po-
lizei und nicht zuletzt für die Verwaltung des ganzen Irr-
sinns. [...]*

*Im Haushaltsausschuss sehen wir ganz genau, wie Sie
den Steuerzahler immer weiter auspressen;*

(Zurufe)

kein Wunder, dass immer mehr Leistungsträger Deutschland den Rücken kehren. Die gut Ausgebildeten werden systematisch aus dem Land vertrieben. Genau die Scheinasylanten, die kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht haben, kommen und bleiben. Messerstechereien, Gruppenvergewaltigungen –

(Zurufe)

all diese sogenannten Einzelfälle waren hier vor 2015 kein Thema. Wer denkt an unsere Rentner, Geringverdiener und Arbeitslosen? – Nochmal: Unser Geld für unsere Leute, denn wir sind von den Bürgern hier in Bayern gewählt worden; das wollte ich Ihnen in Erinnerung rufen.“

Katrin Ebner-Steiner, 130. Sitzung, 13.12.2022, S. 18081 f.

„Ihr Staatsminister Bernreiter hat mir 2015 im "Weißbräu" in Deggendorf versichert: "Da kommen keine Menschenfresser." – Vielleicht keine Menschenfresser; aber Vergewaltiger, Messerstecher und Mörder sind gekommen. Ohne sie würde die kleine Ece aus Illerkirchberg noch leben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD – Margit Wild (SPD): Schämen Sie sich! – Unruhe bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)“

Katrin Ebner-Steiner, 140. Sitzung, 28.3.2023, S. 19521 f.

„Über sieben Gruppenvergewaltigungen im Jahr sowie Tausende von "Einzelfällen" von "Messerfachkräften" und "Axtexperten" sind wesentliches Resultat Ihrer Politik.

(Beifall bei der AfD)“

Ebner-Steiner unterscheidet zwischen Deutschen und „Migranten mit deutschem Pass“. Sie setzt Flüchtlinge mit Vergewaltigern, Messerstechern, Mördern, „Messerfachkräften“ und „Axtexperten“ gleich. Durch die ironische Bezeichnung als „Einzelfälle“, suggeriert sie, dass es einen systematischen Zusammenhang zwischen Abstammung und Kriminalität gebe. Und sie spricht ihnen pauschal als „Scheinasylanten“ die Fluchtgründe ab.

Richard Graupner, 10. Sitzung, 21.2.2019, S. 680 f.

„Diese Politik tragen auch Ihre Parteikollegen als willige Vollstrecker Merkel'scher Weltbeglückungsphantasien nicht nur im Bund, sondern auch auf EU-Ebene mit. Wer Personen reinlässt oder gar einbürgert, ohne sie genau zu überprüfen, macht sich eben mitschuldig. Extremismusbekämpfung ist gut, wird aber ad absurdum geführt, wenn bei scheunentorweit offenen Grenzen weitere potenzielle Gefährder ins Land gelassen werden.“

Richard Graupner, 17. Sitzung, 14.5.2019, S. 1550

„Der Anteil junger Männer, die in den Kriminalstatistiken der ganzen Welt mit Abstand die höchste Straffälligkeit aufweisen, ist insbesondere seit 2015 stark gestiegen. Die offenen Grenzen ermöglichen es zwielichtigen Personengruppen nach wie vor, unkontrolliert nach Deutschland einzureisen.“

Richard Graupner, 23. Sitzung, 4.7.2019, S. 2714 f.

„Wir haben es mit den Auswirkungen ungebremster Zuwanderung zu tun, die allerorten in unserer Gesellschaft zu spüren sind. Galt es früher noch als Mutprobe, im Schwimmbad vom Fünfmeterbrett zu springen, beweist man heute schon Mut, wenn man überhaupt ein solches betritt. Deutsche Freibäder werden bundesweit zu Angsträumen, nicht zuletzt auch hier in München. Verantwortlich dafür sind nicht, wie meistens in der Presse zu lesen, ominöse junge Männer, Raubauken oder Asos, sondern, sehr präzise ausgedrückt, junge Männer mit Migrationshintergrund, nicht selten unter Beteiligung von Angehörigen jener Kategorie, die in der Polizeilichen Kriminalstatistik als "Zuwanderer" erfasst werden, Asylbewerber, Geduldete, Kontingent- oder Bürgerkriegsflüchtlinge usw.“

Richard Graupner, 33. Sitzung, 27.11.2019, S. 4067 f.

„Die GRÜNEN aber wollen den Begriff der "drohenden Gefahr" gleich ganz ins Reich der Verfassungswidrigkeit verbannen. Auch das ist symptomatisch. Die Klaviatur berechtigter Datenschutzbelange spielend, will man Polizei und Sicherheitsbehörden möglichst zahllos machen, damit Ihre Lieblingsklientel, die illegalen Zuwanderer, komfortabel ihren allzu oft kriminellen Geschäften nachgehen können.“

Richard Graupner, 54. Sitzung, 23.9.2020, S. 6825

“Vergessen wir nicht, die kriminelle Energie so manches Reisebegeisterten beginnt ja nicht erst mit dem Anzünden der eigenen Behausung, breitwillig haben sich viele zuvor gegen teures Geld in die Hände von kriminellen Schlepperbanden begeben. Die Wallfahrt nach Europa begann also bereits mit dem strafbaren Versuch der illegalen Einreise.“

Graupner spricht von den „Merkel’schen Weltbeglückungsphantasien“, die willig vollstreckt würden. Zwar sagt er neutral, dass „junge Männer“ die höchste Straffälligkeit aufweisen, bezieht dies jedoch sofort auf „zwieltichtige Personengruppen“, die ab 2015 „unkontrolliert nach Deutschland einreisen würden, „illegale Zuwanderer“ würden „allzu

oft kriminellen Geschäften nachgehen“, „Reisebegeisterte“ hätten „kriminelle Energie“. Graupner setzt pauschal Migrant*innen mit Kriminellen gleich.

Christoph Maier, 25. Sitzung, 17.7.2019, S. 3022:

„Die JA-Aktivisten hatten zuvor mit Straßenmalkreide und umweltverträglichem Kunstblut die Namen von 40 Opfern von Merkels Migrationspolitik auf den Gehsteig vor der CSU-Zentrale in München-Schwabing geschrieben. Auch der CSU sollte einmal vor Augen gehalten werden, dass die Opfer der "Herrschaft des Unrechts" einen Namen haben.“

Christoph Maier, 34. Sitzung, 5.12.2019, S. 4208

„Wie wichtig aber eine Leitkultur für den Zusammenhalt einer Gesellschaft ist, können wir dort beobachten, wo die Ideologie der kulturellen Diversität bereits Realität geworden ist. Schauen Sie nach Berlin: 2018 zählte die Polizei dort 2.795 Messerattacken. Im Schnitt wird in Berlin alle drei Stunden ein Messer gezogen. Das ist Teil der kulturellen Bereicherung, von der uns auch der Kollege Hold gerade eben berichtet hat. Schauen Sie nach Frankreich: Denken Sie an die Gewaltausbrüche in den Banlieues. Schauen Sie in die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo Multikulti

Tradition hat. Das ist unser Musterland und offensichtlich ein Vorbild für Multikulti. Unsere Vision von Deutschland ist das ganz sicher nicht, liebe Freunde.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben eine andere Vision: Wir fordern sichere Grenzen und eine Leitkultur, die diesen Namen verdient.“

Christoph Maier, 58. Sitzung, 28.10.2020, S. 7568 f.

„Dass die Integration gerade nicht funktioniert hat, beweist die hohe Gewaltkriminalität. Das zeigt sich tagtäglich, wenn Sie am Hauptbahnhof in München auf der Straße sind,

(Zuruf)

wenn Sie sehen, was sich dort auf der Straße tummelt,

(Weitere Zurufe)

was da herumlungert,

(Unruhe)

wie unsere schöne Heimat verkommt, wie Sie unsere Städte zu einem Moloch verkommen lassen,

(Zurufe)

in dem Müll und Dreck sich ausbreiten, weil unzivilisierte Verhaltensweisen

(Unruhe)

in unseren Städten mittlerweile Einzug gehalten haben.

(Anhaltende Unruhe)

Das ist eben nicht der Ausdruck einer gelungenen Integration, sondern das ist der Ausdruck einer unzivilisierten Kultur, die wir nur mit bester Integration in den Griff bekommen könnten. Aber genau diese Integration wollen Sie nicht. Sie geben sich mit diesen Zuständen in unserem Land zufrieden. Wir tun das nicht und sprechen die Probleme deshalb sehr konkret an. Ich bedanke mich für die Gelegenheit, dass ich diese Zwischenbemerkung noch beantworten durfte.

(Beifall bei der AfD)“

Christoph Maier, 77. Sitzung, 23.3.2021, S. 9993 ff.

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, effektiver Rechtsschutz ist der Rechtsschutz, den unsere Bürger in Bayern verdient haben. Wir lehnen hingegen diejenigen Ausgaben im Haushaltsplan ab, die die Staatsregierung den Scheinasylanten zur Verfügung stellen möchte. In Titel 427 01 planen Sie über eine halbe Million Euro für sogenannte Rechtskunde und Rechtsbildung insbesondere für Flüchtlinge und Asylbewerber ein. Dabei handelt es sich wiederum um einen Posten, den man zunächst einmal nicht so offensichtlich sieht.

Nur bei genauem Hinsehen erkennt man, dass es natürlich die Kosten dieser Zuwanderungswelle sind, die seit 2015 über Deutschland hereingebrochen ist und nach wie vor andauert. Ich fordere Sie auf, diese Zuwanderungswelle sofort zu stoppen.

(Beifall bei der AfD)

Mit diesem Posten, der schon seit Jahren gefördert wird, soll Asylsuchenden Rechtskunde und Rechtsbildung vermittelt werden – allerdings ohne Erfolg, wie wir sehen. Die Asylbewerber sind zum großen Teil nicht in der Lage, die selbstverständlichsten Gesetze in unserem Lande einzuhalten. Nicht umsonst hat Kollege Vogel davon gesprochen, dass 64 % aller Insassen in der Justizvollzugsanstalt München Ausländer sind und keine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Das sind die Zahlen, über die wir im Parlament diskutieren müssen.

Wir müssen auch die Schlussfolgerungen aus diesen Zahlen ziehen. Wir wollen in Bayern eine konsequente und harte Handhabung des Rechtsstaats, denn das ist die einzige Sprache, die Kriminelle verstehen. Das ist in Zeiten starker Zuwanderung auch das Gebot der Stunde. Auch wenn Sie es gerade nicht hören wollen: 43 % aller Tatverdächtigen bei den Delikten Mord, Totschlag oder Tötung auf Verlangen sind Ausländer, und das bei einem Anteil an der Wohnbevölkerung von gerade einmal 12 %. Sehr geehrte Damen und Herren, da hilft auch kein Rechtskundeunterricht auf Kosten der

Steuerzahler. Da hilft nur eines: Heimreise und Knast im Herkunftsland, und das schnell.

(Beifall bei der AfD)

Tatsache ist auch, dass weniger als 2 % aller Asylbewerber überhaupt als Asylberechtigte anerkannt werden. Diesem Gedanken trägt die AfD-Fraktion mit einem Änderungsantrag Rechnung. Wir fordern, dass die Mittel im Titel 427 01 auf 2 % reduziert werden. Hunderttausende von Euro für Rechtsbildung für Asylanten auszugeben, die unser Land ohnehin bald wieder verlassen müssen, ist pure Verschwendung von Steuergeld. Ich fordere Sie daher auf, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. [...]

Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, mehr Geld für Rechtsprechung und Justizvollzug ist richtig und gut. Besser wäre es allerdings, das Übel an der Wurzel zu packen. Die Alternative für Deutschland fordert Sie daher auf: Beenden Sie den rechtswidrigen Lockdown! Beenden Sie die Herrschaft des Unrechts, und beenden Sie die rechtswidrige Asylzuwanderung! Nur auf diese Weise werden Sie es schaffen, die Gerichte zu entlasten, Rechtssicherheit herzustellen und somit einen soliden Justizhaushalt auf die Beine zu stellen. Bis dahin allerdings gilt: Wir lehnen diesen Einzelplan der Justiz ab.“

Toni Schubertl (Grüne): „Aber ich muss die verfassungsfeindliche Propaganda des AfD-Abgeordneten Christoph Maier im Verfassungsausschuss ertragen. Er wird für die AfD noch zu diesem Punkt sprechen. An ihm kann man sehen, wie anstößige, rassistische und diskriminierende Reden der AfD aussehen. Er ist ein Beispiel dafür, warum es richtig ist, dass der Würzburger Stadtrat hier gehandelt hat. Maier diffamiert Geflüchtete als Scheinasylanten und Asylbetrüger. Er bringt sie pauschal mit Verbrechen in Verbindung. Er setzt bewusst Islamismus und Islam gleich und überschreitet damit die Grenze zur verfassungswidrigen Islamfeindlichkeit. Er wurde nicht gerügt.

Wahnhaft hängt Maier der Verschwörungstheorie einer sogenannten Umvolkung an. Er bezeichnet dies als "Great Replacement". "The Great Replacement" war auch die Überschrift über dem Manifest des neuseeländischen Attentäters Brenton Tarrant, der circa anderthalb Jahre zuvor in Christchurch über 50 Menschen erschossen hatte. "Gesteuert und geplant" werde laut Maier Europa zu einem "afro-orientalischen Siedlungsgebiet" gemacht und "im Schatten der Asylindustrie" der "Umbau des deutschen Volkes" betrieben. Seine Äußerungen sind offen rassistisch. Er wurde nicht gerügt.

(Zurufe von der AfD)

Die Zuwanderung will Maier mithilfe der Bundeswehr, mit Waffengewalt an der Grenze unterbinden. Zitat: "Bei einer

Überlastung der bayerischen Polizei und der Bundespolizei wäre es auch Aufgabe der Bundeswehr, der Streitkräfte, gewesen, diese Grenze, unsere Bundesgrenze, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln konsequent und effektiv zu verteidigen." Diejenigen, die eine ihm missliebige Politik vertreten, bezichtigt Maier des "Volksverrats" und will gegen sie vorgehen. Er wurde nicht gerügt.

Maier hat während der Rede der Holocaust-Überlebenden Charlotte Knobloch beim Gedenktag an die Verbrechen des Nationalsozialismus 2019 demonstrativ den Saal verlassen. Der Kritik, dass er die erste Strophe des Deutschlandliedes gesungen hatte, begegnete er folgendermaßen, Zitat: "Jeden Angriff gegen uns wegen Singen des Deutschlandliedes empfinden echte Patrioten als Ehrenbezeugung." Im Mai 2020 legte er einen Kranz für "unsere gefallenen Kameraden" des nationalsozialistischen Eroberungskrieges auf Kreta nieder. Dass Deutschland den Nationalsozialisten und nicht den Kommunisten in die Hände gefallen ist, sieht Maier als glückliche Fügung. Zitat Maier: "Ich möchte mir gar nicht vorstellen, was angesichts der Ereignisse in den Dreißigerjahren in der Sowjetunion [...] passiert wäre, wenn Deutschland damals den Kommunisten in die Hände gefallen wäre." Das sehe ich als ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus an. Er wurde nicht gerügt. " [...]

Christoph Maier (AfD): „Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin verwundert, dass die Fraktion der GRÜNEN die Gelegenheit hier nutzen musste, um einen persönlichen Angriff gegen mich durchzuführen. Nicht verwundert bin ich, dass der unfähige Leiter der

heutigen Plenarsitzung dagegen nicht einschritt und nicht zur Sache reden ließ. Das sehe ich ganz klar als einen Verstoß gegen die Neutralität der Versammlungsleitung an. Ich möchte das an dieser Stelle auch so im Protokoll haben: Unfähig, unpassend und parteiisch, das sind Ihre Attribute. Ich möchte ganz klar sagen: All das, was hier vorgetragen wurde, wird einst auf einem Ehrenschild stehen.“

Maier spricht von den „Opfern von Merkels Migrationspolitik“. Sarkastisch benennt er „Messerattacken“ als „kulturelle Bereicherung“. Es würden unzivilisierte Verhaltensweisen Einzug halten, Müll und Dreck sich ausbreiten und die Städte zu einem Moloch verkommen.

Obwohl er bereits 2019 in einer Rede „Remigration vor Integration“ forderte, benennt er in einer Rede 2020 eine bessere Integrationspolitik als Lösung. Die dabei verwendeten abfälligen Formulierungen zeigen jedoch die eigentliche Motivlage. Bereits ein paar Monate später spricht er schon davon, dass diese „nicht in der Lage seien, die selbstverständlichsten Gesetze in unserem Lande einzuhalten.“ Es helfe kein Rechtskundeunterricht, sondern nur „Heimreise und Knast im Herkunftsland“ und insgesamt eine Beendigung der „rechtswidrigen Asylzuwanderung“. Er spricht von „Scheinasylanten“ und „Asylbetrügern“ und bekräftigt alle ihm vorgehaltenen rechtsextremen und rassistischen Ausfälle, diese würden „einst auf einem Ehrenschild stehen“.

Ralph Müller, 10. Sitzung, 21.2.2019, S. 680

„Die zweite Frage ist: Wer ist überhaupt im Land? Darüber haben Sie bisher immer noch keine zuverlässigen Aussagen getroffen, geschweige denn dass Sie einen zuverlässigen Schutz der deutschen Bevölkerung vor dem Eindringen von Leuten, die hier bestialische Gewalttaten ausführen, geschaffen haben. Das frage ich Sie.“

Ralph Müller, 12. Sitzung, 13.3.2019, S. 832

„Ich greife nur einen Punkt heraus und würde mir eine Antwort darauf erwarten: Ein Vertreter Ihrer Fraktion bzw. Ihrer politischen Richtung, ein prominenter Mann, hat gesagt, die Migration wäre die Mutter aller Probleme. Ich würde es anders formulieren: Die kriminelle Masseninvasion ist die Mutter aller Probleme.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Rechtsradikalismus!)“

Ralph Müller, 30. Sitzung, 23.10.2019, S. 3619

„Sie wollen die kleineren kriminologischen und polizeitechnischen Schutzmaßnahmen zum Diskussionsgegenstand aufblähen. Parallel dazu läuft jeden Tag, jede Nacht, jeden Monat und über Jahre hinaus eine kriminelle Masseninvasion

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

islamistisch und fundamentalistisch eingestellter Menschen, von denen viele leider den Antisemitismus mit der Muttermilch aufgesogen haben.“

Müller spricht vom „Eindringen von Leuten, die hier bestialische Gewalttaten ausführen“, von einer „kriminellen Masseninvasion“, von „islamistisch und fundamentalistisch eingestellten Menschen“. Mit diesen martialischen Begriffen werden Einwanderer*innen zu einer großen Gefahr stilisiert, gegen die die gegenwärtige Regierung nichts unternehme.

Ralf Stadler, 18. Sitzung, 5.2.2019, S. 503

„Über Passau ist nicht nur die Asylflut mit aller Macht hereingebrochen, sondern auch das Jahrhunderthochwasser 2013, welches zu immensen Schäden geführt hat.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Grenzflutung hätten wir verhindern können, das Hochwasser nicht.“

„Es ist zwar schön, dass sich das Bundesministerium um das Schmerzempfinden der Ferkel sorgt. Aber warum sorgt sich die Regierung nicht genauso um das Schmerzempfinden der Tiere beim betäubungslosen Schächten?

(Beifall bei der AfD)

Warum sorgt sich die Regierung nicht genauso um das Schmerzempfinden unserer Kinder, die von illegal eingewanderten Kriminellen ohne Betäubungsmittel massakriert werden?

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle an den 17-jährigen Jugendlichen erinnern, der am Karfreitag von kriminellen Migranten betäubungslos erstochen wurde.

(Ruth Müller (SPD): Unglaublich! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: *Herr Kollege Stadler, sprechen Sie bitte zur Sache!*

Ralf Stadler (AfD): *Kommen wir zur Umsetzung des Verbots der betäubungslosen Ferkelkastration, das bereits 2013 vom Bund beschlossen wurde.*

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Frist zur Umsetzung ist im November 2018 noch mal um zwei Jahre bis Ende 2020 verlängert worden,

(Gisela Sengl (GRÜNE): Zum Haushalt! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Die können es einfach nicht! Themaverfehlung!)

weil man bis jetzt nicht in der Lage war, eine halbwegs praktikable Lösung zu finden, genauso wie man seit 2015 keine Lösung findet, kriminelle Ausländer konsequent abzuschieben.

(Beifall bei der AfD – Gisela Sengl (GRÜNE): Was hat das mit dem Haushalt zu tun? – Anhaltende Unruhe) [...]

Es kann sich einem fast der Verdacht aufdrängen, dass aufgrund der veränderten Essensgewohnheiten das Schweinefleisch verbannt werden soll. Diese Woche ist Veggie-Week in der Landtagskantine. Heute war da drin mal wieder fast nichts los. Oder hat das etwas mit der zunehmenden Islamisierung der Speisekarten zu tun, wie es in den zahlreichen staatlichen Kantinen bereits praktiziert wird?

(Anhaltende Unruhe – Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist ein Wahnsinn!)“

Ralf Stadler, 148. Sitzung, 22.6.2023, S. 21188 f.

„Früher brauchte man zum Besuch eines Freibads eine Badehaube und eine Schwimmweste. Heute braucht man eher einen Helm, eine stichsichere Weste und

Schwimmflügel. Wir schaffen auf diese Weise No-go-Areas

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

und überlassen diese öffentlichen Einrichtungen einem gewalttätigen Mob. Wollen Sie Zustände wie in Neukölln oder erst kürzlich im Ruhrgebiet, wo ausländische Familienclans mit Gewalt aufeinander losgehen? Da stellt sich schon die Frage: Wer ist denn dafür verantwortlich, dass diese gewaltbereiten Männer seit Jahren und Jahrzehnten aus allen "Shitholes" dieser Welt nach Deutschland gelassen und auf die friedliche eigene Bevölkerung losgelassen werden?

Ihre Nationale Sicherheitsstrategie kommt jetzt zu spät, weil Sie jahrelang unsere nationalen Grenzen nicht vor unkontrollierter Zuwanderung geschützt haben. Sie wollen alles und jedes retten: das Klima, die Natur, die Umwelt, die Ukraine, ja, die ganze Welt. Wir sagen Ihnen: Retten Sie erst einmal die eigene Bevölkerung vor Messerstechern, Vergewaltigern, Clankriminellen und islamistischen Terroristen

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

und, nicht zu vergessen, vor der Maskenmafia hier im Landtag. Herr Ministerpräsident Söder, nehmen Sie sich diese Worte mal zu Herzen und machen Sie was daraus. Meiden Sie Demos, auf denen Sie sich zum Nebendarsteller von Aiwanger und der Gruberin machen; sonst gehen uns bald die Mitgliederanträge aus.

(Beifall bei der AfD)“

Stadler spricht von den Kindern, „die von illegal eingewanderten Kriminellen ohne Betäubungsmittel massakriert werden“, und vergleicht dies mit dem betäubungslosen Schächten von Tieren durch Muslime. Man brauche in Freibädern, die aufgrund eines „gewalttätigen Mobs“ zu „No-Go-Areas“ geworden seien, einen Helm und eine stichsichere Weste. „Gewaltbereite Männer“ würden seit Jahrzehnten „aus allen ‚Shitholes‘ dieser Welt nach Deutschland gelassen und auf die friedliche eigene Bevölkerung losgelassen“. Die „eigene Bevölkerung“ müsse vor „Messerstechern, Vergewaltigern, Clankriminellen und islamistischen Terroristen“ geschützt werden.

Dabei macht Stadler stets deutlich, dass es sich seiner Meinung nach nicht um zufällige Phänomene handelt, sondern um eine von außen bewusst herbeigeführte Bedrohung. Diese werde von der Regierung ignoriert und hingenommen. Stadler greift dabei Alltagssituationen, wie den Kantinen- oder den Schwimmbadbesuch heraus und sieht darin jeweils Zeichen einer Bedrohung für die deutsche Kultur durch eine „Islamisierung“. Mit diesem AngstszENARIO wird bei den Zuhörer*innen Hass gegen Zuwanderer*innen und gegen die Politik geschürt.

Aussagen, die im Landtag thematisiert wurden

Ralf Stadlers rassistische und ausländerfeindliche Aussagen in früheren Facebook-Posts sind Gegenstand von Debatten im Landtag gewesen. Hierbei haben weder er noch die AfD-Fraktion sich von diesen distanziert.

Toni Schubert (Grüne), 28. Sitzung, 10.10.2019, S. 3299:

„Ich kann den Rassismus in der AfD exemplarisch an einem von Ihnen belegen: Der AfD-Abgeordnete Ralf Stadler spricht nicht nur regelmäßig von "Negern", er hetzt auch gegen Bewohner eines Anker-Zentrums, als wären sie eine kriminelle Zuhälterbande, nur weil sie eine dunklere Hautfarbe haben.¹⁷ Dafür [...] haben wir vor Kurzem seine Immunität aufgehoben.¹⁸

¹⁷ Stadler hatte das Video kommentiert mit: „Die Nutellabande beißt die Hand die sie füttert.“ Dies könnte ein Verweis auf die sogenannte „Nutellabande“ sein, eine kriminelle Zuhälterbande aus Hamburg, deren Mitglieder teilweise dunklere Hautfarbe hatten. (29. Sitzung, 15.10.2019, S. 3444 f.; AfD-Abgeordnetem droht Strafbefehl, PNP, 4.1.2020).

¹⁸ Ein Strafbefehl sollte beantragt werden (Az. 8 Js 6590/18), war zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht beantragt. Stadler erklärte dies in derselben Sitzung mit einer persönlichen Erklärung (28. Sitzung, 10.10.2019, S. 3316). Das AG Deggendorf stellte nach Auskunft der Staatsanwaltschaft am 30.10.2020 gemäß § 153a StPO das Verfahren gegen Zahlung von Geldauflagen in Höhe der im Strafbefehl angesetzten Geldstrafe ein.

Auf Facebook schreibt Stadler, Zitat:

„Der Krieg gegen Deutschland hat längst begonnen, anstatt Militär wird Deutschland mit fremden nicht integrierbaren Kulturen kontaminiert. PARASITEN: Schmarotzer, Lebewesen, die dauernd oder vorübergehend auf [...] oder in [...] einem andersartigen Organismus, dem Wirt, leben und diesen schädigen, ihn aber höchstens zu einem späteren Zeitpunkt töten.“

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Pfui!)

Ein weiteres Zitat von Stadler:

„Irgendwie Paranoid, kein Politiker traut sich das Wort "Geburtenkontrolle" auszusprechen, damit wäre das überhand nehmende Inzuchtproblem bei Muslimen sicher eindämmbar.“

"Ja pfui Deifi!", kann ich da nur sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)“ [...]

Das passt zu einem weiteren Spruch Stadlers, Zitat:

„Den bevorstehenden Bürgerkrieg kann man schon länger fühlen. Unsere "lieben Flüchtlinge" warten nur auf das Kommando.“

In anderen Posts fordert er die Bewaffnung der Bevölkerung, um gegen Fremde zu kämpfen.“

3. Herabwürdigung von Migrant*innen

Flüchtlinge werden als von vornherein weniger gebildet oder qualifiziert herabgewürdigt. Sie seien ein „Millionenheer von Habe- und Taugenichtsen“. Auch seien sie vor den Problemen zu Hause weggelaufen oder gar keine echten Flüchtlinge, sondern als „Scheinasylanten“ und Teil einer „Asylindustrie“.

Oskar Atzinger, 151. Sitzung, 19.7.2023, S. 21662, S. 21692

Erster Vizepräsident Karl Freller: „Vielen herzlichen Dank, Frau Abgeordnete Brendel-Fischer. – Ich nehme fast an, es war die letzte Rede. Es sei denn, Sie sprechen morgen noch.“

(Zurufe)

– Dann bedanke ich mich bei Ihnen für Ihr langjähriges Wirken – und dafür, dass Sie sich in Ihrer letzten Rede so kurzgefasst haben und wir dadurch acht Minuten eingespart haben. Herzlichen Dank dafür.“ [...]

Oskar Atzinger (AfD): „Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. – Herr Vizepräsident, Sie brauchen mich nicht zu verabschieden. Ich komme wieder, keine Frage.“

Diesen auf den ersten Blick unscheinbaren Kommentar von Aussage Oskar Atzinger kann man als eine besondere Form der Herabwürdigung von Migrant*innen interpretieren. Er griff einen Tag nach der Debatte zum Abschlussbericht des

NSU-Untersuchungsausschusses ein scheinbar harmloses Zitat dieser Terrororganisation, die Migranten ermordete, im Plenum auf.

Nachdem der Vizepräsident des Bayerischen Landtags Karl Freller in einer der letzten Sitzungen der 18. Legislaturperiode die ausscheidende Abgeordnete Brendel-Fischer verabschiedete, stellte Oskar Atzinger am Ende seiner Rede fest, dass er nicht verabschiedet werden müsse. Ergänzt durch ein Zitat der Zeichentrickfigur Paulchen Panther: „Ich komme wieder, keine Frage.“ Dieses Zitat verwendete auch die rechtsextremistische Terrororganisation Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) auf einer Bekenner-DVD.

Es ist unklar, ob Atzinger darauf Bezug nahm, aber der Verdacht liegt nahe. Erst in der Sitzung am Vortag wurde im Plenum der Abschlussbericht des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses des Bayerischen Landtags behandelt. Dieser Untersuchungsausschuss hat seit dem Mai 2022 den Umgang der Sicherheitsbehörden mit der Mord- und Anschlagsserie des NSU untersucht. Im Fokus stand dabei unter anderem die Bekenner-DVD. Dass Atzinger sich mit dem NSU befasst hatte, zeigt auch seine später geäußerte Vermutung, dass staatliche Behörden aktiv an der Terrororganisation beteiligt gewesen sein könnten.¹⁹

¹⁹ Siehe Hinweis in der 23. Plenarsitzung, 19. LP, 18.6.2024, S. 2258; 8. Sitzung des Bildungsausschusses, 18.4.2024.

Die rechte Szene arbeitet gerne mit Kodizes, auch „Dog Whistles“ oder „Hundepfeifenpolitik“ genannt. Wie bei einer Hundepfeife, die nur von Hunden, aber nicht von Menschen gehört werden, werden Wörter benutzt, die auf den ersten Blick harmlos wirken, aber für Eingeweihte eine versteckte Botschaft enthalten. Der Bezug auf Paulchen Panther, bzw. mutmaßlich auf den NSU, könnte für Rechtsextreme die Botschaft sein, dass sich Atzinger zu der Ideologie der Rechtsterroristen bekennt. Ein klarer Beleg ist dies jedoch in diesem Fall nicht, sondern nur eine Interpretation.

Katrin Ebner-Steiner, 65. Sitzung, 9.12.2020, S. 8450 f.

„400 Millionen Euro Rücklagen werden verpulvert, um die Asylindustrie zu mästen, wie sie es von Merkel und ihren Statthaltern in Bayern gewohnt ist. Der Zuwanderungs- und Integrationsfonds ist so prall gefüllt wie schon in den Vorjahren. Auch im Jahr 2021 wird eine fest etablierte Asylindustrie mit fast zwei Milliarden Euro gefördert. Wohin diese Auswüchse führen, hat man in den letzten Tagen in Ebersberg gesehen. Dort haben Scheinasylanten eine wunderschöne Villa bezogen,

(Zuruf: Fake News!)

mit einer Lage im feinsten Millionärsviertel und Mietkosten von mehreren Tausend Euro pro Jahr. Und wer bezahlt das Ganze? – Der Freistaat Bayern und somit unsere fleißigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(Unruhe)

Denn: Was der Fleiß gewinnt, manch Scheinasylant wieder nimmt.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Fast alle Bürgerinnen und Bürger müssen Einschränkungen und Einschnitte hinnehmen, nur bei der Alimentierung sogenannter Flüchtlinge wird nicht gespart. Migrationsfinanzierung ist offenbar systemrelevant.“

Katrin Ebner-Steiner, 108. Sitzung, 15.3.2022, S. 14796 f.

„Die Ursache ist leicht zu benennen und mit etwas gesundem Menschenverstand auch jedem einleuchtend. Wir haben seit Jahren eine massive und unkontrollierte Zuwanderung nach Deutschland. Deutschland ist zu einem der größten Einwanderungsländer der Welt geworden. Dabei handelt es sich mehrheitlich um Armutseinwanderung oder Einwanderung gering Qualifizierter, die die Nachfrage nach günstigem und somit bezahlbarem Wohnraum erhöht. Ab 2015 bis 2020 wuchs der Hauspreisindex um 38,2 %. Im Klartext: Diese Einwanderer konkurrieren mit unseren Landsleuten um diesen begrenzten Wohnraum. Dabei hatten auch manche Scheinasylanten den Vorteil, dass ihre Miete

der Steuerzahler zahlt, während der bayerische Geringverdiener oder Rentner diesen Betrag selbst verdienen muss.“

Katrin Ebner-Steiner, 110. Sitzung, 5.4.2022, S. 14980 f.

„Angesichts dessen ist von Haushaltsdisziplin aber keine Spur zu sehen. Letztens haben Sie 90 Millionen Euro mehr für Asylkosten ausgegeben als vorgesehen. Die aktuelle Massenmigration wird 2015 wohl noch in den Schatten stellen. Während wir alle unseren ukrainischen Freunden helfen wollen, wird unsere Hilfsbereitschaft einmal mehr von Schleusern und Schlepperkonzernen ausgenutzt, um Personen aus ganz anderen Erdteilen im deutschen Sozialstaat zu versorgen. Söder hat uns mit seinen Schmutzeleien die Ampel beschert. Mit Faeser wird es auch weiterhin keine Kontrollen und keinen Grenzschutz geben.“

Katrin Ebner-Steiner, 130. Sitzung, 13.12.2022, S. 18081 f.

„Angesichts der Gesamtzahl der arbeitssuchenden ausländischen Grundsicherungsempfänger von aktuell über 1,2 Millionen bedeutet das, knapp 80 % der arbeitssuchenden Ausländer in Deutschland verfügen über keinerlei beruflichen Bildungsabschluss.

(Beifall bei der AfD)

Diese Menschen braucht der deutsche Arbeitsmarkt nicht, meine Damen und Herren. Diese Menschen machen unsere Städte zu Slums, die den Steuerzahler Milliarden kosten und das Land weiter in ein einziges Illerkirchberg verwandeln.

(Margit Wild (SPD): Meine Güte! Entsetzlich!) [...]

Ihre geist- und kenntnislose Migrationspolitik schafft nur eines: ein Millionenheer von Habe- und Taugenichtsen, die nicht nur den sozialen Frieden, sondern letztlich sogar das ganze Land gefährden.

(Beifall bei der AfD – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Setzen Sie sich also unverzüglich dafür ein, die millionenfache, unqualifizierte Einwanderung in unsere Sozialsysteme abzustellen, die bestehenden Pull-Faktoren zu beseitigen, und folgen Sie unserem Vorschlag! Die AfD steht für eine Minus-Zuwanderung, weil ausländische Leistungsträger sowieso nicht mehr nach Deutschland kommen wollen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es können auch andere auswandern!)

Starten wir endlich eine bayern- und bundesweite Abschiebeoffensive! Nur so können wir Bayerns Wohlstand und Sicherheit für die nächsten Generationen erhalten.“

Ebner-Steiner spricht von einem Mästen der „Asylindustrie“ durch die „Statthalter“ Merkels in Bayern. „Scheinasylanten“ würden in einer Villa wohnen. Sie reimt: „Was der Fleiß gewinnt, manch Scheinasylant wieder nimmt.“ „Sogenannte Flüchtlinge“ würden alimentiert. Es handle sich mehrheitlich um „Armutseinwanderung oder Einwanderung gering Qualifizierter“. „Personen aus ganz anderen Erdteilen“ würden „im deutschen Sozialstaat“ versorgt. Es handle sich pauschal um „unqualifizierte Einwanderung“. Ausländer ohne Bildungsabschluss würden „unsere Städte zu Slums“ verwandeln und das Land in ein einziges Illerkirchberg verwandeln. In diesem Ort ist durch einen Ausländer ein Mord an einem Mädchen verübt worden. Durch Ausländer werde sozusagen das gesamte Land in einen Tatort für Morde verwandelt. Es werde ein „Millionenheer von Habe- und Taugenichtsen“ geschaffen, welches „das ganze Land gefährde“.

Die Aussagen von Ebner-Steiner erschaffen ein karikaturhaftes Bild von Migrant*innen, mit dem sie diese pauschal als ungebildete und unfähige Personen darstellt, die den hier lebenden Menschen das Geld, die Wohnung und die Sicherheit rauben wollen. Als Lösung bietet sie eine „Abschiebeoffensive“ an. Auch wenn sie das Wort „Abschiebung“ verwendet, meint sie nicht die Abschiebung von ausreisepflichtigen Menschen oder Straftäter*innen, da sie in ihrer Problembeschreibung ja auch nicht differenziert. Letztlich meint sie nach dem Sinn ihrer Reden damit die massenhafte Vertreibung und Deportation hier lebender Menschen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Ein verzerrtes Bild von Mitmenschen, die pauschal als schädlich und raffgierig dargestellt wurden, hatten bereits die Nazis für Jüdinnen und Juden verwendet. Auch hier wurden radikale Maßnahmen als einzige Lösung für ein selbst-erfundenes Problem angesehen.

Richard Graupner, 38. Sitzung, 29.1.2020, S. 4793

„Kommen wir zum zweiten Antrag. Hier verlangt man den freien und anlassunabhängigen Zugang zu allen Anker-Zentren für – Zitat – altruistische Rechtsanwälte und NGOs, damit diese bequem ihr Unwesen vor Ort treiben können, was Sie natürlich Rechtsberatung nennen. Aber diese Rechtsberatung dieser Promotoren und Nutznießer der "Abschiebeverhinderungsindustrie" – ein Zitat von Rainer Wendt – zielt vor allem darauf ab, Ausreisepflichtigen Tipps für ihren weiteren widerrechtlichen Aufenthalt in den Hängematten des deutschen Sozialstaats zu geben.“

Die „Ausreisepflichtigen“ wollen laut Graupner „in den Hängematten des deutschen Sozialstaats“ bleiben. Er fokussiert allein auf eine bestimmte Gruppe und verallgemeinert diese, so als würden Flüchtlinge nicht arbeiten wollen.

Uli Henkel, 83. Sitzung, 20.5.2021, S. 11149

„Im Folgenden geht es mir nicht um die Suche nach Sündenböcken, sondern es geht um den unverstellten Blick auf die Ursachen des gegenwärtig hochkochenden Judenhasses. Dazu gehört es nun einmal, dass sich unsere Bevölkerungsstruktur in den vergangenen dreißig Jahren radikal verändert hat, dass wir das Hauptziel großer Migrantenströme geworden sind und ein übergroßer Anteil dieser Menschen aus archaischen Kulturkreisen kommt und oft einer Religion angehört, deren Anhänger die Vernichtung Israels teils sogar aktiv betreiben. Zumindest predigen sie diese zu oft fanatisch, und sehr oft erhoffen sie selbige sehnlichst.“

Uli Henkel, 132. Sitzung, 15.12.2022, S. 18318 f.

„Seit Jahren wird unser Land von als Fachkräften getarnten Goldstückchen regelrecht überrannt, weniger unsere Unternehmen – denn die melden aktuell unglaubliche 850.000 offene Stellen – als vielmehr unsere sozialen Netze, wo es sich diese Fachkräfte aus aller Welt und auch viele Deutsche mit Migrationshintergrund

(Florian von Brunn (SPD): Alternative für Nazis – eine Schande für Deutschland!)

nur zu gerne und auch überproportional stark vertreten bequem machen – einfach deshalb, weil wir das zulassen

*(Johannes Becher (GRÜNE): Bodenlose Unterstellung!)
und obendrein auch noch alimentieren.*

(Johannes Becher (GRÜNE): Bodenlos!)“

Uli Henkel, 132. Sitzung, 15.12.2022, S. 18318 f.

„Besonders würdigen möchte ich in diesem Kontext jedoch die 15 Millionen Vertriebenen aus den Ostgebieten, die alles verloren hatten und sich hier eine neue Heimat aufbauen mussten,

(Unruhe)

ohne freilich dabei so gepampert zu werden, wie das den Geflüchteten der heutigen Tage widerfährt.

Als in den Sechzigerjahren die ersten Türken angeworben wurden – maßgeblich übrigens auf Wunsch der Türkei selbst und auch auf nicht zu geringen Druck durch die USA, die nach dem Abzug der Atomraketen aus der Türkei infolge der Kubakrise gegenüber Ankara noch etwas gutzumachen hatten –, war das deutsche Wirtschaftswunder im Wesentlichen doch längst eingetreten, sprach man in Frankreich schon lange vom "miracle économique allemand",

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist doch Geschichtsklitterung!)

weshalb also doch wohl eher die Südländer und die Türkei Deutschland für die Stabilisierung ihrer Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen zu danken hätten als anders herum.

Die SPD möchte allen Menschen ihren Respekt ausdrücken, die ihre Heimat verlassen und sich in Bayern eine Existenz aufgebaut haben.

(Johannes Becher (GRÜNE): Dass die AfD den Menschen den Respekt nicht erweist, überrascht mich nicht!)

Das kann man machen. Der Respekt der AfD-Fraktion gilt hingegen besonders den Menschen, die eben gerade nicht vor den Problemen zu Hause davongelaufen sind,

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Franz, könnt ihr da mitgehen?) [Anmerkung: Gemeint ist wohl Franz Bergmüller]

um diese dann zu häufig doch nur in ihren Parallelgesellschaften bei uns zu wiederholen,

(Widerspruch bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

sondern sich stattdessen im Heimatland für den Aufbau demokratischer Strukturen engagieren.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Das sind nämlich die wahren Helden, schaffen sie so einen wertvollen Beitrag für Frieden und Stabilität in der Welt.

(Margit Wild (SPD): Das ist eine Schande!) [...]

Der Bayerische Landtag darf nun der Bundesregierung auch bei den für Deutschland so desaströsen Kosten in Sachen Staatsbürgerschaft auf keinen Fall entgegenkommen, im Gegenteil: Von München muss vielmehr das Signal ausgehen, die Anforderungen zur Erlangung unserer Staatsbürgerschaft eher wieder in Richtung Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz zu erschweren,

(Widerspruch bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

statt diese als Ramschware regelrecht zu entwerten;

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Sie rücken immer weiter nach rechts!)

denn die doppelte Staatsbürgerschaft beantragen meist nur diejenigen, die sich das Beste aus zwei Welten gönnen möchten und mit dem so erlangten Wahlrecht ihre Gesellschaftsordnung langfristig dann auch bei uns zu implementieren gedenken.

(Unruhe)“

„Nur kurz zur Bildungsmisere: Ja, man kann Schülerzahlen antizipieren, nicht aber die Zehntausenden von zu beschulenden Kindern all dieser neuen Migranten, wobei 40.000 ukrainische Kinder jetzt in Bayern noch on top dazukommen. Da fragen wir uns schon, ob denn in dieser Notlage nicht deren Schulpflicht auszusetzen ist, wenn doch die Kinder der hier schon länger Lebenden darunter zu leiden haben, dass durch fehlende Lehrer und überfüllte Klassen ihre Bildungschancen massiv geschmälert werden. Deshalb sagen wir als AfD auch: Unsere Kinder zuerst! Nur wenn es dann noch Kapazitäten gibt, sehr gerne auch die anderen, aber eben nicht auf Kosten unseres Nachwuchses und seiner ohnehin schon ungewissen Zukunft.“

Henkel spricht zwar auch von „großen Migrantenströmen“ aus „archaischen Kulturkreisen“, verwendet neben diesen direkt abwertenden Bezeichnungen dann aber auch ironische Begriffe, wie „Goldstückchen“ oder er nennt Flüchtlinge „Fachkräfte“, wenn er ausdrücken möchte, dass es sich diese in den „sozialen Netzen“ „bequem machen“ und nicht in Unternehmen arbeiten.

Mit der Bezeichnung als Goldstücke ist in ausländerfeindlichen Kreisen durch diese ironische Verwendung eine bewusste Abwertung als eigentlich wertlos gemeint. Der Begriff ist geformt worden in Reaktion auf die irreführend verkürzte Wiedergabe eines Zitats des SPD-Kanzlerkandidaten

Martin Schulz von 2016, als habe er Flüchtlinge als wertvoller als Gold bezeichnet. Er sagte stattdessen: „Was die Flüchtlinge mit zu uns bringen, ist wertvoller als Gold. Es ist etwas, was wir in den letzten Jahren wohl irgendwo auf dem Weg verloren haben: Es ist die Überzeugung, ja der unbeirr-bare Glaube an den Traum von Europa.“²⁰

Henkel wertet heutige Flüchtlinge ab, indem er sie in Gegensatz zu den „15 Millionen Vertriebenen“ stellt, „die alles verloren hatten und sich hier eine neue Heimat aufbauen mussten“, während die Geflüchteten heute „gepampert“ werden. Darüber hinaus spricht er den als Gastarbeiter nach Deutschland gekommenen Türken ab, zum Wirtschaftswunder beigetragen zu haben.

Für Flüchtlingskinder will Henkel die Schulpflicht aussetzen, da er Nachteile für „die Kinder der hier schon länger Lebenden“ befürchtet und sagte: „Unsere Kinder zuerst!“

Henkel spricht den Flüchtlingen so ihren Wert, ihre Fähigkeiten, ihren Beitrag zu unserer Gesellschaft ab und will deren Kinder benachteiligen.

²⁰ Wikiquote.de: Martin Schulz.

Toni Schubert (GRÜNE): „Herr Henkel, da Sie selbst vom Verfassungsschutz beobachtet worden sind, erlauben Sie mir eine Nachfrage, wie Sie zum Beispiel zu Ihren rechtsextremen Kollegen in Ihrer Fraktion stehen. Ich nenne den Abgeordneten Stadler und den Abgeordneten Maier, der von Scheinasylanten, Asylbetrügern und von Volksverrat redet, der die Bundeswehr gegen Flüchtlinge an der Grenze einsetzen möchte, der es als Ehrenbezeugung für echte Patrioten sieht, wenn man ihn für das Singen der ersten Strophe des Deutschlandliedes kritisiert, und der sich gar nicht vorstellen möchte, was in den 1930er-Jahren passiert wäre, wenn die Kommunisten gewonnen hätten und nicht die Nazis. (Zuruf) Distanzieren Sie sich von diesen Rechtsextremen in Ihrer Fraktion oder nicht?“ [...]

Christoph Maier (AfD): „Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Sie haben in der Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Schöberl gehört, dass er meinen Abgeordnetenkollegen Stadler und mich pauschal als Rechtsextremisten beschimpft hat. Dann hat er einige Bemerkungen bzw. Bezeichnungen aus dem Hut gezaubert, die angeblich verwendet wurden. Jawohl, es handelt sich um Scheinasylanten, es handelt sich um Asylbetrüger. In gewissen Teilen handelt es sich auch um das, was wir als ein Misstrauen gegenüber dem eigenen Volk bezeichnen würden. Es handelt sich um verräterische Aktionen, die hier von der Regierung durchgeführt, geplant und letztlich zwangsvollstreckt werden sollen.“

Maier nimmt Stellung zu den Vorwürfen ihm gegenüber, nutzt dies jedoch nicht für eine Klarstellung oder Distanzierung, sondern bestätigt die Begriffe „Scheinasylanten“ und „Asylbetrüger“ und legt nach mit einem Hinweis auf einen angeblichen Verrat am eigenen Volk.

Ralph Müller, 40. Sitzung, 11.2.2020, S. 5046 f.

„Hier gäbe es dringlich schon eine große Entlastung, wenn man konsequent im Umgang mit ausreisepflichtigen Asylbetrügern und deren Angehörigen wäre,

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

die ohnehin nur unsere Sozialsysteme plündern und ins Wertesystem der freiheitlich-demokratischen Grundordnung niemals zu integrieren sind.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)“

Müller spricht von „Asylbetrügern“, schränkt diesen Begriff jedoch mit dem Adjektiv „ausreisepflichtig“ ein, wodurch ihm in diesem konkreten Fall nicht der Vorwurf gemacht werden kann, er meine damit pauschal alle Asylbewerber*innen. Er suggeriert jedoch, als würden alle abgelehnten Asylbewerber pauschal „unsere Sozialsysteme plündern“ und könnten niemals integriert werden.

Ulrich Singer, 16. Sitzung, 8.5.2019, S. 1448

„Liebe Kollegen, es kann aber nicht sein, dass unsere Abiturienten zum Studieren nach Österreich oder Ungarn auswandern müssen, während wir gleichzeitig auf die Herzchirurgen aus Syrien warten, die ja bisher doch nicht in so großer Zahl eingetroffen sind. Inzwischen haben wir ja auch eines gelernt: Nicht jeder, der da kommt, ist ein Chirurg, nur weil er geschickt mit dem Messer umgehen kann.“

Ulrich Singer, 80. Sitzung, 15.4.2021, S. 10587

„In Wahrheit haben Sie schlicht und einfach Massen illegaler Migranten ins Land gelassen und unser Sozialsystem noch weiter bluten lassen. Da muss natürlich schon die Frage erlaubt sein, ob Sie wirklich die richtigen Menschen ins Land gelassen haben.“

Singer geht nicht davon aus, dass unter den syrischen Geflüchteten Menschen mit Universitätsabschluss sind, sondern stellt stattdessen einen Zusammenhang zur Messer Gewalt her. Ähnlich martialisch spricht er von Sozialsystemen, die durch die anderen Parteien „weiter bluten“ gelassen würden und wirft die Frage auf, ob „die richtigen Menschen ins Land gelassen“ worden seien. Auch Singer suggeriert damit, dass von Migrant*innen pauschal eine Gefahr ausginge.

Video Ralf Stadlers, das zur Aufhebung der Immunität führte

Am 28.03.2023 publizierte der Abgeordnete Ralf Stadler (AfD) auf seinen Social-Media-Kanälen (Telegram, Facebook, Instagram, TikTok) ein Video, in welchem er sich während einer Zugfahrt von München nach Passau dabei filmt, wie er zwei Passagiere mit dunkler Hautfarbe beschimpft, beschuldigt, den Zug im Bahnhof Moosburg aufzuhalten (anscheinend ohne zu ermitteln, ob die beiden möglicherweise Hilfe brauchen oder was überhaupt ihr Anliegen ist), mit Messerstechern gleichsetzt, in dem im Video eingeblendeten Text als Pack beschimpft und schließlich einen der beiden mit tätlicher Gewalt aus dem stehenden Zug schubst.

Die Mittelbayerische Zeitung zitierte den Abgeordneten Stadler in der Berichterstattung über den Vorfall folgendermaßen:

„'Ich habe Courage gezeigt', sagte Stadler und fügte angesichts seines augenscheinlich ausländischen Kontrahenten hinzu: 'Ich weiß ja nicht, was der in der Tasche hat'.“²¹

Aufgrund dieses Videos und zweier weiterer Posts wurde am 5.6.2025 die Immunität von Stadler aufgehoben, damit

²¹MdL Ralf Stadler (AfD) drückt Mann aus Zug und veröffentlicht Video davon, www.mittelbayerische.de, 29.3.2023; AfD-Abgeordneter Stadler sorgt mit Video für Wirbel, www.bayerische-staatszeitung.de, 29.3.2023.

ein Strafbefehl²² beantragt werden kann. Auch die beiden anderen Posts haben einen politischen Bezug. Am 14.2.2022 zeigte er auf Facebook ein Video einer echten Hinrichtung eines von drei gefangenen und am Boden knieenden Soldaten in der Ukraine mittels mehrerer Schüsse gegen den Kopf. Deutliche Einschläge und Abplatzungen von Blut und Gewebe und eine weitere Leiche seien zu sehen gewesen. Am 17.8.2023 zeigte er auf Telegram die Ablichtung eines Bescheids des Landratsamtes Uckermark, auf dem sicht- und lesbar wesentliche personenbezogene, nicht allgemein verfügbare Daten der Familie, insbesondere Namen, Wohnanschrift und Geburtsdaten waren. Mit der Bezeichnung als “Edelasyllantin” hat er die Betroffene verächtlich gemacht.

²² Vergehen der Gewaltdarstellung, Volksverhetzung in Tateinheit mit Verletzung von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen sowie des gefährdenden Verbreitens personenbezogener nicht allgemein zugänglicher Daten. Aktenzeichen: 511 AR 905/23, 511 Js 590/24. Der Tatbestand findet sich im öffentlichen Protokoll der 28. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 22.5.2025, S. 5 ff.

4. Herabwürdigung des Islam

Der Islam wird von den Abgeordneten der AfD so dargestellt, als könnte er nur als politischer Islam oder gar als Islamismus existieren. So, als wäre eine Trennung von Staat und Religion mit dem Islam per se nicht vereinbar. Dabei unterstellt die AfD grundsätzlich allen Muslim*innen, die gesamte christliche Welt missionieren oder gar erobern zu wollen. Ein Islam ohne Herrschaftsanspruch wird als genauso unmöglich angesehen wie eine muslimische Person, die ihren Glauben liberal auslebt.

Die AfD brachte einen Gesetzentwurf zu einem Minarettverbot ein (Landtags-Drucksache 18/547). Ein Minarett ist ein Turm, der zu einer Moschee gehört. Von diesem Turm aus ruft der Muezzin traditionellerweise fünfmal am Tag die gläubigen Muslim*innen zum Gebet. Ein Minarett erfüllt damit einen ähnlichen Zweck wie ein Kirchturm, dessen Glocken vor Beginn eines Gottesdienstes läuten.

Weder Minarett noch Kirchturm sind notwendig für das Abhalten eines Gottesdienstes, dennoch sind sie Teil religiöser Traditionen und unterfallen damit auch der Religionsfreiheit. Mit der pauschalen und ausnahmslosen Ablehnung von Minaretten wenden sich die AfD-Abgeordneten damit auch gegen die Religionsfreiheit zugunsten einer christlichen Dominanz. Auch den Ruf des Muezzins möchte die AfD verbieten. Ebenso ist der islamische Religionsunterricht für die AfD ein Problem.

„Islamunterricht bedeutet, dass an den Schulen Ansichten verbreitet werden, die im offenen Gegensatz zu unserem Grundgesetz stehen. Im Gegensatz zur Bibel stellt der Koran gleichsam eine Art Grundgesetz für die Gläubigen dar. Er stellt auch Anspruch auf die politische Macht. Es gibt im Koran viele Verse, die gegen ein friedliches Zusammenleben von Muslimen, Juden und Christen sprechen.

Die Forderung, Inhalte des Islamunterrichts müssten mit dem Grundgesetz vereinbar sein, beruht auf einer Träumerei; denn es gibt keinen politischen und religiösen Islam. Der Koran unterwirft den Muslim der Scharia, die seine gesamten Lebensverhältnisse regelt: Recht, Religion, Kultur und Politik.

Islamunterricht ist zugleich politischer und gegen unser Grundgesetz gewandter Unterricht; denn einen verfassungskonformen Islam gibt es nicht, so sehr wir uns das auch wünschen.

Meine Damen und Herren, was bedeutet denn Islam? – Er bedeutet nichts anderes als die Unterwerfung. Islamunterricht geht einher mit der Ablehnung von Prinzipien wie Individualität, Säkularität, Pluralismus und Menschenrechten. Eine selbst ernannte Elite von Religionsgelehrten übernimmt die Erziehung der Kinder. Menschenrechte und Pluralismus sind in dieser ideologisch geprägten Erziehung überflüssig.

Wesentliche Merkmale des Islamunterrichts sind unter anderem die Frontstellung gegen die Normen und Regeln unseres Grundgesetzes, die Missachtung der Trennung von Staat und Religion, die Verneinung der Geschlechtergleichstellung und von religiöser Freiheit und Selbstbestimmung.“

Cyron behauptet, einen verfassungskonformen Islam gebe es nicht, er könne in keiner Form mit dem Grundgesetz vereinbar sein. Islam sei nichts anderes als Unterwerfung. Die negativen Auswirkungen von Diktaturen in islamisch geprägten Ländern in Form der Ablehnung grundlegender Menschenrechte rechnet sie nicht den Diktaturen oder bestimmten Formen des Islamismus zu, sondern dem Islam insgesamt.

Katrin Ebner-Steiner, 32. Sitzung, 12.11.2019, S. 3893 f.

„Sie alle, die Sie der unkontrollierten Islamisierung Tür und Tor geöffnet haben, sind aber noch für etwas anderes mitverantwortlich.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD – Johannes Becher (GRÜNE): Das kann ja noch lustig werden!)

Sie sind mitverantwortlich für die über 20.000 Mädchen und für viele Hunderttausende von Jungen, die heute von Genitalverstümmelung bedroht sind. Sie sind mitverantwortlich für Zehntausende von Zwangsehen und

der mittlerweile allgegenwärtigen Zwangsverschleierung – auch wenn Sie das nicht hören wollen. Die Indoktrination von Kindern mit extremistischen Religionsideologien, in denen Andersgläubige zu Tieren, Homosexuelle als abartig und Frauen als zweitrangig erklärt werden, ist auch eine Form von schwerem Kindesmissbrauch.

(Beifall bei der AfD)“

Katrin Ebner-Steiner, 44. Sitzung, 20.4.2020, S. 5399 ff.

„Und nein, wir brauchen zuvorderst keine Lösung für den Ramadan, während unser Osterfest ausfallen musste. In der Krise gilt es, zuerst auf unsere bayerische Bevölkerung zu schauen. Es gilt: unsere Solidarität und unser Geld zuerst für unsere Leute. Gott schütze Bayern! – Herzlichen Dank.“

Katrin Ebner-Steiner, 94. Sitzung, 19.10.2021, S. 12840 f.

„Eines steht fest: Wir müssen jede Gewalttat ahnden. Wir müssen den Frauen helfen, die Hilfe brauchen, selbstverständlich. Wir müssen aber vor allem die Ursachen bekämpfen, und wir dürfen nicht weiter wegschauen. Eine islamistische Kultur ist die größte Gefahr für uns Frauen und für unsere Selbstbestimmung, ja, auch für unsere Freiheit und Demokratie. Solange Sie

diese Probleme nicht wirklich angehen, lehnen wir Ihre Anträge ab.“

Wenn es um die Zunahme des Anteils muslimischer Menschen in unserer Gesellschaft geht, spricht Ebner-Steiner pauschal von „unkontrollierter Islamisierung“ und von „extremistischen Religionsideologien“. Islam ist für sie eine „islamistische Kultur“. Dass während der Corona-Krise auch überlegt worden ist, wie Muslim*innen ihre Religion ausüben können, ist für Ebner-Steiner ein Problem, denn Muslim*innen gehören für sie nicht zu „unsere[n] Leute[n]“.

Richard Graupner, 13. Sitzung, 21.3.2019, S. 990

“Insbesondere sind Minarette architektonischer Ausdruck des Herrschaftsanspruchs des Islam.“

Richard Graupner, 15. Sitzung, 10.4.2019, S. 1254

„Weiter ist in Ihrem Gesetzentwurf zu lesen, Sie wollten mit Ihrem Vorschlag muslimischen und jüdischen Bestattungsriten besser gerecht werden. Würden sich die GRÜNEN wirklich Sorgen um jüdische Traditionen machen, würden sie die Ausbreitung des Islam und des mit ihm importierten Antisemitismus mit allen Mitteln eindämmen, anstatt ihn auf Schritt und Tritt zu hofieren.“

Die Bedeutung von Minaretten reduziert Graupner auf einen einzigen Aspekt. Und er verbindet Islam pauschal mit Antisemitismus.

Uli Henkel, 94. Sitzung, 19.10.2021, S. 12770 ff.

Nachdem Henkel den islamischen Gebetsruf im Landtag vorgetragen hatte, sprach er diesem ab, auch unpolitisch sein zu können.

„Deshalb aber nun die heutige Aktuelle Stunde der AfD gemäß der Devise: Wehret den Anfängen! Wenn wir den Muezzinruf auch in Bayern zulassen, wäre das ein weiterer und fast schon finaler Schritt in Richtung Durchbruch des politischen Islams und dessen religiöser Einverleibung eines ursprünglich doch einmal jedenfalls ganz überwiegend christlich geprägten Landes. [...]

Es geht hier nämlich gerade nicht um das Spirituelle, sondern um Politik, um Gebietsansprüche und um den Zugriff auf Menschen; denn der Ruf des Muezzins ist ein Glaubensbekenntnis, das eine angebliche Überlegenheit des Islams zum Ausdruck bringen soll. Wo bleibt da nur die Toleranz, die stets von muslimischen Interessenvertretern in den eigenen Belangen gefordert wird, wenn es denn keinen Gott gibt außer Allah, sprich, alle anderen Angebeteten also wohl nur Götzen sein sollen?

Religiöse Freiheit ist im Islam nicht vorgesehen; denn der Islam ist keine private Weltanschauung wie das Christentum nach unserem freiheitlichen säkularen Verständnis, sondern die einzige geistige, sittliche und rechtliche Grundlage einer für Muslime akzeptablen Gesellschaftsordnung. [...]

Ein aus meiner Sicht ganz wichtiger Punkt bei all diesen teils technischen, teils ideologischen, teils missionierenden und teils moralingetränkten Debatten um den Ruf des Muezzins aber – auch das scheint wieder einmal niemand zu wissen – ist doch die eherne Regel in der muslimischen Gesellschaft, dass überall dort, wo man den Muezzin hören kann, auch die Umma, also die Gemeinschaft der einzig Rechtgläubigen, zu verorten ist, sprich: dass dort eine Mehrheit der Muslime lebe, es sich also bereits um islamisches Territorium handle, auch wenn in Wahrheit vielleicht nur 5 % der Bewohner wirklich bekennende und vor allem praktizierende Muslime sind.“

Der Muezzinruf ist für Henkel ein Symbol der angeblichen Überlegenheit des Islam, der keine Religionsfreiheit vorsehe, und ein Symbol, dass sich dort, wo er ertönt, „islamisches Territorium“ befinde.

„Der Islam gehört nicht zu Bayern und auch nicht zu Deutschland [...] Der Islam führt nämlich zu totalitären Herrschaftssystemen, die ohne Zweifel grundgesetzwidrig sind. Dafür gibt es weltweit zahlreiche abschreckende Beispiele. Nennen Sie mir ein einziges islamisches Land, in dem Sie gut und gerne leben wollten. [...]

Wir lehnen diese Minarette auch, aber nicht nur aus städtebaulichen und landschaftsarchitektonischen Gründen ab, weil sie in erster Linie ein islamisches Macht- und Eroberungssymbol sind. [...] In Deutschland gewinnt die Islamisierung und damit die Gewalttätigkeit seit der rechtswidrigen Grenzöffnung im Jahr 2015 ebenfalls an Dynamik und sie trifft auf eine in ihren Werten schwache [...] und nicht wehrhafte Gesellschaft.

Linke Multikulti-Ideologen bejubeln jede neue Moschee frenetisch. Dieser Verharmlosung einer gefährlichen, gewaltbereiten und verfassungsfeindlichen Ideologie treten wir von der AfD aufs Schärfste entgegen. Diese Minarette sind zudem ein Symbol für die Unterdrückung der Frau

(Alexandra Hiersemann (SPD): Sie haben es nötig!)

und, was die Toleranzverblendeten allzu gerne ignorieren, sie sind ein Symbol des freiheitsfeindlichen Kulturkampfes sowie der Intoleranz gegenüber sogenannten

Anders- und Nichtgläubigen, wozu auch wir als Christen uns dann zählen müssen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir von der AfD fordern, allen Islamisierungstendenzen endlich entschieden entgegenzutreten. Jedes Zugeständnis an diese expansionistische, gewaltbereite Ideologie wird von deren Vertretern als [...] – ich komme dann zum Ende – Zurückweichen und potenziell auch als Unterwerfungsgeste gelesen. Der Rechtsstaat muss unsere Werte entschieden verteidigen, wenn es sein muss, auch mit den Mitteln des Baurechts.“

Christoph Maier, 34. Sitzung, 5.12.2019, S.4208

„Frau Gudrun Brendel-Fischer, Sie sind die Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung. Ich habe aus Ihrem Haus einen interkulturellen Kalender für das Jahr 2020 zugeschickt bekommen. In diesem Kalender sind zahllose Feiertage, beispielsweise von Jesiden, Buddhisten und Islamisten, enthalten.

(Allgemeiner Widerspruch – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Lächerlich!)

Ich will Ihnen eines sagen: Frau Brendel-Fischer, dieser Kalender ist kein Vorbild für die bayerische Leitkultur. Dieser Kalender ist "zum in die Tonne treten".

(Beifall bei der AfD)“

Christoph Maier, 55. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 6.5.2021, S. 21, 24 ff.²³

„Abweichend vom Votum im Bildungsausschuss plädiere ich für Ablehnung dieses Antrags. Wir wissen, dass der Islam für die westliche Welt und auch für die Demokratie eine Gefahr ist. Wir wissen auch, dass der Islam jede Gelegenheit und jede Einbruchsstelle, die wir ihm bieten, sei es in der Gesellschaft, in der Schule und selbst in der Politik, nutzt, um seine Lehre zu verbreiten. Der Islam ist als solcher eine unter dem Deckmantel der Religion getarnte Ideologie, die versucht, politischen Einfluss in diesem Land zu bekommen. Jetzt sind wir so weit, dass wir als Freistaat Bayern auch noch die Imamausbildung unterstützen wollen. [...]

Herr Schmid, Sie sind durch Ihre städtische Prägung sehr voreingenommen. Sie sollten einmal schauen, wie die Welt in Bayern tatsächlich aussieht. Das, was wir in München erleben, ist nicht Bayern. Das, was wir in München erleben, ist das schlechteste, was Bayern zu bieten hat. Das, was wir im Bahnhofsviertel und in anderen Teilen Münchens erleben, ist nicht Bayern.

²³ Auf Antrag von Toni Schuberl (Grüne) und mit Zustimmung von Christoph Maier (AfD) wurde von dieser Debatte im Ausschuss ein Wortprotokoll angefertigt.

Wenn Sie Bayern in seinem vollen Umfang erleben wollen, schauen Sie sich doch diese Gebiete an, die noch nicht vom Islam vereinnahmt werden, wo diese Religion noch nicht vorgedrungen ist, wo die Menschen noch bodenständig und auf ihre eigene Herkunft und ihren katholischen Glauben stolz sind und wo sie keinen Weltglauben produzieren wollen, wie Sie ihn hier in München predigen wollen.

Es gibt nicht die große Welteinigkeit, die alle Glaubensgemeinschaften umfasst, um die Menschen zum Heil zu führen. Das ist doch nur dummer Vorwand. Dass Sie, Herr Kollege Schmid, darauf hereinfallen, hätte ich bei Ihrer Ausbildung nicht für möglich gehalten. Der Jurist denkt normalerweise nicht in religiösen Kategorien, er denkt in rationalen Kategorien, und Sie wissen ganz genau, wie diese Glaubenslehren in den letzten Jahrhunderten – jetzt komme ich zu Ihrer Hexenverbrennung oder auch zu den Kreuzzügen – missbraucht wurden, um politische Ziele zu erreichen.

Nichts anderes möchte der Islam in Deutschland. Ihm geht es nicht um das Heil der Menschen, ihm geht es darum, die Masse zu organisieren. Es geht ihm um die Einnahme Europas. Es geht ihm schlicht und ergreifend darum, das Werk fortzusetzen, was der Glaubensbegründer des Islam vorgegeben hat, nämlich die Welt zu erobern. Die Einwanderung nach Europa und das Festsetzen in Europa, der Bau von Moscheen, das Eindringen in die Gesellschaft und das Festsetzen in der

Gesellschaft ist nur ein Teil des gesamten Plans, Europa früher oder später zu unterwerfen. Europa befindet sich in einem jahrhundertelangen Kampf gegen die Islamisierung. Wir haben die Moslems mehrmals mit Waffengewalt zurückschlagen müssen, und ich hoffe, dass Europa noch einmal die Kraft und den Widerstandswillen aufbringt, um darauf eine entscheidende Antwort zu liefern.

(Widerspruch)

Ich spreche nicht von Waffengewalt, sondern davon, eine entscheidende Antwort zu liefern und den Widerstandswillen aufzubringen.

Vorsitzende Petra Guttenberger (CSU): *Noch hat der Kollege Maier das Wort. Dann kommt Frau Kollegin Hiersemann, und ich selbst habe mich auch noch auf die Rednerliste gesetzt.*

Abg. Christoph Maier (AfD): *Ich sprach davon, den Widerstandswillen aufzubringen, um die Islamisierung Europas abzuwenden. Das funktioniert aber nur dadurch, dass wir es verhindern, die Ausbildung der Imame in Bayern zu fördern, die Grenzen offenzuhalten und so zu tun, als wäre der Islam eine Religion wie jede andere auch. Das ist der Islam nicht.*

Jetzt noch einmal zu Ihnen, Herr Kollege Hagen: Ich muss ganz klar sagen, Sie haben komplett versagt. Die FDP hat versagt. Wenn Sie tatsächlich den Liberalismus und auch die Freiheit des Menschen hochhalten

wollen, müssen Sie auch die Freiheit von religiöser Indoktrination hochhalten. Sie dürfen es auf gar keinen Fall zulassen, dass der Staat auch noch die religiöse Indoktrination unterstützt.“

Christoph Maier, 56. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 10.6.2021, S. 26 f.

Bayern habe eine besondere Tradition aus dem christlichen Glauben und müsse die Traditionen des Abendlandes schützen und verteidigen. Der Islam sei in seiner Form nicht geeignet, jene Historie, Tradition und jene Werte, die sich in Jahrhunderten herangebildet hätten, fortzusetzen. Die AfD werde gegen islamischen Unterricht wie das Vordringen des Islam weiterhin politisch vorgehen und vertrete den Anspruch, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre. Seit 2015 sei die Anzahl der Muslime in Deutschland von 4,5 Millionen auf 5,5 Millionen angestiegen. Da sei klar, wohin die Reise gehen solle. Über die Hälfte der Muslime in Deutschland habe keine deutsche Staatsangehörigkeit. Muslimen, die davon ausgingen, dass die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Werteordnung und ihren Glaubensgrundsätzen unvereinbar sei, sei zu sagen, dass sie nicht gezwungen seien, sich in Deutschland zu integrieren, sondern jederzeit in ihre Heimat zurückkehren könnten und die hiesigen Werte sich europäisch-abendländisch weiterentwickeln lassen könnten.

Christoph Maier, 95. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 9.3.2023, S. 2 f.

Artikel 135 der Bayerischen Verfassung gebe klar vor, dass die öffentlichen Volksschulen gemeinsame Schulen für alle volksschulpflichtigen Kinder seien. Dort werde nach den Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse unterrichtet und erzogen. – Damit gebe die Bayerische Verfassung klar vor, dass kein Platz für islamischen Religionsunterricht sei. Dennoch werde nun in Bayern ein islamischer Religionsunterricht als „Ethikunterricht 2.0“ durch die Hintertür eingeführt. Ethikunterricht beinhalte bereits alle Glaubensrichtungen. Dennoch erfolge die Bezeichnung „Islamischer Religionsunterricht“.

Dies bedeute, Bayern und Deutschland als christliches Abendland aufzugeben, und bedeute die Bereitschaft zu Kompromissen mit dem Islam. [...]

Islamischer Religionsunterricht leiste der Islamisierung Deutschlands und Europas Vorschub. Es werde suggeriert, dass der Islam eine Religion wie alle anderen sei. Der Islam habe aber keine Aufklärung wie das Christentum durchlaufen. Solange dies so sei, werde der Islam einen absoluten Anspruch haben und damit im Konkurrenzkampf zum demokratischen Rechtsstaat stehen.

Maier propagiert, dass der Islam pauschal „zu totalitären Herrschaftssystemen“ führe, die „grundgesetzwidrig“ seien. Das Minarett sei ein „islamisches Macht- und Eroberungssymbol“ und „Symbol des freiheitsfeindlichen Kulturkampfes sowie der Intoleranz“. Der Islam sei eine „unter dem Deckmantel der Religion getarnte“, „gefährliche, gewaltbereite und verfassungsfeindliche“ sowie eine „expansionistische“ Ideologie zur Unterwerfung Europas und Eroberung der Welt. Der Islam sei keine Religion wie jede andere auch. Er setzt Muslime pauschal mit Islamisten gleich.

Eine derartige Pauschalisierung und Aberkennung der Religionseigenschaft verstoßen gegen die Religionsfreiheit. Bei einer Umsetzung der AfD-Pläne ist davon auszugehen, dass Muslim*innen ihre Religion in Deutschland nicht mehr frei ausleben dürften.

„Ein Minarett hat mit der Religionsfreiheit aber nichts zu tun. [...] Selbstverständlich ist das Minarett ein Zeichen des Machtanspruchs des Islam; [...] Wir leiden in diesem Land an bzw. die Politiker der Parteien, die schon länger in den Parlamenten sitzen, üben sich regelmäßig geradezu in Unterwerfungsgesten gegenüber dem Islam, islamischen Herrschern.“

Schiffers rückt das Minarett weg von der eigentlichen Bedeutung der Religionsausübung. Zwar gibt es in der Welt Beispiele dafür, dass Minarette oder Muezzin-Rufe durchaus auch als Zeichen von Dominanz verwendet werden, doch er rückt es weg von der eigentlichen Bedeutung der Religionsausübung und suggeriert, als gäbe es keine andere Form der Verwendung eines Minaretts, außer als Zeichen des Machtanspruchs.

Muslim*innen könnten sich seiner Meinung nach diesbezüglich gerade nicht auf die Religionsfreiheit berufen. Es wird damit eine Welt suggeriert, in der Muslim*innen die restliche Bevölkerung allein schon durch die Ausübung ihrer Religion bedrohen und vereinnahmen wollen. Wenn sich Menschen pauschal von bestimmten Menschengruppen bedroht fühlen, werden sie deren Rechte einschränken wollen oder sich gewalttätig gegen diese Menschengruppe wehren.

„Weitere wichtige Themen haben es auch schon in dieses Heft geschafft. So wurde in der Ausgabe zum Reformationsjubiläum "Glauben und Glauben lassen" der Islam mit einem eigenen Kapitel gewürdigt

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr gut, ja!)

mit dem Titel: "In gedeihlicher Zusammenarbeit auf dem Weg – Der Islam in Bayern". Allein fehlte, wahrscheinlich aus Platzgründen oder möglicherweise aus Mangel an Mut zur Wahrheit, das nicht ganz unwichtige Thema der Scharia, das untrennbar mit dem Islam verbunden ist.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER) – Toni Schuberl (GRÜNE): Haben Sie kein anderes Thema?)“

Singer behauptet, dass der Islam ohne die Scharia nicht möglich sei und suggeriert dadurch, dass alle Muslim*innen nach der Scharia leben und diese auch in Deutschland umsetzen wollen würden. Dass dies von Anderen nicht so gesehen werde, stellt er als naiv dar. Aus Singers Ausführungen müsste man schließen, dass der Islam pauschal nicht mit dem deutschen Rechtssystem vereinbar wäre.

5. Antisemitismus

Um nicht offensichtlich als antisemitisch erkennbar zu sein, was seit 1945 nicht mehr mehrheitlich akzeptiert ist, benutzen Rechtsextremist*innen häufig Chiffren für antisemitische Verschwörungserzählungen. Dies können die Begriffe „New World Order“, „Goldman Sachs“ oder „Rothschild“ sein,²⁴ aber auch mit „Globalisten“ wird ein Hinweis auf die alte Verschwörungserzählung des angeblichen „Weltjudentums“ gegeben. Ebner-Steiner konkretisiert dies insofern, als sie dann auch noch die „Goldenen“ als Teil einer angeblichen Globalisten-Koalition aufzählt und diese als „Kapitalisten“ definiert. Ähnlich wie bei den antisemitischen Erzählungen der Nationalsozialist*innen wird dabei suggeriert, dass es eine kleine, aber mächtige Elite gebe, die zur eigenen Bereicherung aktiv gegen die Interessen der Mehrheitsbevölkerung arbeite.

²⁴ Ralf Stadler hatte 2017 einen als „Netzfund“ bezeichneten Facebook-Beitrag veröffentlicht, in dem unter anderem diese Begriffe als Stichworte für die „anderen Mächte“ genannt worden sind, die Deutschland angeblich kontrollieren und verantwortlich seien für den „Volkstod“ und „Massenmord an deutschen Ungeborenen“. Auch der AfD-Abgeordnete Josef Seidl, der sich in Landtagsreden mit extremen Äußerungen zurückgehalten hatte, teilte auf Social-Media-Kanälen Verschwörungserzählungen über den angeblichen „Großen Austausch“. Die extreme Rechte in Ostbayern. Ideologien, Strukturen, Aktivitäten, Straubing 2020, S. 44 f.

Katrin Ebner-Steiner, 2. Sitzung, 6.11.2018, S. 44 f.

„Dabei würde es genügen, die Bayerische Verfassung ernst zu nehmen, auf die Sie, Herr Ministerpräsident, sogar einen Eid leisten. Nach Artikel 1 Absatz 1 ist Bayern ein Freistaat. Das heißt, modern übersetzt, Bayern darf nie wieder fremden Mächten und falschen Ideologien ausgeliefert werden. Ein Freistaat wird niemals zum Befehlsempfänger in einem zentralistischen EU-Europa oder zur Spielwiese linker One-World-Ideologien.

(Beifall bei der AfD)“

Katrin Ebner-Steiner, 5. Sitzung, 11.12.2018, S. 149 ff.

„Die schwarze Null war schon immer mehr eine Null als schwarz und wird dank des UN-Migrationspakts endgültig zum schwarzen Loch. Eine "Globalisten-Koalition" sollten Sie sich nennen, meine Damen und Herren, aber keine "Bayern-Koalition". Warum lernen Sie nicht aus dem Scheitern realitätsferner totalitärer Ideologien? – Einen Globalismus mit menschlichem Antlitz wird es genauso wenig geben, wie es einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz je gegeben hat. Nur eine heimatverbundene Politik trägt wahrhaft menschliche Züge, weil sie das urmenschliche anthropologische Bedürfnis nach Identifikation und Gruppenzugehörigkeit nicht moralisch entwertet, sondern als elementare

Lebensgrundlage, nämlich als natürliche Überlebensstrategie anerkennt und fördert. Deshalb kann es auch kein allgemeines Menschenrecht auf Migration geben ohne die Zustimmung der Empfangsstaaten und ihrer Völker. [...]

Lassen Sie mich zu einem Fazit kommen. Sie haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt, oder Sie wollen sie nicht erkennen. Sie haben sich mit der multiethnischen und illegalen Einwanderung längst abgefunden. Trotz Ihrer Einsicht in die neue "Herrschaft des Unrechts" hatten und haben Sie dem geballten ideologischen Bollwerk der Globalisten, dieser historisch einmaligen Koalition aus Roten, Grünen und Goldenen, sprich Kapitalisten, nichts als Augenwischerei und Ablenkungsmanöver entgegenzusetzen.“

Katrin Ebner-Steiner, 65. Sitzung, 9.12.2020, S. 8450 f.

„Wichtiger als das Schicksal von Millionen Menschen ist der Staatsregierung die Devise: Nur keinen Fehler zugeben. – Wie lange wollen Sie dem Bürger eigentlich noch erzählen, dass all dies der Bekämpfung einer Pandemie dienen soll? – Letztlich dient Ihnen Corona wohl nur als Vorwand, um an der Errichtung einer neuen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnung mitzuwirken. Solide Finanzen, bürgerliche Freiheit, demokratische Souveränität, traditionelle

Werte und bayerische Kultur sind in dieser Ordnung natürlich nicht vorgesehen, wohl aber die ungesteuerte Zuwanderung, Ihre heilige Kuh des Globalismus. [...]

Die künftigen Generationen haben aber jetzt schon eine Stimme im Parlament, nämlich uns von der AfD. Wir verfolgen keine globalistische Agenda, sondern wir dienen Bayern.

(Beifall bei der AfD) [...]

Daher fordere ich Sie erneut auf: Geben Sie zu, dass Ihre Angstpolitik gescheitert ist! Hören Sie auf, Corona für politisch-gesellschaftliche Experimente zu missbrauchen und kehren Sie zurück auf den Pfad der wirtschaftlichen Vernunft!“

Katrin Ebner-Steiner, 100. Sitzung, 8.12.2021, S. 13623 f.

„Ihnen dagegen geht es um Ideologie, um totale Gleichheit. Nachhaltigkeit ist bei Ihnen ein Mittel auf dem Weg zur totalen One World, ohne Unterschiede und ohne Grenzen, das Gegenteil von Vielfalt, die Sie begrifflich genauso missbrauchen wie die Nachhaltigkeit.“

„Hinzu kommt, dass der G7-Gipfel zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre auf Schloss Elmau stattfinden soll. Schön, dass Bayern auch bei den Globalisten so beliebt ist; aber die bayerische Bevölkerung kann nicht, wie schon 2015, auch dieses Mal den Großteil der Kosten für diese Politveranstaltung tragen. Zwar haben Sie dem Haushaltsausschuss erzählt, dass der ganze Spaß nur 166 Millionen Euro kosten soll, bis jetzt weiß aber niemand, welchen Anteil der Bund und welchen Anteil Bayern tragen soll. Wir sagen: Der Bund kann nicht erst unsere Steuereinnahmen um 400 Millionen Euro senken und uns dann zusätzlich die Kosten auferlegen. Der Bund hat gefälligst die Gesamtkosten für diese den Bayern aufgezwungene Veranstaltung zu tragen.“

„Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Bayerischen Staatsregierung, reiten wie Hofreiter mittlerweile ganz auf dem Gaul der links-grünen globalistischen Agenda. Während für fast alles in der Welt bayerisches Geld zur Verfügung gestellt wird, unter anderem für milliardenschwere Waffenlieferungen an die Ukraine, mangelt es bei der Finanzierung der Heimat hinten und vorne.“

Ebner-Steiner sieht ihre rechtsextreme Ideologie, wonach ein Volk fest mit seinem vermeintlich angestammten Boden verbunden sei, in einem Kampf gegen eine „globalistische Agenda“, die aktiv von den anderen Parteien sowie von der UN und der EU vorangetrieben werde. Sie behauptet, dass dieses Gesellschaftssystem der „Globalisten“ ein totalitäres System sei, dass unmenschlich und unfrei sein müsse.

Ganz im Sinne einer Verschwörungserzählung ist jedes Geschehen in ihren Augen eine Bestätigung ihrer Weltsicht. Während sie 2018 noch behauptete, dass der UN-Migrationspakt das Ende der autonomen Staaten bedeuten würde, so sind in späteren Jahren die Corona-Pandemie, Einwanderung, der G7-Gipfel in Bayern oder der Krieg in der Ukraine Anzeichen für das Fortschreiten der „globalistischen Agenda“.

Dass Ebner-Steiner hier nicht einfach nur zwei Gesellschaftsentwürfe miteinander vergleicht, zeigt ihre Wortwahl bezüglich der Verantwortlichen hinter dem Globalismus. Diese werden von ihr als „Globalisten“ oder „Goldene“ bezeichnet, so als ob es sich um eine klar definierte Gruppe von elitären Menschen handeln würde. Dass Ebner-Steiner davon ausgeht, dass diese an einer „totalen One World“ arbeiten würden, verstärkt den Eindruck, dass sie der Verschwörungserzählung der „New World Order“ anhängt, gemäß der eine verschwörerische Elite die Nationalstaaten durch ein totalitäres „One World Government“ ersetzen wollen.

Boykott der Rede von Charlotte Knobloch

Bei einem Gedenkakt im Bayerischen Landtag am 23.1.2019 verließen die meisten AfD-Abgeordneten den Plenarsaal, als die Präsidentin der israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern und Überlebende der Shoa, Charlotte Knobloch, eine Rede hielt. Sie sagte:

„Dort ist heute und hier überall eine Partei vertreten, die diese Werte verächtlich macht, die die Verbrechen der nationalsozialistischen Zeit verharmlost und enge Verbindungen ins rechtsextreme Milieu unterhält. Diese sogenannte Alternative für Deutschland gründet ihre Politik auf Hass und Ausgrenzung und steht – nicht nur für mich – nicht auf dem Boden unserer demokratischen Verfassung. Kehren Sie zurück zu dem Eid, den sie auf unser Land geschworen hatten, auf eine freiheitliche Demokratie und lassen sie uns dem Hass entgegentreten.“

Die 13 Abgeordneten, die den Raum verlassen haben, waren Ulrich Singer, Stefan Löw, Richard Graupner, Ralf Stadler, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ralph Müller, Andreas Winhart, Martin Böhm, Roland Magerl, Ingo Hahn, Jan Schiffers und Josef Seidl. Sitzen geblieben sind Franz Bergmüller, Uli Henkel und die später aus der AfD-Fraktion ausgetretenen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk.

6. Verunglimpfung queerer Menschen

Über die Ausgestaltung der Aufklärung über Sexualität und Familien an öffentlichen Schulen werden in der Politik viele unterschiedliche Meinungen vertreten und diskutiert. Die AfD-Abgeordneten benutzen in ihrer Positionierung aber Begriffe aus der queer-feindlichen Szene. Der Begriff „Indoktrination“ meint die einseitige Beeinflussung von Menschen mit einer Weltanschauung, bei der kein Widerspruch geduldet wird. Es ist ein Instrument von Diktaturen und wird benutzt, um die Bildungspolitik des Nationalsozialismus zu beschreiben. Wirft man seinem politischen Gegner also vor, Indoktrination von Kindern und Lehrkräften zu betreiben, geht es nicht um einen sachlichen Beitrag zur Debatte, sondern verfolgt man ein anderes Ziel. Es wird suggeriert, queer zu sein sei eine Ideologie, die man verbreiten könne.

Zudem wird von „Frühsexualisierung“ und „Übersexualisierung“ gesprochen. Die damit geweckten Assoziationen sorgen dafür, dass Aufklärung über queere Identitäten gegenüber Kindern mit Sex oder gar Pädophilie in Verbindung gebracht werden.

Es wird dadurch ein Angriff auf die (eigenen) Kinder durch eine bedrohliche Ideologie heraufbeschworen. Dies stellt eine gefährliche und pauschale Herabwürdigung queerer Menschen dar, die allgemein so gefährlich seien, dass man Kinder sogar vor dem Wissen um deren Existenz bewahren müsse.

Katrin Ebner-Steiner, 32. Sitzung, 12.11.2019, S. 3893 f.

„Das Gleiche gilt für die radikalisierte Einflussnahme der Gender-Religion auf die natürliche Geschlechtsentwicklung unserer Kinder. Wer Kinder früh sexualisiert und sie noch vor der Pubertät ihrer natürlichen geschlechtlichen Entwicklung beraubt, indem man kleinen Jungen Mädchenkleider anzieht oder kleinen Mädchen das Spielen mit Puppen verwehrt, weil das Geschlecht angeblich ein soziales Konstrukt sei, gehört unserer Überzeugung nach nicht auf einen Elternabend, sondern in psychotherapeutische Behandlung.“

Katrin Ebner-Steiner, 45. Sitzung, 24.4.2020, S. 5528 f.

„Gerade die traditionelle Familie kann den Kindern eine Normalität bieten, die sie zum gesunden Aufwachsen brauchen. Diese familiäre Geborgenheit kommt uns in Zeiten des Genderwahns nur leider immer mehr abhanden. [...]

Gerade das aber zeigt uns doch: Wir dürfen uns bei unserer Familienpolitik nicht mehr wie bisher an Randgruppen ausrichten. Die traditionelle Familie muss wieder Maßstab werden, wie wir, die AfD, schon immer gefordert haben. [...]

Corona zeigt uns: Der Staat ist gut beraten, die Familie aus Vater, Mutter und möglichst vielen bayerischen Kindern zu schützen. Nur aus gesunden Familien kann

eine starke Gesellschaft erwachsen, die krisenfest ist. Ist diese Keimzelle krank, dann ist es auch die Gemeinschaft.“

Katrin Ebner-Steiner, 140. Sitzung, 28.3.2023, S. 19521 f.

„Während Sie als Faschingskommandant öffentlich Genderwahn und Wokeismus kritisieren, wird das Ganze hintenrum vom Freistaat üppig finanziert. Für den Film "Oskars Kleid", in dem sich ein 12-jähriger Junge für ein Mädchen hält, gab der Freistaat 1,2 Millionen Euro Steuergelder – für Frühsexualisierung und Genderwahn – aus. Bis heute haben Sie insgesamt 30 jugendgefährdende Genderfilme finanziert.“

Eine Familie, die nicht aus Vater, Mutter und Kindern besteht, sei laut Ebner-Steiner krank. Die Darstellung queerer Menschen sei „Frühsexualisierung und Genderwahn“. Gerade im Rechtsextremismus nimmt die traditionelle Familie mit klaren Rollenverteilungen eine zentrale Stellung ein. Sie gilt als Keimzelle eines gesunden Volkskörpers. Entsprechend sind liberale Ansichten, nach denen Menschen frei entscheiden können, wie sie zusammenleben wollen, aus Sicht von Rechtsextremisten eine Gefahr für das Volk und werden als Anzeichen einer gezielten Schwächung des Volkes angesehen, um den „Bevölkerungsaustausch“ voranzutreiben.

„Wir von der AfD dagegen wollen, dass jede Stelle mit dem kompetentesten verfügbaren Kandidaten, egal ob männlich oder weiblich – upps, jetzt hätte ich fast "divers" vergessen! –, und nicht entlang völlig sachfremder Kriterien wie etwa der Frage, ob ein Kandidat Kinder gebären kann oder nicht, besetzt wird.

(Zuruf)

Wahrscheinlich tut man Ihnen aber ohnehin unrecht, wenn man hinter diesem Teil Ihres Antrags ideologische Borniertheit vermutet. Das grüne Engagement für die Quote verstehe ich persönlich vielmehr als feinsinnige Ironie. Wie sonst kann man es denn bewerten, dass die Partei, die das Geschlecht doch lediglich als ein soziales Konstrukt empfindet, das sich im Prinzip auch jederzeit ändern kann, gleichzeitig allerorten für diese Parité kämpft? Selbst wenn es denn eine Frauenquote gäbe, so würde es in der genderfluiden grünen Welt doch lediglich eines kleinen Sinneswandels beim Bewerber bedürfen, um aus diesem ruck, zuck eine Bewerberin zu machen. Also, meine Herren, beim nächsten Mal einfach die High Heels angezogen! Dann klappt's sicherlich auch mit der Intendantur. – Wobei, nach grüner Logik müsste es eigentlich schon ausreichen, wenn sich ein Kandidat bei der nächsten Wahl als Frau fühlt.“

Christoph Maier, 82, Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 23.6.2022, S. 16

Die Regenbogenflagge bringe eine Ideologie zum Ausdruck. Damit werde die bayerische Flagge für eine Zeitgeistflagge geopfert. Dies sei staatszersetzend.

Roland Magerl, 36. Sitzung, 11.12.2019, S. 4488

„Jeder kann seine Sexualität ausleben, wie er will. Das ist uns völlig egal. Dennoch stehen wir für ein traditionelles Wertebild, und gerade deshalb muss für uns sichergestellt sein, dass die Mittel nur an solche Familien fließen, die aus Mann und Frau bestehen und denen der Wunsch, auf natürlichem Wege ein Kind zu zeugen, unerfüllt geblieben ist.“

Roland Magerl, 145. Sitzung, 11.5.2023, S. 20496

„Mit der Anpassung der geschlechtlichen und sexuellen Identität wird erneut Konfliktpotenzial herbeigeführt. Ein Gesetzestext dieser Qualität ist nicht dazu geeignet, sich dem woken Zeitgeist und dieser gesellschaftsfeindlichen Ideologie zu unterwerfen. Die Pflegekräfte haben wirklich schon mehr als genug zu tun. Da ist es auf keinen Fall hilfreich, wenn ein Mann täglich seine sexuelle Identität ändern will und nach Tampons verlangt, weil heute in unserem Plemplem-Land das Geschlecht wechseln kann, wer und wie man will.

Das ist Firlefanz, und das sind Luxusprobleme, die wirklich kein Mensch braucht.“

Jan Schiffers, 18. Sitzung, 9.7.2020, S. 6695

„Zum Antrag "LGBTIQ in Schulen": Wir lehnen die geforderte Überarbeitung der Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen in dem von den antragstellenden Fraktionen begehrten Sinn ab. Insgesamt haben die Forderungen einen deutlich zu starken ideologischen Einschlag. Wir befürchten hier eine Indoktrinierung der Kinder, aber auch der Lehrkräfte. Das muss man auch sagen. Eine Frühsexualisierung und eine Übersexualisierung unserer Kinder ist mit uns nicht zu machen.“*

Facebook-Kommentar Ralf Stadlers zu einer Abgeordneten

Ralf Stadler kommentiert auf Facebook bezüglich des Outings der Trans-Abgeordneten Tessa Ganserer:

„Bevor die AfD Abgeordneten ihre Büros bekommen, bekommt „das“ Ganserer wahrscheinlich noch zuvor noch ein eigenes geschlechtsneutrales Klo.“

Und er fuhr fort mit:

„Kann ein „Mitglied“ im Bayerischen Landtag die Bürger ordentlich vertreten, wenn er selbst nicht mal weiß ob er Manderl oder Weiberl ist?“

II. Demokratiegefährdende Aussagen

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass derjenige den *„Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verlässt (...), wer den Parlamentarismus verächtlich macht, ohne aufzuzeigen, auf welchem anderen Weg dem Grundsatz der Volkssouveränität Rechnung getragen und die Offenheit des politischen Willensbildungsprozesses gewährleistet werden kann.“*²⁵

Diese Verächtlichmachung kann man bei den AfD-Landtagsabgeordneten in Bayern in mehreren Bereichen beobachten.

1. Lüge vom totalitären Staat

Die AfD-Abgeordneten haben die aktuelle freiheitlich-demokratische Staatsform regelmäßig verglichen mit autoritären oder totalitären Diktaturen. Dies traf insbesondere während der Corona-Pandemie zu. Auch die Europäische Union oder demokratische Parteien, stellvertretend für eine Regierung oder das System an sich, werden verunglimpft. Ebenfalls werden Randphänomene wie das „Gendern“, welches als eine Art Pflicht dargestellt wird, als Symptome einer angeblichen Diktatur gesehen.

²⁵ BverfG, Urteil vom 17.01.2017, 2 BvB 1/13, Rn. 546.

Gerade bei diesem Thema sind die AfD-Abgeordneten mit Wortneuschöpfungen besonders fleißig. Die in den Reden verwendeten Begriffe sind:

„Gesundheitsdiktatur“, „Übergang unserer Diktatur in eine Tyrannis“, „Überwachungsstaat“, „Kulturmord“, „Gehirnwäsche“, „Despotismus“, „DDR-Kanzlerin Merkel“, „staatliches Raubrittertum“, „Sozialismus“, „Eurosozialismus“, „Merkel-Demokratie“, Staatsapparat als „Krake“, „stasiartig“, „Notstandsregiment“, „Virokratie“, „totalitär“, „neues Ermächtigungsgesetz“, „ökosozialistische Verbotsgängelei“, „klimasozialistische Planwirtschaft“, „planwirtschaftlicher Sozialismus“, „linksfeministische Planwirtschaft“, „fast schon diktatorischer Regierungsstil“, „Krieg gegen unsere Kinder“, „grün-gewoketer CSU-Apparatschik“, digitaler Euro als „neo-sozialistische Supergau-Veranstaltung“, Söder als „Landesverräter“, „bolschewoker Klimatotalitarismus“, „Heizungsdiktatur“, „immer totalitärer werdender Staat“, „Kulturkampfgruppe Habeck“, „Merkmals Willkommensputsch“, „DDR- und Staatssicherheitsjargon“, „Virokratisches Regime“, „bürokratischer Monstertöchter“, „ökosozialistischer Strukturbruch“, „ökosozialistisches Utopia“, „ökosozialistisches Autokratentum“, „Klimasozialismus“, „totalitäres Klima der Angst“, „Totalumbau unserer Gesellschaft ins Autoritäre“, „Wegmarken des Faschismus“, „ökosozialistischer Kurs der CSU“, „ökosozialistische Planwirtschaft“, „linksextreme Straßenschlägerbanden“ von SPD und Grünen, „weiterer Schritt in die Gesinnungsdiktatur“, Gewerkschaften als „totalitäre Meinungs-

totschläger“, „Meinungsterror“, „ideologischer Ökosozialismus“, „klimasozialistischer Green Deal“, „Ökosozialisten“, „obrigkeitshörige Blockwarte“, „totalitärer Zeitgeist“, „wie einst in der DDR“, „wollen Sie den totalen Klimaschutz und die DDR 2.0“, „Elemente eines totalitären Staates“, „Stasi- und Schnüffelkanzlerin“, „sozialistische Gesinnungstäter“, „rot-grüne Merkel-Bolschewisten“, „totalitärer Kontroll- und Steuerstaat“, „auf den Spuren des Totalitarismus“, „Meinungsdiktatur“, „grün-rote Klima-Bolschewisten“, „Plandemie“, „Hygienediktatur“, „Hygiene- und Corona-Diktatur“, „linkstotalitäre Tendenzen“, „Masken-Stasi“.

Markus Bayerbach, 21. Sitzung, 5.6.2019, S. 2777

„Bei den in Nummer 4 geforderten Sofortmaßnahmen wie der Einführung eines Ein-Fach-Lehrers – ja wunderbar – war wahrscheinlich wieder Kevin Kühnert dabei. Das ist DDR-Romantik pur. Das ist die Mottenkiste der SED-Schulpolitik.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Ho, ho, ho! – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Ja, ich weiß, was ich da sage. Dieses Modell hat die DDR damals gehabt; also, nehmen Sie es mir nicht übel. – Vor allen Dingen: Bis September wollen Sie die ausbilden, damit sie noch etwas bringen?“

Franz Bergmüller, 135. Sitzung, 7.2.2023, S. 18782

„Wir als AfD-Fraktion haben bei der Debatte hier im Landtag immer wieder darauf bestanden, dass die Verhältnismäßigkeit jeder einzelnen Maßnahme genau geprüft und begründet werden muss. Wir haben immer betont, dass unsere Freiheitsrechte nicht auf dem Altar einer Gesundheitsdiktatur geopfert werden dürfen.“

Anne Cyron, 47 Sitzung, 13.5.2020, S. 5728 ff.

„Wer könnte in diesen Zeiten des Übergangs unserer Demokratie in eine Tyrannis, in einen Überwachungsstaat trefflichere Worte sprechen als Cicero?

Wie lange noch wollen Herr Söder und sein Kabinett diesen durch nichts legitimierten Ausnahmezustand aufrechterhalten? Wie lange noch will man uns am Nasenring durch diesen Corona-Zirkus führen? – Seit Wochen werden Menschen separiert, eingesperrt, Millionen Menschen in die Kurzarbeit verabschiedet. [...]

Dabei gibt es die angekündigte Corona-Katastrophe gar nicht. – Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes wird auf dem Altar von Annahmen, Spekulationen und Mutmaßungen geopfert. Oder steckt vielleicht etwas anderes dahinter? Haben die Regierenden Blut geleckt und erkannt, welche großartige Waffe ihnen mit Corona in die Hände gegeben wurde, um das Volk vollends zu entmachten und zu entrechteten? – Seit Wochen

sind unsere Grundrechte ausgesetzt und eingeschränkt. Über eine Corona-App will man die dauerhafte Überwachung des Bürgers installieren. Der bayerische Innenminister beabsichtigt eine Verschärfung der Maßnahmen bei Corona-Demonstrationen. [...]

Ebenso wie bei der Klimahysterie haben Politiker erneut bewiesen, dass sie mit Zahlen, Statistiken und damit mit Wissenschaft nicht adäquat umzugehen vermögen. [...]

Die Verpflichtung zum Tragen des Mundschutzes – der Maulkorberlass – wurde also erst eingeführt, (Lachen – Zurufe) als die Party längst gelaufen war. Das ist eine reine Schikane des Bürgers und durch nichts zu rechtfertigen. [...]

Die Regierung hat ein prosperierendes Land ruiniert und versucht nun, die Menschen mit dem Maulkorb – trotz aller medizinischen Bedenken gegen den Mundschutz – mundtot zu machen. Der Mundschutzzwang ist wohl die Gehorsamsprüfung, der Testlauf, wie weit Regierungen gehen können.

(Lachen – Zurufe)

Der Orwell'sche Politiker aus dem Reich der Tiere²⁶ ist mittlerweile auch hier ein Symbol für den autoritären

²⁶ Gemeint ist wohl die Fabel „Animal Farm“ von George Orwell. Mit dem „Politiker“ aus dieser Fabel ist eventuell das Josef Stalin symbolisierende Schwein namens „Napoleon“ gemeint.

Politikstil geworden, bei dem wir Bürger um unsere Grundrechte betteln müssen.“

Während Bayerbach und Bergmüller nur andeuten, dass sie die Gefahr einer Diktatur sehen, spricht Cyron direkt den Vorwurf aus, dass sich die deutsche Demokratie in eine Tyrannei verwandeln würde. Im Sinne einer Verschwörungserzählung behauptet sie, dass die Infektionsschutzmaßnahmen unmittelbare Werkzeuge zur Einführung dieser Diktatur seien. Doch nicht nur die Schutzmaßnahmen während der Corona-Pandemie, sondern auch Klimaschutz sei ein Zeichen der Unterdrückung. Insofern dient der AfD jede als kritisch gesehene Maßnahme der Regierung als Anlass, ihr totalitäre Verhaltensweisen vorzuwerfen.

Anne Cyron, 53. Sitzung, 9.7.2020, S. 6664 f.

„Sprache ist eines der mächtigsten Werkzeuge. Sprachvorschriften ermöglichen die Manipulation des menschlichen Bewusstseins und erwirken damit Veränderungen in der sozialen Realität. Bestimmte Ausdrücke werden tabuisiert, andere favorisiert. Es geht um Zensur. Letztendlich geht es um Macht und um nichts anderes; denn es wird eine autoritäre Entscheidung darüber getroffen, in welcher Weise noch öffentlich gesprochen werden darf.

Man versucht, durch Steuerung von Kommunikationsprozessen, Denken in bestimmte Bahnen zu lenken. Es

wird festgelegt, was man sagen, was man nicht mehr sagen darf. Was man aber nicht mehr sagen darf, darf man auch nicht mehr denken. Nicht mehr die Gedanken dürfen fortan die Sprache bestimmen, nein, die Sprache soll die Gedanken bestimmen.

Die Gesellschaft als Ganzes soll durch die Sprachvorschriften in ihrem Denken umerzogen werden. Schulbücher, Gesetzestexte, Politikerreden und Vorlesungen – alles ist gendergerecht zu formulieren. Hier vollzieht sich ein höchst undemokratischer Vorgang zugunsten der Radikalfeministinnen; denn Gendersprech wird in der Bevölkerung nicht akzeptiert. [...]

Wenn Begriffe wie "Vater" und "Mutter" aus dem Wortschatz der Kinder verbannt werden und durch "Elter 1" und "Elter 2" ersetzt werden müssen, wenn Kinderbücher umgeschrieben werden müssen, weil dort noch traditionelle Rollenbilder vorkommen, dann ist das Kulturmord, dann ist das Gehirnwäsche; denn Sprache gibt uns Orientierung und sie gibt uns Identität.

Die Genderideologie strebt jedoch die Auflösung der Geschlechter und damit unserer Identität sowie die Abschaffung der traditionellen Familie an. Gender-sprache ist Despotismus durch die Radikalfeministinnen gegen die Mehrheit der Bevölkerung.“

Cyron bedient sich hier klassischer rechtsextremer Erzählungen. Die Förderung der Freiheit der Frau in einer liberalen Gesellschaft wird als Bedrohung der „traditionellen Familie“ angesehen. Dabei handelt es sich in ihren Augen auch nicht um einen soziologischen Trend, sondern um eine planvolle und gezielte Maßnahme, die durch vermeintliche „Sprachvorschriften“, aus denen bei Cyron schnell Denkverbote werden, vorangetrieben würden. Die Abgeordnete bedient sich dabei der ebenfalls im Rechtsextremismus fest verankerten Vorstellung, dass sie für die „Mehrheit der Bevölkerung“ sprechen würde und dass die Politik der Regierung gegen diese Mehrheit gerichtet sei. Auch dies legt nahe, dass die Demokratie in Deutschland nicht funktionieren würde.

Anne Cyron, 73. Sitzung, 24.2.2021, S. 9494

Aber die Grenzen stehen für Gefährder aller Art nach wie vor offen. Man könnte fast annehmen: Massenmigration, mit allen kriminellen Konsequenzen, wird von den Machthabern in diesem Land betrieben, um unsere Freiheitsrechte immer noch weiter einzuschränken und zu beschneiden.

(Beifall bei der AfD)

Kritiker der Masseneinwanderung, aktuell vielleicht auch bald Corona-Kritiker, könnten über das PAG zum Verstummen gebracht werden. Menschen, die ihr Land und ihre Grundfreiheiten verteidigen wollen, können

als drohende Gefahr auf fast unbestimmte Zeit inhaftiert werden. Dabei müsste doch eigentlich jeder Jurist wissen, welche Gefahr von diesen unbestimmten Rechtsbegriffen ausgeht.

Darüber hinaus wurde natürlich auch eine ganze Reihe von zusätzlichen Kompetenzen im PAG verankert, durch die der Polizei Machtbefugnisse verliehen wurden, wie es das seit 1945 nicht mehr gegeben hatte. Die Politik der Machthaber scheint eigentlich nur noch darauf ausgerichtet zu sein, die Freiheitsrechte der Bürger ohne jedes Maß immer weiter einzuschränken.“

Das Bayerische Polizeiaufgabengesetz (PAG) wurde in den letzten Jahren mehrmals von der CSU-Mehrheit im Landtag reformiert. Dabei gab es oft breite Kritik an dem Ausbau der polizeilichen Befugnisse. Einige dieser Befugnisse mussten aufgrund von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts wieder zurückgenommen werden. Cyron geht jedoch weiter als andere Kritiker*innen der PAG-Reformen und vergleicht die neuen Polizeibefugnisse mit dem Unrechtsstaat des Nationalsozialismus, ohne diesen direkt anzusprechen. Ebenso reihte sich die Gesetzesänderung ihrer Meinung nach ein in andere freiheitseinschränkende Maßnahmen und sie sieht darin ein weiteres Anzeichen dafür, dass die Regierung ihr unliebsame Meinungen diktatorisch unterdrücken möchte.

Anne Cyron, 127. Sitzung, 23.11.2022, S. 17758

"Wir wollen die Lufthoheit über den Kinderbetten erobern" – so unser derzeitiger Kanzler Scholz im Jahr 2002. Das bedeutet nichts anderes, als dass der Ausbau der Ganztagsbildung, der ohnehin aufgrund des akuten Fachkräftemangels in einer Ganztagsverwahrung enden wird, auf eine Art kulturelle Revolution abzielt. Auf diesem Weg in Richtung sozialistische Gesellschaft sind wir dank unserer DDR-Kanzlerin Merkel ein ganzes Stück vorangekommen. Die unentgeltliche und öffentliche Erziehung aller Kinder, und damit die stückweise Aufhebung der Familie, ist ja eine uralte marxistische Vision."

Katrin Ebner-Steiner, 5. Sitzung, 11.12.2018, S. 149 ff.

„So werden die Tierfreunde bestimmt an Ihren Reiterstaffeln Interesse finden. Wir hingegen als Anhänger des republikanischen und freistaatlichen Erbes geben zu bedenken, dass die Straßen in München im 19. Jahrhundert extra nach französischem Vorbild so breit gebaut worden sind, damit die Reiterstaffel jederzeit gegen das aufmüpfige Volk gehetzt werden kann. Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Ich mache mir Sorgen um Münchens grüne Bevölkerung, zählt diese doch die breiten Münchner Straßen zu ihren Aufmarschgebieten, um gegen die CSU zu demonstrieren. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. [...]"

Staatliches Raubrittertum, neu gerechtfertigt unter dem Deckmantel der Moral. Es geht nicht um Ökologie, es geht nicht um das Klima. Es geht um Sozialismus, und nichts anderes. [...]

Sie instrumentalisieren auch in Bayern den Verfassungsschutz gegen Vertreter der AfD,

(Widerspruch bei Abgeordneten der CSU und der SPD)

um verfassungs- und gesetzwidrig Kritiker Ihrer anti-deutschen und antibayerischen Politik einzuschüchtern und mundtot zu machen. Die von Ihnen tagtäglich gemeinschaftlich betriebene Agitation hat zwar schon vielen unbescholtenen Bürgern den Arbeitsplatz und gesellschaftliches Ansehen gekostet; aber bedenken Sie als "Humanisten" und "Demokraten", die Sie doch sein wollen: Wer Parteien und Fraktionen ausgrenzt, grenzt auch unzählige Menschen aus und spaltet das Volk, weil er einen Teil des Volkes von jeder politischen Teilhabe ausschließt. [...]

Nein, Sie haben dafür keinen rationalen Grund. Sie stehen eben schweigend, dass der Verfassungsschutzbericht ein Kampfmittel gegen unerwünschte Konkurrenz ist.

(Beifall bei der AfD)“

Ebenso wie Cyron spricht Ebner-Steiner den anderen Parteien ab, demokratisch gesinnt zu sein. Im Gegenteil: Diese

würden ihrer Meinung nach am Aufbau eines sozialistisch-marxistischen Systems arbeiten. Dass das überhaupt gegen den vermeintlichen Mehrheitswillen möglich ist, begründet Ebner-Steiner mit der Instrumentalisierung der Sicherheitsbehörden und dem Ausschluss eines Teils des Volkes „von jeder politischen Teilhabe“. Auch hier wird wieder jedes Regierungshandeln so umgedeutet, dass es in die rechtsextreme Erzählung der AfD-Fraktion passt. Selbst im Straßenbild Münchens und dem geplanten Ausbau der Reiterstaffel der Polizei wird ein weiterer Baustein für den Aufbau eines totalitären Staates gesehen.

Katrin Ebner-Steiner, 20. Sitzung, 23.5.2019, S. 2196

„Sie sind mutlos, und Sie alle kennen nur ein Rezept: Noch mehr Vereinheitlichung, noch mehr sozialistische Beglückung, noch mehr Hilfen für den europäischen Süden zulasten der erfolgreichen Nordstaaten.“

Katrin Ebner-Steiner, 25. Sitzung, 17.7.2019, S. 3043 f.

„Nicht die, die diese Raubzüge am deutschen und am bayerischen Wohlstand aufdecken und kritisieren, sind Extremisten, sondern die Politiker, die diese Raubzüge verursachen, die – schlimmer – kassieren oder – noch schlimmer – es nicht durchschauen wie die unverehrte Kanzlerin, aber auch alle Abnicker, die diese Politik des Eurosozialismus mittragen.“

Katrin Ebner-Steiner, 32. Sitzung, 12.11.2019, S. 3893 f.

„Die CSU trägt die katastrophale Wirtschaftspolitik der EU und der Merkel-Demokratie kritiklos mit.

(Beifall bei der AfD)“

Katrin Ebner-Steiner, 41. Sitzung, 19.2.2020, S. 5156 f.

„Der heutige Antrag der SPD möchte im Kern den "Pakt für Freiheit", der die überbordende Bürokratie reduzieren will, wörtlich auf Eis legen. Zudem will uns die SPD in ihrem Antrag weismachen, dass Bürokratieabbau mit arbeitnehmerfeindlicher Politik gleichzusetzen ist und Bürokratie eigentlich etwas Gutes sei. Für mich ist das ein einziger Propagandakatalog,

(Florian von Brunn (SPD): So ein Schmarrn!)

den Sozialismus in Europa durchzudrücken.

(Widerspruch bei der SPD) [...]

Die SPD hat seit Jahrzehnten immer dieselbe Lösung, die keine ist: Steuern erhöhen, Bürokratie ausweiten. Es gibt nur einen Gewinner: den Staatsapparat, der sich wie eine Krake immer weiter ausdehnt, während der Mittelstand, die familiengeführten Unternehmen weiter ausgedünnt werden – ausgerechnet in Zeiten übersprudelnder Steuereinnahmen, ausgerechnet in Zeiten einer sich abzeichnenden Rezession nicht nur

im Süden, sondern auch bei uns im Norden, dort, wo der Lebensquell Europas liegt.“

Katrin Ebner-Steiner, 44. Sitzung, 20.4.2020, S. 5399 ff.

„Doch unabhängig vom weiteren Verlauf der Pandemie gilt: Die Bürger- und Freiheitsrechte und die Wirtschaft haben schweren Schaden genommen. Schon seit der Flüchtlingskrise 2015 kennt der deutsche Staat zwei Klassen von Menschen. Für Deutsche werden jetzt Grundrechte außer Kraft gesetzt; doch sogenannte Flüchtlinge können sich weiterhin auf das Asylrecht berufen. Während für uns Deutsche die Versammlungsfreiheit, die Reisefreiheit, die Meinungsfreiheit, die Gewerbefreiheit, die Berufsfreiheit obsolet sind, gilt das sogenannte Grundrecht auf Asyl ohne Einschränkung. Wie wollen Sie das den Menschen erklären?

Und es drohen bereits weitere Eingriffe in unsere Freiheitsrechte. Wir als AfD wenden uns entschieden gegen die eben gepriesene Tracking-App, die Bewegungsprofile der Bürger für den Staat nutzbar macht. 4.000 Mitarbeiter wollen Sie dafür in Bayern abstellen. Wenn Sie den Menschen weismachen wollen, ihre Daten seien anonym, dann sind Sie entweder ahnungslos oder unehrlich. Daten können immer auch wieder de-anonymisiert werden. Dieses stasiartige Überwachungsprogramm ist freiheitsfeindlich und unvereinbar mit den Werten unserer Demokratie und unseres Grundgesetzes.“

„Der Föderalismus bietet zudem Schutz vor diktatorischer Machtkonzentration, gleich ob sie in den Händen eines Söder oder einer Merkel liegt. Kein Virus dieser Welt darf eine demokratische Rechtsordnung außer Kraft setzen.

(Beifall bei der AfD)

Auf die Herrschaft des Unrechts folgt nun die Herrschaft der Virologen. Seit über 210 Tagen wird in Bayern Corona-Politik ohne Beteiligung des Parlaments gemacht.

(Zuruf: Quatsch!)

Seit mehr als sieben Monaten herrscht eine selbsternannte Notstandsregierung auf Grundlage von Rechtsverordnungen. Diese wurden ohne Beteiligung des Landtags erlassen. [...]

Ich kann nur alle Demokraten hier auffordern, dieses undemokratische Notstandsregiment zu beenden, unverzüglich und endgültig. Mit einer wöchentlichen Fragestunde ist es leider nicht getan. Die AfD ist der parlamentarische Arm des Grundgesetzes.

(Beifall bei der AfD – Lachen)

Wir sind die Partei der Freiheit und der Garant der Verhältnismäßigkeit.

(Unruhe)

Wir leben in einer Demokratie und nicht in einer Virokratie. [...]

Tagtäglich ziehen Sie die Daumenschrauben enger. Ihre Folterinstrumente sind Kontaktverbote, Maskenpflicht, Sperrstunden, Alkoholverbote und zuletzt Lockdown wie in Berchtesgaden. Wenn Sie wie eben die Maskenpflicht mit der Helmpflicht vergleichen, zeigt das, wohin die Reise geht: nämlich zu einer Maskerade auf Lebenszeit.

(Zuruf: So ein Quatsch!)“

Katrin Ebner-Steiner, 62. Sitzung, 27.11.2020, S. 8029 f.

„Ihre Politik der Verbote ist also nicht nur totalitär, sondern rücksichtslos und brutal den Schwächsten gegenüber. Risikopatienten, unsere Seniorinnen und Senioren, werden bis heute nicht ausreichend geschützt. Nicht nur als Politikerin, sondern auch als Bürgerin, die Ihre Politik der Gnadenlosigkeit mit Entsetzen verfolgt, fordere ich Sie auf: Hören Sie endlich auf die Fachleute! Stoppen Sie diese falsche Politik! [...]

Als Bürgerin habe ich letzte Woche gesehen, wie in Berlin Unrecht in Gesetzesform gegossen wurde.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Das Dritte Bevölkerungsschutzgesetz – Sie haben es vorhin erwähnt –, im Volksmund "neues Ermächtigungsgesetz" genannt, hebt schon jetzt unsere Grundrechte aus.

(Widerspruch)

Ich muss Ihnen schon sagen: Das hat man sich gut abgesehen.

(Beifall bei der AfD)

Aber heute bringen Sie mit den neuen Maßnahmen das Fass endgültig zum Überlaufen. Der von Ihnen vorgegebene bayerische Sonderweg lässt keine Gnade gelten, nicht einmal gegenüber den Kleinsten, den Grundschulern. Die Maskenpflicht für Grundschüler in Bayern ist ein Verbrechen an unseren Kindern. Gehen Sie vor die Schulen, und schauen Sie sich die blauen Lippen unserer Kinder an!

(Lebhafter Widerspruch)

Wer diesem Treiben kein Ende bereiten will, der ist herzlos.

(Zurufe) [...]

Aber ich sage Ihnen eines: Wir werden es nicht zulassen, dass Sie mit Ihrem Zerstörungswerk dauerhaft Erfolg haben. Wir, das sind nicht nur die AfD mit ihren Abgeordneten in den Parlamenten unseres Landes, das sind Millionen mündiger Bürger, denen wir eine Stimme

geben, Millionen Menschen, die sich von Ihren Wasserwerfern und Ihren Polizeiknüppeln nicht einschüchtern lassen.

(Beifall bei der AfD)

Herr Söder, da Sie nicht bereit sind, den notwendigen Strategiewechsel unverzüglich einzuleiten, wird ihn der Souverän, das Volk, selbst erzwingen müssen. Alle Institutionen haben bisher fast vollständig versagt: die Parlamente, die Gerichte und auch die Medien.

(Zurufe)

Als letztes Mittel greifen wir heute zum schärfsten Schwert: Nur noch ein Volksbegehren kann unsere Freiheit wieder herstellen; denn alle Staatsgewalt geht in Bayern immer noch vom Volke aus.

Liebe Bayern, unterstützen Sie das Corona-Volksbegehren "Schuetzt-die-Freiheit.de"! Denn wenn Unrecht zu Recht wird, dann wird Widerstand die erste Bürgerpflicht.

(Lebhafter Widerspruch)“

Katrin Ebner-Steiner, 63. Sitzung, 2.12.2020, S. 8201

„Liebe SPD, liebe GRÜNEN, Ihnen geht es um die Schöpfung von kommunalen Einnahmequellen und um die völlig phantasielose Abzocke von Grundstückseigentümern. Es geht nicht um die Verhinderung von

Flächenfraß; denn wegen ein paar hundert Euro wird sich ein Eigentümer kaum dazu motivieren lassen, sein Grundstück zu veräußern, schon gar nicht, wenn er auf steigende Preise spekuliert. In der AfD liegen uns Freiheit und Marktwirtschaft ohne ökosozialistische Verbotsgängelei am Herzen.

(Beifall bei der AfD)“

Katrin Ebner-Steiner, 89. Sitzung, 21.7.2021, S. 12070 f.

„Doch anstatt der Wirtschaft und den Kunden, also wie in einer Marktwirtschaft üblich, dem Markt die Entscheidung für die beste und effizienteste Technologie zu überlassen, hat sich die Regierung für eine klimasozialistische Planwirtschaft entschieden.“

Katrin Ebner-Steiner, 89. Sitzung, 21.7.2021, S. 12126

„Mit der neuen Regelung greifen Sie von den Altparteien wieder einmal schamlos in grundlegende Freiheitsrechte ein. Wieder einmal ebnen Sie den Weg in Richtung planwirtschaftlichen Sozialismus; denn das entscheidende Kriterium, die Qualifikation, spielt in Zukunft keine Rolle mehr. Eine Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes ist damit wohl kaum zu erwarten. Das scheint Ihnen aber auch nicht ganz so wichtig zu sein. [...]

So sind und bleiben Frauenquoten leistungsfeindlich, freiheitsfeindlich und diskriminierend. Sie bewirken schließlich nur eines: dass wir uns weiter auf den Weg in die linksfeministische Planwirtschaft machen.“

Katrin Ebner-Steiner, 91. Sitzung, 1.9.2021, S. 12427 f.

„Stattdessen herrscht der Ministerpräsident am Parlament vorbei und missachtet dabei die parlamentarischen Gepflogenheiten, ganz nach seinem Vorbild, der noch Bundeskanzlerin Angela Merkel. Auch sie hat die wesentlichen Entscheidungen stets im Alleingang und ohne angemessene Beteiligung des Bundestages getroffen. Ministerpräsident Söder hat diesen fast schon diktatorischen Regierungsstil kürzlich sogar gelobt und auch für Bayern abgekupfert. [...]

Da ist es unethisch, ungehörig, ja es ist vollkommen inakzeptabel, auf diese freien Menschen weiter Druck auszuüben. Das hat nichts mit der gepriesenen Eigenverantwortung zu tun, sondern das ist staatliche Repression in der extremsten Form. Sie, Herr Söder, spielen die Geimpften gegen die Nicht-geimpften aus. Sie spalten damit unsere Gesellschaft und bezeichnen das auch noch als neue Form der Freiheit. Mehr Hohn und Niedertracht geht hier gar nicht.

(Beifall bei der AfD)“

Nicht nur im Kontext der Corona-Pandemie, sondern auch bezogen auf die Wirtschaftspolitik, den Klimaschutz und die Frauen-Quote wirft Ebner-Steiner Ministerpräsident Söder und der damaligen Kanzlerin Merkel den Aufbau einer Diktatur vor.

Katrin Ebner-Steiner, 110. Sitzung, 5.4.2022, S. 14980 f.

„Während Ludwig II. Bayern in ein attraktives Reiseziel verwandelt hat, wird unsere Heimat unter Markus I. – gewandelt in einen herrschaftlichen Umhang aus schwarzem Filz – zu einer Art Korruptionserlebnispark nach dem Vorbild führender Bananenrepubliken. Wie in diesen wird das Volk enteignet, entrechtet und überwacht, nur eben mit feineren Mitteln. Mit direkten und indirekten Steuern, Gebühren, Zwangsabgaben und Sozialabgaben drückt der deutsche Steuerzahler den weit-aus größten Teil seiner monatlichen Wertschöpfung an den Staat ab. Zeitgleich wird er durch den EU-Null-Zins-Raubzug und durch die höchste Inflation seit einem halben Jahrhundert enteignet, mit den höchsten Energiepreisen der Welt ausgeblutet, staatlich mittels Kontoabfragen, Zentralregister, Vorratsdatenspeicherung und Staatstrojanern überwacht, in seinen Grundrechten eingeschränkt, weitgehend aus Brüssel fernregiert und darf sich, wenn er einmal dagegen protestiert, als Schwurbler und Nazi beschimpfen lassen. Der ehrlich arbeitende Deutsche hat die längste Lebensarbeitszeit, die niedrigsten Renten und das niedrigste

Vermögen aller Bürger größerer EU-Staaten. Einfacher gesagt: Der Deutsche ist die arme Melkkuh Europas.

(Beifall bei der AfD)“

Katrin Ebner-Steiner, 124. Sitzung, 12.10.2022, S. 17184

„Diese astronomische und niemals rückzahlbare Schuldenlast ist Ihr Krieg, nämlich der Krieg gegen die kommenden Generationen, es ist der Krieg gegen unsere Kinder.

(Beifall bei der AfD)

Da helfen auch wohlklingende FDP-Anträge nichts mehr. Sie kratzen an einem toten Zahn, dessen Wurzel längst verfault ist.

Weil nun aber auch der letzte grün-gewokete CSU-Apparatschik kapiert hat, dass diese Schulden die europäische und bayerische Wirtschaft ersticken werden, hat er die gigantische Ausweitung der Eurogeldmenge durch die EZB mit hochrotem Kopf beklatscht. Schulden mit der Druckerpresse zu bezahlen, hat der CSU-Mitläufer neben der Klimaheilslehre auch noch von seinen neuen sozialistischen Freunden gelernt. Deshalb treiben Sie auch die Einführung eines digitalen Zentralbank-Euro voran, der nichts anderes wäre als eine neo-sozialistische Supergau-Veranstaltung.“

In rechtsextremer Tradition wirft Ebner-Steiner der Regierung vor, mit sozialistischen Mitteln bewusst Politik gegen die Interessen des eigenen Volkes zu machen. Auf Basis einer solchen Erzählung lässt sich nahezu jede Gegenmaßnahme rechtfertigen.

Katrin Ebner-Steiner, 140. Sitzung, 28.3.2023, S. 19521 f.

„Herr Söder, Sie haben die Bürger dieses Landes verraten und verkauft. Der österreichische Publizist Gerald Grosz hat es kürzlich so formuliert – Zitat –: Markus Söder "ist kein Landesvater, sondern" – wohl eher – "ein Landesverräter."

(Beifall bei der AfD)

Ihre CSU hat sich dem bolschewoken Klimatotalitarismus der rot-grün-gelben Bundesregierung und ihrer Verlängerungsmedien angeschlossen und muss nun selbst bitter dafür bezahlen.“

Katrin Ebner-Steiner, 147. Sitzung, 14.6.2023, S. 21048

„Der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion ist wieder einmal ein Lehrstück roter Finanzpolitik. Kaum zeichnen sich Mehreinnahmen des Staates in Höhe von 400 Millionen Euro ab, sollen die Mittel natürlich gleich wieder verpulvert werden. Die rote Ampel-Partei verwandelt mit ihrem Warburg-Kanzler Scholz und zusammen

mit Kinderbuch-Minister Habeck Deutschland vom Industrieland in ein Industriemuseum. Die rote Ampel-Partei arbeitet auf eine neue Masseneinwanderung von Asylforderern im Rahmen der neuen EU-Asylreform und auf ein EU-Vermögensregister und Lastenausgleich hin. Die rote Ampel-Partei arbeitet weiter fleißig an einer den Bürgern verhassten Heizungsdictatur.

Wie immer schreit die SPD in ihrem Antrag nach mehr Subventionen und Umverteilung – mit anderen Worten, nach mehr Sozialismus, diesmal beim ÖPNV. Wie immer wollen Sie für ihre bayernweite Monatskarte alle zahlen lassen, auch die, die sie gar nicht nutzen. Sie wollen Zwang und Planwirtschaft, und Sie arbeiten gegen Freiheit und Marktwirtschaft.“

Katrin Ebner-Steiner, 149. Sitzung, 4.7.2023, S. 21337

„Die einzige Partei, die heute unsere Kinder vor den Anmaßungen und Übergriffen eines immer totalitärer werdenden Staates schützt, ist die AfD.

(Beifall bei der AfD – Toni Schubert (GRÜNE): Hallo? Totalitär?)“

Katrin Ebner-Steiner, 152. Sitzung, 20.7.2023, S. 21812

„Die sogenannte Europäische Union und ihre Ampelkoalition in Berlin planen einmal mehr, das zu tun, was sie am besten können: nämlich die Freiheit der Bürger

mehr und mehr einzuschränken. Jetzt soll die Freiheit der Wahl des Zahlungsmittels faktisch abgeschafft und die endgültige Bargeldabschaffung vorbereitet werden. [...]

Dies ist aber nur der erste Schritt hin zur totalen Kontrolle über das Eigentum der Deutschen, die von der EU-Kommission geplant und von ihren willfährigen Vollstreckern in Berlin und hier im Hohen Haus umgesetzt werden soll.

(Beifall bei der AfD)

Nach der De-facto-Abschaffung des Bankgeheimnisses 2005 und der Einführung des sogenannten Transparenzregisters 2017 soll nun das EU-Vermögensregister kommen und damit die vollständige Durchleuchtung des Eigentums aller Bürger. [...]

Das EU-Vermögensregister wird zum vollkommen gläsernen Bürger führen. Wenig später wird das Bargeld dann ganz abgeschafft werden.

Das ist auch mittels digitalen Zentralbankgeldes bereits in Planung. Dann wird jeder Bürger verpflichtet, sein Konto direkt bei der Zentralbank zu führen. Danach wird das kommen, was viele von Ihnen bereits heute fordern, nämlich der sogenannte Lastenausgleich. Das ist ein harmlos klingendes Wort für die faktische Enteignung der Bürger.

Meine Damen und Herren, die AfD und die AfD-Fraktion werden sich Ihren Plänen mit allen Mitteln entgegenstellen und die Freiheit, das Eigentum und somit die Existenz des deutschen Volkes verteidigen.“

Ebner-Steiner macht mit ihren Wortbeiträgen deutlich, dass sie die AfD in einem Abwehrkampf gegen vermeintliche Volksfeinde sieht, bei dem es letztendlich um „die Existenz des deutschen Volkes“ geht. Jede Maßnahme der Bundesregierung oder der EU wird als Vorwand genommen, um der Regierung totalitäre Maßnahmen vorzuwerfen. Ebner-Steiner baut dabei konkrete Bedrohungsszenarien auf, die aufzeigen sollen, wie sehr die alltägliche Freiheit der Menschen bedroht sein soll. Sei es die Wahlfreiheit bei der Fortbewegung, der Kindererziehung oder das eigene Geld.

Ohne Quellen oder Nachweise für ihre Prognosen anzugeben, behauptet Ebner-Steiner, dass die EU bald alle Menschen zu Konten bei der Europäischen Zentralbank zwingen würde, um dadurch die Menschen enteignen zu können. Derartige erfundene Erzählungen sind dazu geeignet, die Menschen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung aufzustacheln und sind nicht geeignet, um eine sachliche Debatte über die Form der europäischen Zusammenarbeit zu führen.

Richard Graupner, 15. Sitzung, 10.4.2019, S. 1254

“Die "Kulturkampfgruppe Habeck" begnügt sich nicht mit der Enteignung von Immobilienbesitzern. Ginge es nach Ihnen, würde das ganze deutsche Volk von seinen Traditionen entfremdet und enteignet. Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein Mosaiksteinchen dieses Gesellschaftsumbauplanes.“

Richard Graupner, 36. Sitzung, 11.12.2019, S. 4502

„Wir alle wissen: Die Kollegen draußen haben bereits jetzt mit den unterschiedlichsten Mehrbelastungen zu kämpfen, nicht zuletzt mit den Folgen von Merkels Willkommensputsch.“

Richard Graupner, 39. Sitzung, 6.2.2020, S. 4843

“Der Präsident des Feuerwehrverbandes hatte unter anderem gefordert, eine imaginierte rechtspopulistische Unterwanderung der Feuerwehren zu verhindern. Sie riefen in Ihrer Antragsbegründung in feinstem DDR- und Staatssicherheitsjargon zur Wachsamkeit gegenüber rechtsnationalen Tendenzen auf. Das heißt doch im Klartext nichts anderes als die Bespitzelung der eigenen Kameraden.“

Richard Graupner, 47. Sitzung, 13.5.2020, S. 5782

“Der Antrag auf Drucksache 18/4228 ist der unverhohlene Versuch, im Schul- und Bildungsbereich in Ihrem Sinne Einfluss zu nehmen. Aber gerade den ideologischen Zugriff auf Kinder und Jugendliche, übrigens ein Kennzeichen diktatorischer Systeme, lehnen wir strikt ab.”

Richard Graupner, 50. Sitzung, 25.6.2020, S. 6210

„Nein, nicht eine ominöse Partyszene war in Stuttgart am Werk, sondern die Partisanenvorhut heraufziehender bürgerkriegsähnlicher Szenarien, welche uns auch anderswo drohen, falls die Politik das Ruder nicht entschieden herumreißt.“

Richard Graupner, 59. Sitzung, 30.10.2020, S. 7643

“Die Vertreter der politischen Klasse in Deutschland haben die Gunst der Stunde für sich genutzt. Das muss man ihnen lassen. Auch unser Ministerpräsident witterte die Gelegenheit, einen Zipfel des Mantels der Geschichte zu erhaschen. Er installierte ein virokratisches Regime, unter dem unser einst freies und lebensfrohes Bayern kaum noch wiederzuerkennen ist.”

Auch der Abgeordnete Graupner gibt die Ansicht wieder, dass die Regierungen auf Bundes- und Landesebene an einem „Gesellschaftsumbauplan“ arbeiten würden. Er spricht zudem der Bundesregierung ihre Legitimität ab, weil sie sich mit ihrer Asylpolitik an die Macht geputscht hätte. All dies würde das Gesicht des Landes stark verändern und letztendlich zu „bürgerkriegsähnlichen Szenarien“ führen. Um dies zu verhindern, sei „das Ruder [...] entschieden“ herumzureißen.

Ingo Hahn, 25. Sitzung, 17.7.2019, S. 3006 f.

„Im grünen Gewande steht der neue Sozialismus vor der Schwelle, und Deutschland scheint kurz vor der erneuten Versuchung zu stehen. Neue Heilsbringer in Kindergestalt predigen den nahenden Weltuntergang, den nur eines abzuwenden vermag: Blinde und bedingungslose Gefolgschaft ist gefordert. Soldatengleich wird unabhängigem und kritischem Denken für das höhere Ziel abgeschworen. Uneingeschränkte Gefolgschaft und bedingungsloser Gehorsam sind der Auftrag, ein gutes Gefühl ist der Sold.“

Ingo Hahn, 52. Sitzung, 8.7.2020, S. 6485

„Dieser inszenierte Corona-Wahnsinn hat alle Studenten und Professoren betroffen. Oder gab es einige Unbeugsame unter ihnen, die heimlich weitergelernt und

-gearbeitet haben? Diese Rebellen! Was machen Sie denn mit solchen Rebellen?“

Ingo Hahn, 54. Sitzung, 23.9.2020, S. 6748

„Diejenigen, die staatliche Organe dazu missbrauchen, eine demokratische Oppositionspartei zu bekämpfen, sind jene in der Regierung, die es geschafft haben, dem Volk per Maske im wahrsten Sinne des Wortes den Mund zu verbieten. Dazu schrieb kürzlich Stefan Aust, Herausgeber der "WELT AM SONNTAG", in selbiger Zeitung – Zitat –: "Die Maske muss der Maske wegen getragen werden. Als Symbol für Gehorsam den Maßnahmen der Regierenden gegenüber.“

Ingo Hahn, 55. Sitzung, 8.10.2020, S. 6921

„Auch diese ganzen Plexiglas-Hühnerställe²⁷ – so nenne ich das hier mal – – Das ist doch ein Symbol von Ihnen, um einfach nur Ihre Macht zu demonstrieren, so wie das auch Herr Aust in der "WELT" dargelegt hat.“

Ingo Hahn, 55. Sitzung, 8.10.2020, S.6975

„Schon bald wird Sie die Realität eines Besseren belehren, spätestens aber dann, wenn die Bürger Ihre Politik

²⁷ Im Landtag wurden damals zum Infektionsschutz Plexiglasabtrennungen an den Sitzplätzen der Abgeordneten aufgebaut.

am eigenen Leib spüren werden. Dann zerplatzt nämlich ihr ökosozialistisches Utopia. Aus dem von Ihnen propagierten Traum wird dann für unsere Bürger ein Albtraum werden, genährt von Massenarbeitslosigkeit, Grundrechtseinschränkungen und dem Ende der liberalen Wirtschaftsordnung.“

Ingo Hahn, 60. Sitzung, 12.11.2020, S. 7770

„Eine quasi-religiöse Endzeitstimmung für politische Zwecke wird hier produziert. Das zeigt eigentlich eine Parallele zur Corona-Politik. Wir sehen es auch: Was passiert in der Klimapolitik? Was passiert in der Corona-Politik? – Es wird Angst gemacht. Es werden Bedrohungsszenarien aufgeführt, und wie endet dieses Schmierentheater? – Nachdem Ängste geschürt sind, wird dann irgendwann wieder der Heilsbringer aus Ihrer Regierung hier auftauchen, verkleidet als Samariter, und diese Leute wieder retten. Das ist Ihr Schmierentheater, meine Damen und Herren.“

Ingo Hahn, 63. Sitzung, 2.12.2020, S. 8233

„Da hilft es auch nicht, den Wohlstand kommender Generationen auf dem Altar des Klimasozialismus von SPD und GRÜNEN zu opfern.“

Ingo Hahn, 68. Sitzung, 8.1.2021, S. 8876 f.

„Ja, wir befinden uns in einer dramatischen Situation. Ja, die Dinge scheinen außer Kontrolle zu geraten. Und ja, die Menschen sind verunsichert und verängstigt. Die Lage ist dramatisch, weil unsere Regierenden ein totalitäres Klima der Angst und der Zwietracht erzeugt haben. Unsere Regierenden haben uns die Freiheit geraubt. [...]

So manche DDR-Größe wäre jetzt garantiert zu Tränen gerührt und vielleicht sogar etwas neidisch, denn schließlich haben selbst die SED-Schergen sich Derartiges nicht getraut.“

Ingo Hahn, 82. Sitzung, 5.5.2021, S. 10914

„Soll der sofortige Grundrechtsentzug jetzt zur Rettung des Weltklimas und wegen einer vermuteten Temperaturentwicklung in hundert Jahren fortgeschrieben werden? Mit diesem Urteil lässt sich ab Herbst strikt grün durchregieren. Das muss gesagt werden: Der Traum dieses grünen öko-sozialistischen Autokratentums würde dann in Erfüllung gehen.“

„Nicht das Klima treibt die GRÜNEN in Wirklichkeit um, sondern ihre ökosozialistischen Umverteilungsfantasien, die sie jetzt noch in Gesetzesform gießen wollen. [...]

Hier kann man sich nur fragen, welche Mittel die Kommune denn zur Verfügung hat, um zum Beispiel die Bürger zu zwingen, ihr Auto zu Hause zu lassen. Oder haben Sie in Ihrem Gesetzentwurf die grüne Kommunalpolizei vergessen, die dafür sorgen soll, dass – wie in der ehemaligen DDR – Spitzel ihre Nachbarn dabei melden, wie sie unerlaubterweise mit ihrem Pkw die Wohnung verlassen?“

Ingo Hahn geht davon aus, dass sowohl die Corona-Pandemie als auch die Klimakrise nur ein Vorwand der Regierenden seien, um die Freiheitsrechte der Bevölkerung mit totalitären Maßnahmen einzuschränken. Er spricht davon, dass Deutschland „kurz vor der erneuten Versuchung“ stünde. Gemeint ist damit die Wiedereinführung des Sozialismus wie 1949 in der damaligen sowjetischen Zone mit der Gründung der DDR.

Diese dient Hahn öfter als Vergleich, um vor einer vermeintlich bevorstehenden Wiedereinführung des Sozialismus zu warnen. Er behauptet, dass ein Infragestellen der Klimapolitik nicht legitim sei und dass eine Bespitzelung durch die

Nachbarn nötig sei, um vermeintliche Verbote durchzusetzen.

Während jedoch in der DDR Systemkritik zu harten Sanktionen bis hin zu Folter und Freiheitsentzug führen konnte, wird im heutigen Deutschland selbst bei Klimaaktivist*innen offen über die Klimapolitik und die Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen debattiert. Hahns Aussagen diskreditieren diesen Deliberationsprozess und unterstellen den Regierenden und den politischen Gegner*innen, die Bevölkerung zu belügen und ihr die Freiheit rauben zu wollen.

Uli Henkel, 50. Sitzung, 25.6.2020, S. 6098

„Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen! Europa – das ist ein Schatz. Von der Erfindung des Rades und der Schrift bis hin zum Computer und der Entwicklung von Antibiotika – wohl kein anderer Kontinent hat mehr zum Fortschritt unserer Spezies beigetragen. Doch wie es Schätze so an sich haben: Sie ziehen auch Räuber an. In mythischer Vorzeit war es Zeus, der die Europa aus den Hallen ihres Vaters, des phönizischen Königs Agenor, raubte. Heute heißen die Akteure von der Leyen, Timmermans, Michel & Co. Diese EU-Repräsentanten reden gern von "unserem Europa", meinen aber in Wirklichkeit doch nur den bürokratischen Monstertöchterchen, der in Brüssel und Straßburg nach nationalen Kompetenzen giert wie einst Skylla und Charybdis in der Meeresenge von Messina nach griechischen Seefahrern.“

(Zuruf) [...]

Sechs Monate lang leitet und moderiert Berlin nun die Arbeit des Ministerrates, die Sitzungen des Rates der Europäischen Union und weitere rund 200 Ausschüsse und Arbeitsgruppen des Brüsseler Wasserkopfes. Das wäre eine Chance, beherzt dringend notwendige Reformen anzustoßen und die Union endlich wieder zu dem zu machen, was sie ursprünglich einmal sein sollte: zu einem gemeinsamen Markt des freien Wettbewerbes statt sozialistischer Überregulierungen, zu einer Union von in Frieden zusammenlebenden, souveränen Nationalstaaten statt eines Möchtegern-Zentralstaates, der insbesondere durch seine Währungs- und Fiskalpolitik die Völker Europas gegeneinander aufbringt – und last but not least zu einer Union, die die kulturelle Vielfalt all ihrer Völker aufrichtig schätzt und diese nicht mit ihrer Regulierungs- und Vereinheitlichungswut sowie durch die grob fahrlässige Förderung von Zuwanderung willentlich konterkariert.

(Zurufe) [...]

Abgerundet wird das Ganze schließlich noch durch ein – wie könnte es auch anders sein – Migrations- und Asylpaket, – sprich: Deutschland darf sich schon einmal auf weitere Armutszuwanderung aus Afrika und dem Nahen Osten einstellen, und wehe einer von uns wagt es, hier aufzubegehren; denn dann wird unser an-

geblich so großer Wohlstand bemüht, wo wir doch eigentlich alle schon längst über Altersarmut reden müssten.“

Uli Henkel, 55. Sitzung, 8.10.2020, S. 7012

„Verehrtes Präsidium, geschätzte Kollegen! Mit ihrem Antrag räumt die SPD in entlarvender Weise ein, dass der vehement vorangetriebene Strukturwandel, oder besser gesagt: ökosozialistische Strukturbruch, unsere bayerische Schlüsselindustrie zerstören kann.

Sie haben absolut recht: Zigtausende hoch qualifizierte bayerische Arbeitnehmer werden deswegen wohl ihre Arbeit verlieren. Nur darf ich Sie korrigieren: Es handelt sich nicht etwa um 6.000 Arbeitsplätze, sondern wie das ifo Institut berechnet hat, kann die planwirtschaftlich-sozialistische und ökoforcierte Elektromobilität allein in der deutschen Automobilindustrie am Ende über drei Millionen gut bezahlte Jobs vernichten.

Das zeigt wieder, dass Ihre Agenda nicht wissenschaftlich fundiert, sondern blinder dogmatischer Dirigismus ist. Es ist eine Schande zu sehen, dass die SPD als ehemalige Arbeiterpartei mit ihrer Besteuerungswut, mit ihren arbiträren und nicht wissenschaftlich fundierten CO2-Grenzwerten und ihrer planwirtschaftlichen Anti-industriepolitik insgesamt Mitschuld trägt an dem schon absehbaren Verlust bayerischer und deutscher Arbeitsplätze.“

Uli Henkel, 67. Sitzung, 15.12.2020, S. 8800 f.

„Man kann viel bequemer regieren, wenn man unter dem Ausruf der großen Worte Katastrophenfall, Pandemie, Ausnahmezustand und mit dem dienstbeflissenen Flankenschutz aus dem medialen Bereich jegliche Opposition und Kritik gegen die getroffenen Maßnahmen einfach mundtot machen kann.“

Uli Henkel, 73. Sitzung, 24.2.2021, S. 9512 f.

„Frau Schulze, machen wir uns doch ehrlich: Sie wollen doch in Wahrheit den Verfassungsschutz im wohlverstandenen Interesse Ihres teils extrem linken Klientels am liebsten schon bald abschaffen und widersetzen sich deshalb ausdrücklich einer Stärkung des Verfassungsschutzes, während wir den Verfassungsschutz ertüchtigen und auf den ursprünglichen Weg zurückführen wollen, nämlich die Verfassung vor Verfassungsfeinden zu schützen, nicht aber doch die politische Opposition im Auftrag der um ihre Pfründe Fürchtenden in deren politischer Entfaltung zu behindern.“

Uli Henkel, 80. Sitzung, 15.4.2021, S. 10609 ff.

„Zu ausführlich auf die unzähligen Details der zwei Entwürfe kann ich hier naturgemäß nicht eingehen – da muss sicherlich auch noch Etliches in den Ausschüssen optimiert werden –, so viel aber schon einmal

vorab: Aus unserer Sicht muss zunächst einmal zwingend darauf geachtet werden, Unternehmern und Selbstständigen nicht den Weg in die Politik zu verbauen; denn deren Expertise ist gerade in einem zunehmend sozialistischen Geistesklima von unschätzbarem Wert.

(Beifall bei der AfD) [...]

*Als AfD freuen wir uns natürlich über regen Wählerzu-
lauf aus dem Lager anständiger und nun zu Recht bitter
enttäuschter Unionswähler. Sie aber sollten unbedingt
darauf achten, Ihr übrig gebliebenes Wählerklientel am
Ende nicht auch noch in die Arme derjenigen zu treiben,
die dieses Land lieber heute als morgen in eine
links-ökologische Autokratie verwandeln würden, und
dadurch eine "Ampel" oder schlimmer noch Grün-Rot-
Rot in Berlin überhaupt erst zu ermöglichen. Das wäre
dann doch ein extrem hoher Preis für die Bürger dieses
Landes, den sie für die Verfehlungen einiger Abgeord-
neter aus Ihren Reihen zu bezahlen hätten. Das darf im
Herbst 2021 deshalb auf keinen Fall geschehen.“*

Uli Henkel, 89. Sitzung, 21.7.2021, S. 12088

*„Es ist die AfD, die den Green Deal der EU, den "Fit for
55"-Plan der Kommission, den Klimaschutzplan 2030
der Bundesregierung sowie jegliche weitere Formen
von Planwirtschaft im Namen des Klimas entschieden
ablehnt und auch das EEG ersatzlos streichen möchte.*

(Beifall bei der AfD)“

Uli Henkel, 129. Sitzung, 6.12.2021, S. 17967 f.

*„Ich sage Ihnen jetzt einmal, was ein Spalter so macht:
Er trennt die Menschen in Gute und Schlechte*

*(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie zeigen uns
seit Jahren, wer die Spalter sind! – Gegenruf von der
AfD: Selber Spalter!)*

*und macht dies zum Beispiel davon abhängig, ob sie
widerstands- und widerspruchslos einen Maskenterror
über sich ergehen lassen,*

(Widerspruch)

*ob sie sich mit einer bewusst gewollten Geflüchteten-
invasion abfinden oder auch mit der Aushöhlung des
Staatsangehörigkeitsrechts bei klarer Tendenz, dass
autochthone Deutsche in nicht allzu ferner Zukunft zur
Minderheit im eigenen Land werden dürften, oder, ab-
schließend, ob sie die Lieferung schwerer Waffen an ei-
nen Oligarchenstaat klaglos hinzunehmen bereit sind.
Spalter sind all diejenigen politischen Akteure, die sich
weigern, dem politischen Mitbewerber die ihm zu-
stehenden Ämter zuzugestehen. Spalter sind Politiker,
die dem AfD-Abgeordneten selbst vor Schulklassen
nicht die Hand geben, die regelmäßig politisch moti-
vierte Strafanzeigen bei der Staatsanwaltschaft einrei-
chen, natürlich nicht, ohne medienwirksam die "SZ“*

im Schlepptau dabeizuhaben. Spalter sind diejenigen, die unsere Bürger durch moralingetränkte Sprechverbote und eine ungesunde "Political Correctness" an den Rand der Gesellschaft treiben. Spalter sind die Medien, die absolut einseitig berichten, die belehren, erziehen und andere Meinungen nicht akzeptieren, die ihre Allmacht gegen den Zwangsgebührenzahler einsetzen, der sich nicht abmelden und so wehren kann.

(Beifall bei der AfD)

Kollegen, ich könnte ewig so weitermachen. Aber ich schaue noch einmal auf den Titel der Aktuellen Stunde und wende mich jetzt in Duktus und Tonlage exakt um 180 Grad. Gemeinsam zu spalten – –

(Allgemeine Heiterkeit)

Gemeinsam zu gestalten statt zu spalten. – Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen, die AfD "freut" sich, dass die Regierenden unser demografisches Problem erkannt haben und deshalb Millionen kulturfremder, zu oft leider nicht integrationswilliger Menschen in unser Land lassen. Die AfD "freut" sich, dass Bayern im März 2023 den letzten Kernkraftmeiler abschaffen will. Schließlich ist eine CO₂-neutrale, grundlastfähige Energiequelle nur ein Hindernis auf dem Weg in unsere neue Klimareligion gemäß der Devise: Wollt ihr die totalen Erneuerbaren? Die AfD "freut" sich, dass durch die "vorausschauende" Geldentwertungspolitik der EZB endlich diese sinnlos auf Festgeldkonten herum-

liegenden sogenannten Ersparnisse des deutschen Michel wenn schon nicht ganz verschwinden, so doch wenigstens inflationiert werden. Die AfD "freut" sich zusammen mit den über 40 Millionen Autofahrern in Deutschland darüber, dass Tanken nun endlich so richtig teuer geworden ist, hat man so doch wenigstens eine gute Ausrede für vergessene Weihnachtsgeschenke.“

Uli Henkel, 144. Sitzung, 26.4.2023, S. 20275

„Momentan liegt der tägliche Flächenverbrauch in Bayern bei etwa 100.000 Quadratmetern. Diesen Verbrauch wollen Sie nun bis 2028 bis auf die Hälfte reduzieren. Das aber ist doch Planwirtschaft pur. Honecker und seine SED-Genossen wären mächtig stolz auf diesen 5-Jahres-Plan.“

Henkel geißelt ihm unliebsame, linke Politik pauschal als gefährlichen Sozialismus oder Planwirtschaft. Sollte es nach der Bundestagswahl 2021 zu einer Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP kommen, befürchtet Henkel den Aufbau einer „links-ökologische[n] Autokratie“. Er befürchtet, dass „autochthone Deutsche“ aufgrund des neuen Einwanderungsgesetzes nicht mehr die Mehrheit in Deutschland haben könnten und wertet dadurch Deutsche mit Migrationshintergrund ab. Regierungen und Medien hätten sich gegen die Bevölkerung verschworen. So unterstellt Henkel

der Regierung, den Katastrophenfall in der Corona-Pandemie nur ausgerufen zu haben, um weniger Widerstände beim Regieren zu haben. Die Medien würden diese Strategie bewusst unterstützen.

Roland Magerl, 60. Sitzung, 12.11.2020, S. 7801

„Ihr Fazit: noch mehr Einschränkungen, weniger Parlament und mehr Eigenermächtigung, Grundrechtseingriff hier, Kritiker diskreditieren da, die Polizei als Corona-Wachhunde missbrauchen, um zum Beispiel Anzeige wegen des Nichttragens von Masken zu erstatten – da fährt schon gern mal der Inspektionsleiter persönlich mit hinaus –, die Bevölkerung dazu aufrufen, den Nachbarn zu verpfeifen, und somit eine neue Generation von Blockwarten zu züchten. [...] Merkel hat es in der DDR ja noch gelernt, wie das geht, und Söder und Spahn machen mittlerweile bereitwillig mit. Schluss damit! Wir von der AfD fordern erneut klipp und klar, dass die Grundrechtseingriffe auf Verordnungsbasis ein Ende haben müssen.“

Roland Magerl, 82. Sitzung, 5.5.2021, S. 10837 f.

„Sie [Anmerkung: gemeint ist Klaus Holetschek] bestätigen, dass Sie den Menschen ihre Grundrechte genommen haben. Das letzte Mal, als die Menschen in Deutschland im großen Stil ihrer Grundrechte beraubt wurden, war eine der dunkelsten Zeiten Deutschlands,

ob Sie das nun hören wollen oder nicht. [...] Wir diskutieren hier über den vorläufigen traurigen Höhepunkt des Totalumbaus unserer Gesellschaft ins Autoritäre, nicht über notwendige gesundheitspolitische Maßnahmen.“

Christoph Maier, 55. Sitzung, 8.10.2020, S. 6901

„Von daher lautet jetzt unser Appell: Ersparen Sie uns, den Bürgern Bayerns, Ihre Corona-Diktatur, die nur Unheil und katastrophalen Niedergang bringt.

(Beifall bei der AfD)“

Christoph Maier, 74. Sitzung, 4.3.2021, S. 9656 f.

„Die Altparteien – Sie, sehr geehrte Damen und Herren – haben es sich an den Futtertrögen der Macht bequem gemacht. Diese Korruptionsskandale kommen jetzt ans Tageslicht, sei es bei der CSU mit Herrn Nüblein, sei es bei der CDU mit Aserbaidshan-Reisen! Wir wissen und bekommen immer mehr mit, mit welchen Methoden Sie dieses Land zu regieren und letztendlich die Bevölkerung für dumm zu verkaufen versuchen. Es geht Ihnen hier nicht nur um die Macht, sondern es geht Ihnen auch ums große Geld. Das hat Ihre Politik in der "Corona"-Frage eindeutig gezeigt. Sie arbeiten heuchlerisch und belügen die Menschen auch noch ganz unverschämt.

(Beifall bei der AfD)

Wer jetzt allerdings gegen die Zerstörung der Wirtschaft und den Raub unserer Freiheiten unter dem Deckmantel der "Corona"-Politik Widerspruch äußert, wird als Verschwörungstheoretiker abgetan. Jeder Kritiker, der sich für Bürgerrechte starkmacht, wird pathologisiert und kriminalisiert. Sie, die Vertreter der Altparteien, rufen in DDR-Manier nach geheimdienstlicher Überwachung von Andersdenkenden.

Herr Innenminister Herrmann ist jetzt wieder da: Metternich lässt grüßen! Aber auch Metternich wurde einmal Geschichte. (Zurufe) Herr Innenminister Herrmann, auch Sie werden einst Geschichte werden!“

Christoph Maier, 123. Sitzung, 27.9.2022, S. 17037

„Der Würzburger Stadtrat hat schon einmal in einem ähnlich gelagerten Fall für unrühmliche Schlagzeilen gesorgt.

(Margit Wild (SPD): Wehret den Anfängen! Ihre Absichten sind doch klar!)

Er hat in diesem Jahr verboten, das mittlerweile bekannte Lied "Layla" auf dem städtischen Kiliani-Volkfest zu spielen, und maßte sich damit an, als Sittenpolizei aufzutreten.

(Margit Wild (SPD): Das ist alles Heuchelei!)

Ja, das ist dieser Würzburger Stadtrat, den Sie heute verteidigen. Doch die Geschichte unseres Landes zeigt, dass diese Methoden nicht neu sind. Auch zu Zeiten des DDR-Unrechtsstaates arbeitete das politische Regime darauf hin, die Opposition zu unterdrücken und die Gesellschaft nach einem vermeintlich gesellschaftlichen Ideal umzugestalten. Wer abwich oder eine Meinung vertrat, die nicht dem Willen des Systems entsprach,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bitte denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das geht nicht!)

Christoph Maier (AfD): – wurde radikal bekämpft. Alle aufrechten Demokraten stehen heute mit der AfD im Bayerischen Landtag zusammen.

(Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): So was geht nicht! Das geht überhaupt nicht! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Volksverhetzung!)

Christoph Maier, 48. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 11.2.2021, S. 9

Ein offener Diskurs würde hier mehr wirken als eine Beobachtung mit vielleicht anschließendem Verbotverfahren, wie aussichtslos ein solches auch sei. Der an-

tittotalitäre Konsens sei nach dem Ende des Kalten Krieges offenbar entfallen. Totalitäre Ansichten von links würden in der Gesellschaft zunehmend toleriert.

Christoph Maier, 56. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 10.6.2021, S. 37

Das Gesagte gelte auch für Studenten. Wenn gleichgeschaltete Geister herangezogen würden, werde man irgendwann in einem gleichgeschalteten Land mit gleichgeschalteter Politik landen.

Christoph Maier, 56. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 10.6.2021, S. 43

Zwar würde auch die AfD gerne in der Europäischen Union bleiben; doch solange die Europäische Union sich zu einem „Völkergefängnis“ entwickle, müsse für einen Austritt plädiert werden.

Christoph Maier, 67. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 2.12.2021, S. 9

Das Bundesverfassungsgericht habe eine nicht zufriedenstellende Entscheidung getroffen. Die Gerichte

hätten politisch instrumentalisiert entschieden und geradezu einen Freibrief für die Regierung ausgestellt, weiterhin nach Belieben Grundrechte einzuschränken.

Christoph Maier, 79. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 12.5.2022, S. 28

Dies könnte im Herbst weitere unzumutbare und unverhältnismäßige [Corona-] Maßnahmen zur Folge haben, ohne über deren Wirksamkeit Bescheid zu wissen. Dies sei verantwortungslos. So könne die Akzeptanz der politischen Entscheidungsprozesse nicht gestärkt werden. Dadurch sei im Herbst bei eventuellen neuen Wellen mit Schulschließungen etc. „der große Sturm des Volkes“ denkbar.

Maier rückt die Regierung in seinen Reden in die Nähe des Unrechtsstaates DDR. Er sieht Deutschland an einem Scheidepunkt: Die Menschen würden zunehmend das schädliche Verhalten der „Altparteien“ durchschauen.

Bei zunehmender Einschränkung von Grundrechten könne es zu einem „Sturm des Vokes“ kommen. Joseph Goebbels hatte 1943 in seiner Sportpalastrede gesagt: „Nun, Volk, steh' auf und Sturm, brich los!“ Ob Maier hierauf und auf den nationalsozialistischen „Volkssturm“ anspielt, ist nicht

eindeutig. Er könnte sich auch auf den Ursprung dieses Satzes bezogen haben, ein Gedicht von Theodor Körner aus der Zeit der Befreiungskriege gegen Napoleon: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“. Dieser Satz wurde so auch im Nazi-Propagandafilm „Kolberg“ 1945 aufgegriffen.

Die „aufrechten Demokraten“ stünden an der Seite der AfD im Bayerischen Landtag. Maier diskreditiert somit die politischen Mitbewerber*innen und nimmt für die AfD in Anspruch, dass allein sie antitotalitär eingestellt sei. Eine totalitäre Entwicklung gäbe es in der Bundesrepublik dabei nur von links.

Ferdinand Mang, 12. Sitzung, 13.3.2019, S. 810

„Und noch etwas: Wer der Opposition den gesetzlich vorgesehenen Zugang zu Institutionen verweigert und damit der parlamentarischen Kontrollrechte beraubt, setzt die Axt an die Grundfesten der Demokratie.

(Beifall bei der AfD)

Ich warne Sie: Das sind die Wegmarken des Faschismus!“

Sowohl in der 18. als auch in der 19. Legislaturperiode fand sich im Bayerischen Landtag keine Mehrheit, die AfD-Abgeordnete in das Präsidium oder in das Parlamentarische Kontrollgremium wählen wollte. Die AfD-Fraktion kritisiert dies als Einschränkung ihrer parlamentarischen Rechte.

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof sah aber im Zuge einer Klage der Fraktion keine Verletzung ihrer Rechte. Dennoch sieht die AfD in den diesbezüglichen Entscheidungen des Parlaments „Wegmarken des Faschismus“.

Ferdinand Mang, 32. Sitzung, 12.11.2019, S. 3867

„Die Starken werden stärker und die Schwachen schwächer. Dafür steht der ökosozialistische Kurs der CSU.“

Ferdinand Mang, 33. Sitzung, 27.11.2019, S. 3999

„Damit könnte die EU zur Abwechslung einmal tatsächlich ein Friedensprojekt für die gesamte Menschheit gestalten, statt sich als ökosozialistische Planwirtschaft in Gängelei und Verboten zu üben.“

Ferdinand Mang, 60. Sitzung, 12.11.2020, S. 7738

„Das bedeutet, der Unternehmer muss ein Programm entwickeln, das den Geist seines Kunden ausspioniert, um diesen auf eine etwaige Glücksspielsucht zu untersuchen. Welcher mittelständische Unternehmer kann das anbieten? Ist das nicht ein weiterer Schritt in die Gesinnungsdiktatur? Heute braucht man die richtige Gesinnung für das Glücksspiel, morgen vielleicht für den Konsum von Alkohol und übermorgen vielleicht zur

Wahlberechtigung. Eines ist aber sicher: Das alles wird für den Schutz des immer unmündiger werdenden Bürgers getan.“

Ferdinand Mang, 115. Sitzung, 19.5.2022, S. 15890

„Man hat also einmal wieder in planwirtschaftlicher Manier ein Gesetz beschlossen, ohne für die Durchführung des Gesetzes überhaupt vorbereitet gewesen zu sein.“

Ferdinand Mang, 117. Sitzung, 22.6.2022, S. 16211

„Diese Verfolgung Andersdenkender hat mittlerweile solche Züge angenommen, dass die Arbeiter sich nicht mehr trauen, offen ihre Meinung zu sagen, erst recht nicht in den SPD-kontrollierten Gewerkschaften.

(Beifall bei der AfD – Albert Duin (FDP): Jetzt erzählen Sie doch keinen Stuss! – Zurufe von den GRÜNEN)

Solchen totalitären Meinungstotschlägern kehrt der Arbeiter den Rücken. Er soll linke Bonzen finanzieren, damit diese dann die Antifa auf ihn hetzen, weil er eine "falsche" Meinung hat. Tja, liebe SPD, das funktioniert halt nicht. Sie mögen mit Ihrem Medienimperium noch so viele Arbeiter, Angestellte und kleine mittelständische Unternehmer täuschen und Meinungsterror ausüben; aber über die Wirklichkeit werden Sie nicht hinwegtäuschen können.“

Gerd Mannes, 7. Sitzung, 31.1.2019, S. 370

„Sollte Bayern nun gesetzlich die Festlegung verbindlicher Ziele zur Minderung sogenannter Treibhauseffekte und deren Umsetzungsmaßnahmen verabschieden, bedeutet das zunächst einmal eine Durchdringung aller staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche mit Klimaschutzideologie und damit verbunden Überbürokratisierung und Bevormundung der Bürger in allen Lebensbereichen.“

Gerd Mannes, 13. Sitzung, 21.3.2019, S. 1036

„Viele EU-Politiker betreiben Lobbypolitik für marktdominierende Verlage. In diesem Zusammenhang rühren sie fahrlässig einen Zensurbrei zusammen. Macht die EU das Internet kaputt, ohne zu wissen, wie es funktioniert, oder ist es Absicht, mittels Filtern Meinungen in eine Monokultur zu zwingen? Die EU baut Bürokratie aus, statt sich um freiheitliche Rechte der Bürger zu kümmern. Wie weit will Brüssel noch gehen? Will es zögern, einen Schritt weiter zu gehen? Denn wenn die Infrastruktur einmal geschaffen wird, ist der Schritt zur Filterung unliebsamer politischer Meinungen nicht mehr weit. Das ist die EU, wie wir sie kennen, und das ist die EU, wie wir von der AfD sie nicht mehr wollen.“

Gerd Mannes, 54. Sitzung, 23.9.2020, S. 6771

„Wer jedoch versucht, die eigenen Maßnahmen mit immer höheren Strafen durchzusetzen, agiert autoritär und nicht demokratisch. In diesem Fall ruiniert die Staatsregierung auch noch ganz nebenbei die Grundlage unseres Wohlstands, schlimmer noch: Sie instrumentalisiert die Krise, um die Wirtschaft dauerhaft in einen ideologischen Ökosozialismus zu transformieren.“

Wir fordern die Staatsregierung auf: Verlassen Sie den gefährlichen Irrweg des Klimasozialismus! Was wir brauchen, ist eine rationale und ideologiefreie Wirtschaftspolitik. Das sind wir den bayerischen Unternehmen und Arbeitnehmern schuldig.“

Gerd Mannes, 64. Sitzung, 8.12.2020, S. 8396

„Die Deutschen zahlen voraussichtlich einen dreistelligen Milliardenbetrag für einen klimasozialistischen Green Deal, und aktuell haften die Deutschen mit 100 Milliarden Euro für die gemeinsame Schuldenaufnahme in der EU-Corona-Krise.“

Gerd Mannes, 78. Sitzung, 24.3.2021, S. 10056 f.

„Natürlich unterstützt die AfD, dass der Freistaat mehr Geld in Forschung und Hochtechnologie investiert. Der

Einzelplan stellt aber auch erhebliche Mittel für unwirtschaftliche und vermeintlich grüne Technologien zur Verfügung. Warum schließt sich die Staatsregierung der wirtschaftlichen Unvernunft der Ökosozialisten an? Mit dem 10.000-Häuser-Programm sollen Wohnungen mit unwirtschaftlichen Batteriespeichern ausgerüstet werden. Ferner sind für unwirtschaftliche und ökologisch fragwürdige Projekte der Elektromobilität zusätzliche Millionenbeträge vorgesehen. Wir schlagen vor, Positionen für den ideologischen Klimaschutz zu streichen.“

Gerd Mannes, 82. Sitzung, 5.5.2021, S. 10901

„Die Kritiker einer solchen wohlstandsverwahrlosten Klimagesellschaft könnten vom Verfassungsschutz beobachtet oder strafrechtlich belangt werden. Die Kriminalisierung unternehmerischer Tätigkeiten oder individueller Mobilität könnten zukünftig auf der Tagesordnung stehen. Kurz gesagt: Unter dem Vorwand des Klimaschutzes könnten Grund- und Eigentumsrechte eingeschränkt oder abgeschafft werden. Ökosozialistische Umverteilungs- und Enteignungsphantasien wäre Tür und Tor geöffnet. Man könnte auch auf den Gedanken kommen, dass es beim sogenannten Klimaschutz genau darum geht.“

„Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! In Artikel 5 des Grundgesetzes heißt es: "Eine Zensur findet nicht statt." Dieser Grundsatz ist wohl eine der wichtigsten Säulen der Demokratie. Man muss feststellen, dass die Bundesregierung den Artikel 5 faktisch abgeschafft hat. Heute ist die Zensur zurück, und sie ist immer weiter auf dem Vormarsch.

Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz hat die Bundesregierung den Grundstein für eine massive Zensur im Internet gelegt. Besonders skandalös dabei ist, dass die Rechtsprechung im digitalen Raum auf private Digtalkonzerne übertragen worden ist. In der Corona-Krise wurde diese Zensur ausgeweitet. Unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung hat man erklärt, dass Fake News Menschenleben gefährden und gelöscht werden müssen. Diese Zensur wird auf alle Lebensbereiche ausgeweitet und als sogenannte Hass-Sprache deklariert. Wo bleibt die Rechtsstaatlichkeit? – Sie ist längst auf der Strecke geblieben. [...]

Sogenannte Faktenchecker sind heute bereits eine Art "Wahrheitsministerium". Verbohrte Politiker können bald fordern, unliebsame Meinungen unter Strafe zu stellen. Mit einer angeblichen Klimakatastrophe lassen sich neue Sprechverbote rechtfertigen. Diese Entwicklung ist brandgefährlich! Wer an der freien Meinungsäußerung sägt, sägt an den Grundfesten der Demokratie. Wer anderen Menschen Denk- oder Sprechverbote

erteilt, ist kein Demokrat, sondern bestenfalls Freiheitsfeind oder Sozialist, schlimmstenfalls Verfassungsfeind.“

Gerd Mannes, 117. Sitzung, 22.6.2022, S. 16289

„Echte Whistleblower und seriöse Hinweisgeber decken echte Missstände auf und helfen dabei, unser Land besser und sicherer zu machen. Das muss man ganz klar sagen. In Brüssel, Berlin und Bayern will man aber aus meiner Sicht statt couragierter Bürger ein Heer von obrigkeitshörigen Blockwarten züchten, die den totalitären Zeitgeist der Gesellschaft durchsetzen wollen.“

Gerd Mannes, 138. Sitzung, 7.3.2023, S. 19178

„Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die GRÜNEN geben mit ihrem Gesetzentwurf einmal wieder vor, die Welt zu retten. Herr Monatzeder, Sie und die GRÜNEN wollen uns aber die marxistische Planwirtschaft überstülpen! Anders kann man den vorliegenden Gesetzentwurf nicht interpretieren.

(Alexander König (CSU): Das stimmt!)

– Danke, Herr König. – Eine angeblich nachhaltige Auftragsvergabe in der öffentlichen Beschaffung soll dazu beitragen, Menschenrechts- und Umweltstandards

einzuhalten. Jetzt muss ich einmal etwas sagen: Diesen Gesetzentwurf lesen wir ausgerechnet von den größtenwahnsinnigen GRÜNEN!

(Zuruf von den GRÜNEN)“

Ralph Müller, 9. Sitzung, 13.2.2019, S. 534 f.

„Und jetzt wird das Schuleschwänzen bejubelt. Das ist geradezu grotesk. Es stört Sie offenbar nicht, dass Sie immer von gelebter Demokratie sprechen, wenn Kinder mit Billigung der Schule wie einst in der DDR zum Demonstrieren geschickt werden.

(Lachen bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Das kommt eben davon, wenn man bedingungslos einer Kanzlerin folgt,

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

– Ruhe! – (Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der AfD)

die eine große FDJ-Vergangenheit hat. Politische Agitation von Kindern und Jugendlichen gehörte für Angela Kasner, verheiratete Merkel, in ihren jungen Jahren bekanntlich zur Normalität.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ist das schon Fasching?)

Jetzt lassen Sie, verehrte Damen und Herren der Staatsregierung, diese politische Agitation auch in Bayern einreißen. Ich sage Ihnen: Ein Franz Josef Strauß würde Sie für diese groben und verhängnisvollen Verfehlungen vom Hofe jagen.

(Tobias Reiß (CSU): Als Erste würde er Sie vom Hof jagen!)

– Niemals! Aber sicher nicht!

(Ernst Weidenbusch (CSU): Wenn er jemanden vom Hof jagen wollen würde, dann würde er sich da bei Ihnen vorne umschauen! – Heiterkeit bei der CSU)

Wollen Sie den totalen Klimaschutz und die DDR 2.0 nun auch in Bayern als gelebte politische Realität?

(Unruhe bei den GRÜNEN)“

Ralph Müller, 10. Sitzung, 21.2.2019, S. 709 f.

„Diese Waffen- und Tresorkontrollen sind Elemente eines totalitären Staates. Und die passen gut zu Ihrer Stasi- und Schnüffelkanzlerin.“

Ralph Müller, 15. Sitzung, 10.4.2019, S. 1319 ff.

„Der Ungeist der Enteignung schwebt durchs Land. Keine 30 Jahre nach dem Untergang des ersten real

nicht existenzfähigen sozialistischen Staates auf deutschem Boden schickt sich eine neu zusammengescharte Nomenklatura von sozialistischen Gesinnungstätern wieder an, schrittweise Privat- in Volkseigentum zu überführen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN – Zuruf: Das mit den Gesinnungstätern haben wir schon einmal gehabt!)

Ihr Völker der Welt, schaut auf dieses Land.

(Lachen bei den GRÜNEN – Unruhe bei der SPD)

Es beginnt in Berlin, und es beginnt mit der Enteignung von Wohneigentum, und es beginnt mit den Parteien der LINKEN, der GRÜNEN und der SPD. Zwei dieser drei sind auch in diesem Hohen Haus anwesend und zeigen immer weniger Scheu, ihre marxistische Mottenkiste wieder zu öffnen.

(Lachen bei den GRÜNEN – Beifall bei der AfD – Unruhe)“

Ralph Müller, 21. Sitzung, 5.6.2019, S. 2367

„Unser Staat wechselt unter der Herrschaft der rot-grünen Merkel-Bolschewisten zu einem Apparat, der jede Lebensäußerung kontrolliert und besteuert.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wir steuern auf den totalen Kontroll- und Steuerstaat hin.

(Unruhe bei den GRÜNEN) [...]

Der Plan einer CO2-Steuer markiert im vierzehnten Jahr von Merkels Regime den endgültigen Übergang der Bundesrepublik in die sozialistische Planwirtschaft mit arglistig aufrechterhaltener marktwirtschaftlicher Fassade.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist Satire!)

– Das ist die Realität, die Sie hier produzieren. – Die Folgen haben wieder einmal diejenigen zu tragen, für die der ach so edle Sozialismus eigentlich da sein sollte, nämlich der einfache Mann und die einfache Frau, die einer ehrlichen Arbeit nachgehen. – Ich danke Ihnen für die geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)“

Ralph Müller, 33. Sitzung, 27.11.2019, S. 3986

„Herr Kollege Stümpfig, Sie haben jetzt eine große Propagandaschlacht für Ihre schon im Ansatz völlig verfehlte und ideologische Energiewende geführt. Ihre Energiewende ist eine versuchte und – ich sage es bewusst – blutige Energierevolution, die scheitern wird.

Sie bewegen sich damit klar auf den Spuren des Totalitarismus. Sie wollen uns einen gesellschaftlich und energiepolitisch falschen Weg oktroyieren.“

Ralph Müller, 40. Sitzung, 11.2.2020, S. 5004 f.

„Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Söder zu Beginn unserer Legislaturperiode zeigt hingegen keinerlei konkrete Wege aus der Krise am Wohnungsmarkt. Wir von der AfD haben die Alternativen und wirksame Konzepte für die bayerische Politik, damit bezahlbarer Wohnraum für die Bürger Bayerns entsteht. Das sind primär freiheitlich-marktwirtschaftliche Maßnahmen ohne eine sozialistisch verhängnisvolle Planwirtschaft.

(Zurufe von der CSU)

Sozialismus hat im 20. und 21. Jahrhundert immer Unrecht, Bevormundung und oftmals Verelendung über die Menschen gebracht.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der CSU: Genau wie Sie jetzt!)

Der Satz "Freiheit statt Sozialismus" gilt für uns mehr denn je. Deswegen lehnen wir alle Folterinstrumente aus der marxistischen Mottenkiste entschieden ab.

(Unruhe) [...]

Extremer preistreibender Druck auf den Wohnungsmarkt und somit auf die Immobilienpreise kommt verschärfend durch den illegalen Zuzug von zwei Millionen überwiegend Asylbetrügern und Sozialplünderern aus außereuropäischen Ländern seit 2015 hinzu.

(Lebhafter Beifall bei der AfD – Anhaltende Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)“

Ralph Müller, 54. Sitzung, 23.9.2020, S. 6809 ff.

„Nach einer in der Nachkriegsgeschichte einmaligen und maßlos inszenierten Corona-Hysterie ist es an der Zeit, zu den Maßstäben der wissenschaftlichen Redlichkeit und vor allem der Wahrheiten aus mehreren Jahrhunderten Infektionsepidemiologie und Krankheitsgeschichte zurückzukehren. [...]

Ihre Hygienepolitik ist in Wahrheit eine Hygienediktatur und verhindert geradezu die Aufrechterhaltung eines geregelten Präsenzunterrichts. Sie stellt so eben leider sicher, dass gewisse Schüler zurückbleiben müssen. [...]

Wer Maßnahmen der Corona-Hysterie weiter unterstützt, macht sich mitschuldig, sehr verehrte Kollegen von der FDP. Und Sie mischen bei diesen verfassungswidrigen Maßnahmen noch kräftig mit. Für eine sogenannte liberale Partei entlarven Sie sich als erstaunlich

autoritär. Ist so etwas, was wir hier erleben, angemessenerweise wirklich die Aufgabe des Staates? – Bei einem relativ harmlosen Grippevirus niemals! Kein Staat darf solche Maßnahmen unter dem Vorwand einer vermeintlichen Sicherheit und schon gar nicht im Namen der Freiheit seinen Bürgern aufzwingen. Beenden wir diese Hygiene- und Corona-Diktatur sofort! Dafür steht die AfD, Alternative für Deutschland. – Ich danke Ihnen für die geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Zurufe und Lachen)“

Mannes und Müller sehen jegliche Klimaschutzmaßnahmen als Mittel zur Etablierung des Sozialismus in Deutschland an. Diese Absicht werfen sie nicht nur der SPD und den Grünen vor, sondern auch CDU und CSU. Der ehemaligen Bundeskanzlerin Merkel machen sie dabei ihr Aufwachsen in der DDR zum Vorwurf.

Ulrich Singer, 56. Sitzung, 13.10.2020, S. 7057

„Zudem erwarten uns anscheinend bereits morgen im Rahmen des Treffens der Ministerpräsidenten weitere historische Verschärfungen. Eine wichtige Rolle spielen dabei auch die angeblich unabhängige Wissenschaft und vor allem die angeblich freie Wissenschaftskommunikation: Beförderungen im universitären Bereich werden jetzt schon davon abhängig ge-

macht, ob ein Wissenschaftler seine Erkenntnisse politisch korrekt verpacken kann. Statt um Grundlagenforschung

(Zuruf)

geht es heute um eine wissenschaftspolitisch fundierte

(Zuruf)

Manipulation der Massen. Manchmal versuchen Sie noch, die beängstigenden Entwicklungen hin zu einer völlig zweckentfremdeten Wissenschaft vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Doch selbst die Corona-Koalitionäre müssen inzwischen zugeben, dass aufgrund linkstotalitärer Tendenzen an den Universitäten Vorlesungen immer öfter gestört oder gar verhindert werden. Wenn die Lehrmeinung des Dozenten nicht passt, findet auch ein freier Meinungsaustausch mit den Studenten nicht mehr statt. Diejenigen, die mit ihren Gedanken, ihrem Auftreten oder mit ihren Aussagen nicht in das aktuelle allgemein gewünschte Bild passen, sind in ihrer Forschungs- und Lehrfreiheit akut bedroht.

(Zuruf)

Um mundtot gemacht zu werden, reicht es, wenn man nicht politisch korrekt gendert.“

Singer stellt die Existenz der Wissenschaftsfreiheit in Frage und mutmaßt, dass Universitäten Opfer „linkstotalitärer Tendenzen“ seien. Über die Wissenschaft fände eine „Manipulation der Massen“ statt.

Ulrich Singer, 57. Sitzung, 21.10.2020, S. 7368

„Die Anzahl der Tests wurde seit Juni massiv erhöht, um hier eine Plandemie herbeizutesten. Im Grunde haben wir jetzt aber nur deshalb höhere Fallzahlen, weil einfach wesentlich mehr getestet wurde, wobei die Positivrate im Wesentlichen unverändert geblieben ist und bei durchschnittlich unter 1 % liegt.

(Zurufe)“

Mit dem Begriff „Plandemie“ suggeriert Singer, dass die Corona-Pandemie vorsätzlich herbeigeführt, also geplant worden sei. Auch Christoph Maier behauptete, die epidemische Lage sei „herbeigetestet“ worden.²⁸

Ulrich Singer, 65. Sitzung, 9.12.2020, S. 8583

„Hinzu kommt, dass wir eine immer aktiver werdende Masken-Stasi haben durch Bürger, die glauben, sie

²⁸ 49. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 25.2.2021, S. 26.

wüssten es besser als unsere Regierung, unsere Verordnungen und unsere Ärzte, und die meinen, sie müssten eine Maskenpflicht radikal und ausnahmslos durchsetzen, und zwar auch gegenüber Kranken und Behinderten. Inzwischen bleibt es nicht mehr bei einer netten Nachfrage. Nein, es kommt zu verbalen und in manchen Fällen sogar zu tätlichen Übergriffen gegen Menschen mit Erkrankungen und Behinderungen.“

Ulrich Singer, 100. Sitzung, 8.12.2022, S. 13724

„Sie sagen dem Geheimdienst sogar unumwunden, was er zu tun hat. Ministerpräsident Söder hat einen Aufruf gestartet, dass wir zu beobachten seien. Jedes Mittel, jeder Vorwand ist Ihnen recht, Ihre Macht zu erhalten, Ihre Pfründe zu sichern. Es ist Ihnen dabei ganz gleich, inwiefern Sie der Demokratie in unserem Land damit schaden.

Nachdem Sie jetzt schon die zwangsfinanzierten staatlichen Medien samt ihrer milliardenschweren Propaganda-Apparate gegen uns in Stellung gebracht haben, wollen Sie nun auch noch den Inlandsgeheimdienst uneingeschränkt für die Ausnutzung Ihrer politischen Ziele instrumentalisieren. Geschätzte Kollegen, Ihre Macht braucht Kontrolle. Ihre Einflussnahme braucht Grenzen. Die Geschichte hat gezeigt, dass ein Geheimdienst, der von der Regierung instrumentalisiert und

auf eine Ideologie verpflichtet wird, seine Möglichkeiten zum Wohle der Mächtigen oft auch missbrauchen wird.“

Singer behauptet, nicht nur der Verfassungsschutz, sondern auch die öffentlich-rechtlichen Medien unterstützten dem direkten Einfluss des Ministerpräsidenten und würden von diesem missbraucht, um der AfD als Oppositionspartei zu schaden.

Ulrich Singer, 101. Sitzung, 9.12.2021, S. 13790

„Sie versuchen, den Meinungskorridor des Sagbaren in unzulässiger Weise zu beschneiden und einzuengen. Jetzt wollen Sie den Beteiligten eines rein privaten Chats sogar die Deutungshoheit über ihre Nachrichten nehmen, die in der Chatgruppe getätigt wurden. Was Sie betreiben, ist eine mediale und politische Vorverurteilung. Es ist eine Hetzjagd gegen die einzige noch bestehende demokratische Opposition in diesem Land.“

Ralf Stadler, 78. Sitzung, 24.3.2021, S. 10144

„Herr Söder, Sie reden neuerdings von einer neuen Pandemie.“

Präsidentin Ilse Aigner: *Das ist der Herr Kreuzer.*

(Heiterkeit)

Ralf Stadler (AfD): *Ja, ja, lacht ihr nur! – Herr Kreuzer, Ihr Herr Söder redet neuerdings von einer neuen Pandemie. Die eigenen Bürger sperrt er ein, er lässt ihnen nicht die Luft zum Atmen, er ruiniert den Mittelstand, er lässt die Gläubigen am höchsten christlichen Feiertag nicht in die Kirchen, und jetzt, da ihm die Felle davonschwimmen, rudert er wieder zurück. Herr Söder, was Sie und die Regierung hier machen, ist ein Verbrechen am Volk. Das muss mal gesagt werden.“*

Ralf Stadler, 101. Sitzung, 9.12.2021, S. 13799

„Sehr geehrter Herr Staatsminister, wenn jemand wie Sie wie ein Irrer gegen die AfD hetzt,

(Lebhafter Widerspruch)

aber gegen Söders Aufruf zu körperlicher Gewalt nichts unternimmt, dann kann man wirklich schon von Regierungsextremismus sprechen.

(Unruhe)“

Andreas Winhart, 31. Sitzung, 7.11.2019, S. 3781 f.

„Diese Verfassungsschutzabfrage ist eines Rechtsstaats nicht würdig, vor allem nicht angesichts der Tatsache, dass der Innenminister den Verfassungsschutz im letzten Herbst aus politischem Kalkül benutzt hat,

um rechtstreue Bürger unserer Partei mit einer illegalen Überwachung zu schädigen.“

Aussagen im Gutachten des Bundesverfassungsschutzes

Anne Cyron postete in einem Chat:

*„Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie längst verboten — hat Tucholsky auch schon gewusst. Denke, dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr rauskommen werden“.*²⁹

Franz Bergmüller teilte im November 2022 auf Facebook folgenden AfD-Post, in dem suggeriert wird, eine Aussage über russische Geheimdienste wäre eine Aussage über eine deutsche Behörde:

„Bei der Anhörung der Chefs der Nachrichtendienste am 17.10.2022 hat Herr Haldenwang, Präsident des Verfassungsschutzes, erklärt: „. Eine Gefahr besteht auch — ich habe es vorhin schon angesprochen — dass Oppositionellen-Beobachtung sehr viel stärker stattfinden wird. Und dass möglicherweise auch energisches Vorgehen gegen Oppositionelle bis hin zur Tötung vorstellbar erscheint.“ ... energisches Vorgehen

²⁹ Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz, S. 665. Dieser Post war auch in der 101 Sitzung am 9.12.2021 Thema.

gegen Oppositionelle bis hin zur Tötung ... Für wen arbeitet dieser von Merkel berufene Mann? Wie lange geht das so weiter? Wer deckt ihn?“³⁰

Ulrich Singer sprach von einem „*womöglich ideologisch gewollten Gas- und Strommangel.*“³¹

QAnon-Video, das zu einer Landtagsanfrage führte

Ein Video auf dem Telegram-Kanal Ralf Stadlers führte zu einem Strafbefehl in Höhe von 50 Tagessätzen, jedoch nicht gegen Stadler selbst, sondern gegen einen seiner Administratoren auf seinem Kanal. In dem Video wird ein dystopisches Endzeitszenario nach Corona gezeichnet, mit dem denjenigen gedroht wird, die die „Corona-Lüge“ verbreitet haben und das Volk verraten haben. Dabei wird immer wieder auf die QAnon-Verschwörungserzählung Bezug genommen. Der Strafbefehl wurde aber nur auf die Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole im Video gestützt.³²

³⁰ Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz, S. 633.

³¹ Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz, S. 647.

³² Landtags-Drucksache 18/15773; Grafenauer Anzeiger vom 16.11.2021, S. 17.

2. Angriffe auf Parteien und Parlamentarier

Der Angriff auf die demokratischen Parteien läuft nach dem gleichen Muster wie die Lüge vom totalitären Staat, aber auf Parteien bezogen. Die grundsätzliche Erzählung ist, dass es keinen Unterschied zwischen den einzelnen demokratischen Parteien gebe, sie seien nur „pseudodemokratisch“ oder „gesteuert“ und es sei eine „schwarz-rot-grün-gelb-orange Regenbogenfront“. Dabei ist zu betonen, dass auch Parteien als wesentliches Merkmal unserer parlamentarischen Demokratie gelten und somit auch eine grundsätzliche und pauschale Verächtlichmachung von Parteien ein Hinweis auf die Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung darstellen kann.

Häufig verwendet werden die Begriffe „Altparteien“ und „Kartellparteien“, einmal auch „Systemopposition“³³. Es wird von „Parteienoligarchie“ gesprochen, Vergleiche mit der DDR-Diktatur gezogen, indem die AfD vom „Blockparteiensystem“ spricht, von der „sozialistischen Einheitsfront“ oder von „Einheitsmeinungsparteien“. SPD und Grüne werden als „ökosozialistisch“ und als „Volksfeinde“ und die CSU als „Corona-Sozialistische Union“ diffamiert. Ein „Totalitarismus der Etablierten“ führe zu einem „multi-kulturellen Völkereinerlei im Staatenbrei“.

³³ Christoph Maier (AfD), 114. Sitzung, 11.5.2022, S. 15722.

„In München, in Berlin und in Brüssel werden wir uns jeder Parteienoligarchie – und ich sehe Parteienoligarchien – vehement widersetzen, die glaubt, die Meinungshoheit über freie Bürger für sich gepachtet zu haben. Wir lassen uns von keiner Obrigkeit den Mund verbieten,

(Beifall bei der AfD)

und schon von gar keiner Obrigkeit, die mit ihrer zentralistischen Struktur das Ende unserer nationalstaatlichen Souveränität genauso fördert, wie sie die unsägliche Politik der offenen Grenzen unterstützt. Beides anzuklagen, das ist unser Bürgerrecht.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Euch kann nur eure Fraktionschefin den Mund verbieten!)

Dem EU-Zentralismus, den Sie alle mittragen, folgt in perfider Konsequenz der Totalitarismus der Etablierten. Der Totalitarismus ist per definitionem mit dem Anspruch verbunden, einen neuen Menschen gemäß einer bestimmten Ideologie zu formen, nämlich gemäß Ihrer Ideologie von einem multikulturellen Völkereinelei im Staatenbrei.“

³⁴ Böhm war mit anderen beim Patriotentreffen West- und Mitteldeutschland im Erzgebirge im Februar 2023 anwesend. Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz, S. 809.

In seiner Aussage spricht Böhm von einer „Parteienoligarchie“, die es explizit nicht nur in der EU, also in Brüssel, gäbe, sondern auch in Berlin und München. Eine Oligarchie ist die Herrschaft einer kleinen, einflussreichen Elite über die Mehrheit. Die Mehrheit hat keine Möglichkeit, an der Willensbildung teilzunehmen. Er suggeriert damit, dass sich die Parteien in den Parlamenten – die AfD ausnehmend – miteinander gegen die Bevölkerungsmehrheit verschworen hätten.

Er spricht weiter von einer Obrigkeit und einem „Totalitarismus der Etablierten“. Auch hier wird entgegen der Wirklichkeit, in der sich die Parteien in einem Wettstreit miteinander befinden und das Volk mit Mehrheitsentscheidungen über die Politik entscheidet, ein System gezeichnet, in dem die meisten Menschen entmündigt wären. Allein mit der Feststellung, dass er sich nicht den Mund verbieten lasse und dass Kritik an der Politik anderer Parteien sein Bürgerrecht sei, impliziert Böhm, dass er derzeit nicht frei darin sei, diese Kritik zu äußern. Und dies, obwohl er seine Rede in einer öffentlichen Parlamentssitzung gehalten hatte.

Schlussendlich folgert Böhm, dass sich aus dem von ihm wahrgenommen Totalitarismus zwingend ein Bevölkerungsaustausch ergeben müsse und bedient sich dabei gängigen rechten Verschwörungstheorien und setzt die Existenz von homogenen Völkern voraus. Würde man wirklich von einer „Parteienoligarchie“ in Deutschland ausgehen, könnte man sich zum Widerstand gegen das bestehende System berechtigt fühlen.

Auch der Begriff „Kartellparteien“ wurde von Martin Böhm, sowie Katrin Ebner-Steiner und Ingo Hahn verwendet.³⁵

Anne Cyron, 31. Sitzung, 7.11.2019, S. 3792 f.

„Die Spielmethode "Original Play" – welcher Euphemismus, ich würde es eher als straffreie Pädophilie bezeichnen – haben insbesondere die evangelische und die katholische Kirche in ihr pädagogisches Konzept in den Kitas übernommen. Sie haben damit einen Spielplatz für Pädophile an geschützten Orten, wo Eltern ihre Kinder wohlbehütet glauben, geschaffen. Die Kirchen haben aus ihren jahrzehntelangen Missbrauchsskandalen und Verfehlungen gegen Schutzbefohlene nichts gelernt; denn insbesondere in den Kitas in evangelischer Trägerschaft wurden Kurse für "Original Play" angeboten.

Für einen kleinen Obolus werden die Kinder diesen Grapschern zur Verfügung gestellt. Nicht überraschend ist dabei die Anmeldung überdurchschnittlich vieler Männer in diesen Gruppen, ist doch hinreichend bekannt, dass Pädophilie ein männliches Problem ist.

Nicht überraschend ist auch die Tatsache, dass vor allem in den links-grün dominierten Regionen Deutschlands wieder einmal versucht wird, sich unter dem

³⁵ Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz, S. 569 f.

Schlagwort "Bildung ist bunt" an den Kleinsten, an den Wehrlosesten zu vergehen.

Und waren es denn nicht die GRÜNEN, die bereits in ihrer Frühphase die straffe Pädophilie forderten, von der sie sich bis heute nicht glaubhaft distanziert haben?

Nun scheint der große Basar von Cohn-Bendit, der bereitwillig seine Hose für pädophile Spiele mit kleinen Kindern öffnete, wiedereröffnet, dieses Mal nicht in Form des Gender-Irrsinns und der damit verbundenen Frühsexualisierung, sondern in Form von "Original Play" in Kitas und Kindergärten vor allem in der Trägerschaft der evangelischen und der katholischen Kirche.

Dabei dachte man, dass der Gender-Wahnsinn eigentlich nicht mehr zu toppen sei. Aber weit gefehlt. Der Traum der GRÜNEN aus der Frühphase der Partei scheint sich nun endlich zu erfüllen. Straffreie Pädophilie und Zugriffe auf Kinder werden unter dem Schutz des Staates möglich.“

Cyron versucht, die Partei Bündnis 90 / Die Grünen in Verbindung mit Pädophilie zu bringen, um sie zu diskreditieren. Das pädagogische Konzept des „Original Play“ geriet Ende 2019 in den Fokus der Öffentlichkeit, nachdem es in Berlin und Hamburg Missbrauchsvorwürfe gegeben hatte. Mehrere Facheinrichtungen und Landesregierungen kritisierten

die Methode, weil sie zu Grenzüberschreitungen bei Kindergartenkindern führe. Nach entsprechenden Presseberichten wurde das „Original Play“ durch die zuständigen Behörden stark eingeschränkt. Anders als von Cyron suggeriert war es nicht in kirchlichen Kindergärten weit verbreitet und wurde auch nie von Bündnis 90 / Die Grünen befürwortet.

Anne Cyron, 78. Sitzung, 24.3.2021, S. 10188

„Ideologisierte parteinahe Stiftungen sollen doch bitte von den Parteien, aber nicht von den Steuerzahlern finanziert werden; denn abgesehen von der politischen Indoktrination erfüllen sie keinen Zweck, was die politische Bildung betrifft. Ein Mehrwert ist nicht erkennbar.“

Indoktrination bedeutet eine Form der erzwungenen Wissensvermittlung, die keinen Widerspruch duldet und wie sie bspw. im Nationalsozialismus angewandt worden ist, um das herrschende Weltbild zu vermitteln. Cyron behauptet, dass parteinahe Stiftungen keine politische Bildung betreiben würden, sondern stattdessen politische Indoktrination. Sie rückt damit Stiftungen, die demokratische Werte vermitteln, in die Nähe autoritärer Methoden.

Katrin Ebner-Steiner, 89. Sitzung, 21.7.2021, S. 12070 f.

„Kaum hatten die Nachrichten über das Ausmaß der Katastrophe die Öffentlichkeit erreicht, wurden sie aus den Reihen der Altparteien bereits lautstark als Vehikel für ihre Klimapolitik benutzt. [...]

Wer Umwelt- und Klimaschutz ernst nimmt, muss diese naturwissenschaftlichen Tatsachen zur Kenntnis nehmen. Die ganze Welt schüttelt den Kopf über Deutschland. Unter der Führung der geistig vergrünerten Altparteien beschädigt Deutschland seine eigene Spitzenindustrie.“

Katrin Ebner-Steiner, 91. Sitzung, 1.9.2021, S. 12427 f.

„Die Wähler in Bayern durchschauen aber dieses Spiel des Blockparteiensystems und lassen sich nicht für dumm verkaufen. Die Bürger wissen, dass Aiwanger nur dafür da ist, die oppositionellen Stimmen im Blockparteiensystem zu halten.“

In diesem Zitat suggeriert Ebner-Steiner nicht nur, dass sich die anderen Parteien zusammengetan hätten, sondern dass diese auch in einem Maße koordiniert zusammenarbeiten, das ausreicht, um gezielt einzelne Personen der Öffentlichkeit zu präsentieren, um ihre Wählerschaft zu manipulieren.

Katrin Ebner-Steiner, 94. Sitzung, 19.10.2021, S. 12840 f.

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie wollen Sie den Bürgerinnen und Bürgern erklären, dass sich in den letzten Jahrzehnten der Herrschaft der Altparteien Parallelgesellschaften und Paralleljustiz herausgebildet haben? Das ist nämlich die größte Bedrohung für die Selbstbestimmung der Frauen und Mädchen, die Sie mit Ihren Anträgen eigentlich schützen wollen.“

Katrin Ebner-Steiner, 107. Sitzung, 10.3.2022, S. 14670

„Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie, die schwarz-rot-grün-gelb-orange Regenbogenfront der Einheitsmeinungsparteien Deutschlands sind nicht nur mit Ihrem Latein, sondern auch mit Ihrem Bairisch am Ende.“

Katrin Ebner-Steiner, 108. Sitzung, 15.3.2022, S. 14796 f.

„Vollzeitjob, Nebenjob, und das Geld reicht trotzdem vorne und hinten nicht – das ist das schaurige Ergebnis des jahrelangen politischen Versagens der Kartellparteien.

(Beifall bei der AfD) [...]

Es ist daher schlicht und ergreifend maßlos heuchlerisch, wenn gerade Sie aus der ökosozialistischen Ecke

der SPD und der GRÜNEN über überteuerten Wohnraum klagen. Die Wahrheit ist: Ihre Politik hat maßgeblich zu genau dieser katastrophalen Lage geführt.“

Katrin Ebner-Steiner, 124. Sitzung, 12.10.2022, S. 17184

„Die CSU hat zusammen mit der CDU und den restlichen Einheitsmeinungsparteien den Weg zur sicheren, billigen und umweltfreundlichen Energie für Deutschland verbaut, die wir in dieser existenzgefährdenden Krise so dringend bräuchten; denn sie waren es, die den Atomausstieg und die Zerstörung der deutschen Kernenergiebranche beschlossen haben.“

Katrin Ebner-Steiner, 149. Sitzung, 4.7.2023, S. 21279

„Das Symptom der Politik der Einheitsmeinungsparteien ist, dass sie über jedes selbstverschuldete Problem ein beschönigendes, wohlklingendes Wort kleben, nur um die eigentlichen Tatsachen zu verschleiern. So wurde aus Sonderschulden das Wort "Sondervermögen", aus verfassungswidrigen Grundrechtseinschränkungen und Zwangsmaßnahmen wurde "Gesundheitsschutz", die Zerstörung unseres industriellen Fundaments nennt sich "Klimaschutz", und die Masseninvasion in die Sozialsysteme heißt "Fachkräftezuwanderung".“

Uli Henkel, 82. Sitzung, 5.5.2021, S. 10881

„Folgerichtig hatte unsere AfD auf Bundesebene bereits im vergangenen Jahr einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Lobbyregisters in den Deutschen Bundestag eingebracht, auch wenn dieser dort natürlich, wie üblich, von den Vertretern der pseudodemokratischen Fraktionen abgelehnt worden ist, nur um dann vor ein paar Wochen eiligst einen eigenen, inhaltlich gleichgelagerten Gesetzentwurf durchzuwinken.“

Christoph Maier, 12. Sitzung, 13.3.2019, S. 911

„Sie [Anmerkung: gemeint ist Tobias Gotthardt (Freie Wähler)] haben die Sudetendeutschen verraten!“

Christoph Maier, 14. Sitzung, 2.4.2019, S. 1161

„Wenn es nach dem Willen der AfD-Fraktion ginge, würden wir gerade und ausnahmslos alle Damen und Herren Abgeordnete in die anstehende Überprüfung mit einbeziehen. Wir kennen Wiesheu, Wissmann, Krause, Wallner, Friedman, Leisler Kiep, Sehling³⁶, Schmid – alle Union. Wir kennen Hartz, Tauss, Edathy und Förster – alle SPD. Wir kennen Ströbele, Fischer, Wüppesahl – allesamt GRÜNE. Wir kennen die RAF-

³⁶ Im Protokoll als „Seeling“ bezeichnet, es ist aber wohl Sehling gemeint.

Unterstützer, Putzgruppenspontis und Kinderfreunde mit ihren Spezln und Konsorten, die nach wie vor hier in der politischen und medialen Klasse ihren Rückhalt genießen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD: Unverschämtheit!)

Denen sage ich gerade ins Gesicht: Wie der Herr so's Gscherr!

(Zuruf von der SPD: Schämen Sie sich!)"

Christoph Maier, 30. Sitzung, 23.10.2019, S. 3560

„Der Bundesvorsitzende der Partei der GRÜNEN Robert Habeck behauptet, es gebe kein Volk. Ich sage, dass seine Worte blanker Unsinn sind. Selbstverständlich gibt es ein Volk, und ja, daran gibt es auch einen Verrat.“

Christoph Maier, 34. Sitzung, 5.12.2019, S. 4206 f.

„Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde trägt heute den Titel "Verfassung achten und schützen: Integrationspolitik nach Recht und Gesetz". Das Thema kommt ausgerechnet von der GRÜNEN-Partei. Was für ein Hohn! Ihr Vorsitzender Robert Habeck ist der Meinung, dass es kein Volk gibt, obwohl das Grundgesetz, unsere Verfassung, dieses Wort 51-

mal verwendet. Claudia Roth stellt sich hinter ein Transparent mit der Aufschrift "Nie wieder Deutschland". Den RAF-Sympathisanten Joschka Fischer feiern die GRÜNEN bis heute als ihr großes Idol. Frau Schulze nahm gemeinsam mit der linksextremen MLPD, der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands, an einer Demonstration teil, auf der gefordert wurde: Feuer und Flamme den Abschiebebehörden. Sie wünschen den bayerischen Behörden, die Recht und Gesetz vollziehen, Feuer und Flamme. Diese Leute wollen uns heute über Recht und Gesetz und unsere Verfassung belehren. Sie sind eine Schande für den Bayerischen Landtag!

(Beifall bei der AfD)

Diese Verfassung zu achten und zu schützen ist nicht das Programm der GRÜNEN-Partei. Diese Verfassung zu achten und zu schützen ist das Programm der Alternative für Deutschland.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Ja, genau!)

Artikel 16a Absatz 1 und Absatz 2 unseres Grundgesetzes besagen: Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. Hierauf kann sich nicht berufen, wer aus einem sicheren Drittstaat einreist. Diese Vorschrift ist eindeutig und unmissverständlich, und jeder Jurist versteht das auf Anhieb. Nur einige im Land, die ihre links-grüne Ideologie umsetzen wollen, wollen diesen Satz bewusst

missverstehen. Die Praxis in diesem Land ist eine ganz andere.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir, und nur wir, als AfD fordern, dass die Politik der offenen Grenzen unverzüglich beendet wird.

(Beifall bei der AfD)

Nur die AfD fordert eine Absage an die Phantasien eines Robert Habeck, die nichts anderes sind als verfassungsfeindlich und antideutsch. Nur wir fordern sichere Grenzen. Sichere Grenzen bedeuten sichere Zukunft. Dies steht im Einklang mit der Verfassung. Ihre Agenda tut dies nicht.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier, 136. Sitzung, 15.2.2023, S. 18813 f.

„Das Abschiebehaftvollzugsgesetz verhöhnt den Rechtsstaat, da es abgeschlossene Entscheidungen der Ausländerbehörden noch einmal mit allen Möglichkeiten untergraben möchte und nicht die rasche und unkomplizierte Abschiebung fördert, sondern die ausreisepflichtigen Ausländer, die in diesem Gesetzentwurf nicht als Häftlinge, sondern noch als Untergebrachte bezeichnet werden, mit zahlreichen Privilegien beglücken möchte. Genau diese Politik der links-grünen Volksfeinde führt dazu,

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bitte! – Zuruf von den GRÜNEN: Nazi-Vokabular!)

dass das Vertrauen in die staatlichen Institutionen immer mehr abnimmt. Links grüne Politiker beschädigen genau mit solchen Forderungen jegliche Integrationsanstrengungen, da am Ende ja sowieso niemand abgeschoben wird. Das muss sich ändern, sehr geehrte Damen und Herren.“[...]

Präsidentin Ilse Aigner: „Herr Abgeordneter Maier, ich bitte, bei der Wortwahl solche Begriffe wie Volksfeinde zu vermeiden, wenn es geht.“

(Christoph Maier (AfD): Ich probiere es! – Gülseren Demirel (GRÜNE): Wenn es geht? Das geht überhaupt nicht!

Gerd Mannes, 146. Sitzung, 23.5.2023, S. 20711

„Laut dem Verfassungsschutz verstößt die AfD gegen das Demokratieprinzip, weil Formulierungen wie "Kartellparteien" verwendet würden. Also, dass Sie hier alle bei der Blockade unseres Kandidaten heute – vielleicht ich – für das Kontrollgremium hier zusammenarbeiten, das ist auf jeden Fall Fakt. Das können Sie nicht leugnen. Diese interfraktionelle Zusammenarbeit ist ohne

jeden Zweifel ein Nachteil für die AfD. Derartige Vorgänge bezeichnet man in der deutschen Sprache per Definition als Kartell.

(Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Also nennen wir Sie Kartellparteien!“

Ulrich Singer, 58. Sitzung, 28.10.2020, S. 7515

„Sie von der sozialistischen Einheitsfront, von GRÜN bis hin zur CSU,

(Zurufe)

also der Corona-Sozialistischen Union, haben unseren Dringlichkeitsantrag gerade aus ideologischen Gründen und aus Verbohrtheit abgelehnt. Damit haben Sie eine wirkliche Gelegenheit vertan, dem ganzen Volk und damit auch unseren Künstlern einen echten Dienst zu erweisen und sich ganz klar gegen weitere Lockdowns zu positionieren – Lockdowns, die mit unverantwortbaren wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen, aber auch kulturellen Folgen für den Freistaat Bayern verbunden wären.“

Ulrich Singer, 84. Sitzung, 8.6.2021, S. 11235

„Geschätzte Kollegen, warum wird die einzige in Bayern noch verbliebene demokratische Alternative hier

wieder einmal übergangen? Auch die DDR hat sich einmal demokratisch genannt; trotzdem wurden dort alle Parteien zu einer Einheitspartei verschmolzen. Auch hier im Landtag gäbe es keinen erkennbaren Unterschied mehr zwischen den Parteien, wenn nicht dort drüben die Alternative für Deutschland säße.“

Ralf Stadler, 13. Sitzung, 21.3.2019, S. 1073

„Bitte stimmen Sie dem Antrag zu, wenn Sie wenigstens ein bisschen glaubhaft bei den Wählern überkommen wollen; denn was im Landtag den Bürgern mittlerweile vorgegaukelt wird, grenzt schon an Volksverdummung.“

Ralf Stadler, 84. Sitzung, 8.6.2021, S. 11217 f.

„Korruption zieht sich in Bayern durch alle Institutionen; man kann hier schon fast von staatlicher organisierter Kriminalität sprechen. Überall, wo es etwas zu holen gibt, sind die schwarzen Schafe vorn dabei, egal ob bei Maskendeals, Schnelltestabrechnungen oder Gemeinschaftsunterkünften für Migranten. [...]

Wenn wir diesen Saustall nicht endlich ausmisten, dann geht das Vertrauen der Bürger in die Politik endgültig verloren.“

Ralf Stadler, 136. Sitzung, 15.2.2023, S. 18915

„Sehr geehrter Herr Adelt, wer in einer Partei ist, die nicht einmal den Bürgerwillen umsetzt – ich sage nur: Berlin –, und wieder gegen die AfD hetzt, kann über den Antrag überhaupt nicht abstimmen. Sie haben überhaupt keinen Durchblick; das muss man ganz klar sagen.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie hetzen gegen uns. Was soll denn das? Sind Sie ein Parlamentarier, oder was? Sie sind doch gesteuert. Das kann doch nicht mehr sein! Wir stellen einen anständigen Antrag, und Sie schießen da rum. Das ist doch nicht mehr normal!

(Widerspruch bei der SPD)“

Andreas Winhart, 76. Sitzung, 16.3.2021, S. 9869

„Ich wollte dem linksradikalen Kollegen die Chance geben, noch ein paar Worte zu sprechen.“

3. Angriffe auf die Zivilgesellschaft

Vereine und Institutionen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, werden von den AfD-Abgeordneten als „Linksextreme“, „linker Sumpf“, „rote Front“ bezeichnet. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) sei eine „Vorfeldorganisation altkommunistischer Kräfte“, „a.i.d.a München“ und „Allgäu rechtsaußen“ vergleicht Maier mit der Stasi. Der Antifa wirft er „Volksverrat“ vor und dass es „nur verkappte Kommunisten und Bolschewiken“ seien. Die AfD bezeichnet sie sogar als „terroristische Antifa“, als „linksfaschistische Zöglinge“ und als „linksextreme Straßenschlägerbanden“. Vereine, die für Zusammenhalt und Toleranz sind, gelten der AfD als „Multikulti-Lobbyisten“.

Christoph Maier, 30. Sitzung, 23.10.2019, S. 3561

„Die DDR hatte die Stasi. Heute gibt es die Antifa, und der parlamentarische Arm der Antifa sitzt bei den GRÜNEN auch hier im Bayerischen Landtag. Schnüffeln, bespitzeln, einschüchtern – das erledigt nicht mehr Erich Mielke. Das machen nun Vereine wie "a.i.d.a München" oder "Allgäu rechtsaußen". Selbst Politiker in diesem Hohen Haus machen vor solchen Methoden nicht halt. Linksextremisten stehen schon in den Startlöchern, das Informationsfreiheitsgesetz für ihren ge-

waltbereiten sogenannten Antifaschismus zu instrumentalisieren, der nichts anderes ist als Meinungsterror gegen die bürgerliche Gesellschaft. [...]

Werte Kollegen, in einer solchen Lage halten wir als AfD-Fraktion es für unverantwortlich, den Bürger dieser Gefahr auszusetzen. Ich betone: Erst wenn der Datenschutz ausreichend gesichert ist, können wir den kriminellen Blicken der Antifa oder anderer Organisationen in diesem Land, die sich den Meinungsterror auf die Fahnen geschrieben haben, entgegentreten und können wir einem solchen Gesetzentwurf mit gutem Gewissen zustimmen.“

Christoph Maier, 36. Sitzung, 11.12.2019, S. 4561 f.

„Diese Organisation ist nichts anderes als eine Vorfelddorganisation altkommunistischer Kräfte, die die freiheitliche demokratische Grundordnung in unserem Land bekämpfen wollen. [...]

Vereine wie diese VVN-BdA erledigen nämlich die politische Drecksarbeit für Sie. Sie schicken Linksextreme vor, um den politischen Gegner und die bürgerliche Gesellschaft auch mit Gewalt zu bekämpfen. Dazu gehören auch Sie.

(Anhaltende Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie bespitzeln und denunzieren und vernetzen mit linksextremen Kräften. Das ist die eigentliche Aufgabe Ihrer Vorfeldorganisation. Die GRÜNEN stehen seit ihrer Gründung tief im linken Sumpf, mit diesem Antrag heute noch etwas tiefer.

Unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ist aber nicht singulär antifaschistisch, wie Sie es ständig behaupten, sondern immer antiextremistisch per se.

Der Antrag ist ein Förderprogramm für Linksextremismus – nicht mit den bürgerlichen Kräften, nicht mit der AfD! Der "roten Front" in Bayern keinen Fußbreit!

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo!)

Christoph Maier, 60. Sitzung, 12.11.2020, S. 7727

„Sie bezeichnen sich mehrfach als "Antifaschistin". Jeder weiß, was darunter zu verstehen ist: Antifaschisten sind nur verkappte Kommunisten und Bolschewiken.

(Lachen)

Wir wissen auch, dass die Antifa in den Vereinigten Staaten als Terrororganisation aufgeführt wird. Dennoch behaupten Sie hier, eine Antifaschistin zu sein. Wir wissen auch, dass Sie mehrmals auf Demonstrationen mit Marxisten und Leninisten gesehen wurden.

(Zuruf)

Meine Frage: Vermissen Sie sich nicht im Verfassungsschutzbericht, wo Sie doch einer der größten Verfassungsfeinde in Bayern sind?

(Beifall bei der AfD – Zuruf: Jawohl!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: *Frau Abgeordnete Schulze, Sie haben das Wort.*

Katharina Schulze (GRÜNE): *Ich erwarte, dass jede Demokratin und jeder Demokrat Antifaschistin und Antifaschist ist.*

(Lachen)

Denn gegen Faschismus zu sein, bedeutet im Umkehrschluss, Antifaschistin zu sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sollten wir in diesem Land mit seiner schrecklichen Geschichte alle zusammen sein. Es gilt die Brandmauer hochzureißen gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, gegen all die Menschen, die unsere Demokratie kaputtmachen wollen. Dafür stehe ich ein, und dafür stehen die Demokratinnen und Demokraten in diesem Land. Nur Sie stehen nicht dafür ein. Aber was erwarte ich denn? – Nichts von Ihnen als Partei!

(Beifall bei den GRÜNEN)“

„Die Alternative für Deutschland und alternative Medien haben schon vor Jahren aufgedeckt, wohin diese unglaublichen Summen in Wahrheit fließen. Das Geld kommt nicht etwa den Opfern von politischer Gewalt zugute, wie hier suggeriert wird, sondern es fließt primär in Förderprogramme von Multikulti-Lobbyisten, an die islamistischen DITIB-Moscheen und vor allem an linksextreme³⁷ Strukturen wie die terroristische Antifa. [...]

Sie fordern nun in dreister Weise in Ihrem Antrag auch noch, diese linksradikalen Organisationen finanziell zu unterstützen, sehr geehrte Damen und Herren. Sie verschweigen allerdings Folgendes: Es gibt auch einen Rassismus gegen Deutsche, gegen die deutsche Bevölkerung.

(Zuruf: Ja, von der AfD! – Weitere Zurufe)

In Lindau beleidigte eine Afrikanerin einen Nachbarn und einen Vermieter mit den Worten "Ihr scheiß Weiße". Diese Tat – ich habe das bei der Staatsregierung nachgefragt, und sie hat mir dankenswerterweise geantwortet – wurde dann als "politisch motivierte Straftat rechts" eingeordnet. Auf solche Statistiken

³⁷ In der 57. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 17.6.2021, S. 27 deutete Maier wohl an, dass er die Grünen und eventuell sogar die CSU als Linksextreme sieht.

wollen Sie Ihre Forderung nach mehr Kampf gegen Rechts stützen? Das ist selbstverständlich nicht seriös.

Sie benutzen das Geld im Kampf gegen Rechts hauptsächlich zur Bekämpfung der Alternative für Deutschland, einer unliebsamen Oppositionspartei, und Sie benutzen das Geld, um Ihre Antifa-Vorfeldorganisation und Ihre Multikulti-Ideologie zu fördern. – Aber nicht mit uns, nicht mit der Alternative für Deutschland! Es gibt kein Recht auf Volksverrat. Wir lehnen Ihre Anträge ab“

Christoph Maier, 114. Sitzung, 11.5.2022, S. 15733

„Wenn man sich die Mehrheiten im Parlament und in der Bundesregierung so ansieht, dann muss man wirklich befürchten, dass ein Beliehener jeder sein kann, der es gut mit Menschen meint und Gelder gut verteilen kann. Insofern sehe ich größte Gefahren, dass gewisse Organisationen von heute auf morgen als Beliehene auftauchen, die zum Beispiel ganz bestimmte Interessen vertreten, die zum Beispiel der Flüchtlingsindustrie nützen, die sich in besonderem Maße Humanität auf die Fahnen geschrieben haben und sich in dem Moment selber die Taschen vollstopfen können.“

Ferdinand Mang, 33. Sitzung, 27.11.2019, S. 4102 f.

„So haben die Finanzämter in den letzten Tagen und Wochen linksextremistisch dominierten Vereinen die Gemeinnützigkeit entzogen. Dieser kalte Entzug schmeckt den GRÜNEN freilich nicht, die nur Krokodilstränen für ihre linksfaschistischen Zöglinge vergießen. [...]

Der Dringlichkeitsantrag der SPD bedient natürlich, wie der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, die linksextreme Klientel. Sie wollen die Beförderung der politischen Willensbildung fördern, soweit diese überparteilich im Sinne des Grundgesetzes erfolgt. Das ist eine Finte. Dafür findet sich eben keine Stütze. Die Folge wird einfach sein, dass linksextreme Straßenschlägerbanden weiter finanziell unterstützt werden. Das ist die Wahrheit.“

Zitat Ralf Stadlers, das im Landtag erwähnt worden ist

Auf einer Corona-Demo in Passau hat Ralf Stadler in Bezug auf die Gegendemo ins Mikro gesagt, dass der SPD-Oberbürgermeister Jürgen Dupper seine "SA-Truppen" schicke.³⁸

³⁸ Erwähnung des Zitats in der 103. Sitzung, 2.2.2022, S. 13999.

4. Angriffe auf unabhängige Medien

Standardmäßig werden von Seiten der AfD-Abgeordneten³⁹ die freie Presse und der öffentlich-rechtliche Rundfunk als unfrei gebrandmarkt und mit verschiedenen Schlagworten diffamiert. Die Öffentlich-Rechtlichen seien ein „politisch-medialer Komplex“, der für die „größten Finanziere und Nutznießer“, die „staatlichen Eliten“, als „Oberlehrer der Nation“ auftrete. Es sei ein „Staatsfunk“, der „brutal-radikal den Zuschauer belehrende und manipulierende Sendungen zur Primetime“ ausstrahle. Es herrsche „sozialistischer Paternalismus“, es sei ein „Zwangsbeglückungssystem“ mit „links-grün-lastigen Belehr- und Erziehformaten“. Es herrsche „Zensur“ oder „Unterdrückung“. Er betreibe „Volkserziehung“, um „einen Regimewechsel hin zu Grün-Rot-Rot“ herbeizuführen. Ein AfD-Abgeordneter stellte einen Vergleich zur „Stimme der DDR“ an.

Doch nicht nur der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird von der AfD diffamiert, sondern auch andere Publikationen, wie beispielsweise die Süddeutsche Zeitung. Sofern ein Medium eine der AfD unangenehme Meinung oder Berichterstattung veröffentlicht, gilt sie als vom politischen Gegner gelenkt.

³⁹ Der Abgeordnete Josef Seidl behauptete auf Facebook, die „Maulhuren des GEZ-ZDF“ würden Kinder für sexualisierte Gewalt durch Flüchtlinge gefügig machen. Die extreme Rechte in Ostbayern. Ideologien, Strukturen, Aktivitäten, Straubing 2020, S. 45.

Katrin Ebner-Steiner, 5. Sitzung, 11.12.2018, S. 149 ff.

„Die Krise der Expertenkultur, die durch Selbstorganisation der Bürger im Internet ausgelöst wurde, macht vor allem den öffentlich-rechtlichen Medien und damit deren größten Finanziers und Nutznießern zu schaffen, das heißt Ihnen, den staatlichen Eliten. Der politisch-mediale Komplex ist es ja gewohnt, als Oberlehrer der Nation aufzutreten. Nun muss er immer häufiger erleben, dass man die Welt nicht mehr in seinem linken Spiegel sieht, sondern lieber auf andere Informationsquellen zurückgreift. Und schon ertönt der neue Warnruf, unsere Gesellschaft steuere auf ein postfaktisches Zeitalter des Populismus zu.“

Katrin Ebner-Steiner, 91. Sitzung, 1.9.2021, S. 12427 f.

„Stattdessen aber sehen Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, die 18. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, die nichts anderes ist als eine Werbesendung für Markus Söder mit freundlicher Unterstützung des bayerischen Staatsfunks.

(Beifall bei der AfD)“

Die öffentlich-rechtlichen Sender sind bewusst über Rundfunkbeiträge statt über Steuermittel finanziert, damit sie gerade nicht politischer Willkür ausgesetzt sind.

Ingo Hahn, 121. Sitzung, 20.7.2022, S. 16768

„Jeder Bürger weiß doch ganz genau, was er oder sie zu denken hat, wenn er eine Nachrichtensendung oder eine Dokumentation oder selbst einen Krimi in den Öffentlich-Rechtlichen anschaut. Belehrung und Bevormundung finden rund um die Uhr statt.“

Ingo Hahn, 141. Sitzung, 29.3.2023, S. 19754

„Seit Beginn der Verabreichung der experimentellen Impfstoffe gegen SARS-CoV-2 häufen sich Berichte über schwerwiegende unmittelbare Impfreaktionen, aber ebenso über teils schwere Folgeerkrankungen. [...]

Denn Sie haben durch staatliche Zwangsmaßnahmen und Medienbeeinflussung den gesellschaftlichen Druck aufgebaut, dem leider viele nicht standhalten konnten.“

Uli Henkel, 6. Sitzung, 23.1.2019, S. 232 f.

„Alle Bürger werden gezwungen, diesen regierungsnahen, 8 Milliarden Euro teuren öffentlich-rechtlichen Moloch zu finanzieren, nur um Abend für Abend zu hören, warum Migration gut ist, deren Kritiker aber allesamt böse Rechte sind, dass Orbán, Putin und Trump schlecht sind, und neuerdings auch noch, was denn die GRÜNEN zu all dem zu sagen haben. Wobei leider

aber auch konservativen Parteien eines offenbar mehr als nur recht ist: Ich spreche von der oft zügellosen Dif-famierung des politischen Mitbewerbers, hier meist in Gestalt der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Es scheint ein ungeschriebenes Gesetz im Öffentlich-Rechtlichen zu sein, dass jedwede Kritik, vor allem am Migrationspakt oder an ähnlichen Ungeheuerlichkeiten, unverzüglich von feinsinnigen Journalisten, von intellektuellen Kommentatoren, von staatstragenden Anchormen scharf zurückgewiesen wird, indem diese quasi gleichgesetzt wird mit Extremismus.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Zum Staatsvertrag, Herr Kollege!) [...]

Und ob eine Institution wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk angesichts seiner Liaison mit den Regierenden insoweit überhaupt wahrhaftig demokratiefördernd agieren kann, das wage ich zu bezweifeln.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Kennen Sie den Staatsvertrag?) [...]

Der mit Zwangsabgaben finanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk kommt diesen Vorgaben aus Sicht der AfD leider in keiner Weise nach. Er informiert einseitig und parteiisch, und er macht Politik, anstatt über Politik wertfrei und offen zu informieren.

(Zurufe von den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Kennen Sie den Staatsvertrag, um den es heute geht, Herr Kollege?)“

Uli Henkel, 16. Sitzung, 8.5.2019, S. 1420

„Als später Vater sehe ich ganz unmittelbar, wie weit die politische Reife meist wirklich gediehen ist, vor allem auch angesichts der unbestreitbaren Tatsache, dass diese Altersgruppe weder Zeitungen liest – so zweifelhaft die Qualität von deren Berichterstattung auch sein mag –, noch Fernsehen schaut und somit all ihre politischen Informationen entweder aus dubiosen Internetkanälen und -videos bezieht

(Lachen bei den GRÜNEN und der FDP – Katharina Schulze (GRÜNE): Die schauen den AfD-Kanal, oder wie?)

oder eben doch das gutheißt, was sie zu Hause oder, problematischer noch, in zweifelhaften und viel zu oft links indoktrinierten Jugendtreffs zu hören bekommt.

(Beifall bei der AfD – Eva Lettenbauer (GRÜNE): Und Erwachsene machen das nicht?)“

„Sehr verehrtes Präsidium, geschätzte Kollegen! Nachdem das Bundesverfassungsgericht endlich die Befreiung von Nebenwohnungen aus dem Rundfunkbeitragsystem angemahnt hat, schickt sich die Staatsregierung nun also an, zumindest diesen Auswuchs des an sich schon ungerechten Systems der Zwangsbeiträge zu beenden. Wobei: Gern und mit ganzem Herzen tut man es wohl doch nicht; sonst hätte man sichergestellt, dass betroffene Bürger ohne zusätzlichen Antrag von dieser verfassungswidrigen Abzocke befreit werden. [...]

In Zeiten, in denen öffentlich-rechtliche Medien sich immer weniger von der privaten Konkurrenz unterscheiden, viel zu oft der Bildungsauftrag zugunsten plumper Unterhaltung in den Hintergrund tritt oder, schlimmer noch, brutal-radikal den Zuschauer belehrende und manipulierende Sendungen zur Primetime ausgestrahlt werden – mit der katastrophalen Folge, dass häufig genug weniger als 25 % aller Zwangsbeitragszahler diese Leistung überhaupt in Anspruch nehmen –, ist es dem Bürger wahrlich schwer zu vermitteln, warum er diese Form staatlicher Zwangsbeglückung weiter erdulden soll.

(Beifall bei der AfD)

Sozialistischer Paternalismus ist der AfD gänzlich fremd, weshalb jegliche Berechtigung für eine solche pauschale Beitragserhebung entfallen müsste, glauben wir doch an den mündigen Bürger und befürworten daher mittelfristig die Abschaffung des Zwangsbeitragssystems.“

Uli Henkel, 51. Sitzung, 7.7.2020, S. 6309 ff.

„Man muss sich schon die Frage stellen, ob es grundsätzlich angemessen und vertretbar ist, dem Bürger jetzt noch höhere Zwangsgebühren abzupressen, wo doch gerade erst die Bundesagentur im Vergleich zum Vorjahr über 600.000 zusätzliche Arbeitslose gemeldet hat und wir in absehbarer Zeit wohl auch noch die Millionenmarke knacken werden. [...]

18,36 Euro soll ab dem 1. Januar 2021 – wie heißt sie politisch korrekt so schön: – die "Demokratieabgabe" betragen, um das unglaublich aufgeblähte Zwangsbeglückungssystem zu alimentieren, das viel zu oft nur aus plumper Unterhaltung, viel zu teuren Sportübertragungen, ergänzt um links-grün-lastige Belehr- und Erziehformate, besteht.

Insoweit verwundert es auch nicht, dass knapp die Hälfte aller Gebührenzahler die Leistungen, für die sie zwangsweise zur Kasse gebeten werden, kaum oder überhaupt nicht mehr in Anspruch nehmen. Die Schamlosigkeit des Zwangssystems konnte man erst

kürzlich wieder bei der Vergabe des Deutschen Fernsehpreises verfolgen. Frei nach dem Motto: "Wenn schon immer weniger Bürger unsere Arbeit zu schätzen wissen, dann klatschen wir uns eben selbst ordentlich Beifall", schusterte man sich dort einen Preis nach dem anderen für die eigene exzellente Berichterstattung zu. Ein Schelm, wer sich bei dieser Praxis an einen anderen deutschen Staat erinnert fühlt, in welchem die "Stimme der DDR" regelmäßig für ihr ausgewogenes und niveauvolles Programm ausgezeichnet wurde! [...]

Kein mündiger Bürger braucht einen solchen, auf Volkserziehung getrimmten, nimmersatten öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der vor allem auch die jungen Zuschauer, und damit unsere Zukunft, überhaupt nicht mehr erreicht und obendrein ganz unverhohlen für einen Regimewechsel hin zu Grün-Rot-Rot die Werbetrommel rührt.“

Erneut werden hier von Henkel Vergleiche mit der DDR und dem Sozialismus herangezogen, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und andere Parteien zu diskreditieren. Es wird dabei suggeriert, dass es den Sendeanstalten nur darum ginge, an mehr Geld zu kommen und dass niemand sie mehr anschauen wolle. Hier spielt auch die rechtsextreme Erzählung, dass der Wille der Bevölkerungsmehrheit ignoriert werde, eine große Rolle.

„Ich fordere für die weit über 40 % der Bürger, die das öffentlich-rechtliche Zwangsgebührensysteem ablehnen und dennoch – bis hin zur Beugehaft – alle drei Monate zur Kasse gebeten werden, eine 40-prozentige Quote im Rundfunkrat.

(Beifall bei der AfD) [...]

Die bestehenden Sollvorschriften sind hier mehr als ausreichend; denn wir wollen, dass jede Stelle mit dem kompetentesten verfügbaren Kandidaten, egal ob männlich oder weiblich, besetzt wird

(Unruhe bei den GRÜNEN)

und nicht – nach alter Sozialisten Art und Brauch – entlang völlig sachfremder Kriterien wie dem des Geschlechts. [...]

Geschätzte Kollegen, es gibt wirklich viel, ja sehr viel bei den Öffentlich-Rechtlichen wieder ins Lot zu bringen. Ich nenne beispielsweise die längst überfällige Ausbalancierung der dramatischen politisch-ideologischen – linksgrünen – Schlagseite; aber an der Korrektur dieses Ungleichgewichts haben die Antragsteller als deren wesentliche Nutznießer natürlich kein gesteigertes Interesse. Ein temporäres Ungleichgewicht bei der Geschlechterverteilung innerhalb des Rundfunkrats und des Medienrats bedarf indes sicherlich keiner legislativen Intervention.“

Uli Henkel, 127. Sitzung, 23.11.2022, S. 17624

„Sogar die klar verfassungswidrige Ausgrenzung der AfD in den politischen Sendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, hier des BR, die ich statistisch ausgewertet und gerichtsverwertbar beweisen kann,

(Der Redner hält eine Statistik in Form eines Balkendiagramms hoch)

muss doch eigentlich anständigen Politikern auch der anderen Parteien gegen den Strich gehen, könnten sie ja schon bald selbst drankommen, wenn der hochnotpeinliche ampelnahe Staatsfunk weiterhin ungebremst die grün-rote Agenda herunterpredigen darf.“

Uli Henkel, 151. Sitzung, 19.7.2023, S. 21700

„Dass der Öffentlich-Rechtliche uns umzuerziehen sucht, dass er belehrt, sich dabei selbst aber an Ausgrenzung und Stigmatisierung beteiligt, dass er gegen den Willen einer ganz überwiegenden Mehrheit seiner Nutzer gendert, all das habe ich hier im Plenum schon unzählige Male und im Detail erläutert.

Nur die Bevölkerung kann hier durch Widerstand in Form entschlossener Zurückhaltung bei der Entrichtung der Zwangsbeiträge für die notwendigen und radikalen Änderungen sorgen; denn von innen heraus schafft es dieser Öffentlich-Rechtliche nie und nimmer mehr, geht es doch um viel zu viel Geld und auch die

Option der momentan noch Herrschenden, den mit Zwangsgebühren künstlich am Leben erhaltenen öffentlich-rechtlichen Rundfunk irgendwie doch für die eigene Agenda missbrauchen zu können.“

Christoph Maier, 115. Sitzung, 19.5.2022, S. 15964

„Weder in der gesellschaftlichen Debatte noch im Parlament werden wir es zulassen, dass uns das Parteienkartell und die Systemmedien mit Diskursverboten belegen.“

Ferdinand Mang, 11. Sitzung, 26.2.2019, S. 740 f.

„Das Stichwort lautet Framing. Von der Effizienz dieser Methode ist die ARD so überzeugt, dass sie sich für schlappe 120.000 Euro eine Gebrauchsanweisung hat anfertigen lassen. Framing zählt nicht ohne Grund zu den effektivsten Methoden der Manipulation. Das Perfide an dieser Methode ist, dass das Opfer den Angriff auf seinen Willen nicht bemerkt.

(Lachen bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Das zeigt – das möchte ich auch der Kollegin von der SPD, Frau Fehlner, sagen –, dass die Gefahr nicht gebannt ist, sondern durchaus ernst zu nehmen ist.

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Das aktuelle Gutachten zeigt die weitere Marschrichtung der ARD. Andersdenkende werden wortwörtlich als "Gegner" eingestuft, die Kritiken als "orchestrierte Angriffe", die nicht mit puren Fakten, sondern mit moralischen Frames zu bekämpfen sind. Nun, da stellt sich doch die Frage, ob denn eine solche Programmgestaltung vom gesetzlichen Auftrag gedeckt ist. [...]

Ich glaube nicht, dass die Gesellschaft das demokratische Bedürfnis hat, sich unbewusst die Moralvorstellungen der üppig bezahlten Programmdirektoren in den Verstand einpflanzen zu lassen. Doch diese Gehirnwäsche wird mit dem Slogan "Kontrollierte Demokratie statt jeder, wie er will" legitimiert. Auch soll die Moral die Fakten überwiegen.

Ferdinand Mang, 85. Sitzung, 16.6.2021, S. 11347

„Es ist immer dieselbe Heuchelei, mit der Sie, unterstützt von den manipulativen Medien, Ihren geblendeten Wählern Ihre volksfeindliche Politik schmackhaft zu machen versuchen. In Wirklichkeit aber eröffnen Sie den Medienkonzernen die Möglichkeit, nun auch die Jüngsten in der Bevölkerung mit der Spielsucht zu infizieren und diese bis in den Ruin auszupressen. [...]

Die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD und natürlich die FDP haben schon im federführenden Ausschuss Zustimmung signalisiert. Und die GRÜNEN? – Die GRÜNEN, denen das Wohl unserer Jugend ja angeblich so

ganz besonders am Herzen liegt – Pustekuchen! –, werden sich feige enthalten; denn ganz so verscherzen möchte man es sich mit den Medienkonzernen halt doch nicht, gell?

Daran kann jeder einmal wieder erkennen, welche Partei sich tatsächlich von keiner Lobbygruppe etwas vorschreiben lässt und dafür bereit ist, all die Hetze und Lügen zu ertragen, die ständig von dem Altparteienkartell und den Mainstreammedien über uns verbreitet werden. Es ist die AfD. Wir sind die einzige Partei, die diesen übermächtigen Konzernen aufrecht die Stirn bietet.“

Ferdinand Mang, 108. Sitzung, 15.3.2022, S. 14803

„Sie führen auf Ihrer Verbotsliste auch Finanzanlagen von Staaten, die Angriffskriege führen. Da heute aufgrund der einseitigen, manipulativen, GEZ-zwangsfianzierten Berichterstattung und der herrschenden Zensur regierungskritischer Medien nicht jedermann im Bilde ist, wer denn alles so auf der Welt Angriffskriege führt, helfen wir gerne nach.“

Ferdinand Mang, 117. Sitzung, 22.6.2022, S. 16242

„Sie können deshalb auch solche Anträge mit heuchlerischer Begründung durch den Landtag schicken, weil

die Medien das Altparteienkartell konsequent schützen und uns, die AfD, die einzige patriotische Kraft, unterdrücken und totschweigen. Kämen die GEZ-zwangsgebührenfinanzierten Medien ihrem Rundfunkstaatsvertrag tatsächlich nach und erführen die Bürger tatsächlich, was Sie hier teilweise treiben, dann sähe die Parteienlandschaft ganz anders aus. Ich nenne nur einmal Frankreich als jüngstes Beispiel.“

Ferdinand Mang, 137. Sitzung, 2.3.2023, S. 19110

„Wir von der AfD kennen dieses Trommelfeuer aus Hetze, Verhöhnung und Verleumdungen sehr gut. Wir kennen die Manipulationstechniken der Medien mittlerweile genau. Wer sich dem links-grünen Zeitgeist widersetzt, den bekämpfen die selbsternannten Demokraten gnadenlos mit undemokratischsten Mitteln.

(Beifall bei der AfD)“

Mang stellt klar, dass seiner Meinung nach durch die Medien eine falsche Realität wiedergegeben werde, durch die die Bürger*innen betrogen würden.

Gerd Mannes, 121. Sitzung, 20.7.2022, S. 16775

„In Bezug auf die Öffentlich-Rechtlichen sprechen Sie immer von Demokratie. Ich lese Ihnen einmal schnell eine Statistik vor. 2022 gab es seit der Bundestagswahl

58 Talkshowauftritte der CDU/CSU, 58 der SPD, 45 der GRÜNEN, 35 der FDP, 18 der Linken und 0 der AfD. Halten Sie das wirklich für demokratisch, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk hier macht? Das ist doch eigentlich nichts anderes als Zensur. Wir werden regelrecht wegzensuriert. Da können Sie von den anderen Parteien nicht über Demokratie sprechen. Das ist doch schlicht falsch. Das ist eben keine Demokratie.“

Gerd Mannes, 139. Sitzung, 22.3.2023, S. 19312

„Wir stellen uns auch gegen die zunehmende Zensur im Netz. Frau Ministerin, Sie haben das Zensurgesetz, das Netzwerkdurchsetzungsgesetz – ein schwieriges Wort, kurz: NetzDG – unterstützt. Damit haben Sie auch die Auslagerung von richterlichen Aufgaben auf private Digitalkonzerne mitgetragen. Als Telegram während der Corona-Krise zunehmend zur Plattform für regierungskritische Inhalte wurde, haben Sie die Regulierung dieses Messenger-Dienstes gefordert. Heute wissen wir, dass die massive Kritik, die in den Telegram-Gruppen geübt wurde, teilweise zutreffend war. Auch Sie haben als Digitalisierungsministerin die Verschärfung des EU-Verhaltenskodex mit der sogenannten Desinformation unterstützt. Sie haben sich der grundgesetzwidrigen Zensur des Internets angeschlossen. Das ist meine und auch unsere Meinung. Natürlich haben Sie das alles öffentlichkeitswirksam und mit schönen Worten gemacht.“

Aber Sie alle hier im Plenum sollten sich eines merken: Freie Meinungsäußerung ist keine Hasssprache. Es ging Ihnen damals im Wesentlichen nicht um die Bekämpfung von Hass, sondern um das Ersticken regierungskritischer Meinungen. Erinnern wir uns daran, wie auf digitalen Plattformen wie YouTube usw. während der Corona-Krise jeder Beitrag über mögliche Impfnebenwirkungen gnadenlos gelöscht wurde. Heute wissen wir doch: Die Warnungen waren berechtigt.“

Ralph Müller, 39. Sitzung, 6.2.2020, S. 4951 f.

„Mit Unterstützung von steuerlich voll versorgten Nichtregierungsorganisationen ohne Volkes Legitimation und dem redaktionellen Eifer der öffentlich-rechtlichen Faktenverdreher wird jetzt auf allen Ebenen gegen die bewährte Richtgeschwindigkeit von 130 Stundenkilometern auf Autobahnen gekämpft. Diese massive Propaganda hatte zuletzt sogar den ehemaligen Anwalt der freien Autofahrer, den ADAC, deutlich vom Kurs abgebracht. [...]

Die AfD tritt einer Meinungsdictatur entschieden entgegen. Lassen Sie weiterhin die freien Bürger entscheiden, wo und wann sie unserer bewährten Richtgeschwindigkeit von 130 Stundenkilometern auf unseren Autobahnen folgen wollen. Folgen Sie nicht den grün-roten Klima-Bolschewisten!“

Aus einer öffentlichen Debatte zur Geschwindigkeitsbegrenzung macht Müller eine „Meinungsdiktatur“. Er vermutet eine orchestrierte Kampagne von öffentlich finanzierten Organisationen. Eine Umsetzung der Forderung der Geschwindigkeitsbegrenzung wäre laut Müller „Klima-Bolschewismus“.

In der Realität wurde die Debatte jedoch sehr kontrovers geführt, Befürworter*innen wie Gegner*innen kamen zu Wort und letztendlich fand sich im Bundestag keine Mehrheit für die Begrenzung.

Ralf Stadler, 83. Sitzung, 20.5.2021, S. 11081 f.

„Politisch nicht korrekte Inhalte werden bestraft, nicht nur medial, sondern auch beruflich und sozial. Die Verbannung vom Stammtisch ist noch das harmloseste Mittel, um jemanden für seine Meinung abzustrafen. [...]

Die sogenannte Cancel Culture, die Streich- oder Abbruchkultur bedeutet und als Aufruf zur Ächtung oder Boykottierung von Menschen dient, die sich vermeintlich politisch nicht korrekt verhalten, die diskriminierende Aussagen getroffen oder Handlungen ausgeführt haben sollen, ist ebenfalls gängige Praxis. Man soll abgeschreckt werden und aus Angst vor Repressalien lieber schweigen. Diese Intoleranz führt zur Selbstzensur und wirkt wie eine Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Im Ergebnis führt sie dazu, dass eine offene Debatte nicht mehr stattfindet.

Vor allem in den öffentlich-rechtlichen Medien ist von einem Sieg der Gesinnung über die rationale Urteilsfähigkeit zu sprechen. Das Mittel des Weglassens unbequemer Meinungen und Fakten ist zum Prinzip des journalistischen Handelns der Leitmedien geworden. Der "SPIEGEL", das Sturmgeschütz der Demokratie, wie er einst genannt wurde, fällt nur noch durch friendly fire auf und beschädigt so die liberale Demokratie in ihrem Kern.

Wenn wir weiterhin eine offene, kritische Gesellschaft wollen, in der auch unbequeme Meinungen Platz haben, sollten wir schleunigst gegensteuern und das Recht, ungestraft seine Meinung zu sagen, schützen. Es darf doch nicht sein, dass Medien oder die Regierung bestimmen, in welchem Korridor sich Meinungen bewegen dürfen, etwa indem jeder, der nicht die richtige Sprache spricht, gleich verdächtigt wird, ein Rassist oder Sexist oder Nazi zu sein.“

„Warum will man einer übergroßen Mehrheit der Bevölkerung gegen ihren Willen, gegen alle Vernunft und gegen die Wissenschaft Gendersprache aufzwingen? – Die Antwort ist klar: Wer die Sprache kontrolliert, kontrolliert auch das Denken. Sprache ist Macht, und wer keine Macht hat, hat sprichwörtlich auch nichts zu sagen. So sieht es bei uns aus. Die Machtmechanismen, geschätzte Damen und Herren, sind immer dieselben. Wer nicht mitmacht, wird bestraft. Das beginnt schon bei den Noten in Schule und Universität. Besonders in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten versuchen Sie inbrünstig, diese Sprache der Unterwerfung in unseren Köpfen zu installieren.“

5. Nationalismus und Geschichtsrevisionismus

Während die AfD häufig an das Unrechtsregime der DDR erinnert und dieses für sie den Maßstab zur vermeintlichen Abgrenzung gegenüber anderen Parteien bildet, werden die Verbrechen des NS-Regimes kaum erwähnt oder sogar relativiert. Es ist in den Reden ein chauvinistischer Nationalismus zu finden. Ein ganz offenes, direktes Bekenntnis zum Nationalsozialismus findet sich in den Reden nicht.

Richard Graupner, 49. Sitzung, 17.6.2020, S. 5974

„Was den SED-Betonkommunisten der Faschismus war, ist der real existierenden bundesdeutschen Linken ihr Rassismus. Sie braucht die Ideologie des Antirassismus und der Antidiskriminierung für die Sicherung ihrer Daseinsberechtigung wie der Fisch das Wasser zum Leben.“

Graupner relativiert die Notwendigkeit, sich gegen Rassismus und Diskriminierung einzusetzen und stellt dies als eine Art Selbstzweck der „Linken“ dar.

Fabian Mehring (Freie Wähler): „Wer am Wochenende die erste Strophe des Deutschlandliedes singt und dann glaubt, werktags im Bayerischen Landtag den Demokratinnen und Demokraten erklären zu können, wie es um die Integrität bayerischer Landespolitik steht, der ist mehr als falsch gewickelt.“ [...]

Christoph Maier (AfD): „Jeden Angriff gegen uns wegen Singen des Deutschlandliedes empfinden echte Patrioten als Ehrenbezeugung.“

(Zurufe von der CSU, den GRÜNEN und der SPD: Oh! – Unruhe – Volkmar Halbleib (SPD): Pfui, pfui! Das ist rechtsradikales Gedankengut! Da zeigen Sie, wes Geistes Kind Sie sind!)“

Die erste Strophe des Deutschlandliedes, die Maier gesungen hatte, ist Ausdruck von Nationalismus und Revisionismus. Die Überhöhung Deutschlands mag zwar in der Entstehungszeit auch als Wunsch nach nationaler Einheit verstanden worden sein, in den Folgejahrzehnten wandelte sich die Bedeutung jedoch eindeutig zu nationalistischem Chauvinismus. Insbesondere durch die Verwendung der ersten Strophe während der Zeit des NS-Regimes bekam sie diese Aufladung. Auch die geographische Abgrenzung Deutschlands anhand der Gewässer Maas, Memel, Etsch und Belt deutet auf den Wunsch einer Revision der Nachkriegsgrenzen hin. Der Kommentar von Maier, wonach Kritik

am Singen der ersten Strophe für „echte Patrioten“ eine Ehrenbezeugung sei, bestärkt die Vermutung, dass es sich beim Singen um ein nationalistisches und revisionistisches Bekenntnis gehandelt hatte.

Christoph Maier, 65. Sitzung, 9.12.2020, S. 8576 f.

„Ich möchte mir gar nicht vorstellen, was angesichts der Ereignisse in den Dreißigerjahren in der Sowjetunion – ich habe darauf hingewiesen – passiert wäre, wenn Deutschland damals den Kommunisten in die Hände gefallen wäre.“

Toni Schubert (Grüne): *„Ich möchte nachfragen, ob ich das wirklich richtig gehört habe. Ich hoffe, ich habe mich ver-
hört. Sie sagten, Sie wollten gar nicht wissen, was passiert wäre, wenn Deutschland in den Dreißigerjahren den Kommunisten in die Hände gefallen wäre. Sie wissen, wem Deutschland in die Hände gefallen ist, nämlich dem Nationalsozialismus. Wobei die Wörter "in die Hände gefallen" eine falsche Beschreibung sind. Sie malen sich aus, dass es schlimmer gewesen wäre, wenn Deutschland den Kommunisten in die Hände gefallen wäre. Ist das Ihr Ernst, oder habe ich mich verhört?“*

Christoph Maier (AfD): *„Es ist nicht angebracht, hier historische Betrachtungen anzustellen. Ich habe darauf hingewiesen, dass die Kommunisten in den Dreißigerjahren mit Holodomor und großem Terror in der Sowjetunion sehr großes Unrecht angerichtet haben.*

Ich habe auch zu Recht darauf hingewiesen, dass es damals nicht im Sinne der demokratischen Parteien der Weimarer Republik war, dass die Kommunisten die Macht über Deutschland bekommen. Daran halte ich hier auch fest. Ich wüsste nicht, was ich bei Ihnen an historischer Aufklärungsarbeit leisten müsste. Sie sind selber Historiker. Sie wissen ganz genau, worum es geht. Sie kennen das Unrecht, das der Kommunismus über die Welt gebracht hat. Wenn Sie heute argumentieren, dass dies kein Unrecht ist, dann sind Sie einfach nur ein unbelehrbarer Kommunist.

(Beifall bei der AfD)“

Maier zeigte sich erleichtert, dass in den 30er Jahren die Nationalsozialisten und nicht die Kommunisten gewonnen haben. Er begründete dies, als er zur Rede gestellt worden ist, zwar mit den Verbrechen der Kommunist*innen, die Verbrechen der Nationalsozialist*innen erkannte er hier aber trotz direkter Nachfrage mit keinem Wort an.

Christoph Maier, 84. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 14.7.2022, S. 29, 34 f.

Mit dem Ukraine-Sonderprogramm sollten alle Menschen dieser Welt nach Deutschland geholt werden. Mit der Bescheinigung einer scheinuniversitären Aus-

bildung werde diesen Menschen ein aufenthaltsrechtlicher Sonderstatus gegeben, ohne dass sie nachweisen müssten, ob sie überhaupt studieren könnten.

Die Einführung eines englischen Zweitnamens für Universitäten lehne er, Maier, ab. Die deutsche Sprache sei ein Teil des deutschen Kulturgutes und auch Bestandteil der Wissenschaften, wie etwa der Sprachwissenschaften oder der Germanistik. Deutschland habe einen gesellschaftlichen Rückfall und auch einen Rückfall in den Hochschulleistungen erlitten. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts habe es mehr deutsche Nobelpreisträger gegeben als in der zweiten Hälfte.

Auch die Gendersprache im Gesetz werde abgelehnt. Das Hochschulinnovationsgesetz sei so nicht anwendbar. Die AfD habe entsprechende Änderungsanträge gestellt. Wenn Deutschland noch einmal zu alter Kraft und Stärke zurückfinden werde, würden diese Anträge auch in Gesetzesform gegossen. [...]

Abg. Toni Schubert (GRÜNE) hält die Aussage von Abg. Maier, in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts habe es mehr deutsche Nobelpreisträger gegeben als in der zweiten Hälfte, für falsch. Zwar habe es in Literaturwissenschaften und Chemie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mehr Nobelpreisträger gegeben, nämlich in der Chemie 18 in der ersten Hälfte gegenüber 11 in der zweiten Hälfte. Allerdings

habe es in der Chemie im 21. Jahrhundert bereits 4 Nobelpreise für Deutsche gegeben, und dies sei mehr als der Durchschnitt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In Physik habe es in der zweiten Hälfte mehr deutsche Nobelpreisträger als in der ersten Hälfte gegeben. Gleiches gelte für die Nobelpreise in Medizin. Dort habe es in der zweiten Hälfte 20 Nobelpreise für Deutschland gegeben, während es in der ersten Hälfte nur 11 gewesen seien.

Außerdem möchte Abg. Schuberl wissen, welche Epoche Abg. Maier mit seiner Äußerung "wenn Deutschland wieder zu alter Macht und Stärke zurückkehre" gemeint habe.

Maier antwortete auf die Frage, welche Epoche mit dem Begriff „alte Macht und Stärke“ gemeint sei, nicht. Auch dies wäre eine Gelegenheit gewesen, sich auf republikanische Traditionen in der deutschen Geschichte zu berufen und sich von Nationalismus und Diktatur zu distanzieren. In seinem Vortrag betont Maier, dass er die deutsche Sprache für eng verknüpft mit deutschen Tugenden hält und dass die hiesige Wissenschaft nur Deutsch erfolgreich sein könne.

Andreas Winhart, 53. Sitzung, 9.7.2020, S. 6657

„Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte Deutschland eine willkürliche Grenzziehung der Besatzer nach kolonialem Vorbild. [...]

Hier treffen sich die Schicksale von Deutschen und Polen; denn die Verlegung des gesamten polnischen Staatsgebietes von Ost nach West um Hunderte Kilometer ging auf Kosten der deutschen Ostgebiete. [...]

Es geht um eine Anerkennung des Leides der Heimatvertriebenen, der Verbrechen anderer Völker an Deutschen durch die deutsche Politik – wie es jede andere Nation auch tut. Zwischen 12 und 14 Millionen Vertriebene und 2 Millionen während der Vertreibung ermordete Deutsche nach Ende des Zweiten Weltkrieges sprechen ihre klare Sprache. [...]

erst seit der Regierungszeit von Herbert Frahm, besser bekannt unter seinem kommunistischen Kampfnamen Willy Brandt, der Spruch "Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!" seine Gültigkeit bekommen und bis heute behalten.“

Winhart sprach davon, dass in Bezug auf die verlorenen Ostgebiete und auf Kanzler Willy Brandt der Spruch „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ „seine Gültigkeit bekommen habe. Auch dies ist ein Hinweis darauf, dass die Ostverträge unter Brandt und damit die Anerkennung der Ostgrenze Deutschlands für ihn einen Verrat darstelle.

Er behauptet wahrheitswidrig, das Leid der Heimatvertriebenen und das Verbrechen der Vertreibung werde in Deutschland nicht anerkannt.

Zitate Ralf Stadlers, die im Landtag erwähnt worden sind

In einem Facebook-Post schrieb Ralf Stadler:

„Deutschland verändert sich drastisch und die seit über 70 Jahren mit Schuldkomplexen manipulierte Bevölkerung weiß sich nicht zu helfen.“⁴⁰

Zu einem Mahnmalprojekt zum größten Naziverbrechen Niederbayerns im Dorf Nammering, schrieb Ralf Stadler:

„Man muss die Vergangenheit auch mal ruhen lassen können. Nicht jeder Vorfall in der Geschichte bedarf eines Mahnmals.“⁴¹

Stadler spricht von einer „mit Schuldkomplexen manipulierten Bevölkerung“, die sich deshalb gegen die Veränderung nicht zu helfen wisse. Das ist Teil der Lüge vom Bevölkerungsaustausch. Die Erinnerungskultur sei demnach ein bewusst eingesetztes Werkzeug, damit die Deutschen nicht fähig seien, sich gegen die „Umvolkung“ zu wehren.

Dementsprechend bezeichnete Stadler das größte Naziverbrechen Niederbayerns, bei dem ca. 794 KZ-Häftlinge ermordet worden sind, als einen Vorfall, der keines Mahnmals bedürfe. Man solle seiner Meinung nach die Vergangenheit ruhen lassen.

⁴⁰ Das Zitat wird erwähnt in der 28. Sitzung, 10.10.2019, S. 3300.

⁴¹ Das Zitat wird erwähnt in der 103. Sitzung, 2.2.2022, S. 13999.

Nicht ruhen lassen wollte er die Vergangenheit jedoch bezüglich der Wehrmachtssoldaten, die bei einem Flugzeugabsturz im Bayerischen Wald verunglückt sind. Hier setzte er sich erfolglos für die Errichtung eines Denkmals ein.⁴²

⁴² Ein Facebook-Betrag schlägt hohe Wellen, Passauer Neue Presse vom 6.7.2019; Gedenksäule eines AfD-Politikers für Wehrmachtsoldaten?, Passauer Neue Presse vom 23.11.2021.

6. Verletzung der Würde des Landtags

Die Abgeordneten der AfD und die ehemaligen Abgeordneten der AfD erhielten zusammen 23 der insgesamt 26 Rügen⁴³ der 18. Legislaturperiode.

Singer bezeichnete eine Abgeordnete der Grünen in der Debatte zum Schwangerschaftsabbruch als „Kindsmörder“. Müller bezeichnete Kanzlerin Merkel als „Stasi- und Schnüffelfkanzlerin“. Mang sprach bezüglich Landtagsentscheidungen von den „Wegmarken des Faschismus“. Stadler warf einem Freie Wähler-Abgeordneten fälschlicherweise vor, mit dem Spruch „In Treue fest“ einen SS-Spruch verwendet zu haben. Stadler forderte eine Abgeordnete auf, ihren „Schnabel“ zu halten. Löw trat mit einer Gasmaske ans Rednerpult und nahm sie trotz Aufforderung nicht herunter. Bergmüller, Böhm, Klingen, Löw, Magerl, Mannes, Schiffers, Stadler und Winhart erhielten alle eine Rüge für das Anbringen von Plakaten an den Plexiglasscheiben an ihren Sitzplätzen und der Weigerung, diese abzunehmen. Winhart sprach von einer „Söder-Stasi“. Stadler sagte zum Innenminister, er würde „wie ein Irrer“ gegen die AfD hetzen. Maier bezeichnete die Sitzungsleitung als „unfähig, un-

⁴³ Drei Rügen gingen an Mitglieder anderer Fraktionen: Katharina Schulze (Grüne) erhielt eine Rüge, weil sie die Thüringer AfD-Fraktion als „Neonazis“ und als „faschistische Partei“ bezeichnet hatte. Florian von Brunn (SPD) hatte gesagt: "Die Vorgänger der CSU waren die Steigbügelhalter von Adolf Hitler." Gisela Sengl (Grüne) sagte in Hinblick auf Hubert Aiwanger (FW), er habe nur „Stroh im Hirn“.

passend und parteiisch“. Der fraktionslose frühere AfD-Abgeordnete Swoboda erhielt an einem Tag zwei Rügen, da er erst einmal von „Lügendemokraten“ gesprochen und dann einen Abgeordneten „Hetzer“ genannt hatte. Swoboda erhielt auch eine Rüge für den Begriff „Ökofaschisten“. Und in der letzten Sitzung störte Stadler eine Rede und hielt dabei ein Schild hoch.

Ulrich Singer, 7. Sitzung, 31.1.2019, S. 428

Eva Lettenbauer (Grüne): *Wir müssen die Selbstbestimmung der Frau umsetzen und sicherstellen. Deshalb ganz deutlich: Weg mit dem § 219a! Her mit Information!*

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der AfD –
Ulrich Singer (AfD): *(Beitrag nicht autorisiert) Kindsmörder! – Unruhe – Glocke des Präsidenten) [...] (Martin Hagen (FDP): Ordnungsruf! – Johannes Becher (GRÜNE): Das war eine Beleidigung! – Zuruf von der CSU: Eine absolute Frechheit! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das geht wirklich nicht! – Zuruf von der FDP: Es wurde "Kindsmörder" gerufen!)-*

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: *Ich möchte diese Bemerkung auf das Schärfste rügen. In diesem Plenum haben solche Ausdrücke keinen Platz. (Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zuruf von der CSU: Ordnungsgeld!) Herr Abgeordneter Singer, ich fordere Sie auf, solche Bemerkungen*

in Zukunft zu unterlassen, sonst wird das erhebliche Konsequenzen für Sie haben. Ich werde hier streng durchgreifen. (Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)“

Ralph Müller, 10. Sitzung, 21.2.2019, S. 710

„Diese Waffen- und Tresorkontrollen sind Elemente eines totalitären Staates. Und die passen gut zu Ihrer Stasi- und Schnüffelkanzlerin.

(Unruhe und Widerspruch)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)“ [...]

Präsidentin Ilse Aigner, 11. Sitzung, 26.2.2019, S. 727:
„Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der vergangenen Plenarsitzung am 21. Februar 2019 kam es [...] zu einer verbalen Entgleisung des Abgeordneten Dr. Ralph Müller. Er sagte in diesem Zusammenhang wörtlich: Diese Waffen- und Tresorkontrollen sind Elemente eines totalitären Staates. Und die passen gut zu Ihrer Stasi- und Schnüffelkanzlerin.

Meine Damen und Herren, eine derartige Äußerung gegenüber der Frau Bundeskanzlerin ist wahrheitswidrig, ehrverletzend, beleidigend und dem Ansehen unseres Hohen Hauses nicht zuträglich.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ich kritisiere diese Äußerung des Abgeordneten Dr. Ralph Müller auf das Schärfste und rüge diese Ihnen gegenüber, Herr Dr. Müller, ausdrücklich.

Eine umgehende Rüge in der vergangenen Plenarsitzung war der damaligen Sitzungsleitung nicht möglich, da sich diese aufgrund der anhaltenden Unruhe im Plenarsaal erst nachträglich einen Überblick über den genauen Wortlaut der getätigten Äußerungen anhand des vorläufigen Sitzungsprotokolls sowie des Videobeitrags verschaffen musste.

Wir haben die Angelegenheit heute im Präsidium besprochen und sind der einhelligen Auffassung, dass die Äußerung des Abgeordneten Dr. Ralph Müller nachträglich gerügt werden kann und auch muss. Ein derartiger Ton kann und darf in einer sachlichen Debattenkultur, wie wir sie hier in unserem Hohen Hause pflegen, keinen Einzug halten.

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)“

Ferdinand Mang, 12. Sitzung, 13.3.2019, S. 810, 815 f.

„Und noch etwas: Wer der Opposition den gesetzlich vorgesehenen Zugang zu Institutionen verweigert und damit der parlamentarischen Kontrollrechte beraubt, setzt die Axt an die Grundfesten der Demokratie.

(Beifall bei der AfD)

Ich warne Sie: Das sind die Wegmarken des Faschismus!

(Beifall bei der AfD – Lachen und Unruhe bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Da redet der Richtige!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: *Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, diesen Begriff zurückzuziehen.*

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Volkmar Halbleib (SPD): Peinlicher geht es nicht mehr! – Unruhe) [...]

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: *Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Ich hatte Sie vorhin aufgefordert, sich von einem Begriff zu distanzieren, den Sie verwendet haben. Sie haben das Wort "Faschismus" im Zusammenhang mit Verhalten im Bayerischen Landtag verwendet. Ich fordere Sie nun auf, sich von diesem Begriff zu distanzieren und sich dafür zu entschuldigen.*

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Ferdinand Mang (AfD): *Ich habe gesagt, das sind die Wegmarken. Unsere Demokratie ist nach unserer Ansicht wirklich in Gefahr;*

(Widerspruch bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie sollten sich entschuldigen!)

denn wenn wir hier anfangen, parlamentarische Kontrollrechte einzuschränken, dann ist das ein Schritt, der in die falsche Richtung geht.

(Tobias Reiß (CSU): Sie sind die größten Gefährder!)

– Nein, das sind wir nicht.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Das ist unmöglich! Das weise ich zurück!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: *Ich sehe nicht, dass Sie sich von diesem Begriff distanziert haben. Ist das der Fall?*

(Andreas Winhart (AfD): Interpretieren Sie, was Sie wollen!)

Dann erteile ich Ihnen eine Rüge.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Dr. Ralph Müller (AfD): Das war der Ritterschlag! – Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das kann man jetzt auch rügen! – Harald Güller (SPD): Das ist euer AfD-Demokratieverständnis, nicht unseres!)

– Sie wissen genau, dass weitere Rügen zu weiteren Konsequenzen führen. Wir werden dieses Instrument sehr sorgfältig verwenden. Wir überlegen uns sehr genau, wann wir

dies tun. Es wird in diesem Haus mit Sorgfalt mit diesem Instrument umgegangen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zurufe des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

– Es gibt jetzt keine weiteren Zwischenrufe! Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN gemeldet.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Missachtung der Verfassung!)

Ralf Stadler, 26. Sitzung, 18.7.2019, S. 3143, 3148 ff.

„Sehr geehrter Herr Hold, wäre es nicht angebracht, dass man auch in den eigenen Reihen schaut? Wenn man solche Facebook-Einträge sieht wie von Dr. Fabian Mehring mit "Soldatenkameradschaft" und Bemerkungen wie "In Treue fest" und solchen SS-Sprüchen, das kann doch gar nicht sein. Wenn das jemand von der AfD sagt, dann wird er zerlegt. Also bitte einmal in den eigenen Reihen auch schauen. Bitte!

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Das müsst ihr aber rügen! – Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) "SS Sprüche"!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Ich habe jetzt zwar nicht genau verstanden, was Sie wirklich aussagen wollen. Ich

habe nur herausgehört, dass Sie den Herrn Dr. Fabian Mehring in die Nähe von Extremismus rücken, und das möchte ich hier nicht nur in aller Schärfe zurückweisen. Ich möchte auch dem Präsidium nahelegen, darauf zu reagieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich kann in keiner Weise nachvollziehen, auf welche Fakten Sie das gründen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Der Abgeordnete Ralf Stadler (AfD) hält ein Papier hoch)

Erster Vizepräsident Karl Freller: *Zu diesem Antrag wurde namentliche Abstimmung beantragt.*

(Zurufe)

– Ja, wir haben eine Formulierung gehabt, die möglicherweise eine Rüge nach sich zieht. Wir möchten die Sache aber noch genau überprüfen. Ich bitte um Nachsicht, ich möchte noch das Stenogramm lesen.

(Horst Arnold (SPD): Vor oder nach der Sommerpause? – Hans Herold (CSU): Sondersitzung!)

Ich darf im Augenblick diesen Tagesordnungspunkt mit dem nächsten Redner fortsetzen. Ich rufe Herrn Kollegen Martin Hagen von der FDP-Fraktion auf. Bitte schön, Sie haben das Wort. In der Zwischenzeit schauen wir uns das Protokoll an.

(Zuruf von der SPD) [...]

Dr. Fabian Mehring (Freie Wähler): Es gilt jetzt einzuordnen, was Sie offenbar nicht einordnen können: Ich habe den Spruch: "In Treue fest" gepostet. Das ist der Leitspruch der Bayerischen Soldatenkameradschaft. Das ist der Leitspruch derjenigen Menschen, die für uns die Erinnerungskultur aufrechterhalten, damit so etwas wie Sie in Zukunft nicht mehr passieren kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der AfD)

Damit Sie auch etwas lernen, darf ich Sie darüber aufklären, dass das nicht nur der Leitspruch der Bayerischen Soldatenkameradschaft ist, sondern dass das auch der Wahlspruch des Königsreiches Bayern bzw. des Hauses Wittelsbach ist, und das seit dem Jahr 1444. Dieser Spruch steht auf jeder Fahne einer jeden Soldatenkameradschaft, einer jeden ehrenamtlichen Vereinigung von Menschen, die die Erinnerungskultur in unserem Land aufrechterhalten. Kollegen von der AfD, vor allen Dingen ist dieser Spruch 1934, in der dunkelsten Zeit der Geschichte dieses Landes, einmal verboten worden, und zwar von den Nationalsozialisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Hört, hört!) [...]

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das war die persönliche Erklärung des Kollegen Dr. Mehring.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus, es liegt mittlerweile auch –

(Der Abgeordnete Christoph Maier (AfD) geht zum Rednerpult)

Sie haben die Gegenrede nicht angemeldet. Die Gegenrede kann im Übrigen vom Präsidium entgegengenommen werden, sie muss es aber nicht. Ich werde Ihre Gegenrede nicht annehmen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Mittlerweile liegt jedoch auch der schriftliche Auszug der Ausführungen des Abgeordneten Ralf Stadler vor. Dort heißt es wörtlich:

Wenn man solche Facebook-Einträge sieht wie von Dr. Fabian Mehring mit "Soldatenkameradschaft" und Bemerkungen wie "In Treue fest" und solchen SS-Sprüchen, das kann doch gar nicht sein.

Sie stellen damit Fabian Mehring, unseren Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, gleich mit den SS-Schergen des Nationalsozialismus. Das ist eine persönlich verletzende Ausführung nach § 117 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag. Deshalb rüge ich Sie ganz ausdrücklich, Herr Abgeordneter Stadler, für diese Entgleisung.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)“

„Wir waren mit dem Agrarausschuss in Argentinien. Wir haben uns für die Landwirte eingesetzt. Was war? – Wir sind von den CSU-Abgeordneten stark kritisiert worden. Ja, meine Damen und Herren, so sieht es aus. In der Heimat darf Ministerin Kaniber die Patronin der Bauern spielen,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nein, nein, nein, nein!)

während im Ausland den Landwirten in den Rücken gefallen wird; das bekommt ja niemand mit.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

– Frau Schorer,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Schorer-Dremel bitte! So viel Zeit muss sein!)

halten Sie bitte Ihren Schnabel. Jetzt bin ich dran.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: *Entschuldigen Sie bitte, Herr Abgeordneter Stadler. Herr Abgeordneter Stadler, ich rüge Sie, weil es nicht in Ordnung ist, die Kollegen aufzufordern, "den Schnabel" zu halten. Das entspricht nicht den Gepflogenheiten des Hohen Hauses.*

(Beifall bei der SPD)

Ralf Stadler (AfD): *Okay; sie darf dauernd dreinreden.*

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das ist nicht in Ordnung.

(Alexander König (CSU): Flegelhaftes Verhalten ist das!)

Bitte halten Sie sich an die Gepflogenheiten des Hohen Hauses. Setzen Sie Ihre Rede fort!“

Stefan Löw, 51. Sitzung, 7.7.2020, S. 6288 f.

„Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Stefan Löw. [...]

(Beifall bei der AfD – Abgeordneter Stefan Löw (AfD) trägt auf dem Weg zum Rednerpult eine Gasmaske – Unruhe)

Herr Abgeordneter Löw, ich erteile Ihnen das Wort und bitte Sie, diese Maske abzusetzen.

(Abgeordneter Stefan Löw (AfD) tritt mit aufgesetzter Gasmaske ans Rednerpult)

Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, die Maske abzusetzen, bevor Sie hier das Wort ergreifen.

(Stefan Löw (AfD): Wir haben doch die Maskenpflicht!)

– Ich gebe Ihnen jetzt noch genau drei Sekunden Zeit; ansonsten muss ich Ihnen eine Rüge erteilen, weil Sie die Ordnung hier im Hause nicht achten und versuchen, den Landtag lächerlich zu machen.

(Abgeordneter Stefan Löw (AfD) trägt weiterhin eine Gasmaske)

Stefan Löw (AfD): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Löw, ich erteile Ihnen hiermit eine Rüge für ungebührliches Verhalten.

(Beifall)

Stefan Löw (AfD): Der SPD geht es nicht darum, dass man hier einen Wallfahrtsort für Neonazis auflöst.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Löw, ich drohe Ihnen hiermit an, Ihnen das Wort zu entziehen, wenn Sie die Maske nicht absetzen.

Stefan Löw (AfD): Wir haben doch die Maskenpflicht. Das ist eine Kann-Bestimmung.

(Zurufe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich lasse mich hier auf gar keine Diskussion mit Ihnen ein. Es ist hier per Allgemeinverfügung durch die Landtagspräsidentin das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes angeordnet, aber nicht das Tragen einer Faschingsmaske oder was immer das sein mag. Auf jeden Fall wissen Sie selber, dass Sie von niemandem mehr verstanden werden und dass Sie versuchen, das Hohe Haus lächerlich zu machen. Sie setzen jetzt die Maske ab, oder ich entziehe Ihnen das Wort.

(Beifall – Unruhe – Zuruf: Ihr seid so peinlich! – Weiterer Zuruf: Bei dem Thema so eine Maske aufzusetzen!)

Stefan Löw (AfD): – Wir haben ja im Ausschuss schon zugestimmt.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich drohe Ihnen noch mal an, Ihnen das Wort zu entziehen, wenn Sie jetzt nicht die Maske absetzen.

Stefan Löw (AfD): Ich halte mich an die Maskenpflicht.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich entziehe Ihnen hiermit das Wort, Herr Abgeordneter Löw.

(Beifall – Der Abgeordnete Stefan Löw (AfD) verlässt das Rednerpult)

Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Alexander Muthmann. – Ich darf Sie kurz unterbrechen. – Herr Abgeordneter Löw, das gilt natürlich auch, wenn Sie hier im Plenum sitzen und nur zuschauen. Sie haben sich hier nicht zu verkleiden. Sie dürfen einen Mund-Nasen-Schutz auf Ihrem Platz tragen. Da ist es nicht erforderlich. Aber jedenfalls sitzen Sie mir hier nicht mit einer Gasmasken oder was immer das sein soll, ja?

(Abgeordneter Stefan Löw (AfD) setzt seine Maske ab)

– Okay, gut. – Herr Abgeordneter Muthmann, Sie haben das Wort.“

10 Abgeordnete der AfD-Fraktion, 81. Sitzung, 20.4.2021, S. 10734 f., 10753 f.

Erster Vizepräsident Karl Freller: „Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich die Kolleginnen und Kollegen von der AfD-Fraktion darum bitten, den Aushang abzunehmen. Diese Glaswände sind Schutzgläser gegen Corona und keine Plakataushängewände für persönliche Ansichten. Bitte tun Sie das runter; ich müsste sonst den Ältestenrat einberufen, weil ich darin eine Störung der Ordnung sehe.

(Zuruf)

Ich würde Sie darum bitten, diese Aushänge runter zu tun. Ich möchte das jetzt nicht

(Zuruf)

groß zum Thema machen. Bitte tun Sie das runter! Ansonsten machen wir eine Ältestenratssitzung. Es ist so: Diese Glaswände sind keine Plakataushängewände für die Fraktionen. Bitte tun Sie das runter!

(Zuruf)

Ich habe Sie jetzt zum zweiten Mal aufgefordert. Ich fordere Sie jetzt ein drittes Mal auf: Ich bitte darum, diesen Aushang abzunehmen. Wenn das nicht gemacht wird, werde ich die Sitzung unterbrechen und den Ältestenrat einberufen. – Damit ist die Sitzung unterbrochen, und der Ältestenrat tritt zusammen.

(Unterbrechung von 15:21 bis 15:50 Uhr)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf die Sitzung wieder aufnehmen, nachdem der Ältestenrat getagt hat. Ich weise auf Folgendes hin: Das Wort "Parlament" kommt vom lateinischen parlare. Parlare heißt reden. Die Form des Meinungsaustausches in einem Parlament ist das Reden, nicht das Zeigen von Transparenten. Ich sage das mit aller Klarheit, weil es keine Einschränkung der Meinungsfreiheit ist, wenn man das Aufhängen von Transparenten untersagt. Wie gesagt: Das Reden ist das Wesen eines Parlaments.

Vorhin wurden Transparente auf den Glasscheiben aufgehängt, die eigentlich dem Infektionsschutz dienen. Das Aufhängen von Transparenten ist aus unterschiedlichsten Gründen unzulässig. Ich weise darauf hin, dass diese Transparente auf den Scheiben trotz meiner dreimaligen Aufforderung nicht abgenommen worden sind. Der Ältestenrat ist zur Auffassung gekommen – das ist auch meine Auffassung als sitzungsleitender Präsident gewesen –, dass dadurch die Ordnung des Landtags gestört wurde. Ich werde deshalb allen Beteiligten eine Rüge erteilen. Im Augenblick werden die Namen derer erfasst, die das Transparent aufgehängt und nicht wieder abgehängt haben und die dafür eine Rüge erhalten.

Der Ältestenrat ist auch zu der Auffassung gekommen, dass es auch in Zukunft generell zu unterlassen ist, diese Glaswände zum Aufhängen von Transparenten zu nutzen. Ich glaube, dass die Mehrheit in diesem Parlament dies auch so sieht.

Ich werde später noch die Namen bekannt geben und diesen Kolleginnen und Kol legen eine Rüge erteilen.

(Beifall – Zurufe – Unruhe) [...]

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: *Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich eine Bekanntmachung vortragen: Sie erinnern sich, vorhin hat Herr Vizepräsident Frelter die Sitzung unterbrochen, weil AfD-Abgeordnete an ihre Plexiglasscheibe Plakate angeklebt hatten. Deshalb gab es eine Sitzung des Ältestenrats. Nach dem Beschluss des Ältestenrats spreche ich folgenden AfD-Abgeordneten eine Rüge aus: Das sind die Abgeordneten Bergmüller, Böhm, Klingen, Löw, Magerl, Mannes, Schiffers, Singer, Stadler und Winhart. Ihnen allen wird hiermit eine Rüge ausgesprochen.*

(Widerspruch bei der AfD)“

Andreas Winhart, 100. Sitzung, 8.12.2021, S. 13730 ff.

„Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal die gute Nachricht: Wir alle sind der Verfassungsschutz – und nicht nur wir hier im Landtag, nein, alle Bürgerinnen und Bürger, die die Werte unserer Verfassung und des Grundgesetzes leben. So weit, so gut.

Nicht so gut ist eine gewisse Behörde, der bayerische Inlandsgeheimdienst, die "Söder-Stasi", die politisch instrumentalisiert ist und auf dem linken Auge blind,

(Unruhe – Zuruf: Rüge! Der ist ja völlig außer Rand und Band!)

ohne nennenswerte Erfolge in den letzten Jahren, außer Brandmarkung von unliebsamen Meinungen.

(Anhaltende Unruhe)

– Hören Sie mir einfach zu, dann lernen Sie etwas.

(Anhaltende Unruhe)

– Nein, ist es nicht.

(Anhaltende Unruhe)

Können Sie bitte mal für Ruhe sorgen? Wäre das möglich?

(Anhaltende Unruhe)

– Ich freue mich, dass es Ihnen gefällt. [...]

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Winhart, § 117 Absatz 1 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag hat den Inhalt: Ein Mitglied des Landtags, das persönlich verletzende Ausführungen oder persönlich verletzende Zwischenrufe macht oder eine gröbliche Störung der Ordnung verursacht, ist von der Präsidentin oder dem Präsidenten zu rügen und im Wiederholungsfall zur Ordnung zu rufen. Ich empfinde Ihre Ausführungen gegenüber dem Bayerischen Ministerpräsidenten – Sie sprachen von "Söder-Stasi" – als gröbliche Missachtung der Persönlichkeit des

Bayerischen Ministerpräsidenten. Ich rüge hiermit Ihre Äußerung. (Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)“

Ralf Stadler, 101. Sitzung, 9.12.2021, S. 13799

„Sehr geehrter Herr Staatsminister, wenn jemand wie Sie wie ein Irrer gegen die AfD hetzt,

(Lebhafter Widerspruch)

aber gegen Söders Aufruf zu körperlicher Gewalt nichts unternimmt, dann kann man wirklich schon von Regierungsextremismus sprechen.

(Unruhe) [...]

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: *Herr Abgeordneter Stadler, ich erteile Ihnen eine Rüge für Ihre Aussage "wie ein Irrer"!*

(Beifall)“

Christoph Maier, 123. Sitzung, 27.9.2022, S. 17035, 17037 ff., 124. Sitzung, 12.10.2022, S. 17103-17106

„Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin verwundert, dass die Fraktion der GRÜNEN die Gelegenheit hier nutzen musste, um einen persönlichen Angriff gegen mich durchzuführen. Nicht verwundert bin ich,

dass der unfähige Leiter der heutigen Plenarsitzung dagegen nicht einschritt und nicht zur Sache reden ließ. Das sehe ich ganz klar als einen Verstoß gegen die Neutralität der Versammlungsleitung an. Ich möchte das an dieser Stelle auch so im Protokoll haben: Unfähig, unpassend und parteiisch, das sind Ihre Attribute. Ich möchte ganz klar sagen: All das, was hier vorgetragen wurde, wird einst auf einem Ehrenschild stehen. [...]

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: *Herr Maier, kommen Sie bitte noch einmal zum Rednerpult. Ich möchte noch etwas sagen. Stellen Sie sich bitte ans Rednerpult.*

(Abgeordneter Christoph Maier (AfD) bleibt sitzen – Widerspruch bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Daran sieht man das wahre Gesicht! Ich glaube, das sagt alles!)

Herr Maier, die Sitzungsleitung zu kritisieren, ist jederzeit möglich; Ort dafür ist der Ältestenrat, wo wir alle zusammensitzen werden. Ich werde Ihr Verhalten, Ihre Kritik und auch die Art und Weise, wie Sie sich jetzt dem Staatsminister gegenüber verhalten haben, auf jeden Fall dem Ältestenrat bei der nächsten Sitzung zur Besprechung vorlegen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Zum Rügen: Wie gesagt, wir werden die Frage der Rüge noch einmal erwähnen.

(Abgeordneter Christoph Maier (AfD) geht ans Rednerpult – Widerspruch bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

– Herr Maier, gehen Sie jetzt bitte an Ihren Platz zurück.

(Christoph Maier (AfD): Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben!)

– Dann gehen Sie an Ihren Platz und stellen Sie Ihren Antrag.

(Christoph Maier (AfD): Ich möchte jetzt eine persönliche Erklärung abgeben!)

– Nein. Am Ende einer Aussprache ist es möglich, eine persönliche Erklärung abzugeben, aber nicht an dieser Stelle.

(Allgemeine Unruhe – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist doch eine Farce! – Tobias Reiß (CSU): Keine Ahnung von der Geschäftsordnung! Kasper!)

Wir fahren in der Aussprache fort. [...]

Christoph Maier (AfD): *Herr Kollege Faltermeier, erst einmal vielen Dank für Ihre Wortmeldung. Ich habe eine Frage an Sie: Was halten Sie davon, wenn ein bayerischer Staatsminister zu einem Oppositionspolitiker nach seiner Rede sagt, Sie haben doch einen an der Klatsche? – Das ist eben vorgefallen. Haben Sie das gehört? Was sagen Sie dazu?*

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ich würde ihm recht geben!)

Dr. Hubert Faltermeier (FREIE WÄHLER): Dann fragen Sie den Staatsminister, aber missbrauchen Sie nicht die kommunalen Gremien für Ihre abwegigen rassistischen Ziele!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD – Alexander König (CSU): Sehr gut! – Unruhe bei den Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) und Andreas Winhart (AfD)) [...]

Präsidentin Ilse Aigner, 124. Sitzung, 12.10.2022, S. 17103: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir fortfahren, muss ich außerhalb unserer Tagesordnung noch auf einen Vorfall in der vergangenen Plenarsitzung am 27. September 2022 zu sprechen kommen. In dieser hat der Abgeordnete Christoph Maier von der AfD-Fraktion den sitzungsleitenden Vizepräsidenten Thomas Gehring als "unfähig, unpassend und parteiisch" bezeichnet.

Der Ältestenrat ist zu folgender Einschätzung gelangt: Die Äußerung ist nicht nur unangebracht, sondern stellt insbesondere auch eine gröbliche Störung der parlamentarischen Ordnung gemäß § 117 unserer Geschäftsordnung dar. – Diese Störung rüge ich hiermit; denn in diesem Fall geht es zum einen um das Ansehen des Vizepräsidenten Gehring. Zum anderen zielt die Formulierung auf die Autorität der Sitzungsleitung ab. Das ist nicht akzeptabel. Die Geschäftsordnung ist das Fundament für die Arbeit hier im Parlament. Sie gilt für uns alle. Daran ist auch nicht zu rütteln. [...]

Christoph Maier (AfD): [...] Während der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 6, Verfassungsstreitigkeit – Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 1. Juli 2022 betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Teilen der Geschäftsordnung des Stadtrates von Würzburg vom 21. Oktober 2021, verstieß der Abgeordnete Schuberl, der für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprach, vorsätzlich gegen die Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags. Die Sitzungsleitung hatte zu diesem Beratungsgegenstand Herr Vizepräsident Gehring, ebenfalls Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, inne. Der Abgeordnete Schuberl missbrauchte sein Rederecht,

(Florian von Brunn (SPD): Persönliche Erklärung?)

indem er mehrfach und ausschließlich dies bezweckend persönliche Angriffe gegen meine Person führte und nicht zur Sache sprach, was er zu Beginn und auch am Ende seiner Ausführungen selbst einräumte. Das ist im Wortprotokoll der Sitzung nachzulesen.

Der Vizepräsident Gehring rügte die Äußerungen nicht und ermahnte den Redner auch nicht, zur Sache zu sprechen, obwohl dies seine Pflicht als neutraler Sitzungsleiter gewesen wäre. Damit wurde vom eigentlichen Inhalt des Beratungsgegenstandes, nämlich der Geschäftsordnung des Würzburger Stadtrates, ganz bewusst abgelenkt. Außerdem wurde es mir von Vizepräsident Gehring trotz meines Verlangens verweigert, die Angriffe gegen mich im Rahmen einer persönlichen

Erklärung zurückzuweisen. Es wäre seine Pflicht gewesen, mir nach Schluss der Beratung auch hierzu das Wort zu erteilen. Stattdessen wurde ich im Anschluss an meine Ausführungen von Staatsminister und Mitglied des Landtags Florian Herrmann in einem Zwischenruf mehr als unflätig beschimpft, ohne dass diese Formalbeleidigung von Vizepräsident Gehring gerügt wurde.

Es bleibt festzuhalten, dass in der Plenarsitzung selbst mehrmals gegen die Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags verstoßen wurde. Doch auch im Nachgang, bei der Sitzung des Ältestenrates am darauffolgenden Tag, wurde Unrecht nicht korrigiert, sondern nochmals vertieft. Entgegen den Anträgen der AfD-Fraktion wurden weder die Ausführungen des Abgeordneten Schuberl als rügefähig erachtet noch wurde die Fehlerhaftigkeit der Sitzungsleitung durch Vizepräsident Gehring festgestellt. Schriftliche Begründungen sind dem Protokoll bzw. dem Ergebnisvermerk der Ältestenratssitzung nicht zu entnehmen. Dort selbst wurde allerdings zum Beispiel mündlich vorgetragen, dass eine Rüge gegen Staatsminister Florian Herrmann deshalb nicht möglich sei, weil Mitglieder der Staatsregierung nicht gerügt werden könnten.

Doch bereits der einfache Blick in § 117 Absatz 1 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag offenbart, dass jedes Mitglied des Landtags gerügt werden kann – und damit auch Florian Herrmann, der zweifelsfrei Mitglied des Landtags ist. Auch ein Mitglied der

Staatsregierung kann nicht dazu privilegiert sein, hier in diesem Haus vor jeglichen sitzungsleitenden Maßnahmen geschützt zu sein.

(Beifall bei der AfD)

Spätestens hier ist für jeden offensichtlich, dass die Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags in die Beliebigkeit der Parlamentsmehrheit gestellt wird und sich niemand mehr auf die Einhaltung dieser Geschäftsordnung verlassen kann. Der Bayerische Landtag wird damit zu einer rechtsfreien No-go-Area, in der Recht und Gesetz bedeutungslos sind und Macht- und Rechtsmissbrauch Einzug halten.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Unverschämt! – Weitere Zurufe)

Das ist ein Tiefpunkt für dieses Parlament.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CSU, den GRÜNEN und den FREI EN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: *Vielen Dank, Herr Maier. – Es ist nicht meine Aufgabe als Sitzungsleitung, zu den einzelnen von Ihnen getätigten Äußerungen Stellung zu beziehen.*

Zwei Punkte möchte ich trotzdem nicht unkommentiert lassen: Zum einen will ich noch ein weiteres Mal ausdrücklich darauf hinweisen, dass das Redepult im Plenum nicht der richtige Ort für Kritik an der Sitzungsleitung ist. Zuständig ist hierfür der Ältestenrat. Bitte berücksichtigen Sie das in Zukunft.

Zum anderen sieht unsere Geschäftsordnung die Möglichkeit von Ordnungsmaß nahmen ganz explizit nur gegenüber den Mitgliedern des Landtags, nicht aber gegenüber den Mitgliedern der Staatsregierung vor. Das liegt schlicht daran, dass unsere Geschäftsordnung als Binnenrecht eines Verfassungsorgans einem anderen Verfassungsorgan keine Verpflichtung auferlegen kann. Bei einem Zuruf des Herrn Staatsministers von der Regierungsbank aus liegt aber klar ein Handeln in der Rolle als Mitglied der Staatsregierung und nicht in seiner Rolle als Mitglied des Landtags vor. So viel zum Rechtlichen.

Gleichzeitig möchte ich in diesem Zusammenhang aber auch festhalten, dass ich nicht ohne Grund immer wieder darum gebeten habe, bei aller politischen Auseinandersetzung einen wertschätzenden Umgang miteinander zu pflegen. Hierzu gehört für mich auch der respektvolle Umgang zweier Verfassungsorgane miteinander. Auch das möchte ich ganz deutlich sagen.

Ebenso verwahre ich mich aber ausdrücklich dagegen, dass der Bayerische Land tag als rechtsfreie "No-go-Area" bezeichnet wird.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

So viel zu meiner Meinung. – Ich erteile jetzt als Erstem Herrn Kollegen Tobias Reiß für die CSU-Fraktion das Wort.

Tobias Reiß (CSU): *Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Ihnen, Frau Präsidentin, zu Beginn für*

diese rechtliche Einordnung danken, die wir eins zu eins unterstützen. Ich habe nicht den Eindruck, dass sich der Landtag zu einer rechtsfreien "No-go-Area" entwickelt, sondern dass sich eher die AfD zu einer "Area for Demagogy" entwickelt. Sie, Herr Kollege Maier, sind der führende Vertreter dieser Demagogenvereinigung AfD. Damit haben Sie heute in Ihrer Märchenstunde wieder bestens erklärt, wieso wir Sie so einordnen, wie Sie einzuordnen sind.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Sie missbrauchen nicht nur Ihr Rederecht, sondern Sie missbrauchen auch die Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags, gegen welche seitens des Präsidenten, des Sitzungsleiters, in der letzten Sitzung mitnichten verstoßen wurde. Und Sie haben ihn dann – das ist genau der Punkt: Sie wollen austeilen, aber einstecken können Sie nichts – als unfähigen Leiter der Sitzung bezeichnet; die Frau Präsidentin hat es gerade zitiert: unfähig, unpassend und parteiisch, das seien seine Attribute. Er hat aber entgegen Ihrer Wahrnehmung genau das Richtige getan, nämlich Herrn Kollegen Schubert das Wort nicht entzogen. Dagegen wollten Sie die Sitzung und wollten den Tagesordnungspunkt zum Würzburger Stadtrat missbrauchen, um deutlich zu machen, worum es Ihnen als AfD eigentlich geht. Uns allen ist mittlerweile bekannt, was Ihr Markenkern ist. Auch deshalb stehen Sie unter Beobachtung des Verfassungsschutzes.

(Christoph Maier (AfD): Der Flügel!)

– Ja, der Flügel und die Thüringer AfD-Kollegen werden vom Verfassungsschutz bereits als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. So wie Sie hier auftreten, so wie der Kollege Maier hier auftritt, ist das auch meine Einschätzung der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP – Zurufe von der AfD – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das ist eine Tatsache!)

Die Würde dieses Parlaments ist für Sie –

(Zurufe von der AfD)

Die Würde dieses Parlaments ist für Sie ebenso wenig ein Maßstab und eine Grundlage wie viele weitere Regelungen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie, Herr Maier, bezeichnen uns als selbsternannte Demokraten, als Kartellparteien. Sie haben keinerlei demokratischen Anspruch und keinerlei Respekt vor der Demokratie und vor den anderen Fraktionen hier im Landtag. Sie machen die Institutionen der Demokratie verächtlich. Das ist Ihr Markenkern. Dazu nutzen Sie auch Ihre Erklärung, die Sie hier abgegeben haben. Sie diffamieren hier ukrainische Flüchtlinge, sehe ich im Protokoll der letzten Sitzung. Sie vergleichen den Würzburger Stadtrat mit dem DDR-Unrechtsstaat. Auch wollen Sie in Ihrer Erklärung noch die Geschäftsordnungsfrage, die der Herr Präsident falsch eingeordnet haben soll, richtigstellen. Das Gegenteil ist der Fall: § 112 der Geschäftsordnung gibt Ihnen das Recht, nach

Schluss der Beratung eine persönliche Erklärung abzugeben. Präsident Gehring hat Sie an Ihren Platz zurückbeordert. Dann haben Sie geäußert: "Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben." Darauf sagt Herr Kollege Gehring: "Dann gehen Sie an Ihren Platz und stellen Sie Ihren Antrag." Dann sagt das trotzige Kind Christoph Maier: "Ich möchte jetzt eine persönliche Erklärung abgeben." "Nein", sagt der Präsident, "am Ende einer Aussprache ist es möglich, eine persönliche Erklärung abzugeben, aber nicht an dieser Stelle."

Herr Maier, Sie haben keine Ahnung von der Geschäftsordnung, stellen sich heute hier hin und tun so, als ob der Sitzungsleiter sie nicht hätte. Sie missbrauchen dieses Parlament. Sie missbrauchen die Würde des Bayerischen Landtags für Ihre Spielchen. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)“

Raimund Swoboda (fraktionslos)⁴⁴, 133. Sitzung, 25.1.2023, S. 18444 f.

„Hohes Haus, verehrte Bürger! Einmal mehr erweisen sich die Söder-Staatsregierung und die Abnicker von CSU und FREIEN WÄHLERN mit diesem neuen Denkmalschutzgesetz als verfassungsfeindliche Lügendemokraten.

(Tobias Reiß (CSU): Hey, hey, hey! – Lebhafter Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Warum sage ich das? – Sie haben sich jahrzehntelang als Kulturwächter des Freistaates Bayern –

(Zuruf: Reicht schon wieder! – Zuruf der Abgeordneten Margit Wild (SPD) – Ruth Müller (SPD): Was ist mit den Neujahrsvorsätzen? – Weitere Zurufe – Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: *Herr Kollege, –*

(Unruhe – Markus Rinderspacher (SPD): Ruhe jetzt, die Präsidentin hat das Wort!)

Herr Kollege, es geht nicht, die Kollegen als Lügner zu bezeichnen. Deswegen erteile ich Ihnen eine Rüge.

(Tobias Reiß (CSU): Für das "verfassungsfeindliche" vor allen Dingen! – Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

⁴⁴ Swoboda trat am 27. März 2019 aufgrund von internen Streitigkeiten aus der AfD-Fraktion aus, behielt aber sein Abgeordnetenmandat.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Warum sage ich das?

(Tobias Reiß (CSU): Kein Benehmen! – Lachen bei der AfD)

Sie haben sich jahrzehntelang als Kulturwächter des Freistaates Bayern mit Defiliermarsch im Trachtenlook aufgespielt und dem Staatsbürgerrechtsvolk die große Liebe zu Land und Leuten Bayerns vorgegaukelt. Wahr ist aber, dass Sie systematisch, Schritt für Schritt, dieses Bayernland seiner historischen Wurzeln und seiner Identität berauben und zu einer multikultivierten Gendergesellschaft umbauen.

Heute wird die nahezu unverfälschte Erhaltung des baukulturellen Erbes und damit der Kerngedanke des Denkmalschutzes auf dem heidnischen Altar linksgrüner Klimaideologie geopfert. Die Söder-Administration will den politisch provozierten unbändigen Durst einer stetig wachsenden Einwanderungsbevölkerung nach Strom stillen und sich im Wahljahr dem Wähler als Klimaretter präsentieren.

(Staatsminister Markus Blume: Mannomann! – Unruhe)

Dabei ist Söder und seinen Gefolgsleuten jedes Mittel recht. Künftig werden in Bayern Maßnahmen der vermeintlich klimaneutralen Energieerzeugung, etwa Solar- und Windstrom, Vorfahrt gegenüber allen denkmalschutzrelevanten Entscheidungen eingeräumt.

(Tobias Reiß (CSU): Künftig ist vor allen Dingen Schluss mit Ihrem Gequatsche!)

Zum Beispiel sollen Windräder im Umfeld aller derzeit 1.700 auch landschaftsprägenden Bodendenkmäler per se erlaubt sein, lediglich bei 100 besonders landschaftsprägenden bleiben diese unangetastet. Was das bedeutet, kann man an windradgeschwängerten Stadtsilhouetten wie etwa in Rothenburg ob der Tauber, aber auch anderswo sehen. Einen messbaren Beitrag zum Klimaschutz der Welt wird dieses Gesetz nicht erbringen. Es eröffnet aber politisch motivierte Willkür, weil die bisher bewährten Einzelfallprüfungen nahezu wegfallen. Willkür und dieses Schönreden derselben ist die Spezialität von Söder und seiner Parteispezln,

Präsidentin Ilse Aigner: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege.

(Das Rednermikrofon wird abgeschaltet)

Raimund Swoboda (fraktionslos): – siehe die 10-H-Regel und die Corona-Schutzmaßnahmen.

Präsidentin Ilse Aigner: Die Redezeit ist zu Ende.

(Tobias Reiß (CSU): Wiedersehen! Im Oktober ist Schluss mit dem Gequatsche!)

Damit sind auch die Debatte und die Aussprache geschlossen.

*(Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich weiß das schon!
Das haben aber nicht Sie zu entscheiden, sondern ich,
lieber Hetzer!)*

*– Herr Kollege Swoboda, Sie bekommen die zweite Rüge an
einem Tag. "Hetzer" zu den Kollegen zu sagen, geht gar
nicht!*

*(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN,
der SPD und der FDP)“*

*Raimund Swoboda (fraktionslos), 143. Sitzung, 18.4.2023,
S. 20082 f., 144 Sitzung, 26.4.2023, S. 20269*

„Wir leben mittlerweile in einem Staat, der seine steuerzahlenden Leistungsträger aussaugt und seinen Häuslebauern unverhältnismäßige Klimamaßnahmen aufzwingt. Die FREIEN WÄHLER sind dabei die Steigbügelhalter und mittendrin in diesem Schlamassel. Ideenlos, hilflos, ja trostlos schauen sie auf den rot-grünen gelben Zerstörungswahnsinn und schwadronieren heute über Vernunft, Ideologiefreiheit und über Eigentumsschutz. Sie haben sich in Bayern zum bloßen Mehrheitsbeschaffer einer ratlos schwächelnden CSU degradiert, meine Damen und Herren. Von euch Leisetretern kenne ich keine konkreten Initiativen gegen die Klimadiktatur der grünen Ökofaschisten

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

und deren Energiepolitik aus der Kinderbuchbelletristik. Die Bürger haben von euch bisher nichts zu diesem absurden Heizungs- und Wohnungssanierungsdekret und nichts über den Wärmepumpenunsinn oder den Solar- und Windkraftirrsinn gehört.“ [...]

Erster Vizepräsident Karl Freller, 144 Sitzung, 26.4.2023, S. 20269: „Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, muss ich auf einen Vorfall aus der letzten Plenarsitzung vom 18. April zu rückkommen. Im Rahmen seines Redebeitrages zur Aktuellen Stunde hat Herr Abgeordneter Swoboda eine Äußerung getätigt, die man so nicht stehen lassen kann. Dabei hat er in Richtung der FREIEN WÄHLER geäußert – ich zitiere auszugsweise –: "Von euch Leisetretern kenne ich keine konkreten Initiativen gegen die Klimadiktatur der grünen Ökofaschisten [...]." Die Bezeichnung der GRÜNEN als "Ökofaschisten" ist eine persönlich verletzende Ausführung gegenüber den anwesenden Mitgliedern der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie deren Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in Land und Bund.

Hierfür erteile ich Ihnen eine nachträgliche Rüge, Herr Abgeordneter Swoboda. Die Verwendung des Begriffs Faschisten für die politische Konkurrenz weckt in einem deutschen Parlament bewusst Erinnerungen an die NS-Zeit. Eine solche Diffamierung lässt sich nicht mehr unter der Kategorie Polemik oder Zuspitzung fassen. Die Redefreiheit des Abgeordneten rechtfertigt diese Wortwahl nicht. Hiermit ist die Rüge ausgesprochen.“

Ralf Stadler, 152. Sitzung, 20. Juli 2023, S. 21864 f.

„Katharina Schulze (GRÜNE): [...] Und wäre das alles nicht schon genug, machen sich Demokratiefeinde – –

(Abgeordneter Ralf Stadler (AfD) tritt an das Rednerpult, hält ein Plakat⁴⁵ in die Höhe und ruft: "So schaut's aus! So schaut's aus!" – Zurufe: Raus! Raus! – Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, hiermit erteile ich Ihnen eine Rüge. Das ist dann die 26.

(Beifall – Weitere Zurufe: Raus! Raus! – Ruth Müller (SPD): Raus, aber flott! – Martin Hagen (FDP): Nicht einmal in der letzten Sitzung! – Der Abgeordnete Ralf Stadler (AfD) wird von einem Offizianten weggeführt – Anhaltende Unruhe)

Affront der AfD beim Gedenken an Walter Lübcke, 22. Sitzung, 26.6.2019. S. 2518, 2521 f., 2528-2535, 2558 f.

Der AfD-Abgeordnete Ralph Müller ist beim Gedenken an den ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke in der ersten Reihe sitzend nicht aufgestanden. Er erhob sich erst von seinem Platz, als im Anschluss daran an einen verstorbenen ehemaligen Landtagsabgeordneten gedacht worden ist. Wie das Video dieser Situation zeigt, ist er die ganzen mehr als zweieinhalb Minuten des Gedenkens an Walter Lübcke sitzengeblieben und ist dann zehn Sekunden nach dem Aufruf des Gedenkens an einen ehemaligen

⁴⁵ Auf dem Plakat stand das Wort „Wahlbetrüger“ mit einem Hinweis auf Waffenlieferungen in Kriegsgebiete.

Landtagsabgeordneten aufgestanden. Es ist bei ihm keinerlei Überraschung oder andere Regung erkennbar, die auf ein versehentliches Sitzenbleiben hindeuten würde. Entschuldigt hat er sich erst nach langer Debatte und persönlichem Gespräch mit der Präsidentin.

„Präsidentin Ilse Aigner: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen. Ich eröffne die 22. Vollsitzung des Bayerischen Landtags und bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich – Abgeordneter Dr. Ralph Müller (AfD) bleibt zunächst sitzen)

Wie Sie wissen, wurde der hessische Politiker und Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke am 2. Juni heimtückisch ermordet. Mittlerweile hat ein Tatverdächtiger gestanden, der einen rechtsextremistischen Hintergrund hat. Die weiteren Ermittlungen laufen.

Die bereits vorliegenden Informationen erschrecken, wie auch die Drohungen gegen weitere Politikerinnen und Politiker erschrecken und wie auch die Welle von Hassbotschaften im Internet im Zusammenhang mit dem Mord erschrecken lässt.

Unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat dazu vor einigen Tagen einen treffenden Satz gesagt: "Wo die Sprache verroht, ist die Straftat nicht weit." Ich bin der festen Überzeugung, dass es einen solchen Zusammenhang

gibt. Wer mit Worten Tabus bricht, leistet der Verrohung in unserer Gesellschaft Vorschub und hat Anteil daran, wenn es zu Gewalttaten kommt. Jeder sollte sich dessen bewusst sein, wie sehr Sprache das gesellschaftliche Klima beeinflusst und wie sehr Stil die Möglichkeiten zu echtem Austausch bestimmt.

Was für die Gesellschaft gilt, ist auch für unser Miteinander von Bedeutung. Für uns alle gilt das Gebot der Mäßigung. Darum appelliere ich an uns alle, auch wenn es manchmal eine hitzige Debatte geben mag, und bei allen Unterschiedlichkeiten in den Sachfragen: Verwenden wir unsere Worte bitte sensibel und mit dem nötigen Verantwortungsbewusstsein. Unser Umgang miteinander hat auch Vorbildcharakter.

Walter Lübcke hat sich als Vertreter des Staates unermüdlich für unser Gemeinwesen engagiert und fiel einem feigen Anschlag zum Opfer. Alle demokratischen Kräfte sind dazu aufgerufen, der Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung in unserer Gesellschaft keine Chance zu geben.

Unsere Anteilnahme und unser Mitgefühl gelten den Angehörigen von Walter Lübcke. Wir wünschen Ihnen Kraft und Beistand.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir gedenken noch eines verstorbenen Kollegen. Am 19. Juni verstarb im Alter von 85 Jahren Herr Horst Haase. [...]

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): *Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich*

erst mal für die wirklich passenden Worte bedanken, die Sie gerade gefunden haben. Mich macht allerdings fassungslos, dass es Kollegen gibt, die bei so einer Gedenkminute sitzen bleiben und sich nicht erheben.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP) [...]

Otto Lederer (CSU): *Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zunächst kurz auf das eingehen, was Kollege Max Deisenhofer eingangs gesagt hat. Dem schließe ich mich voll und ganz an. Ich hätte es bis dato auch nicht geglaubt, dass es Mitglieder in diesem hohen Hause gibt, die sich bei einer Gedenkminute nicht von ihrem Platz erheben.*

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ich finde diese Entwicklung mehr als traurig und bedenklich. [...]

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): *Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich ergreife das Wort in Ansehung des nächsten Redners und vor dem Hintergrund dessen, dass in meinen Augen und in den Augen meiner Fraktion vor dem Hintergrund der Geschehnisse der letzten Wochen und insbesondere mit Blick auf den Einstieg in die heutige Tagesordnung eine Stelle erreicht ist, an der ein einfaches "Weiter so" in der Zusammenarbeit, ein unreflektiertes Fortschreiten in der Tagesordnung für uns, für meine*

Fraktion und, ich denke, für alle Demokratinnen und Demokraten im Hohen Hause nicht mehr möglich ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Herr Dr. Müller, wir haben uns zu Beginn der heutigen Plenarsitzung auf Aufforderungen unserer Präsidentin zu Ehren eines ermordeten Kollegen erhoben, der mutmaßlich von Rechtsextremisten ermordet worden ist, und in Ansehung der Familie und der Angehörigen dieses Kollegen.

Herr Kollege Dr. Müller, da ist ein Mensch gestorben. Da trauern aktuell Menschen, die einen Vater verloren haben. Da trauern Menschen, die in ihrem sozialen Umfeld den Tod eines Menschen beklagen, der aus politischen Motiven kaltblütig ermordet worden ist. Dieses Hohe Haus hat sich zu Ehren dieses Menschen vor dem Hintergrund einer widerlichen Bluttat erhoben, um die Wertschätzung von Demokratinnen und Demokraten, die in einer solchen Situation angezeigt ist, zum Ausdruck zu bringen.

Herr Kollege Dr. Müller, dabei demonstrativ sitzen zu bleiben,

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Das war nicht der Grund!)

ist nicht nur der Würde dieses Hohen Hauses nicht angemessen, sondern das ist – das sage ich Ihnen ganz persönlich und jenseits des Politischen – eine Entgleisung, wie sie im Bayerischen Landtag unvorstellbar ist. Das ist etwas, was menschlich widerlich ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Da will ich auch etwas dazu sagen!)

Herr Dr. Müller, ich sage Ihnen ausdrücklich: Dass ich menschlich angewidert bin, ist das eine. Das andere ist, dass wir als Fraktionen dieses Hauses, als demokratisch legitimierte Vertreter der Menschen in Bayern mit dieser Situation umgehen müssen. Wir sind über Wochen in dem Ziel übereingekommen, dass wir versucht haben, mit Ihnen in einer Debatte, in einem Diskurs zu stehen. Das ist jetzt für mich persönlich und für meine Fraktion die Stelle, an der das für die Zukunft nicht mehr möglich ist. Ich darf Sie deshalb im Namen meiner Fraktion auffordern, erstens zu erklären, wie es zu diesem Verhalten gekommen ist,

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Das werde ich machen!)

zweitens sich ausdrücklich davon zu distanzieren und sich drittens dafür persönlich vor dem Hohen Haus zu entschuldigen. Sollte Ihnen das nicht möglich sein, fordere ich hilfsweise Ihre Fraktion auf, genau das zu tun. Für uns ist das eine Grundbedingung, um mit Ihnen als Redner überhaupt in die Tagesordnung einsteigen zu können. Sollte Ihnen das nicht möglich sein und sollte Ihre Fraktion nicht bereit sein, sich gegebenenfalls für Sie zu entschuldigen, ist das die Stelle, an der für uns als FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag die Zusammenarbeit mit der AfD unwiderruflich beendet ist. Dann werden wir während Ihrer Ausführungen den Plenarsaal verlassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP) [...]

Christoph Maier (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich ergreife das Wort. Im Namen der AfD-Fraktion erkläre ich hier vor dem Hohen Haus eindeutig und unmissverständlich, dass Mord Mord ist und immer, egal, in welcher Situation und in welcher Zeit er geschieht, verurteilt gehört. Nichts anderes gilt für die AfD-Fraktion hier und jetzt und heute.

(Beifall bei der AfD)

Gleichzeitig muss man sich davor hüten, auch angesichts der Dramatik dieses Ereignisses, diese Sache politisch zu instrumentalisieren.

(Beifall bei der AfD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Eben! – Tobias Reiß (CSU): Eben!) [...]

Dr. Ralph Müller (AfD): *(Beitrag nicht autorisiert)* Dass Sie mich hier und jetzt in dieser Art und Weise beschuldigen oder zu belehren versuchen, ist wohl ein Missverständnis. Ich war gerade, als Frau Präsidentin über den Mord an Herrn Lübcke gesprochen hat, in ein Dokument vertieft.

(Zurufe)

– Nein. Es ist eine Sache der menschlichen und politischen Ehre, dass man einem Ermordeten die Achtung erweist. Das können Sie von mir jederzeit erwarten.

(Ruth Müller (SPD): Ach!)

Ich bin gegebenenfalls 15 Sekunden zu lange sitzen geblieben.

(Zurufe)

Das hat nichts mit der Person des Ermordeten zu tun. Das sollte bezüglich des Vorgangs, dass ein Mensch ermordet wurde, aus welchen politischen Motiven auch immer, aus welchem verbrecherischen Ansatz heraus, keinerlei Wertung meinerseits ausdrücken. Hätte ich es einen Moment früher gemerkt, dann hätte ich mich selbstverständlich früher vom Platz erhoben. Wie schätzen Sie mich denn ein?

(Zurufe)

Herr Mehring, nein, nein, nein. Herr Mehring, ich weise diesen Tadel zurück. Sie haben gedacht, Sie könnten die Möglichkeit nutzen, um mir eine Motivation bezüglich dessen, dass ich einige Sekunden zu lange sitzen geblieben bin, zu unterstellen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ich beabsichtige nicht, Ihnen eine Motivation zu unterstellen!)

– Nein, nein, nein. Jetzt rede ich. Das hat mit einem Kollegen, der auch in einer entsprechenden Position für die Bundesrepublik Deutschland war, eben sehr wohl zu tun. Sie können von mir selbstverständlich erwarten, dass ich einem Menschen, der ermordet worden ist, die letzte Achtung erweise.

(Unruhe – Zuruf: Aufstehen! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Genau das hätten wir erwartet!)

Ich höre mir jetzt nicht länger Ihre versuchten Tadelungen an. Ich war in ein Dokument vertieft, und damit ist für mich der Fall erledigt.

(Zuruf: Entschuldigung oder nicht? – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Entschuldigen Sie sich jetzt!)

Ich habe mich diesbezüglich erklärt. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass ich meine Missachtung dadurch ausdrücken will, dass ich einem Ermordeten nicht die Achtung erweise. Das ist absurd.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das haben Sie aber getan! Entschuldigen Sie sich jetzt, dass Sie in das Dokument vertieft waren?)

– Nein – ja. Ich bin dann auch – – Ich musste soeben wirklich Gravierendes –

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Entschuldigen Sie sich jetzt oder nicht? Distanzieren Sie sich, und entschuldigen Sie sich!)

– Entschuldigen. Eine Entschuldigung beinhaltet das Wort Schuld.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Und die haben Sie!)

Ich korrigiere das, weil ich an dem keine Schuld trage. Es war eine Unachtsamkeit, die ich bedauere und die

mir auch nicht gefällt. Aber ich trage, weil ich 15 Sekunden länger sitzen geblieben bin, keine Schuld. Ich habe es Ihnen jetzt erklärt. Ich will jetzt nicht in eine Endlosschleife verfallen. Selbstverständlich gilt das auch für die Angehörigen und den politischen Gegner, dem wir immer die nötige Achtung erweisen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Es wäre so einfach: Entschuldigung!)

*Herr Mehring, ich benötige diesbezüglich Ihre moralin-
getränkten Zurechtweisungen nicht.*

*(Margit Wild (SPD): Er hat doch gesagt, er entschuldigt
sich nicht; denn er hat keine Schuld! – Weitere Zurufe)*

Präsidentin Ilse Aigner: *Herr Kollege Müller, wenn Sie fertig sind, dann komme ich jetzt zum nächsten Redner. Es gibt noch drei weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung. Dann würde ich das Wort dem Kollegen Prof. Dr. Bausback erteilen.*

*(Dr. Ralph Müller (AfD) : (Beitrag nicht autorisiert) Habe ich
das Recht zur Widerrede?)*

*– Ich habe das Mikrofon jetzt sehr schnell ausgeschaltet.
Die AfD-Fraktion hat ins gesamt fünf Minuten Redezeit. Wie
viele Minuten sind es jetzt? – Eine Minute ist noch übrig. Die
können Sie dann im Anschluss nehmen.*

Dr. Ralph Müller (AfD): *(Beitrag nicht autorisiert) Ich
habe klar und deutlich zu rechtgerückt, worum es hier*

geht, und ich habe mich bezüglich des Ermordeten eindeutig erklärt.

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner hat der Kollege Prof. Dr. Bausback das Wort.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Für die CSU-Fraktion möchte ich mich ausdrücklich und vollumfänglich den Worten von Herrn Mehring anschließen. Ich meine, dass das Verhalten vom Kollegen Müller selbsterklärend ist und weiter keiner Einordnung bedarf. Jeder kann daraus seine Schlüsse ziehen.

Ich akzeptiere es ausdrücklich nicht, wenn im Zusammenhang mit der Erklärung der Präsidentin vom Parlamentarischen Geschäftsführer der AfD zu Beginn seines Redebeitrags davor gewarnt wird, etwas zu instrumentalisieren. Das ist völlig unangebracht, wenn es darum geht, einem Opfer für unsere Demokratie zu gedenken. Ich bitte Sie, noch einmal in sich zu gehen. Ich bitte auch die AfD-Fraktion, sich hiervon deutlich zu distanzieren, nicht nur von diesem Mord, sondern auch vom Verhalten, das in der politischen Auseinandersetzung gezeigt wurde. Das ist inakzeptabel.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich möchte etwas erwidern! – Margit Wild (SPD): Das geht nicht!)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Katharina Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): *Walter Lübcke wurde kaltblütig aus nächster Nähe auf seiner Terrasse von einem Rechtsextremisten in den Kopf geschossen und damit ermordet. Wir im Bayerischen Landtag haben an ihn, seine Familie und seine Angehörigen gedacht. Herr Ralph Müller von der AfD ist zwei Minuten und dreißig Sekunden lang sitzen geblieben. Herr Müller, das ist schändlich, das ist ehrlos und das lässt auf Ihren Charakter ganz tief blicken.*

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Dann kommt der AfD-Abgeordnete Maier nach vorne und sagt auch nicht Entschuldigung. Er sagt aber noch viel mehr: Man dürfe das doch nicht politisch instrumentalisieren. Kolleginnen und Kollegen, Stephan E., der Tatverdächtige, hat heute zugegeben, Walter Lübcke ermordet zu haben. Er ist ein Rechtsextremer. Das muss man benennen. Wir müssen darüber reden, was das für Folgen hat: Hass, Hetze, Rechtsextremismus und rechter Terror haben in unserem Land nichts zu suchen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Und während manche noch überlegen, ob die AfD mit diesem Mord in irgendeiner Form zusammenhängt, hat man zum einen durch das Verhalten von Ralph Müller gesehen, dass sie sehr eng miteinander verbunden sind, und gleichzeitig hat man es auch im Vorfeld gesehen; denn die Partei der AfD hat den Hass und die Hetze gegen Walter Lübcke im

Internet mit angeheizt und mit angefacht und hat somit in meinen Augen eine Mitschuld an der Ermordung von Walter Lübcke. Das muss man einmal so klar formulieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte der Frau Präsidentin Danke sagen, die, wie ich finde, klare und richtige Worte gefunden hat. Das ist das, was uns Demokratinnen und Demokraten im Hohen Haus zusammenhält: Hass und Hetze haben bei uns nichts verloren. Rechter Terror und Rechtsextremismus haben bei uns nichts verloren. Wir stehen ein für die Demokratie, die Vielfalt und die Solidarität. Wir denken an Menschen, die kaltblütig ermordet worden sind, weil wir wissen, dass man so etwas macht. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich persönlich konnte es nicht fassen, als ich stand und Sie sitzen sah. Ich frage Sie ganz persönlich: Wie können Sie heute und morgen noch in den Spiegel schauen? – Ich fand das widerlich, was Sie gemacht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: *Frau Kollegin Margit Wild von der SPD hat nun das Wort.*

Margit Wild (SPD): *Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir, die SPD, sind entsetzt über ein solches Verhalten, aber nicht wirklich überrascht. Es ist nicht das erste Mal, dass Sie Ihre Haltung so deutlich zeigen. Wir haben das schon bei dem eindrucksvollen Gedenktag erlebt, als ein großer Teil Ihrer Fraktion bei der Rede*

von Frau Charlotte Knobloch den Saal verlassen hat. Jetzt lassen Sie ein weiteres Mal Ihre Maske fallen. Sie geben sich gerne bei Diskussionen als Demokraten, sind es aber nicht wirklich. Das haben Sie heute deutlich gezeigt.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich fand es bemerkenswert, wie Sie zu Beginn der heutigen Plenarsitzung eindringlich und mit sehr deutlichen und klaren Worten über diesen brutalen Mord gesprochen haben. Sie haben uns aber auch deutlich aufgefordert, mit unserer Sprache und mit unserer Haltung Vorbild zu sein. Dazu sage ich Ihnen auch klipp und klar, Herr Müller: Sie sind wahrlich kein Vorbild. Von Ihrer Fraktion erwarte ich, dass sie eindringlich mit Ihnen redet. Eine Entschuldigung war das nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Frau Präsidentin Aigner hat lange gesprochen. Sie haben zuhören können und genau gewusst, worum es geht. Sie sind sitzen geblieben. Ihre Erklärung war scheinheilig, dreist und verlogen.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Der Kollege Matthias Fischbach hat als Nächster das Wort für die FDP.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Kollege Müller, ich habe die ganze Zeit, als die Präsidentin geredet hat, hinter Ihnen

gestanden. Ich habe gesehen, wie Sie da vorne zwar in ein Dokument geschaut haben, aber ich glaube nicht wirklich, dass Sie das nicht mitbekommen haben. Sie sind erst aufgestanden – darauf habe ich auch geachtet –, als die Ehrung für Herrn Lübcke zu Ende war und ein bayerischer Landtagsabgeordneter, der gestorben ist, geehrt worden ist. Wenn Sie den Eindruck erwecken wollten, dass Sie ein politisches Zeichen gegen den Fall in Hessen setzen wollen, dann haben Sie es geschafft. Sie hatten die Gelegenheit, sich hier zu distanzieren. Selbst da haben Sie herumgedruckt. Wenn man alle Augen zudrückt, könnte man bei Ihrem Verhalten vielleicht noch sagen, das war ein Versehen – Schwamm drüber.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das war Absicht!)

Wirklich unwürdig war aber das Schauspiel, das Sie hier an diesem Rednerpult abgeliefert haben. Sie hätten einfach sagen können: Es tut mir leid. Dann hätten wir hernach gesagt: Mensch, das ist immer noch schlimm. Aber wir wären hiergeblieben. Jetzt bleibt uns Abgeordneten nichts anderes übrig, als den Saal zu verlassen, wenn Sie hier reden. Ganz ehrlich: Ernst nehmen kann man es nicht, und ich will mir das auch nicht antun.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: *Als Nächster hat noch einmal Herr Dr. Müller für seine Restredezeit von einer Minute das Wort.*

(Abgeordnete der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP verlassen den Plenarsaal)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schlage vor, dass wir noch hören, was Herr Dr. Müller zu sagen hat, und ich hoffe, er wird sich entschuldigen.

Dr. Ralph Müller (AfD): *(Beitrag nicht autorisiert) Ich habe klargestellt, wie ich über die Ermordung dieses Mannes denke und dass ich ihm als Kollegen, von welcher Partei auch immer, selbstverständlich meine Achtung erweise. Dass ich hier ein paar Sekunden sitzen geblieben bin,*

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Minuten! – Katharina Schulze (GRÜNE): Zwei Minuten und dreißig Sekunden!)

hat nichts damit zu tun, dass ich dem Herrn Lübcke die Ehre, die ihm gebührt, nicht erweise. Das ist doch überhaupt keine Frage.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Entschuldigen Sie sich! – Zuruf von der CSU: "Entschuldigung" heißt das Wort!)

Ich habe Ihnen gesagt: Mein Verhalten war eine Unachtsamkeit.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herumgedruckse! – Gisela Sengl (GRÜNE): Entschuldigung, ja oder nein?)

Wenn Sie das so interpretieren, tut es mir leid. Ich kann in meinem Verhalten keine Schuld sehen. Ich werde das im demokratischen Stil bedauern. Eine Schuld kann ich nicht

sehen, und die will ich in dem Zusammenhang auch nicht auf mich laden.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das ist doch lächerlich!)

Ich habe es Ihnen mehrfach gesagt: Ich habe dem Kollegen mit einer entsprechenden Äußerung die Ehre erwiesen. Der Rest tut mir leid, wenn Sie es so interpretieren. Eine moralingetränkte Hexenjagd, die Sie hier zu treiben versuchen,

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Unglaublich!)

weise ich zurück, weil sie in dem Zusammenhang nicht angebracht ist.

Präsidentin Ilse Aigner: *Zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Redezeit erschöpft. Man hätte das relativ kompakt und leicht erledigen können.*

Dr. Ralph Müller (AfD): *(Beitrag nicht autorisiert) Sie sollten von meiner Einstellung auch wissen, dass sie von Achtung gegenüber den anderen geprägt ist. Das gilt auch für diesen Kollegen.*

Präsidentin Ilse Aigner: *Herr Dr. Müller, die Redezeit ist überschritten. Es wäre relativ einfach gewesen, das abzuräumen. Das wollten Sie erkennbar nicht.*

Deshalb schließe ich jetzt diese Debatte und rufe als Nächstes den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD) zur

*Änderung der Bayerischen Bauordnung (Drs. 18/547) -
Zweite Lesung*

*(Weitere Abgeordnete der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN
WÄHLER, der SPD und der FDP verlassen den Plenarsaal)*

*Ich eröffne die Aussprache. 54 Minuten sind vorgesehen.
Der Saal leert sich ziemlich. Ich vermute, dass die Be-
schlussfähigkeit bald nicht mehr gegeben ist. Ich erteile
aber Herrn Dr. Müller von der AfD das Wort. Herr Dr. Müller,
Sie haben das Wort. – Herr Maier übernimmt den Beitrag für
Herrn Dr. Müller. Herr Maier von der AfD hat das Wort.*

Christoph Maier (AfD): *Frau Präsidentin, Hohes Haus,
sehr geehrte Damen und Herren, die auf der Empore
noch anwesend sind, geschätzte Besucher des Bayeri-
schen Landtags! Im Namen der AfD-Fraktion kann ich
nur betonen und klarstellen, was ich vorher bereits ge-
sagt habe. Dem ist nichts weiter hinzuzufügen. Sollten
hier Missverständnisse aufgetreten sein, wird die AfD-
Fraktion dies intern besprechen. Ich danke für das Ver-
ständnis.*

(Markus Rinderspacher (SPD): Schande!)

*Jetzt zum heutigen Tagesordnungspunkt – ich muss
auch zur Sache sprechen, deshalb die gebotene Kürze.
Der Islam gehört nicht zu Bayern und auch nicht zu
Deutschland, sehr verehrte Damen und Herren. [...]*

Präsidentin Ilse Aigner: *Liebe Kolleginnen und Kollegen,
bevor wir in den nächsten Tagesordnungspunkt einsteigen,*

möchte ich auf die Geschäftsordnungsdebatte zurückkommen. Ich habe zwischenzeitlich mit dem Kollegen Dr. Müller ein Gespräch geführt und ihn gebeten, sich zu entschuldigen. Ich erteile ihm deshalb jetzt das Wort.

Dr. Ralph Müller (AfD): *(Beitrag nicht autorisiert) Sehr verehrte Damen und Herren, geschätzte Besucher des Bayerischen Landtags! Ich will es noch einmal ausdrücken: Ich entschuldige mich ausdrücklich für mein Verhalten, dass ich gegebenenfalls etwas zu lange sitzen geblieben bin, und ich entschuldige mich auch dafür, wenn dabei der Eindruck entstanden sein sollte, dass ich dem Ermordeten und seiner Familie nicht die nötige und gebührende Hochachtung erweisen wollte. Das möchte ich noch einmal klarstellen. Ich entschuldige mich ausdrücklich dafür, wenn dieser Eindruck entstanden sein sollte. Ich musste nämlich einige Minuten vor meiner eigenen Rede diese komplett verwerfen und aus Versatzstücken neu zusammensetzen. Das war einer der Gründe für diese Unachtsamkeit.*

Ich hoffe, dass das im Hohen Haus jetzt eine entsprechende Akzeptanz findet, denn meine Einstellung zu einem derartigen Mord ist doch wohl klar: Wir lehnen ein solches politisches Mittel grundsätzlich ab und erweisen dem Ermordeten selbstverständlich die ihm gebührende Ehre. Das ist doch selbstverständlich. Bitte nehmen Sie meine Entschuldigung an!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: *Danke schön, Herr Dr. Müller. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Entschuldigung, wie vom Kollegen Mehring beantragt, erfolgt.“*

Verleumdung der Landtagspräsidentin

Im Juli 2019 veröffentlichte Ralf Stadler ein manipuliertes Foto. Das Bild zeigt im Original Landtagspräsidentin Ilse Aigner, die mit Schüler*innen und einer Lehrerin unter blauen Luftballons steht. Auf die Ballons montierte Stadler das Logo der AfD. Dadurch sei der Eindruck entstanden, Aigner lasse AfD-Ballons steigen und verletze somit ihre Pflicht zur Überparteilichkeit als Landtagspräsidentin. Aigner hatte bei der Generalstaatsanwaltschaft München Strafantrag gestellt wegen Verleumdung gegen eine Person des politischen Lebens, unerlaubte Verwendung urheberrechtlich geschützter Werke und Verstoß gegen das Kunsturhebergesetz.

Bei der Besprechung zur Aufhebung der Immunität Stadlers im Rechtsausschuss sprach Christoph Maier davon, dass das Verfahren „höchst zweifelhaft“ sei und er warf der Präsidentin vor, die AfD „bis aufs Blut zu bekämpfen“ und dass sie mit juristischen Mitteln die AfD aus dem Parlament drängen wolle. Die AfD hat im Ausschuss und im Plenum⁴⁶ gegen die Aufhebung der Immunität gestimmt.

⁴⁶ 27. Sitzung, 25.9.2019, S. 3196.

Christoph Maier, 16. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration, 25.9.2019, S. 5:

Maier betont, die Angelegenheit müsse aus der Perspektive eines Beleidigungsdelikts mit politischem Charakter betrachtet werden. In dem Antrag der Generalstaatsanwaltschaft München sei im Briefkopf auch die "Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus" aufgeführt. Auch andere Staatsanwaltschaften hätten die Angelegenheit übernehmen können, etwa am Wohnsitz des Betroffenen. Der ganze Vorgang sei also unabhängig von der juristischen Bewertung höchst zweifelhaft. Dem Redner liege ein juristisches Gutachten vor, wonach einige hier genannte Paragraphen hier grundsätzlich nicht anwendbar seien. Bereits bei der konkreten Vorprüfung des Falls hätte sich herausstellen müssen, dass es hier nicht unbedingt zu Ermittlungen bzw. einer Anklage kommen müsse. Die Frau Präsidentin habe die Angelegenheit sofort per Pressemitteilung in die Öffentlichkeit getragen. Hier werde der Versuch unternommen, eine Partei "bis aufs Blut zu bekämpfen". Fraktionen dürften nicht aus dem Parlament gedrängt oder auf juristischem Weg bekämpft werden. – Die Immunität solle nicht aufgehoben werden.

Gegen Stadler wurde ein Strafbefehl erlassen in Höhe von 60 Tagessätzen, den er akzeptierte, wodurch er rechtskräftig geworden ist. Ilse Aigner kommentierte dies so:

„Es zeigt, dass eine solche Fotomontage eben kein schlechter Scherz, sondern ein Angriff auf die Integrität meiner Person war. Hier wurde eine rote Linie überschritten: Wer den Bayerischen Landtag in Person der Landtagspräsidentin verhöhnt, muss auch mit juristischen Konsequenzen rechnen.“⁴⁷

Es gab in der 18. Legislaturperiode insgesamt neun Immunitätsaufhebungen, die im Rechtsausschuss beraten⁴⁸ und dann jeweils in der folgenden Plenarsitzung ohne Aussprache beschlossen worden sind. Diese betrafen auch Personen anderer Fraktionen.

Lüge des Vorsitzenden des Bildungsausschusses

Im Zuge des Skandals um die interne Telegram-Chatgruppe mit dem Namen „Alternative Nachrichtengruppe Bayern“,

⁴⁷ Strafbefehl für AfD-Abgeordneten, bayerische-staatszeitung.de, 22.9.2020. Ralf Stadler bekommt seine Waffenbesitzkarte nicht zurück, bayerische-staatszeitung.de, 25.5.2022.

⁴⁸ Drei Aufhebungen 16. Sitzung, 25.9.19; 24. Sitzung, 23.1.20; 35. Sitzung, 18.6.20; 42. Sitzung, 26.11.20 (Vorwurf der Verletzung von Dienstgeheimnissen gegen Richard Graupner; sueddeutsche.de, 2.12.20); 54. Sitzung, 5.5.21; 77. Sitzung, 26.4.22 (Augsburger Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Ex-AfD-Politiker Markus Bayerbach, augsburger-allgemeine.de, 29.4.22); 92. Sitzung, 26.1.23 (StA Passau wg. Beleidigung in zwei Fällen).

ist der AfD-Abgeordnete Markus Bayerbach als Vorsitzender des Bildungsausschusses abgewählt worden.

Der Chatgruppe gehörten große Teile der AfD-Landtagsfraktion, der bayerischen AfD-Bundestagsabgeordneten sowie des Landesvorstands der AfD an. Dort fielen unter anderem die Begriffe Umsturz, Revolution und Bürgerkrieg.

Bayerbach hatte im Landtag erklärt, nicht Mitglied dieser Chatgruppe zu sein. Nach Recherche des Bayerischen Rundfunks habe es jedoch 458 Äußerungen Bayerbachs in der Chatgruppe gegeben. Daher werteten die Mitglieder des Bildungsausschusses seine Aussage als Lüge. Daraufhin enthoben sie ihn mit 9 zu 2 Stimmen seines Amtes.⁴⁹

⁴⁹ Bayerbach als Bildungsausschuss-Vorsitzender abgesetzt, [bayerische-STAATSZEITUNG.de](https://www.bayerische-STAATSZEITUNG.de), 27.1.2022.

Die AfD-Fraktionsvorsitzende Ebner-Steiner hat Björn Höcke 2020 in den Bayerischen Landtag eingeladen. Aufgrund von Corona-Schutzmaßnahmen war ihm der Besuch des Plenarsaales nicht erlaubt, er bekam jedoch Zugang zum Maximilianeum. Die Landtagspräsidentin Ilse Aigner sagte:

„Herr Höcke muss wissen, dass er als Faschist und jemand, der unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht, hier nicht willkommen ist.“⁵⁰

Auf Einladung der AfD-Abgeordneten Christoph Maier und Ferdinand Mang kamen Mitglieder der sogenannten Identitären Bewegung und der Burschenschaft Danubia München in den Landtag. Beide Gruppen werden als rechtsextremistisch eingestuft und vom Verfassungsschutz beobachtet. Zwei der Gäste haben das White-Power-Symbol gezeigt. Auch ein Journalist soll von den Gästen bedrängt worden sein.⁵¹

Rechtsextremisten finden sich später als Mitarbeiter von AfD-Abgeordneten oder der AfD-Fraktion wieder.⁵²

⁵⁰ Höcke wird Zutritt zum Bayerischen Landtag untersagt: „Als Faschist nicht willkommen“, www.augsburger-allgemeine.de, 25.6.2020.

⁵¹ Rechtsextremisten feiern mit der AfD im Landtag, www.sued-deutsche.de, 20.6.2023.

⁵² Rechtsextreme Mitarbeiter – Kritik an AfD im Landtag, www.br.de, 20.3.2024. Zu einem Mitarbeiter von Christoph Maier, siehe auch: 29. Sitzung, 15.10.2019, S. 3459.

AfD-Verfassungsrichter beim Sturm auf den Bundestag

Der von der AfD vorgeschlagene und vom Landtag gewählte bayerische Verfassungsrichter Rüdiger Imgart, Mitglied der AfD, war in Berlin auf einer Demonstration gegen die Corona-Politik anwesend. Er ist auf Fotos ohne Mundschutz und im Gespräch mit Vertreter*innen von Pegida zu sehen, im Hintergrund schwarz-weiß-rote Reichsflaggen. Kurz danach eskalierte die Situation und Teile der Demonstration versuchten, den Bundestag zu stürmen.⁵³ Die AfD hat Imgart in der 19. Legislaturperiode erneut als Richter vorgeschlagen und er wurde erneut mehrheitlich gewählt.

⁵³ Verfassungsrichter auf Demo vor Reichstag, sueddeutsche.de, 31.8.2020.

Schlussworte der Landtagspräsidentin

Die Landtagspräsidentin Ilse Aigner fasste in der letzten Sitzung der 18. Legislaturperiode die veränderte Debattenkultur aufgrund des Einzugs der AfD zusammen.

Präsidentin Ilse Aigner, 152. Sitzung, 20.7.2023, S. 21861 ff.:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin seit 33 Jahren gewähltes Mitglied verschiedener Volksvertretungen auf kommunaler Ebene, auf Landes- und Bundesebene. Mein Eindruck ist: Es ist kein Zufall, dass der Ton auch hier im Landtag spürbar verroht ist, seitdem im Jahr 2018 eine neue Fraktion in den Bayerischen Landtag eingezogen ist. Das ist eine Zäsur!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Von hier oben behandle ich alle Abgeordneten und Fraktionen gleich. Ich stelle sicher, dass alle Abgeordneten im Parlament dieselben Arbeitsbedingungen erhalten sowie die Interessen der Abgeordneten und der Fraktionen gewahrt werden. Ich übe mein Amt als Parlamentspräsidentin unparteiisch aus, und dafür stehe ich auch ein. Ich bin aber keine neutrale Person. Ich bin Demokratin, und ja, ich lasse mir den Mund nicht verbieten,

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

erst recht nicht von einer Partei, die sich am äußersten rechten Rand positioniert, die in Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet und als gesichert rechtsextremistisch eingestuft wird und die hier im Haus vor allem durch Streit, Eklat und Provokationen aufgefallen ist.

Dazu war zu lesen, man habe den "Kuschelmodus" im Bayerischen Landtag beendet. Nun, ich kann Ihnen aufgrund meiner langjährigen Abgeordnetentätigkeit und insbesondere auch aus Erfahrung als Staatsministerin hier im Haus sagen: Kuschelig war es hier noch nie, sondern immer wettbewerbsorientiert.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Der Bayerische Landtag ist bekannt für klare Worte, sowohl bei der Regierung als auch bei der Opposition, eine scharfe Auseinandersetzung in der Sache und eine mitunter auch harte inhaltliche Debatte. Davon lebt der politische Wettstreit, davon lebt die Demokratie.

Was neu ist und was wir hier bis 2018 nicht kannten, sind permanente Störungen, die Verächtlichmachung des politischen Gegners, und – noch schlimmer –: des Parlaments und der Verfassungsorgane. Es gab Entgleisungen: der bewusste Eklat bei der Gedenkstunde mit der Shoah-Überlebenden Charlotte Knobloch, die Gasmaske am Rednerpult, die Märtyrer-Inszenierung auf eigenen Kanälen, etwa weil einem Abgeordneten die reguläre Redezeit ausgegangen war, die Bewerbungsrede zum Vizepräsidenten des Hohen

Hauses, in der es ein Kollege fertigbringt, mehrere Verschwörungstheorien in einem Satz unterzubringen, die Mär von der "Islamisierung des Abendlandes" und vom "Bevölkerungsaustausch" verbreitet und über irgendeine "Besatzungsmacht" schwurbelt. Ganz klar: So redet kein Vizepräsident, so redet ein Spaltpilz!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Zusätzlich gibt es die unzähligen kleinen Sticheleien, Spott, Schmähungen, Ablenkungsmanöver und Unsachlichkeiten. Das schadet nicht nur unserer Debattenkultur, das schadet auch unserer Demokratie. Das ist inakzeptabel.

25 Rügen⁵⁴ wurden in dieser Wahlperiode ausgesprochen, davon die meisten in eine Richtung. Über Jahrzehnte gab es überhaupt keine Rüge, und zwar nicht, weil hier "gekuscht" wurde, sondern weil hier bei allen Unterschieden und allem Streit Respekt geherrscht hat – Respekt vor dem Gegenüber, Respekt vor dem Volk, das wir vertreten dürfen, Respekt vor unserem Land und Respekt vor unserer Demokratie. Dieser Respekt wird jetzt von einigen mit Füßen getreten, und zwar genau von denen, die sich selbst als Patrioten inszenieren. Das ist keine Stärkung der Demokratie und keine Stärkung der Meinungsfreiheit. Das schwächt unser Land.

⁵⁴ Erst nach dieser Rede wurde Ralf Stadler die 26. Rüge erteilt.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Für mich steht fest: Das nächste Präsidium sollte alles in seiner Macht Stehende tun, um die Debattenkultur in unserem Land und in diesem Haus zu schützen, um sie zu stärken und um Entgleisungen künftig schärfer zu sanktionieren. Wenn Rügen, für die sich jeder vernünftige Abgeordnete schämt, in manchen Kreisen als Trophäe gelten, brauchen wir ein neues Instrument. Wer glaubt, Hass und Hetze gehörten zur Leistungsbilanz eines Volksvertreters, muss für diesen Irrtum dann eben bezahlen.

Ich bin fest entschlossen zu verhindern, dass der Demokratie auf der Nase herumgetanzt wird.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Deswegen bin ich auch für eine schärfere Hausordnung. Jedem muss klar sein: Wer hier mit menschenverachtenden Zeichen oder Sprüchen auftritt, fliegt raus!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)“

Schlussfolgerung

I. Relevanz der Zitate

Diese Sammlung an Zitaten ist so umfangreich, dass man nicht mehr von Einzelfällen oder Missverständnissen sprechen kann. Von den 23 Abgeordneten,⁵⁵ die Mitglied der AfD-Fraktion waren, tauchen ganze 20 mit insgesamt ca. 250 Redeauszügen hier auf. Traurige Spitzenreiter sind mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer⁵⁶ Christoph Maier und der Fraktionsvorsitzenden Katrin Ebner-Steiner mit jeweils ca. 50 Zitaten zwei Führungspersonen der Fraktion. Dass Ebner-Steiner nach einem internen Streit erst abgewählt und dann erneut als Fraktionsvorsitzende gewählt worden ist,⁵⁷ zeigt, dass ihre Aussagen von der Mehrheit der Fraktion nicht nur zu Beginn mitgetragen worden sind. Auch die Beifallsbekundungen der Fraktion während der jeweiligen Reden zeigen, dass es sich dabei nicht um abweichende Meinungen handelte.

Das bedeutet, dass sich fast die Gesamtheit der AfD-Fraktion problematisch bis rechtsextrem äußerte und diese Äußerungen ihrer Kolleginnen und Kollegen inhaltlich unterstützte.

⁵⁵ Die Fraktion umfasste ursprünglich 22 Abgeordnete. Durch den Tod von Josef Seidl rückte jedoch auch Oskar Atzinger in den Landtag nach.

⁵⁶ Maier war bis 30.9.2021 Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD. Er wurde dies mit Beginn der 19. LP wieder.

⁵⁷ Fraktionsvorsitzende bis 30.9.2021 und ab 19.10.2023.

Isoliert betrachtet ist bei manchen Aussagen die Problematik nicht sofort erkennbar oder wären auch alternative Interpretationen denkbar. Auch gibt es Zitate, die vereinzelt auch von Vertreter*innen demokratischer Parteien schon in ähnlicher Form gefallen sind. Doch während man bei anderen Parteien allein schon aufgrund der Quantität von verbalen Ausrutschern oder Einzelpersonen sprechen muss, zeigt sich in der Gesamtschau der Zitate der AfD, wie die einzelnen Aussagen interpretiert werden müssen, dass diese keine Ausrutscher sind und sie den ideologischen Kern der AfD-Fraktion widerspiegeln.

Abgeordnete sind zentrale Vertreter*innen einer Partei, die im Rahmen eines Auswahlverfahrens durch aktive Parteimitglieder zu Kandidierenden gewählt worden sind. Aufgrund der Besonderheit der bayerischen Landtagswahl, wonach die Wähler*innen einer Partei die Reihenfolge der Liste verändern können, sind die Abgeordneten am Ende nicht nur von den Mitgliedern, sondern zusätzlich auch vom gesamten, der Partei nahestehenden Spektrum in Form der Wähler*innen auch aufgrund ihrer Ansichten als Vertreter*innen der Partei bestimmt worden.

Die Bundespartei der AfD hat in keiner Weise auf die im Bayerischen Landtag stattgefundenen Ausfälle reagiert und keine Distanzierung geäußert und erst recht keine Maßnahmen gegen die entsprechenden Personen eingeleitet.

Durch die Aussagen der Abgeordneten lassen sich also in einer ganz besonders guten Weise „die wirklichen Ziele der

Partei“ ergründen. Laut Bundesverfassungsgericht kommt es auf diese und nicht auf die vorgegebenen Ziele an.

Dies gilt auch für die Aussagen von AfD-Abgeordneten, die später aus Partei und Fraktion ausgetreten sind.⁵⁸ Während die Äußerungen getätigt worden sind, hatte sich die Fraktion nicht davon distanziert, ja den jeweiligen Rednern ist regelmäßig für ihre Ausfälle von der AfD-Fraktion applaudiert worden. Kein Abgeordneter ist aufgrund seiner Äußerungen ausgeschlossen worden. Vielmehr sind diese eher aufgrund der Radikalität der Fraktion ausgetreten.

Der im Parlament für Abgeordnete geltende Grundsatz der Indemnität schließt laut Bundesverfassungsgericht eine Zurechnung parlamentarischer Äußerungen nicht aus.⁵⁹

Diese Zitate sind also nach den Grundsätzen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts der AfD als

⁵⁸ Austritte: Bayerbach 21.3.22, Klingen 21.3.22, Müller 31.12.20, Plenk 8.4.19, Seidl 1.12.21 (verstorben 13.3.22), Swoboda 28.3.19. Atzinger wurde nach seinem Einzug in den Landtag erst am 30.3.22 in die Fraktion aufgenommen. Tätigkeitsbericht über die 18. Wahlperiode des Landtags, S. 10. Müller ist wohl aus internen Differenzen in seinem Kreisverband aus der AfD ausgetreten (Parteiaustritt bei der AfD im Landtag: Abgeordneter kommt Ausschluss zuvor, merkur.de, 29.12.2020; Das AfD-Phantom ist wieder da, sueddeutsche.de, 14.6.2023). Plenk sagte beim Austritt, er habe „es satt, die bürgerliche Fassade einer im Kern fremdenfeindlichen und extremistischen Partei zu sein.“ AfD-Spitzenpolitiker will zur CSU, Anna Clauß, Der Spiegel 15/2019.

⁵⁹ BVerfG, Urteil vom 17.1.2017, 2 BvB 1/13, Leitsatz 5c.

Ganzes zuzurechnen und sind von ihrem Gewicht her besonders geeignet, die wirklichen Ziele der Partei zu ergründen.

II. Kontext, Transparenz und Nachprüfbarkeit

Die hauptsächliche Verteidigungsstrategie der AfD bei Vorwürfen rechtsextremer Zitate, ist nicht die Distanzierung, sondern die Behauptungen, das Zitat sei aus dem Zusammenhang gerissen, das Zitat stimme nicht oder eine angeblich politische Institution habe dieses einseitig interpretiert.

In dieser Sammlung wurde darauf geachtet, dass der Kontext der Aussage stets mit abgebildet ist. Im Zweifel wurde eher mehr als weniger Text abgedruckt. Das führt zwar teilweise zu mehreren Seiten Protokollauszügen, stärkt aber die Glaubwürdigkeit der Kritik. Die Behauptung, ein Zitat sei aus dem Zusammenhang gerissen, ist hier nicht möglich.

Die hier aufgeführten Zitate aus Plenarsitzungen sind aus öffentlichen Protokollen entnommen worden. Die Niederschriften der Plenarsitzungen sind vom Stenografischen Dienst als Entwurf vorab allen zitierten Abgeordneten zugesandt worden, um die Zitate bestätigen oder korrigieren zu können. Die hier verwendeten Protokolle können auf der Webseite des Landtags auf der Seite „Dokumente“ und der Unterseite „Protokolle“ gefunden werden. Dadurch kann

jede und jeder jedes Zitat aus den Plenarsitzungen selbst nachprüfen. Wer Zweifel an der Richtigkeit der Niederschrift hat, kann auf der Webseite des Landtags auch die Videoaufnahmen von den Reden finden und selbst nachhören, was der Redner oder die Rednerin gesagt hatte. Die Behauptung, ein Zitat sei falsch wiedergegeben worden, ist hier nicht möglich.

Die Interpretation der Aussagen findet hier transparent anhand der konkreten Originalzitate statt. Jede Person kann also selbst nachprüfen, ob die Interpretation und Einordnung korrekt ist oder man selbst zu einem anderen Schluss kommt. Die pauschale, unsubstantiierte und ohne inhaltliche Befassung getätigte Behauptung, eine Schlussfolgerung sei einseitig und falsch, ist daher hier nicht möglich.

III. Verfassungsfeindlichkeit der AfD

Nicht jeder in der Verfassung verankerte Grundsatz gehört zu ihrem Kern. Es kann legitim sein, als politische Kraft bestimmte Passagen der Verfassung ändern zu wollen. „Der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne von Art. 21 Abs 2 GG umfasst nur jene zentralen Grundprinzipien, die für den freiheitlichen Verfassungsstaat schlechthin unentbehrlich sind,“ wie das Bundesverfassungsgericht festgelegt hat.⁶⁰ Dies sind:

⁶⁰ BVerfG, Urteil vom 17.1.2017, 2 BvB 1/13, Leitsätze 3 bis 5.

- die Menschenwürdegarantie,
- das Demokratieprinzip und
- das Rechtsstaatsprinzip.

Um von einer Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sprechen zu können, muss lediglich eines ihrer Wesenselemente abgeschafft oder durch etwas anderes ersetzt werden. Es müssen eben nicht zwei oder alle drei Elemente gefährdet sein, es genügt eines.

Ein Beeinträchtigen liegt vor,

„wenn eine Partei nach ihrem politischen Konzept mit hinreichender Intensität eine spürbare Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bewirkt.“

1. Menschenwürde

Zentrales Grundprinzip des freiheitlichen Verfassungsstaates ist neben dem Demokratie- und dem Rechtsstaatsprinzip die Achtung der Menschenwürde:

„Die Garantie der Menschenwürde umfasst die Wahrung personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit.“⁶¹

Das Bundesverfassungsgericht stellt hierzu klar:

„Menschenwürde ist egalitär; sie gründet ausschließlich in der Zugehörigkeit zur menschlichen Gattung, unabhängig

⁶¹ BVerfG, Urteil vom 17.01.2017, 2 BvB 1/13, Rn. 529.

von Merkmalen wie Herkunft, Rasse, Lebensalter oder Geschlecht. Dem Achtungsanspruch des Einzelnen als Person ist die Anerkennung als gleichberechtigtes Mitglied in der rechtlich verfassten Gemeinschaft immanent. Mit der Menschenwürde ist daher ein rechtlich abgewerteter Status oder demütigende Ungleichbehandlungen nicht vereinbar. Dies gilt insbesondere, wenn derartige Ungleichbehandlungen gegen die Diskriminierungsverbote des Art. 3 Abs. 3 GG verstoßen, die sich – ungeachtet der grundsätzlichen Frage nach dem Menschenwürdegehalt der Grundrechte – jedenfalls als Konkretisierung der Menschenwürde darstellen. Antisemitische oder auf rassistische Diskriminierung zielende Konzepte sind damit nicht vereinbar und verstoßen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.“⁶²

Die AfD im Bayerischen Landtag unterscheidet zwischen einer „autochthonen“ deutschen Bevölkerung oder „indigenen Deutschen“ und denjenigen, die nur den deutschen Pass haben und nicht als Deutsche gelten („Türken mit deutschem Pass“). Dabei werden die Begriffe „autochthon“ oder „indigen“ im Sinne von „reinrassig“ verwendet. Einmal hieß es: „Biodeutsche werden ersetzt durch Neu-deutsche.“ Dies entspricht dem ethnisch homogenen Volksbegriff der Rechtsextremen.

⁶² Urteil des BVerfG vom 17.01.2017 – 2 BvB 1/13, Rn. 541.

Im nationalsozialistischen „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ („Blutschutzgesetz“) von 1935 heißt es beispielsweise in der Präambel:

„Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist [...].“

Ein Abgeordneter der AfD im Bayerischen Landtag ging sogar so weit, dass er direkt eine Definition des Deutscheins vortrug, die an die Regeln der Nürnberger Rassegesetze erinnert. Damals war bei „jüdischen Mischlingen ersten Grades“ (umgangssprachlich: „Halbjuden“) fraglich, ob sie deutsche Reichsbürger sein könnten. Nun meint dieser AfD-Abgeordnete, dass derjenige, der einen Elternteil hat, der nicht in Deutschland geboren sei, nicht als Deutscher gelte. Das deutsche Volk sei seiner Meinung nach mit seinen mehr als 80 Millionen Staatsbürgern um 7 bis 8 Millionen kleiner geworden gegenüber den 68 Millionen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, denn nun seien es nur noch 60,6 Millionen Deutsche ohne Migrationshintergrund und 21,1 Millionen Menschen mit mindestens einem Elternteil aus dem Ausland.

Der zentrale ideologische Kern der AfD ist die Lüge vom „Bevölkerungsaustausch“, die im Bayerischen Landtag auch als „Umvolkung“, „Überfremdung“, „Ersetzungsmigration“ oder „Great Replacement“ bezeichnet worden ist. Das bedeutet, dass die Vermischung des deutschen Volkes mit anderen Völkern nicht zufällig sei, sondern einem geheimen Plan folge.

Diese Ideologie geht unter anderem auf Adolf Hitler zurück, der diese in seinem Buch „Mein Kampf“ beschrieben hatte (Bd. 1, S. 345). Dort schreibt er von einer Verschwörung der Juden, die seinem Wahn nach mit der Vermischung mit vermeintlich minderwertigen Rassen eine Schwächung der arischen Rasse bewirken wollten, um diese beherrschen zu können. In der Ideologie der AfD im Bayerischen Landtag stehen in dieser antisemitischen Verschwörungslüge nicht mehr ganz offen die Juden, sondern geheimnisvolle „Globalisten“ oder die „Goldenen“ steuernd im Hintergrund. Ein Landtagsabgeordneter hatte diese auf Social Media auch mit den typischen antisemitischen Chiffren bezeichnet, wie „New World Order“, „Goldman Sachs“ oder „Rothschild“. Wer den Bevölkerungsaustausch unterstütze, sei laut einem anderen AfD-MdL ein „Erfüllungspolitiker der Besatzungsmacht“.

Die angeblich niederen Völker, die im Rahmen eines Bevölkerungsaustausches aktiv nach Deutschland gebracht würden, werden von der AfD im Bayerischen Landtag in erster Linie mit den Völkern aus dem Nahen Osten und Afrika assoziiert. Europa werde zu einem „afro-orientalischen Siedlungsgebiet“, Bayern zu einem „Multikultistan“. Demgegenüber wird eine Einwanderung aus europäischen Ländern als eher harmlos angesehen.

Etwas zwiespalten ist die AfD hinsichtlich der Zuwanderung aus slawisch-sprachigen Ländern wie der Ukraine. Die Anzahl russischstämmiger Mitglieder ist in der AfD relativ hoch, auch sympathisiert die Partei mit dem Russland Putins. Daher unterschied die AfD im Bayerischen Landtag

manchmal auch zwischen den zumindest teilweise akzeptierten slawisch-stämmigen Menschen und anderen Volksgruppen aus Osteuropa. So beklagt sie sich darüber, dass „eine ethnische Minderheit aus der Ukraine“, die also nicht slawisch-stämmig ist, nach Deutschland geflohen sei. Dies wurde in einer Rede auch mit einer angeblichen „Ersetzungsmigration“ in Verbindung gebracht, wonach über den Hebel der Flucht aus der Ukraine andere Völker als die slawischen Ukrainer nach Deutschland geholt würden. Mit der historisch falschen Behauptung, die Westukraine habe einst als Galizien zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gehört, wollte ein AfD-Abgeordneter eine Besserstellung ukrainischer gegenüber anderen Flüchtlingen begründen.

Trotzdem wurde auch allgemein die Flucht von Ukrainern von der AfD im Bayerischen Landtag kritisiert, ja sogar als eine Fortsetzung der Annexion deutschen Territoriums im Rahmen der Westverschiebung Polens verstanden. Polen und Ukrainer hätten sich damals nach dem Krieg „deutsches Gebiet unter den Nagel gerissen“ und nun kämen „zusätzliche 1,2 Millionen Ukrainer, die auf deutschem Gebiet leben wollten“ dazu.

Im Gegensatz zu Hitler, der Muslime bzw. Araber – auch weil er sie brauchte – teilweise nicht als minderwertig angesehen hatte, sind sie für die AfD im Bayerischen Landtag der Hauptfeind. Die Gefahr einer angeblichen „Islamisierung“ wird thematisiert und die Religion Islam wird von AfD-Abgeordneten regelmäßig mit der extremistischen Ideologie des Islamismus gleichgestellt. Es wird behauptet, es könne den

Islam nur als politischen Islam oder Islamismus und nie in anderer Form geben. Eine Trennung von Staat und Religion sei per se mit dem Islam nicht vereinbar. Der Islam könne in keiner Form mit dem Grundgesetz vereinbar sein, er sei eine „islamistische Kultur“ und eine „extremistische Religionsideologie“. Mehrfach forderte die AfD-Fraktion ein Verbot von Minaretten und des Muezzinrufs.

Einwanderer, insbesondere muslimische Einwanderer, werden in erster Linie mit diffamierenden Begriffen wie „Axtexperten“, „Messerfachkräfte“, „Messerstecher“, „Clankriminelle“, „Vergewaltiger“, „Mörder“, „islamistische Terroristen“, „Millionenheer von Habe- und Taugenichtsen“, „Asylbetrüger“ und „Scheinasylanten“ bezeichnet. Auch ironische Formulierungen wie „Bereicherung“, „Einzelfälle“, „Reisebegeisterte“, „Wanderungswillige“ oder „Goldstückchen“ tauchen auf. Die Flucht dieser Menschen wird pauschal „bewusst gewollte Geflüchteteninvasion“, „kriminelle Masseninvasion“, „Asylflut“ oder „Grenzflutung“ genannt.

Der Begriff der „Remigration“, wie er von der AfD auch schon in der 18. Legislaturperiode benutzt worden ist, steht in engem Zusammenhang mit der rassistischen Verschwörungslüge des „Bevölkerungsaustausches“ und ist ein Euphemismus für die frühere NPD-Parole „Ausländer raus!“ im Sinn einer ethnischen Säuberung. Er wurde in Deutschland durch die Identitäre Bewegung geprägt und von der AfD übernommen. Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag ernannte sogar einen „Remigrationspolitischen Sprecher“.

Dieser stellte klar, dass Remigration „eine der zentralen Forderungen der AfD“ sei.

Was die AfD in Bayern konkret unter „Remigration“ versteht, wurde erst nach der 18. Legislaturperiode in einem Parteitagsbeschluss fast einstimmig beschlossen.⁶³ Zur Verhinderung des "Niedergangs autochthoner Völker" in Europa solle das "Staatsziel einer umfassenden Remigration im Millionenbereich in den kommenden zehn Jahren" festgelegt werden. Da es aber nur etwas mehr als 200.000 ausreisepflichtige Ausländer in Deutschland gibt und die allermeisten davon geduldet sind⁶⁴ und noch sehr viel weniger kriminelle Ausländer, geht es der AfD bei einer Remigration im Millionenbereich offensichtlich nicht nur um die „illegalen“ oder die „kriminellen“, sondern um alle, die nicht zur rassistischen AfD-Definition des autochthonen deutschen Volkes gehören.

Dies zeigt deutliche Parallelen zum Parteiprogramm der NSDAP von 1920.⁶⁵ Dort heißt es in den Punkten 4, 5, und 8:

*"Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist.
Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist
[...]"*

⁶³ Bayerische Resolution für Remigration zum Landesparteitag in Greding am 24.11.2024.

⁶⁴ 242.642 ausreisepflichtige Ausländer im Jahr 2023, davon 193.972 geduldet. 220.808 ausreisepflichtige Ausländer 2024, davon 178.512 geduldet. Statista.com nach Zahlen des BMI.

⁶⁵ Thematisiert wurde dies in der 19. LP in der 35. Sitzung, 3.12.24, S. 3780 f.

"Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können [...]"

"Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden."

Der ideologische Kern der Politik der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag ist die rassistische Vorstellung eines ethnisch homogenen deutschen Volkes, das rein gehalten werden solle. Die AfD möchte die angeblichen geheimen Kreise bekämpfen, die im Hintergrund – ihrem antisemitischen Wahn nach – einen Bevölkerungsaustausch durchführen. Menschen werden von der AfD im Bayerischen Landtag eingeteilt in echte Deutsche und andere, die nur einen deutschen Pass haben, aber keine echten Deutschen seien. Auch Ausländer werden eingeteilt in eher unproblematische Europäer, wobei auch die Ukrainer teils kritisch gesehen werden, und die niedriger gewerteten Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten. Dabei wird auch eine massive Islamfeindlichkeit gelebt, die den Islam pauschal mit Islamismus gleichsetzt.

Es zeigt sich eine deutliche Wesensverwandtschaft mit den zentralen Aspekten des Nationalsozialismus in Form des antisemitischen Wahns Adolf Hitlers, dem Kern des NSDAP-Parteiprogramms und den Nürnberger Rassegesetzen.

Die AfD verletzt mit ihren Aussagen und ihren Forderungen die Menschenwürde großer Teile der deutschen Bevölkerung.

2. Demokratieprinzip

Die freiheitliche demokratische Grundordnung in ihrer Ausprägung der repräsentativen Demokratie unseres Grundgesetzes und der Rolle der Parteien wird von der AfD im Bayerischen Landtag regelmäßig verächtlich gemacht. Dabei entwickelte sie eine ungeheure Kreativität in der Erfindung neuer diffamierender Wörter. In erster Linie setzen diese das politische System der Bundesrepublik Deutschland mit dem Unrechtsregime der DDR oder anderer sozialistischer Diktaturen gleich. Die Begriffe „Sozialismus“, „Totalitarismus“, „Bolschewismus“, „Diktatur“ und „Stasi“ werden in immer neuen Wortkombinationen verbunden mit Begriffen aus dem heutigen politischen System. Aber vereinzelt werden auch Vergleiche mit dem NS-Regime gemacht, beispielsweise bezüglich des „Ermächtigungsgesetzes“, dem „Faschismus“ oder den „Blockwarten“. Besonders häufig trat dies während der Corona-Pandemie auf. Diese sei geplant gewesen („Plandemie“) und ermögliche nun den geplanten Übergang zur Diktatur.

Die demokratischen Parteien, ihre Vertreter*innen und deren Politik werden beleidigt als „Altparteien“, „Kartellparteien“, „Systemopposition“, „Parteienoligarchie“, „Volksverächter“, „Volksfeinde“, „antideutsch“, „pseudodemokratisch“ und „gesteuert“.

Neben den demokratischen Parteien werden auch zivilgesellschaftliche Akteure verunglimpft. Vereine und Institutionen, die sich gegen Rechtsextreme engagieren, werden von den AfD-Abgeordneten im Bayerischen Landtag als „Linksextreme“, „linker Sumpf“, „rote Front“, „Kommunisten“, „Bolschewiken“, „terroristisch“, „linksfaschistisch“ und „Straßenschlägerbanden“ beleidigt.

Unabhängige Medien wie die freie Presse oder der öffentlich-rechtliche Rundfunk seien laut AfD ein „politisch-medialer Komplex“, „Zwangsbeglückungssystem“, „sozialistischer Paternalismus“ oder „Staatsfunk“, sie betrieben „Zensur“, „Bevormundung“, „Unterdrückung“ und „Volks-erziehung“.

Auch die Tatsache, dass jahrzehntelang keine Rügen im Landtag ausgesprochen werden mussten, in der 18. Legislaturperiode hingegen 26 Rügen, sagt etwas über den fehlenden Respekt der AfD gegenüber dem Parlament aus, denn 23 dieser Rügen erhielten Abgeordnete oder ehemalige Abgeordnete der AfD. Eine Rüge wurde aus ihren Reihen als „Ritterschlag“ bezeichnet.

Weitere Affronts folgten, als ein AfD-Abgeordneter beim Gedenken an den von einem Rechtsextremisten und Anhänger der AfD ermordeten CDU-Politiker Walter Lübcke sich minutenlang nicht von seinem Platz erhoben hatte. Bei der Rede der Überlebenden der Shoa und Vorsitzenden der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, verließ die Mehrheit der AfD-Fraktion

demonstrativ den Plenarsaal. Mehrere Immunitätsaufhebungen bedurfte es bei der AfD, darunter eine Verurteilung wegen der Verleumdung der Landtagspräsidentin. Der Vorsitzende des Bildungsausschusses von der AfD hatte den Landtag belogen und wurde daraufhin von seinem Amt enthoben. Die AfD-Fraktion und ihre Mitglieder haben Rechtsextremisten in den Landtag eingeladen und auch als Mitarbeiter*innen angestellt. Das von der AfD vorgeschlagene und vom Landtag gewählte Mitglied des Verfassungsgerichtshofs wurde von der AfD erneut vorgeschlagen und mehrheitlich gewählt, obwohl es bei der Demonstration in Berlin anwesend war, bei der versucht worden ist, den Bundestag zu stürmen.

Es blieb nicht bei der Verächtlichmachung von Parlament, Regierung, Medien und Zivilgesellschaft. Es wurde den demokratischen Institutionen auch „Volksverrat“, „Landesverrat“ und ein „Putsch gegen das eigene Volk“ vorgeworfen und drohend in den Raum gestellt, dass dies zu Konsequenzen führen werde. Die Anträge der AfD würden zudem „in Gesetzesform gegossen“, „wenn Deutschland noch einmal zu alter Kraft und Stärke zurückfinden werde“. Und die gesammelten Vorwürfe rechtsextremer Aussagen kommentierte ein AfD-Abgeordneter mit den Worten: „All das, was hier vorgetragen wurde, wird dereinst auf einem Ehrenschild stehen.“ Dies waren Ausblicke auf eine neue Zeit, in der die rechtsextremen Ansichten zur Umsetzung gelangen würden. Die Drohung meint eine Regierungsübernahme durch die AfD, mit der umgesetzt werde, was angekündigt

worden war und die zur Rechenschaft gezogen würden, die hinter dem angeblichen Bevölkerungsaustausch stehen.

3. Planvolles Handeln

Das Grundgesetz fordert, dass zu der verfassungsfeindlichen Zielsetzung auch noch ein aktives Handeln in diese Richtung kommt. Die Partei muss auf die Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung „ausgehen“. Dies ist im Fall der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag gegeben. Die Äußerungen sind nicht an einem Stammtisch oder zuhause gefallen, sondern im Rahmen von politischen Debatten durch Mitglieder des Landtags vor Abstimmungen über Anträge oder Gesetzentwürfe. Dies ist aktives Handeln, das die Schwelle zur Bekämpfung der Grundordnung überschritten hat.

Die AfD strebt nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. Sie zielt auf eine Ersetzung der bestehenden Verfassungsordnung durch einen an der ethnischen „Volksgemeinschaft“ ausgerichteten autoritären „Nationalstaat“. Dieses politische Konzept missachtet die Menschenwürde aller, die der ethnischen Volksgemeinschaft nicht angehören, und ist mit dem grundgesetzlichen Demokratieprinzip unvereinbar.

Die AfD arbeitet planvoll und qualifiziert auf die Erreichung ihrer Ziele hin. Die AfD hat als Oppositionsführerin in Bundestag und im Bayerischen Landtag und anderen Landtagen eine ausreichende Größe, so dass die reale Gefahr besteht, dass ihr Handeln zum Erfolg führen könnte.

Personen-, Orts- und Sachverzeichnis

1

1930er.....	11
1934.....	278
1943.....	195
1945.....	23, 136, 157

2

2015. 39, 43, 48, 57, 64, 80, 82, 83, 87, 95, 103, 104, 126, 131, 140, 162, 209

A

a.i.d.a München.....	235
abartig.....	122
Abbruchkultur	258
Abendland. 21, 46, 48, 64, 131, 132, 331	
Abnicker	160
Abschiebebehörden	229
Abschiebehaftvollzugsgesetz	230
abschieben	21, 33, 95
Abschiebeoffensive	105
Abschiebeverhinderungsindus- trie	107

Abschiebungen . 35, 36, 74, 79, 106, 230	
abschlachten	78
Abschottung	11
Abschottungspolitik	57
Abstammung	11, 34, 64, 81
Abwehrkampf.....	68
Abzocke	166, 247
Ächtung	258
ADAC	257
Adelt (SPD)	
Klaus	234
AfD 1, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 29, 30, 32, 33, 35, 36, 37, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 56, 57, 60, 62, 63, 64, 67, 68, 73, 74, 75, 76, 79, 80, 81, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 94, 95, 97, 98, 100, 103, 104, 105, 110, 111, 112, 114, 115, 117, 119, 122, 124, 126, 127, 128, 130, 131, 133, 135, 136, 137, 139, 142, 143, 144, 146, 148, 149, 150, 151, 152, 156, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 170, 171, 172, 173, 174, 186, 187, 188, 190, 191, 192, 193, 194, 196, 198, 199, 200,	

204, 206, 207, 208, 209, 210, 214, 215, 216, 218, 219, 220, 225, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 242, 243, 245, 246, 247, 248, 250, 251, 254, 255, 256, 257, 261, 262, 263, 264, 265, 270, 271, 272, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 286, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 296, 297, 299, 300, 304, 305, 308, 309, 310, 313, 314, 315, 319, 320, 321, 322, 323, 325, 326, 327, 328, 329, 333, 334, 335, 336, 337, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350	314, 316, 317, 318, 320, 321, 323, 325, 327, 329
AfD-Kanal.....246	Aiwanger (FW)
Affront..... 304, 347	Hubert 96, 224
Afghanistan73	Akzeptanz60
Afrika.....42, 64, 183, 341, 345	alimentieren..... 109, 248
Afrikaner..... 50, 52, 65, 239	Alimentierung..... 103
afro-orientalische Besiedlung48	Alkoholverbot..... 164
afro-orientalisches Siedlungsgebiet . 47, 65, 89, 341	Allgäu rechtsaußen 235
Agenor.....182	Allmacht 188
Agitation..... 159, 204, 205	Allparteienkartell..... 74
Aigner (CSU)	alte Kraft und Stärke . 265, 266, 348
Ilse.214, 231, 272, 291, 294, 299, 301, 304, 305, 313,	alteingesessen34
	Alternative für Nazis 108
	alternative Medien.....239
	Ältestenrat .284, 285, 286, 289, 291, 293, 294
	altkommunistische Kräfte 235, 236
	Altparteien ...44, 46, 47, 56, 64, 71, 167, 191, 192, 195, 218, 224, 225, 346
	Altparteienkartell 254, 255
	amerikanisch23
	Ampel20, 23, 104, 171, 186
	Ampelkoalition 172
	ampelnah.....251
	Andersdenkende 198
	Andersgläubige 122, 127
	Angriffskrieg..... 62, 254
	Ankara 109
	Anker-Zentren 98, 107
	Anliegen..... 32, 33
	Annexion.....342
	anthropologisch..... 137

antideutsch	230, 346	Asylberechtigte	88
Antidiskriminierung	261	Asylbetrüger	47, 89, 91, 114, 115, 209, 343
antiextremistisch	237	Asylbewerber	35, 47, 65, 82, 86, 87, 88, 115
Antifa .	198, 235, 236, 237, 239, 240	Asylflut.....	93, 343
Antifaschismus	236	Asylforderer	56, 172
Antifaschisten	237, 238	Asylindustrie ...	52, 65, 89, 100, 102, 106
antifaschistisch	4, 237	Asylkosten	104
Antirassismus	261	Asylmissbrauch	35
antisemitisch ..	10, 33, 65, 136, 339, 341, 345	Asylrecht.....	32, 56, 162, 229
Antisemitismus ...	93, 123, 124, 136, 238	Asylsuchende	75, 76, 87
antitotalitär	193	Asylzuwanderung	56, 88, 91
Anzünden	83	Atomausstieg	226
Araber	50, 52, 65	Attentäter.....	89
Arbeit .	6, 26, 32, 183, 184, 207, 249	Atzinger (AfD)	
Arbeiterklasse	26	Oskar.	19, 20, 21, 23, 24, 77, 100, 101, 102, 333, 335
Arbeitnehmer	26, 200	Aufenthalt	107
Arbeitslosengeld	28	Aufenthaltserlaubnis.....	59
Arbeitsmarkt	110	Aufenthaltsgenehmigung.....	51
archaisch	108, 112	Aufenthaltsrecht	32, 70, 80
Area for Demagogy	296	Aufenthaltsstatus.....	30
Argentinien	280	Aufklärung.....	132
Arier	36, 53	Aufnahmegesellschaft .	28, 34, 38
Ariernachweis	36	Aufnahmeland	29
arische Rasse	341	Aufnahmesystem	38
Armutsseinwanderung	103	Ausgebildete	80
Armutszuwanderung	183	Ausgehen.....	12
Arnold (SPD)		Ausgrenzung	7, 16, 142, 251
Horst	277	Ausländer	11, 16, 17, 30, 34, 46, 63, 75, 87, 95, 104, 106, 230, 343, 344, 345
Aserbaidzhan	191	Ausländeranteil.....	57
Asos	82		
Asyl.....	32, 39, 44, 47, 162		
Asylanten	88		

Ausländerbehörden.....230
 ausländerfeindlich..... 56, 98
 ausländisch.....96, 104, 105
 Ausnahmezustand..... 152, 185
 Ausreise35
 ausreisepflichtig..47, 106, 115,
 230, 344
 Ausreisepflichtige..... 47, 107
 Ausschuss für Eingaben und
 Beschwerden33
 außereuropäisch209
 Aust
 Stefan178
 Austausch73
 Ausweisung20
 autochthon.... 32, 34, 187, 339,
 344
 Autokraten 7
 Autokratentum 150, 180
 Autokratie 186, 190
 autoritär ...6, 12, 149, 150, 153,
 154, 191, 200, 210, 349
 Axtexperten 81, 343

B

Banlieues84
 Bargeld.....173
 Bargeldabschaffung173
 Bastardierung.....18
 Bauordnung.....321
 Bausback (CSU)
 Winfried . 313, 314, 319, 320
 Bayerbach (AfD, fraktionslos)
 Markus..... 151, 335

bayerische Kultur 44, 139
 Bayerischer Landtag..... 13
 Bayerischer Rundfunk 251, 326
 Bayerischer
 Verfassungsgerichtshof 197
 Bayerischer Wald ...23, 79, 269
 Bayerisches
 Polizeiaufgabengesetz
 (PAG) 157
 Bayern ... 4, 5, 6, 25, 27, 30, 32,
 37, 42, 44, 45, 49, 50, 54,
 57, 71, 79, 80, 86, 87, 102,
 105, 106, 110, 112, 122,
 124, 126, 128, 130, 131,
 135, 137, 139, 140, 149,
 159, 162, 163, 165, 166,
 168, 169, 176, 188, 189,
 191, 199, 203, 205, 224,
 232, 233, 237, 238, 278,
 299, 300, 302, 309, 321
 Becher (Grüne)
 Johannes .. 71, 72, 109, 110,
 111, 121, 271
 Bedrohung 97, 156, 225
 Beeinträchtigung349
 Belehrformat..... 242, 248
 Belehrung244
 Beleidigung271
 Belt262
 Beobachtung.....216
 Bereicherung..... 71, 91, 343
 Bergmüller (AfD)
 Franz 77, 110, 142, 152, 216,
 270, 286

Berlin ...84, 164, 172, 173, 183, 186, 203, 206, 219, 220, 234, 328, 348	Bevölkerungsteile..... 11
Bernreiter (CSU)	Bevölkerungsumstrukturierung26
Christian80	Bevölkerungsverschiebungen51
Berufsfreiheit.....162	Bevormundung.. 199, 208, 244, 347
Besitzer266	Bewaffnung.....99
Besatzungsmacht... 22, 23, 24, 331, 341	Bibel 120
Besatzungsmächte58	Bildungsausschuss .. 101, 128, 325, 326, 348
Besatzungssoldaten23	Bildungsmisere 112
Beseitigung 12, 338, 349	Billiglöhner..... 26
Besiedlungszone 25, 27	Binnenzuwanderung.....56
bespitzeln 235, 237	Biodeutsche..... 52, 53, 65, 339
Bespitzelung.....175	biologisch 34
Bestattungsritus123	Bleibeperspektive46
Besteuerungswut184	Blockparteiensystem 218, 224
bestialisch.....92	Blockwarte..151, 190, 203, 346
betäubungslos94	Blume (CSU)
Beugehaft.....250	Markus 300
Bevölkerung 17, 18, 21, 25, 31, 32, 33, 34, 35, 39, 42, 55, 56, 59, 60, 62, 73, 74, 75, 92, 96, 97, 99, 122, 134, 140, 155, 158, 190, 191, 239, 251, 253, 260, 268, 339, 346	Blut..... 18, 340, 344
Bevölkerungsaustausch 10, 17, 18, 22, 23, 26, 27, 31, 34, 40, 42, 57, 64, 68, 70, 73, 145, 220, 268, 331, 340, 341, 343, 345, 349	blutig 207
Bevölkerungsmehrheit.....220	Blutschranken..... 18
Bevölkerungspolitik56	Blutschutzgesetz.....340
Bevölkerungsschutzgesetz 165	Bluttat.....308
Bevölkerungsstruktur108	Blut-und-Boden-Ideologie ...62
	Boden 17, 23, 206
	Böhm (AfD)
	Martin142, 219, 220, 270, 286
	Bolschewiken..... 235, 237, 347
	Bolschewismus.....346
	Bolschewisten ... 151, 206, 257
	bolschewoke..... 150, 171
	Borniertheit 146

bösartig.....	46	Bundesverfassungsgericht ...	8,
Boykottierung	258	10, 11, 13, 14, 16, 149, 157,	
Bozdoğan (Grüne)		194, 247, 335, 337, 338	
Cemal.....	7	Bundeswehr	51, 53, 65, 89, 114
Brandmarkung.....	287	Bund-Länder-Kommission...	13
Brandmauer	238	Bündnis 90 / Die Grünen .	5, 22,
Brandstifter	7	28, 31, 36, 41, 42, 43, 44,	
Brandt (SPD)		45, 47, 60, 63, 69, 70, 80,	
Willy.....	267	83, 90, 92, 93, 94, 96, 99,	
Brauch	17	105, 110, 111, 115, 121,	
Brendel-Fischer (CSU)		123, 127, 138, 150, 166,	
Gudrun	100, 101, 127	179, 181, 198, 203, 204,	
Bringschuld	29	205, 206, 207, 222, 226,	
Brunn (SPD)		228, 229, 230, 231, 232,	
Florian von	108, 161, 206,	235, 236, 237, 238, 239,	
270, 292		241, 244, 246, 250, 252, 253,	
Brüssel. 75, 169, 182, 199, 203,		256, 262, 270, 271, 272,	
219, 220		273, 274, 275, 276, 278,	
brutal-radikal.....	242, 247	279, 288, 289, 290, 291,	
Buch „Mein Kampf“	10, 18, 341	292, 294, 295, 296, 297,	
Buddhisten.....	127	298, 299, 302, 303, 307,	
Bulgarien.....	73	308, 309, 310, 315, 316,	
Bund	37, 69, 81, 94, 140	317, 319, 321, 329, 330,	
Bundeskanzlerin....	20, 168, 272	331, 332	
Bundesministerium	94	bunt	79
Bundespolizei.....	51, 53, 90	Bürger	6, 24, 33, 71, 80, 103,
Bundespräsident	305	138, 153, 154, 157, 159,	
Bundesregierung	111, 171, 174,	162, 165, 170, 171, 172,	
177, 186, 202, 240		173, 178, 181, 186, 188,	
Bundesrepublik .	11, 15, 23, 39,	198, 199, 203, 212, 215,	
48, 54, 55, 74, 131, 196,		216, 219, 224, 225, 233,	
207, 311, 346		243, 244, 247, 248, 249,	
Bundestag	13, 48, 74, 168, 227,	250, 255	
348, 350		Bürgerkrieg.....	99, 216
		bürgerkriegsähnlich.....	176
		Bürgerkriegsflüchtlinge	82

Bürgerrechte 162, 192
 Bürokratie 161, 199
 bürokratisch 150
 Burschenschaft 6
 Burschenschaft Danubia ... 327

C

Cancel Culture 258
 CDU 191, 226, 256, 347
 Chancengleichheit 48
 Chat 214
 Chatgruppe 214
 Chauvinismus 262
 Chiffren 49, 77, 136, 341
 Chirurg 116
 Christchurch 89
 Christen 120, 127
 Christentum 125, 132
 Christkind 67
 christlich 21, 119, 124, 131,
 132, 215
 christlich-abendländisch 50
 christlich-humanitär 27
 Cicero 152
 Clankriminelle 96, 97, 343
 CO2-Steuer 207
 Cohn-Bendit (Grüne)
 Daniel 222
 Corona 138, 139, 144, 149,
 151, 152, 156, 163, 179,
 191, 192, 210, 212, 217,
 241, 284, 327
 Corona-App 153

Corona-Demonstrationen 153,
 241
 Corona-Diktatur . 151, 191, 210
 Corona-Frage 191
 Corona-Hysterie 209
 Corona-Katastrophe 152
 Corona-Koalitionäre 211
 Corona-Krise 200, 202, 256,
 257
 Corona-Kritiker 156
 Corona-Lüge 217
 Corona-Pandemie 141, 154,
 169, 181, 190, 212, 346
 Corona-Politik 179, 328
 Corona-Schutzmaßnahmen
 301
 Corona-Sozialistische Union
 218, 232
 Corona-Volksbegehren 166
 Corona-Wachhunde 190
 Corona-Wahnsinn 177
 Corona-Zirkus 152
 couragiert 203
 CSU . 22, 25, 26, 37, 41, 42, 50,
 51, 62, 65, 67, 73, 80, 84,
 95, 99, 105, 115, 127, 130,
 150, 157, 158, 159, 161,
 170, 171, 191, 193, 197,
 203, 204, 205, 208, 209,
 210, 218, 226, 232, 239,
 253, 256, 262, 270, 271,
 273, 274, 275, 276, 277,
 278, 279, 280, 281, 288,
 289, 290, 291, 294, 295,
 296, 297, 298, 299, 300,
 301, 302, 307, 308, 309,

310, 314, 315, 316, 317,
318, 319, 320, 321, 329,
330, 331, 332, 335
CSU-Apparatschik..... 150, 170
Cyron (AfD)
Anne 77, 120, 152, 154, 156,
158, 216, 221, 223

D

DDR ... 150, 151, 158, 180, 181,
190, 192, 193, 195, 204,
205, 210, 218, 233, 235,
242, 249, 261, 297, 346
DDR 2.0 151, 205
DDR-Jargon 150, 175
DDR-Kanzlerin 150, 158
DDR-Manier 192
DDR-Unrechtsstaat 193
Debatte 22, 27, 33, 100, 152,
259
Debattenkultur .. 273, 329, 331,
332
Deggendorf 80, 98
deindustrialisieren 72
Deisenhofer (Grüne)
Maximilian 306, 307
Demagogenvereinigung 296
Demirel (Grüne)
Gülseren 231
Demo 96
demografisch 45
Demokraten 68, 159, 163, 193,
238, 255, 262, 297

Demokratie 5, 7, 11, 22, 24, 42,
48, 58, 122, 128, 142, 152,
162, 164, 196, 202, 204,
213, 238, 255, 259, 273,
274, 297, 314, 316, 330,
331, 332, 338, 346
Demokratieabgabe 248
Demokratiefeinde 304
Demokratieprinzip. 10, 13, 231,
338, 346, 349
demokratisch. 4, 5, 6, 7, 11, 12,
13, 48, 54, 110, 115, 132,
138, 142, 149, 163, 178,
200, 214, 218, 232, 236,
237, 253, 256, 264, 297,
306, 309, 319, 337, 338,
339, 346, 347, 348, 349
Demonstration 328, 348
Denkerbote 156, 202
denunzieren 237
Deportation 106
desaströs 111
Desintegration 38
Despotismus 150, 155
deutsch.. 16, 17, 19, 21, 22, 23,
24, 26, 27, 33, 34, 36, 37,
38, 71, 79, 81, 92, 104, 105,
107, 109, 136, 160, 162,
169, 174, 175, 184, 206,
226, 232, 249, 267
Deutsche 16, 19, 33, 36, 37, 42,
55, 63, 66, 76, 79, 82, 108,
162, 169, 173, 187, 200,
249, 267, 340
deutsche Kultur 31, 44
deutscher Michel 189

deutsches Gebiet	61
Deutschkenntnisse	20
Deutschkurse	20
Deutschland 11, 17, 20, 21, 23,	
26, 29, 30, 34, 37, 39, 40,	
41, 42, 44, 45, 46, 48, 49,	
51, 53, 54, 55, 56, 57, 59,	
60, 61, 62, 64, 66, 74, 76,	
80, 82, 83, 85, 87, 90, 96,	
97, 99, 103, 104, 105, 108,	
110, 111, 113, 126, 129,	
131, 132, 136, 172, 176,	
177, 183, 189, 190, 210,	
220, 221, 224, 225, 226,	
229, 233, 240, 262, 263,	
264, 265, 266, 267, 268,	
311, 321, 340, 341, 342,	
343, 344, 345, 346, 348	
Deutschlandlied ...	90, 114, 262
deutschsprachig.....	61
Di Fabio	
Udo.....	39
diffamierend.....	16, 343, 346
Diffamierung	245
Digitalisierung	26
diktatorisch 150, 163, 168, 176	
Diktatur	121, 143, 149, 150,
154, 169, 210, 218, 266, 346	
Dirigismus	184
diskriminierend	89, 168, 258
Diskriminierung	61, 64, 261,
339	
Diskriminierungsverbote....	339
Diskursverbote	252
Distanzierung	115, 334, 336
DITIB-Moscheen	239

divers	32, 34, 79, 146
Diversität	84
Diversity.....	47
Dog Whistles.....	102
dogmatisch	184
Drittstaat	229
drohende Gefahr	157
Drohungen	305
Duin (FDP)	
Albert	198
Duldung.....	30
Dupper (SPD)	
Jürgen.....	241

E

Ebersberg.....	102
Ebner-Steiner (AfD)	
Katrin. 24, 26, 27, 74, 78, 79,	
80, 81, 102, 103, 104,	
121, 122, 136, 137, 138,	
139, 140, 142, 144, 145,	
158, 160, 161, 162, 163,	
164, 166, 167, 168, 169,	
170, 171, 172, 224, 225,	
226, 243, 320, 327, 333	
Ece S.....	80
Edathy (SPD)	
Sebastian	227
EEG.....	186
Ehrenbezeugung	262, 263
Ehrenschild	91, 289, 348
Einbürgerung.....	33, 34
Einbürgerungserleichterung	34
Eindringen.....	92

Eingebürgerte	34	Enthusiasmus	32, 34
einheimisch.. 17, 20, 22, 26, 56		entrechtet	169
Einheimische.....	39, 64	Entrechtung	10, 25
Einheitsfront.....	218, 232	Entschuldigung ...	41, 312, 313,
Einheitsmeinungsparteien 218,		315, 317, 319, 322, 323	
225, 226		Erbgut	34
Einheitspartei	233	Erfüllungspolitiker ..	22, 24, 341
Einnahme	129	Erinnerungskultur.....	268, 278
Einreise	83	Ermächtigungsgesetz	150, 165,
einschüchtern	166, 235	346	
Einverleibung.....	124	Ermordete	78
Einwanderer	39, 103, 343	Ernst	
Einwanderergruppen	29	Stefan.....	315
Einwanderung . 29, 32, 34, 103,		Eroberungssymbol	126, 133
105, 106, 129, 138, 341, 345		Ersetzen.....	64
Einwanderungsbevölkerung		Ersetzungsmigration.....	59, 60,
.....	300	340, 342	
Einwanderungsgesellschaft 32,		Erstaufnahmeeinrichtung....	28
34		erstechen.....	94
Einwanderungsgruppen	31	Erzählung.....	17, 76, 218
Einwanderungsland.....	103	Erziehformat	242, 248
Einzelfälle.....	80, 81, 343	Ethikunterricht	132
Elektromobilität.....	201	Ethnie	31, 34, 72
Elite.....	10, 17, 120, 220	ethnisch 12, 13, 16, 44, 55, 349	
Elmau.....	140	ethnisch homogener	
Elter 1	155	Volksbegriff .. 16, 19, 27, 31,	
Eltern	144, 221	66, 339, 345	
Elternteil	55, 66, 340	ethnische Herkunft.....	15
Empfangsstaaten	138	ethnische Minderheit.....	342
Endzeitstimmung	179	ethnische Säuberung ..	63, 343
Energierevolution	207	Etsch	262
Energiewende.....	207	EU....	26, 73, 81, 137, 141, 161,
enteignet	169, 175	169, 172, 173, 174, 182,	
Enteignungsphantasien	201	186, 197, 199, 200, 220	
Entgleisungen.....	16, 272, 279,	EU-Asylreform.....	172
308, 330, 332		EU-Null-Zins-Raubzug.....	169

Euphemismus63, 221, 343
Euro ... 102, 104, 140, 145, 150,
167, 170, 171, 200, 244,
248, 252
Europa ...37, 47, 61, 65, 83, 89,
113, 129, 130, 132, 137,
161, 182, 341, 344
Europäer345
europäisch 25, 160
europäisch-abendländisch 131
Europäische Union 11, 56, 149,
172, 183, 194
Eurosozialismus 150, 160
EU-Verhaltenskodex256
EU-Zentralismus.....219
existenziell 46, 64
expansionistisch127
experimentelle Impfstoffe..244
explodierende Kriminalität...64
Extremismus 245, 277
Extremismusbekämpfung....81
extremistisch 49, 122, 342, 343
EZB 170, 188

F

Facebook .73, 98, 99, 117, 136,
242
Fachkräfte22, 108, 112
Fachkräftemangel158
Fachkräftezuwanderung26, 27,
226
Faeser (SPD)
Nancy104
Fake News..... 102, 202

Fakten..... 76, 253, 259
Faktenchecker202
Faktenverdreher.....257
falsche Ideologien 137
Faltermeier (FW)
Hubert290
Familien. 17, 19, 20, 21, 26, 71,
78, 143, 144, 145, 147, 155,
158, 308, 315
Familienclan96
Familienerziehung..... 148
Familienförderung..... 19
familiengeführt..... 161
Familienpolitik 144
fanatisch 108
Faschismus150, 196, 197, 238,
261, 270, 274, 346
Faschisten 303, 327
FDJ-Vergangenheit204
FDP..... 41, 42, 54, 80, 99, 115,
130, 170, 198, 209, 246,
253, 256, 271, 272, 273,
274, 275, 276, 277, 278,
279, 283, 288, 289, 290,
295, 297, 298, 299, 302,
304, 307, 308, 309, 310,
314, 315, 316, 317, 318,
319, 321, 329, 330, 331, 332
feindlich..... 33, 143
Ferkel.....94
Festsetzen 129
Film "Oskars Kleid" 145
Finanzelite 74
Fischbach (FDP)
Matthias317
Fischer (Grüne)

Joschka.....	227, 229	Freie Wähler.41, 42, 43, 80, 93,	
Fit for 55.....	186	99, 110, 111, 115, 135, 151,	
Flucht.....	342, 343	187, 193, 204, 206, 209,	
Fluchtgrund.....	39	219, 231, 245, 246, 252,	
Flüchtlinge ..	43, 45, 53, 62, 66,	253, 270, 271, 272, 273,	
70, 76, 81, 86, 99, 100, 103,		274, 275, 276, 277, 278,	
106, 107, 112, 113, 114,		279, 288, 289, 290, 291,	
162, 242, 297		294, 295, 297, 298, 299,	
Flüchtlingsaufnahme.....	60	302, 303, 307, 308, 309,	
Flüchtlingsgruppen.....	39	310, 311, 312, 313, 314,	
Flüchtlingsindustrie.....	240	315, 316, 317, 318, 329,	
Flüchtlingskinder.....	113	330, 331, 332	
Flüchtlingskrise.....	162	Freiheit 77, 121, 122, 125, 130,	
Flüchtlingsstatus.....	39	138, 161, 163, 166, 167,	
Flüchtlingsströme.....	77	168, 172, 174, 180, 208, 210	
Flügel.....	8, 296, 297	freiheitlich 7, 13, 125, 142, 149,	
Forschung.....	200	199, 236, 237, 338, 339, 346	
Förster (SPD)		freiheitlich-demokratische	
Linus.....	227	Grundordnung 5, 10, 12, 48,	
Fortbestand.....	19, 57, 340	115, 174, 218, 236, 237,	
Frahm		297, 337, 338, 349	
Herbert.....	267	Freiheitsfeind.....	203
Fraktionsvorstand.....	66	freiheitsfeindlich	126, 133, 162,
Framing.....	252	168	
Frankreich.....	84, 109, 255	Freiheitsrechte....	78, 152, 156,
Frau.....	55, 100, 127, 130, 156,	157, 162, 167	
182, 185, 188, 228, 238,		freiwillige Rückkehr.....	35
271, 272, 280, 295, 296,		Freller (CSU)	
306, 307, 310, 314, 316,		Karl 100, 101, 276, 277, 284,	
317, 321, 324		286, 303	
Frauen.....	18, 20, 78, 122, 126,	Fremde.....	29
146, 147, 207, 225, 252, 256		fremde Mächte.....	137
Frauenquote.....	146, 168	Frieden.....	111, 183
Freibad.....	82, 95	friedlich.....	96
Freie Meinungsäußerung ...	257	Friedman (CDU)	
		Michel.....	227

Frontstellung121
 Frühsexualisierung ... 143, 145,
 148, 222
 fundamentalistisch93

G

G7-Gipfel140
 Galizien 61, 342
 Ganserer (Grüne)
 Tessa 25, 148
 Gas- und Strommangel217
 Gasmaske . 270, 281, 282, 283,
 330
 Gastarbeiter113
 Gastland78
 Gebetsruf124
 Gebietsanspruch124
 Gebräuche 50, 52
 Geburtenkontrolle99
 Geburtenrate.....19
 geduldet.....47
 Geduldete 47, 82
 Gefahr 22, 27, 77, 83, 122, 157,
 252
 Gefährder..... 81, 156
 gefährlich 34, 76, 126, 133, 143
 Gefängnisse 33, 57
 Geflüchtete ... 7, 16, 39, 59, 89,
 109, 113, 116
 Geflüchteteninvasion 187, 343
 Gefolgschaft.....177
 Gegner7, 143, 253
 Geheimdienst..... 213, 216
 Gehirnwäsche150, 155, 253

Gehorsam 177, 178
 Gehorsamsprüfung 153
 Gehring (Grüne)
 Thomas .193, 274, 275, 286,
 288, 289, 291, 292, 293,
 298
 Geimpfte168
 geistig vergrünt 224
 gelb..... 74, 218, 225
 Geld 39, 45, 46, 80, 83, 88, 106,
 122, 140, 174, 191, 200,
 225, 239, 240, 249, 251
 Geldentwertungspolitik 188
 Gemeinschaftsunterkünfte 233
 Gender 144, 222
 Genderfilm 145
 genderfluid 146
 gendergerecht 155
 Gendergesellschaft 300
 Genderideologie 155
 gendern 149, 211
 Gendersprache .. 155, 260, 265
 Gendersprech 155
 Genderwahn 144, 145
 Gender-Wahnsinn 222
 genetisch 17, 34
 Genfer Flüchtlingskonvention
 39
 Genitalverstümmelung 121
 Gerichte 88, 166
 Geringqualifizierte 103
 Geringschätzung 38
 Geringverdiener 80, 104
 Geschäftsordnung ... 279, 287,
 290, 291, 292, 293, 294,
 295, 296, 297, 298, 313, 322

Geschichtsklitterung	110	gewalttätig	96
Geschlecht 144, 146, 147, 155, 250, 339		Gewalttätigkeit	126
Geschlechtergleichstellung	121	Gewerbefreiheit	162
Geschlechterverteilung	250	Gewerkschaften	150, 198
geschlechtlich	144, 147	GEZ-zwangsfinanziert	254
Geschlechtsentwicklung ...	144	GEZ- zwangsgebührenfinanziert	255
Gesellschaft 5, 7, 28, 31, 50, 53, 54, 57, 58, 59, 70, 82, 84, 113, 123, 125, 126, 128, 129, 145, 150, 155, 158, 168, 188, 191, 193, 194, 203, 236, 243, 253, 259, 306		Glauben	131
gesellschaftlich	252	Glaubensbegründer	129
gesellschaftliches Ideal	193	Glaubensgrundsätze	131
gesellschaftsfeindlich	147	Gleichbehandlung	63
Gesellschaftsordnung	111, 125	gleichgeschaltet	194
Gesellschaftsumbauplan ..	175	Gleichheitsrechte	78
gesetzwidrig	159	Globalismus	137, 139
Gesinnung	12, 54, 197	Globalisten 52, 65, 74, 136, 137, 138, 140, 141, 341	
Gesinnungsdiktatur ...	150, 197	Globalisten-Koalition	136, 137
Gesinnungstäter	151, 206	globalistische Agenda	139, 140, 141
gesteuert .51, 89, 218, 234, 346		Glücksspielsucht	197
gesunder Menschenverstand	103	Goebbels (NSDAP) Joseph	195
Gesundheitsdiktatur..	150, 152	Goldene	136, 138, 141, 341
Gesundheitsschutz	226	Goldman Sachs	136, 341
Gewalt 39, 64, 76, 96, 117, 215, 236, 239, 242, 288, 306		Goldstückchen ...	108, 112, 343
Gewaltausbrüche	84	Goldstücke	112
gewaltbereit 96, 126, 127, 133, 236		Gotthardt (FW) Tobias	227
Gewaltdelikte	75	Graupner (AfD) Richard	27, 28, 31, 32, 81, 82, 83, 84, 107, 123, 124, 142, 175, 176, 261, 325
Gewaltkriminalität	85	Great Replacement .	46, 64, 89, 340
Gewalttaten ...	92, 93, 122, 306	Great Reset	59, 74

Greding	344	Grundrechtsentzug	180
Green Deal	151, 186, 200	Grundsicherungsempfänger	104
Grenze ...	16, 51, 53, 69, 81, 82, 96, 114, 139, 156, 213, 219	Grüne...	7, 9, 22, 23, 25, 36, 37, 44, 53, 60, 62, 68, 71, 72, 89, 95, 98, 109, 110, 111, 114, 121, 128, 135, 172, 218, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 235, 236, 238, 239, 241, 244, 246, 253, 263, 265, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 278, 279, 288, 290, 291, 292, 294, 295, 296, 298, 299, 302, 303, 304, 306, 307, 308, 309, 310, 312, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 321, 329, 330, 331, 332
Grenzen	39, 57, 85, 89, 130, 230	grüne Kommunalpolizei.....	181
Grenzflutung	93, 343	grün-gewoket	150
Grenzöffnung.....	43, 45, 126	grün-rot.....	151, 251
Grenzscheulen	39, 64	Grün-Rot-Rot	186, 242, 249
Grenzschutz	51, 104	Gruppe.....	34
Grenzsicherung	65, 69	gruppenbezogene	
Grenzziehung	266	Menschenfeindlichkeit..	238
Griechenland	29	Gruppenvergewaltigung	80, 81
Grippevirus.....	210	Gruppenzugehörigkeit	137
größenwahnsinnig	204	Güller (SPD)	
Grosz		Harald	275
Gerald.....	171	Guttenberger (CSU)	
Gruber		Petra.....	130
Monika.....	96		
grün.....	33, 71, 72, 74, 79, 146, 150, 158, 170, 177, 180, 181, 186, 201, 218, 221, 225, 255		
Grundfreiheiten	156		
Grundgesetz	15, 53, 55, 69, 77, 120, 121, 162, 163, 202, 228, 229, 241, 286, 343, 346, 349		
grundgesetzwidrig	126, 133, 256		
Grundordnung	12, 13, 149, 339, 346, 349		
Grundrechte	153, 154, 162, 165, 169, 190, 195, 339		
Grundrechtseinschränkungen	179, 226		

H

Haase (SPD)

Horst	306	Heimatland	110
Habeck (Grüne)		Heimatvertriebene	267
Robert... 150, 172, 175, 228,		heimisch	34
230		Heimreise	70, 88, 91
Habenichtse	100, 105, 106, 343	Heizungsdiktatur	150, 172
Häftlinge	230	Henkel (AfD)	
Hagen (FDP)		Uli	8, 32, 33, 34, 108, 109,
Martin	54, 130, 271, 277, 304		112, 113, 114, 124, 125,
Hahn (AfD)			142, 146, 182, 184, 185,
Ingo	142, 177, 178, 179, 180,		186, 187, 189, 227, 244,
181, 244			246, 247, 248, 250, 251
Halbjuden	340	Herabwürdigung.	100, 119, 143
Halbleib (SPD)		Hereinholen	72
Volkmar	151, 262, 274	Herkunft.....	27, 37, 59, 64, 129,
Haldenwang		339	
Thomas	216	Herkunftsland	79, 88, 91
Halle	7	Herold (CSU)	
Hamburg	98	Hans	277
Hanau	7	Herrmann (CSU)	
Hängematte	107	Florian	22, 293
Hartz (SPD)		Joachim	42, 192
Peter	227	Herrschaft der Virologen....	163
Hass.....	4, 7, 97, 142, 202, 257,	Herrschaft des Unrechts	35,
315, 316, 332		43, 84, 88, 138, 163	
Hassbotschaften	305	Herrschaftsanspruch	123
Hasssprache	202, 257	Herrschaftssystem	126, 133
Hauptoppositionspartei	48	Hessen	318
Haushalt	79, 95, 104, 140	Hetze ...	4, 6, 68, 254, 255, 315,
heidnischer Altar	300	316, 332	
Heiliger Martin	67	Hetzer	271, 302
Heiliges Römisches Reich		Hetzjagd.....	214
Deutscher Nation	61, 342	Heubisch (FDP)	
Heilsbringer	177, 179	Wolfgang	271, 287
Heimat ...	24, 27, 30, 38, 39, 40,	Heuchelei	192, 253
63, 73, 85, 109, 110, 113,		Hexenjagd	320
131, 140, 169, 280		Hexenverbrennung.....	129

Hiersemann (SPD)	
Alexandra.....	43, 126, 130
Hitler (NSDAP)	
Adolf ..	10, 18, 270, 341, 342, 345
hochnotpeinlich	251
Hochschule für Politik	58
Hochschulinnovationsgesetz	265
Hochwasser	93
Höcke (AfD)	
Björn	49, 327
Hofreiter (Grüne)	
Anton	140
Hohes Haus ..	32, 54, 173, 206, 235, 272, 273, 278, 280, 281, 282, 299, 307, 308, 309, 310, 316, 321, 322, 331
Hold (FW)	
Alexander..	41, 84, 238, 276, 281, 282, 283
Holtschek (CSU)	
Klaus	190
Holodomor	263
homogen	17, 220
Homosexuelle	122
Honecker (SED)	
Erich	189
Huber (CSU)	
Thomas	22
Hugenotten	29
Humanisten	159
Humanität	240
Hygienesdiktatur ..	151, 209, 210
Hygienepolitik	209

I

Identifikation	137
Identifizierungsangebote	38
Identitäre Bewegung	6, 31, 327, 343
Identität	31, 38, 63, 71, 72, 143, 147, 155, 300, 338
Ideologen	126
Ideologie	5, 6, 10, 17, 26, 31, 46, 64, 72, 76, 84, 102, 126, 127, 128, 133, 139, 141, 143, 147, 214, 219, 229, 240, 261, 341, 342
Ideologiefreiheit	302
ideologisch	6, 10, 11, 36, 46, 69, 120, 125, 138, 146, 148, 151, 176, 200, 201, 207, 217, 232, 340, 345
Ideologisiert	223
illegal	21, 39, 48, 69, 70, 71, 83, 94, 116, 138, 209, 216, 344
Illegale	26
illegale Einwanderer	64
illegale Flutung	48
Illerkirchberg	80, 105
Imamausbildung	128
Imame	130
Imgart (AfD)	
Rüdiger	328
Immigranten	39
Immunität ...	98, 117, 323, 324, 325
Immunitätsaufhebungen ...	348
Impfnebenwirkungen	257
Impfreaktionen	244

Impfzwang.....	29	Integrationsfähigkeit.29, 31, 72	
Import	25	Integrationsfonds 67, 68	
importieren	19, 76	Integrationsförderrichtlinie ..46	
In Treue fest 270, 276, 278, 279		Integrationsgesetz.....50, 51, 52	
indigen	34, 38, 63, 339	Integrationskapazität.....38	
Individualismus	38	Integrationskurse 54, 79	
Individualität	120, 338	Integrationsleistungen... 30, 40	
Indoktrination 122, 131, 143,		Integrationsmaßnahmen 30, 40	
223		Integrationspolitik ..39, 91, 228	
Indoktrinierung	148	Integrationswilligkeit 29, 31	
Infektionsepidemiologie209		Integrationszwang	29
Infektionsschutz..... 178, 285		integrierbar	72
Infektionsschutzmaßnahme		integrieren..29, 38, 47, 64, 115,	
.....154		131	
Informationsfreiheitsgesetz 43,		Integrität 262, 325, 338	
235		intellektuell	245
Infrastruktur	199	Interesse..... 32, 158, 185, 250	
Inklusion	25	interkulturell	127
Inlandsgeheimdienst . 213, 286		Internet9, 24, 199, 202, 243,	
Innenminister .. 37, 42, 64, 153,		256, 305, 316	
192, 215, 270		Intoleranz..... 126, 258	
Inshallah	43	Inzuchtproblem.....99	
Instagram	117	Irreführung	25
Institutionen 4, 6, 11, 166, 196,		Irrer.....215	
231, 233, 235, 273, 297,		Irrsinn	79, 222
347, 348		Islam..... 16, 89, 119, 120, 121,	
Integration... 28, 29, 30, 32, 35,		123, 124, 125, 126, 128,	
37, 38, 40, 50, 51, 58, 59,		129, 130, 131, 132, 133,	
61, 63, 65, 85, 86, 91, 128,		134, 135, 321, 342, 345	
131, 132, 147, 193, 194,		Islamfeindlichkeit.....89	
195, 264		islamisch 78, 119, 121, 124,	
Integrationsanstrengungen 231		125, 126, 131, 132, 133, 134	
Integrationsbeauftragter35,		Islamisierung21, 48, 79, 95, 97,	
127		121, 123, 126, 130, 132,	
Integrationsbemühungen.....38		331, 342	
Integrationsbereitschaft29		Islamisierungstendenzen .. 127	

Islamismus.... 79, 89, 119, 121,
342, 345
Islamisten 127, 133
islamistisch..... 93, 96, 97, 122,
123, 239, 343
Islamunterricht..... 120, 121
Israel..... 33, 108
Israelitische Kultusgemeinde
.....347
Italien.....29

J

Jahrhunderthochwasser93
Jesiden.....127
Journalisten..... 23, 245
Juden 7, 16, 18, 120, 341
Judenhass108
jüdisch 123, 340
Jugendliche 94, 204
Justiz.....78
Justizvollzug88

K

Kabinett152
kaltblütig.....308, 315, 316
Kalter Krieg.....194
Kampfmittel159
Kaniber (CSU)
Michaela.....280
Kanzler.....26, 158, 171
Kanzlerin 160, 204
Kapitalisten 136, 138

Kartell232
Kartellparteien26, 218, 221,
225, 231, 232, 297, 346
Kasner
Angela204
Kassel.....7, 304, 305
Kehrtwende.....53
Keimzelle 145
Kernkraftmeiler 188
Kinder 19, 20, 21, 22, 71, 77,
78, 94, 97, 112, 113, 120,
122, 132, 143, 144, 146,
147, 148, 150, 155, 158,
165, 170, 172, 176, 204,
221, 222, 242
Kinderbücher 155
Kinderbuch-Minister..... 172
Kinderfreunde228
Kindergarten 41, 67, 71, 222
Kindesmissbrauch 122
Kindsmörder 270, 271
Kirchen 67, 215, 221, 222
Klima96, 150, 159, 180, 181
Klima-Bolschewisten 151, 257
Klimadiktatur 302, 303
Klimagesellschaft.....201
Klimaheilslehre 170
Klimahysterie 153
Klimaideologie 300
Klimakatastrophe.....202
Klimakrise 181
Klimapolitik..... 179, 224
Klimaretter300
Klimaschutz 151, 154, 169,
201, 205, 224, 226, 301
Klimaschutzideologie 199

Klimaschutzplan.....	186	Korruption	233
Klimasozialismus.....	150, 179, 200	Korruptionserlebnispark....	169
klimasozialistisch.....	150, 151, 167, 200	Korruptionsskandale	191
Klimatotalitarismus ...	150, 171	Kosten ..	79, 111, 112, 140, 267
Klimaunfug.....	71	Krake	150, 161
Klingen (AfD, fraktionslos)		Krankenversicherung.....	69
Christian	270, 286, 335	Krankheitsgeschichte	209
Knast.....	88, 91	Krause (CDU)	
Knobloch		Günther	227
Charlotte	90, 142, 317, 330, 347	Kreta	90
Kolberg.....	196	Kreuz	67
Köln.....	48	Kreuzer (CSU)	
kolonial	266	Thomas	214, 215
Kolonisation	34	Kreuzzüge	129
Kommune	69	Krieg	59, 60, 150, 170, 342
Kommunismus	264	Kriegsflüchtlinge	39, 70
Kommunisten.....	90, 114, 235, 237, 263, 264, 347	Kriegsgebiet	53
kommunistisch	267	kriminalisieren	25
Kompatibilität.....	31, 38, 63	Kriminalisierung	201
Konfliktpotenzial	25	Kriminalität ..	37, 39, 76, 81, 233
König (CSU)		Kriminalstatistik	28, 33, 37, 78, 82
Alexander.....	203, 281	kriminell.	77, 78, 79, 83, 84, 92, 93, 94, 95, 98, 156, 236, 343, 344
Kontaktverbot.....	164	Kriminelle.....	33, 76, 87, 94
Kontingentflüchtlinge	82	Kritik	25, 185, 220, 245, 256
Kontoabfragen.....	169	Kubitschek	
Kontrolle	104	Götz.....	6
kontrollierte Demokratie.....	253	Kühnert (SPD)	
Kontrollrechte	196, 273, 275	Kevin	151
Kontrollstaat	151, 207	Kultur.	2, 17, 30, 31, 38, 44, 52, 54, 64, 67, 68, 86, 97, 120, 122, 123, 139, 343
Kopftitte	78	kulturell .	17, 18, 25, 34, 38, 53, 67, 70, 71, 84, 158, 183, 232
Koran	120		
Körner			
Theodor	196		

kulturell kompatibel29
 kulturelle Prägung64
 kulturfremd188
 Kulturgemeinschaft50
 Kulturgut 17, 265
 Kulturkampf 126, 133
 Kulturkampfgruppe.... 150, 175
 Kulturkreise 38, 52, 63, 78, 108,
 112
 Kulturmord 150, 155
 Kulturwächter 299, 300
 künstliche Intelligenz26
 Kunsturhebergesetz323

L

Land. 20, 26, 32, 69, 70, 71, 72,
 76, 79, 80, 81, 92, 105, 108,
 116, 124, 134, 147, 152,
 153, 156, 165, 171, 186,
 187, 188, 203, 205, 206,
 213, 214
 Länder 33, 37, 72, 209
 Landesverrat348
 Landesverräter 150, 171
 Landtag 1, 2, 4, 8, 9, 10, 14, 15,
 23, 33, 36, 43, 47, 54, 63,
 74, 96, 98, 101, 111, 119,
 124, 142, 148, 152, 157,
 163, 178, 193, 196, 217,
 229, 233, 235, 241, 254,
 262, 268, 270, 274, 279,
 281, 285, 286, 287, 292,
 293, 294, 295, 296, 297,
 298, 305, 308, 309, 315,

321, 322, 325, 326, 327,
 328, 329, 330, 333, 334,
 335, 336, 337, 339, 340,
 341, 342, 343, 345, 346,
 347, 348, 349, 350
 Landtagspräsidentin 323, 325,
 327, 348
 Latte-Macchiato-Hochburgen
28
 Leben 78, 252, 261
 Lederer (CSU)
 Otto307
 Leisler Kiep (CDU)
 Walther227
 Leistungsbereitschaft29
 leistungsfeindlich 168
 Leistungsträger 80, 105
 Leitkultur 41, 50, 52, 55, 84, 85,
 127
 Leitmedien259
 Lemberg61
 Leninisten237
 Lettenbauer (Grüne)
 Eva 246, 271
 Leyen (CDU)
 Ursula von der 182
 LGBTIQ* 148
 liberal 179, 209, 259
 liberaler Individualismus32
 Liberalismus 130
 Liebe 24, 116
 Lied "Layla" 192
 Lindau239
 Linke 206, 256, 261
 linke Bonzen 198
 linker Sumpf 235, 237, 347

links .. 71, 72, 79, 194, 221, 255
 linksextrem . 43, 150, 229, 237, 241
 Linksextreme.....235, 236, 239, 347
 linksextreme
 Straßenschlägerbanden 235
 Linksextremismus237
 Linksextremisten235
 linksextremistisch241
 linksfaschistisch 241, 347
 linksfaschistische Zöglinge 235
 linksfeministisch 150, 168
 links-grün 68, 72, 140, 229, 230, 231, 242, 248, 250, 300
 links-indoktriniert246
 links-ökologisch 186, 189
 linksradikal..... 234, 239
 linkstotalitär 151, 211
 Lobbyisten74
 Lobbypolitik.....199
 Lockdown.....88, 164, 232
 Lohnkonkurrenz.....26
 Löw (AfD)
 Stefan ..35, 36, 37, 142, 270, 281, 282, 283, 286
 Lübcke (CDU)
 Walter 7, 304, 305, 306, 310, 315, 316, 318, 319, 347
 Ludwig II.169
 Lüge71, 149, 218
 Lügendemokraten 271, 299
 Lügner299

M

Maas 262
 Machtbefugnisse 157
 Machthaber 156, 157
 Machtkonzentration 163
 Machtmissbrauch 294
 Machtsymbol 126, 133
 Machwerk 25
 Magerl (AfD)
 Roland ...142, 147, 190, 270, 286
 Mahnmal 268
 Maier (AfD)
 Christoph 37, 40, 42, 43, 44, 45, 48, 50, 53, 54, 55, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 65, 66, 75, 84, 85, 86, 89, 90, 91, 114, 115, 126, 127, 128, 130, 131, 132, 133, 142, 147, 191, 192, 193, 194, 195, 218, 227, 228, 230, 231, 235, 236, 237, 239, 240, 252, 262, 263, 264, 265, 266, 270, 279, 288, 289, 290, 291, 292, 294, 296, 297, 298, 310, 315, 320, 321, 323, 327, 333
 Mainstreammedien 254
 Mallorca 36
 Mang (AfD)
 Ferdinand . 67, 68, 196, 197, 198, 241, 252, 253, 254, 255, 270, 273, 274, 327
 Manipulation 154, 211, 252

Manipulationstechnik .. 68, 255	Maulhuren 242
manipulativ 253, 254	Maulkorb..... 153
manipulierend 242, 247	Maulkorberlass 153
Männer. 69, 82, 92, 96, 97, 147, 207, 221	Medien. 24, 166, 188, 213, 242, 243, 247, 253, 254, 255, 259, 347
Mannes (AfD)	Medienbeeinflussung 244
Gerd 199, 200, 201, 202, 203, 231, 255, 256, 270, 286	Medienimperium 198
Marktwirtschaft 167, 172	Medienrat 250
Marschrichtung 253	Mehrheit 155
Märtyrer-Inszenierung..... 330	Mehrheitsbevölkerung..... 17
Marxismus..... 160	Mehrheitsgesellschaft 51
Marxisten 237	Mehring (FW)
marxistisch. 158, 203, 206, 208	Fabian 42, 110, 135, 187, 204, 219, 245, 246, 262, 276, 277, 278, 279, 307, 310, 311, 312, 313, 314, 323
Maske 178, 281, 282, 283	Meinungsdiktatur 151, 257
Maskendeals 233	Meinungsfreiheit 162, 258, 285, 331
Maskenmafia..... 96	Meinungskorridor 214
Maskenpflicht.... 164, 165, 213, 281, 282, 283	Meinungsterror... 151, 198, 236
Masken-Stasi..... 151, 212	Meinungstotschläger. 151, 198
Maskenterror..... 187	Melkkuh Europas..... 170
massakrieren 94, 97	Memel..... 262
Massen 116, 211	Memmingen 75
Massenarbeitslosigkeit 179	Memmingerberg 44
Masseneinwanderung .. 25, 27, 50, 156, 172	Menschen 7, 16, 19, 20, 33, 34, 70, 71, 72, 77, 93, 102, 105, 108, 110, 116, 124, 134, 138, 143, 152, 153, 156, 159, 162, 166, 168, 180, 187, 188, 190, 202, 208, 213, 219, 220, 258
massenhaft 60, 72	Menschenfresser 80
Masseninvasion..... 77, 92, 93, 226, 343	
Massenmigranten..... 70, 72	
Massenmigration... 48, 71, 104, 156	
Massenvergewaltiger 78	
Massenvergewaltigung 78	
massiv..... 103, 202, 256, 257	

Menschenrechte	25, 29, 44, 120, 121, 138
Menschenrechtsstandard..	203
menschenverachtend..	56, 332
Menschenwürde	10, 13, 15, 16, 338, 339, 346, 349
menschlich	16, 34, 137
Merkel (CDU)	
Angela	20, 48, 55, 81, 83, 91, 102, 150, 151, 158, 161, 163, 168, 175, 190, 204, 206, 207, 217, 270
Merkel-Demokratie ...	150, 161
Merkel-Herrschaft	48
Merkels Regime	207
Messer	84, 116
Messerattacken.....	84, 91
Messerfachkräfte ...	76, 81, 343
Messergewalt	116
Messerstecher ..	76, 77, 78, 80, 81, 96, 97, 117, 343
Messerstecherei.....	80
Messias	25
Messina.....	182
Metternich	
Klemens von	192
Michel	
Charles	182
Mielke (SED)	
Erich	235
Migranten	16, 19, 30, 40, 55, 56, 70, 73, 76, 77, 79, 81, 84, 94, 100, 101, 106, 112, 116, 233
Migrantenströme	108, 112
migrantisch	17
Migration	25, 26, 68, 71, 72, 78, 92, 138, 244
Migrations- und Asylpaket .	183
Migrationsansturm	77
Migrationsfinanzierung	103
Migrationshintergrund ..	21, 37, 55, 65, 75, 82, 108, 189, 340
Migrationskrise.....	43
Migrationspakt	24, 137, 245
Migrationspolitik	42, 56, 57, 84, 91, 105
migrationspolitisch	41, 50
Migrationsrecht	25
Millionenheer	100, 105, 343
Minarette ...	119, 123, 124, 126, 133, 134, 343
Minderheit.....	6, 16, 41, 44, 64, 187
minderwertig.....	341
Ministerpräsident ..	43, 96, 137, 168, 176, 208, 210, 213, 243, 287, 288
Minus-Zuwanderung.....	105
Mischen	17
Mischlinge.....	340
Missachtung	16, 121
Missbrauch	48, 56, 59
Mittelstand.....	26, 161, 215
MLPD	229
Mob	96, 97
Mobilität.....	201
Moloch.....	85, 91, 244
Monatzedler (Grüne)	
Hep	203
Monokultur	199
Monstermoloch.....	150, 182

Moosburg117
 Moral..... 159, 253
 moralingetränkt. 125, 188, 313,
 320
 moralische Frames.....253
 Moralvorstellungen.....253
 Mord 7, 87, 101, 106, 305, 310,
 314, 315, 317, 322
 Mörder80, 81, 343
 Moscheen 119, 126, 129
 Moslems130
 Mottenkiste 151, 206, 208
 Muezzin..... 119, 124, 125, 134
 Muezzinruf..... 125, 343
 Müller (AfD, fraktionslos)
 Ralph .69, 92, 115, 142, 204,
 205, 206, 207, 208, 209,
 257, 270, 272, 273, 275,
 276, 304, 305, 308, 309,
 310, 313, 314, 315, 317,
 318, 319, 320, 321, 322,
 323, 335
 Müller (SPD)
 Ruth..... 94, 299, 304, 311
 multiethnisch25, 27, 138
 Multikulti 47, 48, 84
 Multikulti-Ideologen.....126
 Multikulti-Ideologie.....240
 Multikulti-Lobbyisten . 235, 239
 Multikulti-Staat..... 44, 46, 64
 Multikultistan30, 32, 341
 multikultiviert300
 Multikulturalismus28
 Multikulturalisten 52, 65
 multikulturell28, 31, 45, 53, 59,
 218, 219

München.....59, 82, 84, 85, 87,
 111, 117, 128, 142, 158,
 219, 220, 235, 327, 347
 Mundschutz 153
 Mundschutzzwang 153
 Muslime... 7, 16, 64, 78, 97, 99,
 119, 120, 125, 133, 134, 342
 muslimisch 38, 63, 73, 123,
 124, 125, 343
 Muthmann (FDP)
 Alexander283
 Mutter 92, 144, 155
 Mutter aller Probleme.....92

N

Nachhaltigkeit..... 139
 Nachrichtendienste.....216
 Naher Osten.. 42, 64, 183, 341,
 345
 Nammering268
 Napoleon I. 153, 196
 Nation.....242, 243, 267
 national..... 96, 182
 Nationalbegriff21
 Nationalismus..... 261, 262
 nationalistisch 262, 263
 Nationalsozialismus..7, 11, 90,
 136, 143, 157, 223, 261,
 263, 279, 345
 Nationalsozialisten . 11, 24, 90,
 264, 278
 nationalsozialistisch 17, 90,
 142, 340
 Nationalstaat 12, 349

nationalstaatlich219
 Natur..... 72, 96
 Nazis 114, 169, 259
 Naziverbrechen268
 Nazi-Vokabular.....231
 Neger 18, 98
 Neonazis 270, 282
 neo-sozialistisch 150, 170
 Nettozuwanderung.....73
 Netzwerkdurchsetzungsgesetz
 202, 256
 Neuankömmlinge 30, 31, 38
 Neudeutsche.....52, 65, 339
 Neukölln96
 Neurechte31
 neuseeländisch89
 Neusprech26
 Neutralität 91, 289
 New World Order 136, 141, 341
 NGO107
 nicht integrationswillig.....188
 Nicht-Deutsche 79, 345
 Nichtgläubige127
 Nichtregierungsorganisationen
257
 Niederbayern.....268
 Niedergang.....71, 72, 191
 Nobelpreisträger265
 No-go-Area.... 96, 97, 294, 295,
 296
 Nomenklatura206
 normal76
 Notlage112
 Notstandsregierung163
 Notstandsregiment.... 150, 163
 NPD10, 16, 343

NSDAP 11, 344, 345
 NS-Regime... 18, 261, 262, 346
 NSU 101, 102
 NS-Zeit.....303
 Nürnberger Rassegesetze... 11,
 66, 340, 345
 Nüßlein (CSU)
 Georg 191
 Nutellabande98

O

Oberbayern..... 142, 347
 Obrigkeit 219, 220
 obrigkeitshörig 151, 203
 öffentlich-rechtlich .. 242, 243,
 244, 245, 249, 250, 251,
 252, 255, 256, 257, 259,
 260, 347
 Ökofaschisten.... 271, 302, 303
 ökoforciert 184
 Ökologie 159
 ökologisch201
 Ökosozialismus..... 151, 200
 Ökosozialisten 151, 201
 ökosozialistisch 150, 167, 179,
 180, 181, 184, 197, 201,
 218, 225
 Oligarchenstaat 187
 One World..... 139, 141
 One World Government.... 141
 One-World-Ideologen..... 137
 Opfer 78, 252
 ÖPNV 172

Opposition .. 49, 185, 193, 196,
 214, 273, 330
 Oppositionelle.....216
 Oppositionsführung..... 13, 350
 orange..... 218, 225
 Orbán
 Viktor244
 orchestrierte Angriffe253
 Ordnungsgeld271
 Ordnungsruf271
 Original Play 221, 222
 Orwell
 George153
 Osterfest122
 Osterhofen74
 Österreich116
 Osteuropa342
 Ostgebiete..... 109, 267

P

Pack117
 pädophil.....222
 Pädophile 76, 221
 Pädophilie 143, 221, 222
 PAG..... 156, 157
 Pandemie.. 138, 149, 162, 185,
 214, 215
 Pandemiebekämpfung202
 Parallelgesellschaften .. 38, 50,
 110, 225
 Paralleljustiz.....225
 Pargent (Grüne)
 Tim71
 Parité146

Parlament4, 6, 8, 11, 54, 87,
 134, 139, 163, 165, 166,
 168, 190, 197, 220, 240,
 252, 285, 291, 294, 297,
 298, 303, 323, 324, 329,
 330, 335, 347, 348
 Parlamentarier9, 218, 234
 parlamentarisch.. 7, 8, 43, 168,
 196, 218, 235, 273, 275,
 291, 335
 parlamentarischer Arm 4, 6,
 163
 Parlamentarischer
 Geschäftsführer.... 314, 333
 Parlamentarisches
 Kontrollgremium 196
 Parlamentarismus..... 149
 Parlamentsausschuss.....8
 Parlamentspräsidentin329
 Parteien 4, 5, 6, 8, 9, 16, 23, 24,
 36, 43, 48, 54, 116, 134,
 141, 142, 146, 149, 159,
 163, 171, 172, 206, 209,
 216, 218, 220, 222, 223,
 224, 228, 229, 233, 234,
 238, 245, 249, 251, 254,
 256, 264, 270, 315, 319,
 324, 330, 334, 335, 336,
 338, 341, 346, 347, 349
 Parteienkartell.....252
 Parteienoligarchie 218, 219,
 220, 346
 Parteiprogramm 11, 345
 Parteispezln301
 Parteitagsbeschluss..... 13
 Partisanenvorhut..... 176

Pass 16, 36, 37, 75, 79, 81, 339, 345	208, 219, 220, 226, 245, 253, 267
Passau93, 117, 241	politisch. 6, 17, 18, 71, 92, 119, 120, 124, 138, 143, 149, 159, 176, 185, 187, 199, 213, 223, 225, 241, 245, 246, 251
Paternalismus242, 248, 347	politisch korrekt 211, 248
Patrioten90, 114, 262, 263, 331	politisch nicht korrekt..... 258
patriotisch..... 40, 255	Politischer Aschermittwoch. 74
Paulchen Panther 101, 102	politisch-ideologisch 250
Pausenhof78	politisch-medialer Komplex 242, 243, 347
Pegida328	Polizei 37, 51, 75, 79, 83, 84, 90, 157, 160, 190
perfide.....79	Polizeiknüppel..... 166
Personenfreizügigkeit56	Populismus 243
Personengruppen 76, 82	Positivrate 212
Petition.....33	Postkommunist 43
Petitionsrecht.....33	Präsident ...22, 41, 43, 94, 175, 216, 271, 282, 285, 287, 296, 297
Phänomen.....37	Präsidentin. 142, 182, 188, 214, 228, 231, 272, 282, 287, 291, 294, 295, 296, 299, 301, 304, 305, 306, 307, 308, 310, 313, 314, 316, 317, 318, 320, 321, 323, 324, 329
Plandemie 151, 212, 346	Präsidium... 184, 202, 203, 247, 273, 277, 279, 332
Planmäßigkeit64	Presse..... 36, 82, 242, 347
Planwirtschaft ... 150, 167, 168, 172, 186, 189, 197, 203, 207, 208	Professoren 177
planwirtschaftlich..... 150, 167, 184, 198	Propaganda..... 4, 89, 257
Plemplem-Land 147	Propaganda-Apparate 213
Plenk (AfD, fraktionslos) Markus..... 142, 320, 335	Propagandakatalog 161
Plenum..... 101, 251, 257	
Plexiglas 178, 270, 286	
Plexiglas-Hühnerställe..... 178	
Pluralismus 54, 120	
Polen.... 29, 61, 62, 66, 73, 267, 342	
Political Correctness 188	
Politik23, 76, 81, 120, 124, 137, 143, 157, 159, 160, 161, 163, 164, 176, 178, 186,	

Propagandaschlacht207
 Prüffall48
 pseudodemokratisch. 227, 346
 pseudoliberal71
 Pseudo-Wissenschaft58
 Pull-Effekt56
 Putin
 Wladimir 244, 341
 Putsch.....52, 65, 348
 Putzgruppenspontis228

Q

QAnon217
 quasi-religiös.....179
 queer 7, 16, 76, 143, 145
 queer-feindlich143

R

Rabauken.....82
 radikal..... 76, 108, 213, 242
 Radikalfeministinnen.....155
 Radler (FW)
 Kerstin276
 RAF-Sympathisanten229
 RAF-Unterstützer228
 Ramadan.....122
 Ramelow (Linke)
 Bodo43
 Ramschware111
 Randgruppen.....144
 Rassen 18, 31, 339, 341
 Rasseniveau18

rassereines Volk..... 18
 Rassismus 98, 238, 261
 Rassismus gegen Deutsche
 239
 Rassist259
 rassistisch 7, 10, 28, 31, 37, 63,
 89, 91, 98, 291, 339, 343,
 344
 Raubrittertum 150, 159
 Rebellen.....178
 Recht120
 rechter Terror 315, 316
 Rechtsausschuss....58, 59, 61,
 118, 128, 131, 132, 147,
 193, 194, 195, 212, 239,
 264, 323, 324, 325
 Rechtsbildung.....86, 87, 88
 rechtsextrem 4, 6, 7, 14, 32, 53,
 91, 114, 141, 142, 160, 249,
 333, 348
 Rechtsextreme23, 24, 102,
 114, 235, 315, 327, 339, 347
 Rechtsextremismus6, 7, 68,
 145, 156, 171, 315, 316
 Rechtsextremisten 5, 114, 136,
 308, 315, 327, 347, 348
 rechtsextremistisch 8, 297,
 305, 327, 330
 Rechtsgleichheit 16, 338
 Rechtskunde86
 Rechtskundeunterricht.. 87, 91
 Rechtsmissbrauch294
 rechtsnational.....175
 Rechtsordnung.....163
 rechtspopulistisch175
 Rechtsprechung..... 88, 202

rechtsradikal	54, 262	Religionsfreiheit	119, 125, 133, 134
Rechtsstaat. 4, 7, 36, 127, 132, 215, 230		Religionsgelehrte	120
Rechtsstaatlichkeit.....	202	Religionsideologie	122, 343
Rechtsstaatsprinzip.....	338	Religionsunterricht	132
Rechtsterroristen	102	religiös ..	38, 119, 120, 121, 124
rechtswidrig	25, 48	Remigration ...	6, 20, 30, 32, 35, 37, 63, 74, 91, 343, 344
Regenbogenflagge	147	Remigrationsbeauftragter...	35, 36
Regenbogenfront	218, 225	Remigrationsoffensive.....	75
Regierung 20, 25, 27, 50, 51, 72, 75, 93, 94, 97, 114, 149, 153, 154, 156, 157, 167, 171, 174, 178, 179, 189, 195, 213, 215, 259, 330, 348		Remigrationsperspektiven...	70
Regierungsextremismus ...	215, 288	Remigrationspolitischer Sprecher.....	343
regierungskritisch	256, 257	Rentner	26, 80, 104
Regime	193	Replacement Migration .	26, 27
Regimewechsel	242, 249	Replacement-Ideologie	26
Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz	111	repräsentativ.....	346
Reichsbürger	23, 340	Repressalien	258
Reichsflaggen	328	Repression.....	168
Reinheit.....	340	republikanisch	158
reinrassig	339	Resettlement	25, 27
Reinrassigkeit.....	34	Respekt.	78, 110, 297, 331, 347
Reisebegeisterte.....	83, 343	Ressourcen.....	32
Reisefreiheit	162	Revision	262
Reiß (CSU) Tobias ... 205, 275, 290, 295, 299, 300, 301, 310		Revisionismus.....	262
Religion ..	16, 51, 108, 119, 120, 121, 128, 129, 130, 132, 133, 134, 144, 342, 343	revisionistisch	263
Religionsausübung	134	Revolution.....	158
		Rhein	18
		Rinderspacher (SPD) Markus ... 94, 278, 280, 281, 299, 321	
		Risikopatienten	164
		Ritterschlag.....	275
		Römisches Reich	28

rot33, 74, 151, 171, 186, 206, 218, 225	
Rote	138
rote Front	235, 237, 347
rot-grün	151, 206
rot-grün-gelb	171, 302
Roth (Grüne)	
Claudia	229
Rothenburg ob der Tauber .	301
Rothschild	136, 341
Rückführungen	62
Rückkehr	36
Rüge... 270, 271, 273, 275, 276, 277, 281, 282, 285, 286, 287, 288, 289, 293, 299, 302, 303, 304, 331, 332, 347	
Ruhrgebiet	96
Rumänien	73
Rundfunk... 242, 245, 249, 251, 252, 256, 347	
Rundfunkanstalten	260
Rundfunkbeiträge	243
Rundfunkbeitragssystem ...	247
Rundfunkrat	250
Rundfunkstaatsvertrag	255
russischstämmig	341
Russland	341

S

Saalfeld	43
Sagbares	214
säkular	125
Säkularität	120
Samariter	179

SARS-CoV-2	244
SA-Truppen	241
Saustall	233
Schächten	94
Schande.....	108, 111, 184, 229
Scharia	120, 135
Scheinasylanten 47, 48, 50, 79, 80, 81, 86, 89, 91, 100, 102, 103, 106, 114, 115, 343	
Schengen	44
Schiffers (AfD)	
Jan..	134, 142, 148, 270, 286
Schikane	153
Schindluder	60
Schlepperbanden	83
Schlepperkonzerne	104
Schlepperkriminalität	56
Schleusenzeit	49
Schleuser	104
Schmerzempfinden	94
Schmid (CSU)	
Georg	227
Josef	128
Schmidt (FW)	
Gabi	135
Schmutzeleien	104
Schnelltestabrechnungen .	233
Schnüffelkanzlerin ...	151, 205, 270, 272
schnüffeln	235
Scholz (SPD)	
Olaf	158, 171
Schorer-Dremel (CSU)	
Tanja ...	22, 25, 95, 105, 127, 193, 271, 275, 280, 289, 290, 291

Schuberl (Grüne)	
Toni.....	1, 2, 9, 22, 36, 37, 53, 62, 68, 89, 98, 114, 128, 135, 172, 263, 265, 266, 292, 293, 296, 302
Schuldenlast	170
Schuldknechtschaft	71, 72
Schuldkomplex	28, 31, 268
Schulen.....	20, 41, 77, 120, 128, 132, 143, 148, 165, 204, 260
Schüler.....	20, 22, 24, 165, 209
Schuleschwänzen	204
Schulpflicht.....	112, 113
Schulwege.....	77
Schulz (SPD)	
Martin	113
Schulze (Grüne)	
Katharina ..	4, 5, 36, 44, 185, 229, 238, 246, 270, 304, 312, 314, 315, 318, 319
Schutz	78, 92, 163, 198, 222
Schutzbedürftige	40
Schwangerschaftsabbruch	270
schwarz.....	71, 74, 137, 225
schwarz-rot-grün-gelb-orange	218, 225
Schweinefleisch	95
schweinefleischessend	78
Schwerverletzte.....	78
Schwimmbad	82
Schwurbler	169
SED-Betonkommunisten ...	261
SED-Genossen	189
SED-Schergen	180
SED-Schulpolitik	151
Segregation	38
Sehling (CSU)	
Matthias	227
Seidl (AfD, fraktionslos)	
Josef.....	136, 142, 242, 333, 335
Selbstbefreundung.....	49
Selbstbehauptungswille	46, 64
Selbstbestimmung...	121, 122, 225, 271
Selbstgerechte	67
Selbstzensur	258
Sengl (Grüne)	
Gisela	95, 270, 319
Sex.....	143
Sexist	259
Sexualerziehung	148
Sexualität.....	143, 147
sexuell	147
Shithole	96
Shoa	142, 347
Sicherheit	5, 27, 72, 76, 105, 106, 210
Sicherheitsgefährdung	25
Sicherheitsstrategie	96
Sicherungssystem	69
Siedlungsgebiet.....	47, 65, 89
Sieg der Gesinnung	259
Siegemächte.....	23
Singer (AfD)	
Ulrich	70, 72, 116, 135, 142, 210, 212, 213, 214, 217, 232, 270, 271, 286
Sittenpolizei	192
skandalös	202
Skylla und Charybdis.....	182
slawisch.....	341
Slum	105

Social Media.....	4, 14, 341	Sozialstrukturen.....	110
Söder (CSU)		Sozialsysteme.....	28, 105, 115,
Markus.25, 72, 96, 104, 150,		116, 226	
152, 163, 166, 168, 169,		soziokulturell	38, 63
171, 190, 208, 213, 214,		Spahn (CDU)	
215, 243, 288, 300		Jens	190
Söder-Administration	300	Spalter	187
Söder-Herrschaft.....	48	Spaltpilz.....	331
Söder-Staatsregierung.....	299	SPD.. 21, 26, 41, 42, 43, 44, 46,	
Söder-Stasi	270	50, 59, 60, 63, 80, 94, 99,	
Soldatenkameradschaft ...	276,	105, 108, 110, 111, 112,	
278, 279		115, 121, 126, 150, 151,	
solidarisch	5	159, 161, 166, 171, 172,	
Solidarität.....	122, 316	179, 184, 192, 198, 204,	
souverän	23	206, 218, 226, 227, 228,	
Souveränität.....	138, 219	234, 236, 241, 252, 253,	
Sowjetunion	90, 263	256, 262, 270, 271, 272,	
Sozialdemokraten	267	273, 274, 275, 276, 277, 278,	
sozialer Frieden	105	279, 280, 282, 288, 289,	
Sozialexperiment.....	32	290, 291, 292, 295, 296,	
Sozialhilfebezieher	74	297, 298, 299, 302, 304,	
Sozialismus137, 150, 159, 160,		307, 308, 309, 310, 311,	
161, 167, 172, 177, 181,		313, 314, 315, 316, 317,	
189, 207, 208, 210, 249, 346		318, 319, 321, 329, 330,	
Sozialisten.....	203, 250	331, 332	
sozialistisch 71, 151, 158, 160,		Sperrstunde	164
170, 183, 184, 186, 206,		Spezln.....	228
207, 208, 218, 232, 242,		Sportpalastrede	195
248, 346, 347		Sprachvorschriften... 154, 155,	
Sozialkassen	25	156	
Sozialleistungen	79	Sprechverbote	188, 202
Sozialordnung	71	SS-Schergen	279
Sozialparadies.....	29	SS-Spruch.....	270, 276, 279
Sozialpatriot	21	Staat 23, 71, 72, 119, 121, 131,	
Sozialplünderer	209	144, 149, 150, 151, 162,	
Sozialstaat	27, 107		

169, 171, 172, 205, 206, 210, 218, 222, 249, 302, 343	276, 277, 279, 280, 286, 288, 304, 323, 325, 331
Staatenbrei..... 218, 219	Stalin
Staatsangehörigkeit 19, 37, 57, 87, 131	Josef 153
Staatsapparat..... 150, 161	Stammbevölkerung 25, 27
Staatsbürger.... 10, 27, 37, 340, 344, 345	Stasi .. 151, 205, 212, 235, 286, 287, 346
Staatsbürgerrechtsvolk.....300	stasiartig 150, 162
Staatsbürgerschaft . 26, 27, 34, 37, 57, 111	Stasikanzlerin ... 151, 205, 270, 272
Staatselite17	Status30
Staatsfunk.. 242, 243, 251, 347	Steigbügelhalter 270, 302
Staatsminister . 42, 45, 80, 215, 288, 289, 290, 291, 293, 295, 300	Steinmeier (SPD)
Staatsministerin330	Frank-Walter..... 305
Staatsministerium49	Steuerstaat 151, 207
Staatsregierung . 42, 44, 69, 86, 88, 127, 138, 140, 200, 201, 205, 239, 247, 293, 294, 295, 299	Steuerzahler.. 79, 88, 102, 104, 105, 169
Staatssicherheitsjargon 150, 175	StGB § 219a.....271
staatstragend245	Stigmatisierung251
Staatsrojaner169	stolz..... 42, 189
Staatsvolk 42, 64	strafbar83
staatszersetzend147	Strafbefehl 98, 118, 217
Stabilität.....111	Straffälligkeit.....82
Stadler (AfD)	Straftaten.....76
Ralf 8, 73, 93, 94, 95, 97, 98, 99, 114, 117, 136, 142, 148, 191, 214, 215, 217, 233, 234, 241, 258, 260, 262, 263, 268, 270, 271,	Straftäter.....37
	Straßburg 182
	Straßenschlägerbanden ... 150, 241, 347
	Strauß (CSU)
	Franz Josef 205
	Streibl (FW)
	Florian ...193, 231, 274, 275, 276, 278, 290, 294, 297
	Streichkultur 258
	Ströbele (Grüne)
	Hans-Christian227

Strukturbruch 150, 184
strukturell.....28
Studenten 177, 194, 211
Stümpfig (Grüne)
 Martin207
Sturmgeschütz259
subsidiärer Schutz39
Süddeutsche Zeitung.....187
Sudetendeutsche227
Südländer.....110
Supergau-Veranstaltung ... 150,
 170
Swoboda (AfD, fraktionslos)
 Raimund 142, 271, 299, 300,
 301, 302, 303, 335
Syrer.....39
Syrien73, 75, 116
System 149, 220
systematisch80
Systemmedien252
Systemopposition346
systemrelevant.....103

T

Tarrant
 Brenton89
Taten 7, 33
Täter..... 33, 34
Tatverdächtige.....37
Taugenichtse 100, 105, 106,
 343
Tauss (SPD, Piratenpartei)
 Jörg227
Telegram 117, 217, 256

Territorium 61, 62, 66, 125, 342
Terroristen96, 97, 343
terroristisch 56, 347
terroristische Antifa... 235, 239
Terrororganisation 101, 237
Think Tank.....58
Thüringen43
Tiere..... 94, 153
TikTok 117
Timmermans
 Frans 182
Toleranz 67, 124, 235
Toleranzverblendete..... 126
total ... 139, 151, 173, 188, 205,
 207
totale Gleichheit..... 139
totalitär126, 133, 137, 149,
 150, 151, 164, 172, 180,
 194, 198, 203, 205, 218, 272
Totalitarismus ... 151, 208, 218,
 220, 346
Totalitarismus der Etablierten
 219, 220
Totalumbau..... 150, 191
Tötung.....216
Tracking-App..... 162
traditionell ..138, 144, 147, 155
Traditionen...30, 31, 38, 67, 68,
 85, 119, 123, 131, 175
Transformation..... 58
Transparenzpartei44
Treibhauseffekt 199
Tresorkontrollen..... 205, 272
Trommelfeuer67, 68, 255
Trump
 Donald..... 244

Tucholsky
 Kurt.....216
 Türkei73, 109, 110
 Türken36, 37, 109, 113, 339
 Tyrannis 150, 152

U

Überbürokratisierung.....199
 Überfremdung.....73, 74, 340
 Übersexualisierung.... 143, 148
 überwacht169
 Überwachung.....153, 192, 216
 Überwachungsprogramm ..162
 Überwachungsstaat .. 150, 152
 Ukraine 44, 59, 60, 62, 96, 118,
 140, 141, 264, 341, 342
 Ukrainer .59, 60, 61, 62, 66, 70,
 342
 ukrainisch 59, 66, 70, 104, 112,
 297, 342
 Umbau 28, 30, 52, 65, 89
 Umverteilungsphantasien.181,
 201
 Umvolkung 21, 24, 62, 89, 268,
 340
 Umwelt96
 Umweltschutz224
 Umweltstandard.....203
 UN 137, 141
 unabhängig34, 162, 338
 Unbeugsame.....177
 undemokratisch .155, 163, 255
 unethisch168
 Ungarn116

ungefährlich.....76
 ungesteuert..... 64, 139
 Ungläubige.....78
 Ungleichbehandlung339
 Universitäten61, 211, 212, 260,
 265
 unkontrolliert82, 96, 103
 unpolitisch124
 Unrecht..... 164, 166, 208
 Unrechtsregime 261, 346
 Unterdrückung49, 126, 242,
 347
 Untersuchungsausschuss. 101
 Unterwanderung 175
 Unterwerfung 120, 121, 260
 Unterwerfungsgeste .. 127, 134
 unzivilisiert..... 85, 91
 ursprünglich..... 34, 124, 183
 Urteil..... 8, 48, 180, 339
 USA.....55, 109, 237
 Utopia 150, 179

V

Vater..... 144, 155, 246
 Veggie95
 Verächtlichmachung 11, 16,
 149, 330, 348
 Verbot..... 12, 94
 Verbotsgängelei 150, 167
 Verbotsliste.....254
 Verbotsverfahren ..5, 8, 10, 13,
 193
 Verbrechen ... 89, 90, 142, 165,
 215, 261, 264, 267

Verbrecher	76	Verfolgte	229
Verdrängung.....	21	Vergewaltiger	76, 77, 80, 81, 96, 97, 343
Vereine.....	235, 236, 347	Vergewaltigte	78
Vereinigte Staaten von Nordamerika	84	Vergewaltigung.....	36
Vereinte Nationen.....	24	Verhältnismäßigkeit ..	152, 163
Verelendung	208	Verhöhnung	68, 255
Verfassung	6, 49, 58, 59, 61, 128, 131, 132, 137, 142, 147, 185, 193, 194, 195, 228, 229, 230, 264, 276, 286, 324, 337	Verlängerungsmedien	171
Verfassungsfeinde....	185, 203, 238	Verleugnung.....	38
verfassungsfeindlich	12, 13, 16, 89, 126, 133, 217, 230, 299, 349	Verleumdung	68, 255, 323, 348
Verfassungsfeindlichkeit	11, 12, 49	Vermischung.....	340, 341
Verfassungsgerichtshof	292, 348	vernetzen	237
verfassungskonform	120	Vernichtung	11, 108
Verfassungsordnung....	12, 349	Vernichtungsfeldzug.....	67, 68
Verfassungsprinzip	76	Verpflegung.....	79
Verfassungsrichter	328	Verrat.....	38, 115, 228
Verfassungsschutz	5, 6, 8, 9, 14, 48, 49, 74, 75, 114, 159, 185, 201, 214, 215, 216, 217, 219, 221, 231, 286, 296, 297, 327, 330	verräterische Aktionen	114
Verfassungsschutzabfrage	215	Versailler Vertrag.....	24
Verfassungsschutzbericht ...	8, 49, 50, 159, 238	Versammlungsfreiheit	162
verfassungswidrig... ..	8, 89, 159, 209, 226, 247	Verschwörung	341
Verfassungswidrigkeit..	83, 292	Verschwörungserzählung ...	16, 17, 24, 34, 66, 136, 141, 154, 217
		Verschwörungslüge.	10, 42, 65, 70, 341, 343
		Verschwörungstheoretiker .	23, 192
		Verschwörungstheorien	89, 220, 331
		Vertrauen.....	233
		vertreiben.....	80
		Vertreibung	11, 106, 267
		Vertriebene	109, 113, 267
		Verurteilung	348
		Verwaltung.....	79
		Verwaltungsgericht	48

Wallner (CSU)	
Hans	227
Wanderungswillige	39, 64, 343
Warburg-Kanzler	171
Washington	75
Wasserwerfer	166
Weber (CSU)	
Manfred	25
Wegmarken	150, 196, 270, 274
Wehrmachtssoldaten	269
Weidenbusch (CSU)	
Ernst	205
Weihnachtsmarkt	67
Weimarer Republik	11, 24, 264
weiß	71, 151
Welt	17, 39, 82, 96, 103, 108,
111, 134, 140, 146, 163,	
169, 203, 206, 224, 243, 254	
Welt am Sonntag	178
Weltanschauung	125, 143
Weltbeglückungsphantasien	81
Welteinigkeit	129
Weltelite	17
Weltglauben	129
Weltjudentum	136
Weltklima	180
weltoffen	5
Wendt	
Rainer	107
Werte	67, 77, 126, 131, 139,
162	
Wertebild	147
Werteordnung	131
Wertesystem	115
Wertvorstellungen	51
Wesenselemente	338
Wesenskern	10
Wesensverwandtschaft	11, 345
westliche Welt	128
Westukraine	61, 342
Westverschiebung	61, 342
Whistleblower	203
White-Power-Symbol	327
Widerstand	30, 166, 220, 251
Widerstandswillen	130
Wiedervereinigung	23
Wiesheu (CSU)	
Otto	227
Wild (SPD)	
Margit	21, 80, 105, 111, 192,
299, 313, 314, 316	
Wille des Systems	193
Willkommenskultur	43
Willkommensparty	79
Willkommensputsch	150, 175
Windkraftanlagen	72
Winhart (AfD)	
Andreas	8, 114, 142, 215,
234, 266, 267, 270, 275,	
286, 287, 291	
Wirtschaft	162, 167, 170, 192,
200	
wirtschaftlich	71, 139, 201, 232
Wirtschaftsflüchtlinge	50
Wirtschaftsmigranten	35
Wirtschaftsstandort	22
Wirtschaftswunder	109, 113
Wissenschaft	153, 210, 211,
212, 260, 265, 266	
wissenschaftlich	58, 184, 209
Wissenschaftsfreiheit	212
wissenschaftspolitisch	211

Wissmann (CDU)	
Matthias.....	227
Wittelsbach.....	278
Wohlstand..	105, 160, 179, 184
wohlstandsverwahrlost	201
Wohnbevölkerung	87
Wohnraum	103, 208, 226
Wohnung.....	106, 181
Wohnungsmangel	56
Wohnungsmarkt...	69, 208, 209
Wohnungssuche	69
woke	67, 147
Wokeismus	145
Wüppesahl (Grüne)	
Thomas.....	227
Würde	71
Würzburg.....	89, 192, 193, 292, 296, 297
Wurzeln.....	38

Y

YouTube	257
---------------	-----

Z

Zeitgeist	68, 147, 151, 203, 255
Zeitgeistflagge	147
Zensur	154, 202, 242, 254, 256, 347
Zensurbrei	199
Zensurgesetz	256
Zentralregister	169
Zerstörung.....	25, 226

Zerstörungswahnsinn	302
Zerstörungswerk	165
Zeus.....	182
zivilgesellschaftlich	9, 347
Zugehörigkeit	34, 338
Zugewanderte	10
Zusammenleben	77, 120
Zuwanderer..	29, 38, 57, 63, 78, 82, 83, 97
Zuwanderung	20, 25, 27, 28, 31, 35, 36, 51, 52, 56, 65, 73, 79, 82, 87, 89, 96, 103, 105, 139, 183, 341
Zuwanderungs- und Integrationsfonds.....	102
Zuwanderungswelle	87
Zwangsabgaben	169, 245
Zwangsbeglückung.....	247
Zwangsbeglückungssystem	242, 248, 347
Zwangsbeitrag.....	247, 251
Zwangsbeitragssystem	248
Zwangsbeitragszahler.....	247
Zwangsehe.....	121
zwangsfinanziert	213
Zwangsgebühren.....	248, 252
Zwangsgebührensystem....	250
Zwangsgebührenzahler	188
Zwangsmaßnahmen..	226, 244
Zwangssystem	248
Zwangsverschleierung.....	122
Zweiter Weltkrieg	55, 58, 61, 62, 65, 66, 266, 267, 340
zweitrangig.....	122
Zwischenkriegszeit.....	61